

Textkritische Edition:
Protokoll der Sitzungen des Geologenrates der deutsch-
oesterreichischen geologischen Reichsanstalt

(mit Beilagen A bis H)

Martin Krenn & Andreas Suttner

Editorische Vorbemerkung

Die vorliegende Edition basiert auf den Protokollen des Geologenrates an der Geologischen Reichsanstalt/Staatsanstalt 1919 bis 1921/22. Die handschriftlich verfassten, oft nachträglich redigierten Protokolle sind in einem eigens zu diesem Zweck geführten „Protokollbuch“ (Signatur: A 18242-R) versammelt. Andreas Suttner hat im Jahr 2011 eine erste Transkription der Sitzungen vom 18. Jänner 1919 bis zum 14. Juni 1920 erarbeitet und die Beilagen A bis F zur Publikation ausgewählt; Martin Krenn hat unter Berücksichtigung dieser Vorarbeiten Suttners die vorliegende vollständige und textkritische Edition der Protokolle verfasst, die Beilagen G und H ausgewählt, alle Beilagen transkribiert und schließlich den Gesamttext revidiert.

Als Schreiber der Protokolle fungierten mehrere Personen, was den Editor vor die Herausforderung stellte, sich in die je individuellen Schreibsancen „einlesen“ zu müssen. Auch vor dem Hintergrund je unterschiedlicher Akzentuierungen in den einzelnen Protokollen, etwa was die Abkürzungspraxis anbelangt, musste ein brauchbarer editionstechnischer Weg gefunden werden. Dieser besteht nunmehr darin, dass vom Editor in Absprache mit den Herausgebern versucht wurde, einen möglichst „lesbaren“ Editionstext vorzulegen. Hier war nicht zuletzt der Gedanke entscheidend, dass es sich bei den behandelten Protokollen nicht etwa um Ego-Aufzeichnungen oder literarische Texte handelt, die stark auf die Person ihrer Verfasser abzielen, sondern um rein „inhaltsorientierte“ Quellen, die gerade nicht auf ihren Verfasser abzielen oder ihre spezifische Bedeutung gar aus dem Text selbst schöpfen. Im Fokus liegt vielmehr immer die fachliche Diskussion der Ausgestaltung des österreichischen geologischen Dienstes im Geologenrat.

Die Edition weicht aus den genannten Gründen vom Original ab und bildet daher die Vorlage nicht im Wortlaut ab. Hervorhebungen, die zum überwiegenden Teil ohnehin nur der formalen Kennzeichnung des jeweiligen Redners in den Sitzungen dienten und nicht der Hervorhebung einer bestimmten inhaltlichen Passage, wurden durchwegs nicht übernommen. Abkürzungen, die nicht zuletzt aufgrund der Vielzahl der Schreiber in mannigfaltigen Formen vorkommen, wurden stillschweigend wie folgt aufgelöst: wissenschaftlich statt „wissensch.“, geologisch statt „geol.“, Rangklasse statt „R. Kl.“, Geologische Reichsanstalt statt „G.R.A.“ etc. Nur gängige Abkürzungen – h für Stunden, K für Kronen, bzw. für beziehungsweise, Prof. für Professor etc. – wurden beibehalten. Institutionen wurden durchwegs nicht abgekürzt, die

Amtstitulatur durchgängig: RR für Regierungsrat, HR für Hofrat etc. Eine vollständige Liste der Abkürzungen ist dem Abkürzungsverzeichnis zu entnehmen.

Streichungen, Korrekturen, nachträgliche Ergänzungen und andere Eingriffe in den Text wurden in einem textkritischen Apparat, der sich in den Fußnoten findet, vermerkt. Eine Ausnahme von diesem Prinzip wurde aus Praktikabilitätsgründen dann gemacht, wenn sich in der Vorlage nur halbe Buchstaben oder Buchstabenansätze fanden, deren Annotation in der Folge unterblieb. Schreibfehler, individuelle Handhabungen der Groß- und Kleinschreibung (sofern es sich nicht um Eigennamen wie wissenschaftliche Einrichtungen oder wissenschaftliche Zeitschriften handelte) sowie inhaltliche Inkonsistenzen wurden beibehalten und gegebenenfalls in eckigen Klammern direkt im Text aufgelöst, wenn dies dem Editor für das allgemeine Verständnis förderlich schien (so etwa bei falsch geschriebenen Namen). Normalisiert bzw., wenn nötig, neu eingefügt wurden Interpunktionen.

Auf einen sachkritischen Apparat, insbesondere auf weiterführende Sachkommentare wurde angesichts der ausführlichen historischen Einordnung der Protokolle verzichtet. Zur Entlastung des Apparats wurde in Absprache mit den Herausgebern ein kumuliertes Personenverzeichnis angelegt und der Edition nachgestellt. Dort finden sich, sofern mit vertretbarem Aufwand eruiert, nicht nur die Lebensdaten der jeweiligen Personen, sondern auch weiterführende biografische Hinweise.

Sitzung vom 18. Jänner 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Kerner, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Götzingler, Spengler

Vorsitz: Geyer

Beginn der Sitzung 11 h vormittags

1. Vor Eingang in die Tagesordnung erbittet Waagen das Wort zur Geschäftsordnung und stellt den Antrag auf Protokollierung der Haussitzungen, Ernennung eines Protokollführers und Anschaffung eines Protokollbuches.
Dreger beantragt hiezu, das stenographische Protokoll nicht durch die Kanzleioffiziantin übertragen zu lassen. Die Übertragung hat der Protokollführer (Schriftführer) zu besorgen.
Beide Anträge werden einstimmig angenommen und Beck zum Protokollführer bestimmt.
2. RR Geyer berichtet über die Überreichung des den weiteren Ausbau der Anstaltstätigkeit im Sinne des Ausbaues der Anstalt als Forschungsinstitutes, in praktischer Hinsicht und hinsichtlich ihrer Stellung als^a staatliches Organ, betreffenden Memorandums [7.1.1919] im^b Staatsamt für Unterricht:
Der Referent MR von Hörtingen wurde nicht angetroffen, die Übergabe erfolgt später.
SR Milos von Fesch bemerkte, er halte auf keinen Fall eine weitere Reduktion des geringen Personalstandes der Anstalt für opportun.
Praesidialist MS von Krüger fragte vor allem nach den Durchführungskosten. Antwort: Diese hängen von dem Tempo ab, in welchem die vorgeschlagene Ausgestaltung durchgeführt werden wird.
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
3. Über Anfrage Vettters' berichtet Ampferer über eine Unterredung mit Prof. Diener:
Dieser fasst den Schritt der Anstaltsmitglieder gegen seine Berufung nicht persönlich auf, wundert sich nur, daß der Schritt so spät erfolgt ist. Er hat sich nicht beworben, die Direktion wurde ihm angetragen. Er steht auf dem Standpunkt, daß er Direktor ist. Das Unterrichtsministerium wäre gegen ihn wortbrüchig, wenn es ihn nicht als solchen anerkenne.^c
Prof. Diener versichert, daß er gegen die^d Anstalt^e nichts unternimmt.
Bezüglich der Weiterführung der „Verhandlungen“ ist er der Meinung, daß sie aus budgetären Gründen nicht möglich sein werde.

^a Folgt gestrichen: öffentliches.

^b Folgt gestrichen: Min.

^c Folgt gestrichen: Zu diesem Fall verlange er Kompensationen.

^d Folgt gestrichen: betreffenden.

^e Folgt gestrichen: smitglieder.

Es sei nicht zu besorgen, daß er gegen den Geologenrat als Direktor auftreten würde. Freiwillig trete er nicht zurück. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Antrag Hammer-Ampferer auf Ausgestaltung des Geologen-Rates.
Wird über Zusatzantrag Waagen bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.
5. Waagen beantragt die Drucklegung des eingereichten Memorandums in den Verhandlungen unter der Rubrik: „Vorgänge an der Anstalt.“ Er überreicht das Konzept einer kurzen Einleitung.
Zur Ergänzung des Titels schlägt Vettters vor hinzuzufügen: „... welches nach Genehmigung in der Haussitzung vom 15./1. von Herrn RR Geyer ... überreicht wurde.“
Waagen beantragt weiter, das Promemoria als Akt dem Aktenarchiv einzuverleiben.
Zur Drucklegung beantragt Vettters, das Promemoria in der Februarnummer der Verhandlungen zu bringen; so daß die erste Äußerung des Geologenrates als Einleitung einer neuen Epoche unmittelbar der letzten Äußerung des bisherigen Systemes folgt.
Alle unter 5. bezeichneten Anträge werden angenommen.
6. Waagen legt einige Nummern der „täglichen Montanberichte“ vor. Es wird die Frage des Abonnements erörtert (300 K), und vorläufig zurückgestellt.
7. Eichleiter beantragt Festsetzung eines bestimmten Tages für die Haussitzungen. Es wird vorläufig der Freitag dafür bestimmt.

Schluss der Sitzung 12 h 30 post meridiem

Zusatzbemerkung: Die Annahme aller in dieser Sitzung zur Abstimmung gebrachten Anträge ist einstimmig erfolgt.

Der Protokollführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

Sitzung vom 24. Jänner 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Kerner, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettors, Hackl, Götzing, Sander, Spengler, Winkler

RR Geyer eröffnet die Sitzung um 11 h ante meridiem.

1. Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung. Das Protokoll wird genehmigt.
2. RR Geyer berichtet über die Überreichung des Promemorias an MR Hörtingen und dessen Äußerungen anlässlich des wiederholten Besuches. Hörtingen hat das Promemoria studiert, es gefällt ihm sehr gut, ist sehr ausführlich und weitgehend, alle Möglichkeiten sind ins Auge gefaßt. Er staunt, in welcher kurzen Zeit das Promemoria ausgearbeitet wurde. RR Geyer gibt Aufklärung über die Art des Zustandekommens und betont den spezifischen Wert der Haussitzungen des Geologenrates als regelmäßiger Zusammenkünfte und weist auf die Analogie mit den Konferenzen an den Mittelschulen hin.
Das Memorandum ist vom Referenten somit zur Kenntnis genommen, das darin niedergelegte Programm wird bei der Enquête, in welcher über die Anstalt beraten wird, zur Grundlage genommen werden. Derzeit ist die Angelegenheit noch in Schwebe.
RR Geyer setzt gleichzeitig den Referenten in Kenntnis von der Beanspruchung unseres Sitzungsraumes als Wahllokal für die kommenden Wahlen in die Nationalversammlung [16.2.1919] durch die Gemeinde Wien und berichtet über die aus diesem Anlaß notwendig gewordenen weiteren Schritte (Einvernehmen mit der Bezirksvorstehung des III. Bezirks wegen Renumerationen für die Diener und Bezahlung von Reinigungspersonal, über Beleuchtung und Beheizung, Abnahme des behördlichen Siegels vom Gasofen etc.). Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
3. RR Geyer verliest einen an ihn gerichteten Brief der Redaktion der „täglichen Montanberichte“, in welchem es als Missverständnis hingestellt wird, wenn wir den uns betreffenden Artikel vom [...] ^a als Angriff gegen die Tätigkeit der in der Anstalt verbliebenen Mitglieder ansehen.
Waagen überreicht die Nummer der „täglichen Montanberichte“, in der unsere Antwort auf den genannten Artikel nebst einer Einleitung der Redaktion derselben abgedruckt ist.
Waagen weist darauf hin, daß alle wichtigeren Artikel der „täglichen Montanberichte“ auch in der „Montanistischen Rundschau“ erscheinen.
Hammer schlägt vor: Die Anstalt solle sich verpflichten, den „täglichen Montanberichte“ ständige Berichte über die Tätigkeit der Anstalt einzusenden, speziell über die Kartenpublikationen und den jeweiligen Stand des Kartenmaterials.

^a Im Original fehlend. Es handelt sich hier um die Nr. 6 vom 9.1.1919.

Waagen verlangt Notierung der Aktennummern der in Rede stehenden beiden Nummern der „täglichen Montanberichte“.

Der Brief der Redaktion an RR Geyer wird dem Protokoll beigelegt.

4. Winkler berichtet über seine Fühlungnahme mit der Beamtenkammer. Er hat diesbezüglich im Staatsamt des Innern bei Hofrat Devy [*wohl: Davy*] vorgesprochen. Dieser sagt: Die Enquete ist bereits abgelaufen, die Zusammenstellung der Kammern wird in der nächsten Zeit erfolgen und hat die Aufgabe, bei der Reorganisation der Staatsämter die Interessen der Angestellten gegenüber dem Staat zu vertreten. Wegen Teilnahme der Anstalt ist zu bemerken: sie könnte auf einen eigenen Vertreter kaum Anspruch erheben, doch sollen wir ihm unbedingt unsere Wünsche in einem Memorandum bekannt geben. Es handelt sich speziell um die Frage, welchen Ämtern wir uns angliedern wollen, ob den Hochschulen, welche 2 oder mehr Vertreter haben dürften, oder den Museen. Auf eine diesbezügliche Anfrage am Hofmuseum [*heute: Naturhistorisches bzw. Kunsthistorisches Museum*] wurde mitgeteilt, daß die Museen mit der Hofbibliothek [*heute: Österreichische Nationalbibliothek*] sich zu einem Verein zusammengeschlossen haben und daß ^bsie mit^b einem Anschluß der Geologischen Reichsanstalt einverstanden wären. Zu^c einer ehestens stattfindenden Ausschuss-Sitzung dieses Vereines solle ein Delegierter der Anstalt entsendet werden. Außerdem sollten noch andre isolierte Anstalten (Forschungsinstitute) zum Beitritt aufgefordert werden und aus der Mitte dieser Vereinigung ein Delegierter für die Kammer gewählt werden. In der Debatte zu dieser Anregung werden die verschiedenen Gesichtspunkte erörtert: Ob die Universitäten besonderes Interesse für uns haben, andererseits bei Anschluß an die andre Gruppe sich die Gegnerschaft der Universitätsgruppe sofort auf uns mitüberträgt. Hammer ist der Ansicht, daß wir in der Vereinigung der kleinen Institute eher Aussicht hätten, zu Worte zu kommen. Waagen, Hammer, Ampferer beantragen, Winkler solle Fühlung nehmen mit den anderen selbstständigen Instituten (Institut für Radiumforschung, Meteorologische Zentralanstalt, Biologische Versuchsanstalt, Samenkontrollstation etc.) und einen diesbezüglichen Antrag im Hofmuseum bzw. Hofbibliothek stellen. Es soll ein Delegierter der Anstalt derzeit^d ohne Vollmacht in den Ausschuß der obengenannten Vereinigung entsendet werden (Antrag Waagen – Winkler). Über Antrag Hammer wird Winkler dazu bestimmt.
5. Waagen berichtet auftragsgemäß über die Organisation der Eisenbahner. Das Vorbild ist für uns nicht brauchbar, da es nur die Vertretung personeller und wirtschaftlicher Agenden betrifft. Nach Erklärung von Juristen gelte folgendes: Offizielle Anerkennung für den Geologenrat werde nicht zu erwirken sein. Dagegen können die Anstaltsmitglieder 2 oder 3 Vertrauensmännern wählen, welche offiziell anerkannt

^{b-b} Nachgetragen.

^c Überschrieben anstelle von: Auf der.

^d Nachgetragen.

werden. Diese wären abhängig vom Geologenrat. Der Chef kann als Vertrauensmann nicht gewählt werden wegen eventueller Gewissenskonflikte. Die Vertrauensmänner haben die Funktion, die Forderungen der Beamtenschaft nachdrücklich zu vertreten. Die Anerkennung durch das Ministerium (Staatsamt) kann ihnen nicht versagt werden. Im Einverständnis mit dem Direktor sind alle Agenden der Vertrauensmänner aktenmäßig im normalen Dienstweg zu erledigen.

Der Direktor kann keine Verfügung treffen, ohne sich mit den Vertrauensmännern in Verbindung zu setzen.

Die Vertrauensmänner müssten bei einer Enquete vom Staatsamt beigezogen werden. /: Der Hinweis des Referenten auf die analoge Organisation der Geologen in Polen wird von RR Geyer als nicht stichhältig bezeichnet, weil dort die Geologen keinen einheitlichen Beamtenkörper bilden, sondern eine^e Kommission :/

Waagen schlägt nach kurzer Debatte vor: Eine Eingabe an den Direktor betreffs der Organisation des Geologenrates und der Vertrauensmänner zu machen mit dem Ersuchen, diese Angelegenheit aktenmäßig im Staatsamt für Unterricht vorzubringen. Ampferer fragt, ob die Vertrauensmänner auf Dauer zu ernennen seien?

Waagen: Dem Staatsamt gegenüber muß es geschehen.

Über Anfrage wegen Teilnahme der Direktion an den Haussitzungen und Beratungen legt Ampferer den Entwurf einer Geschäftsordnung für die Sitzungen des Geologenrates vor.

Diese Angelegenheit wird über Antrag Eichleiter einem engeren Komité (Waagen, Ampferer, Veters) zur Durchberatung und Ausarbeitung überwiesen.

6. Waagen und Veters fragen an wegen des von Prof. Petraschek angelegten Bohrarchivs und verweisen auf die Erklärung Petrascheks im Jahresbericht, wonach dieses Archiv Anstaltseigentum ist. Um dieses Anstaltseigentum sicherzustellen, soll Petraschek von RR Geyer dienstlich aufgefordert werden, unverzüglich das Archiv abzuliefern. Nach ordnungsmäßiger Katalogisierung und Aufnahme ins Inventar steht es ihm selbstverständlich frei, es auszuleihen.
7. Winkler wird telefonisch vom Vizedirektor der Hofbibliothek [*Dr. Othmar Doublie*r] angerufen und eingeladen, an der am 25./1. stattfindenden Sitzung der früher genannten Vereinigung teilzunehmen. Er erbittet einen Auftrag von Leiter der Anstalt. Der Auftrag lautet: Anregung zu geben zur Fühlungnahme mit den übrigen selbstständigen Instituten im Sinne der unter Punkt 4 besprochenen Gesichtspunkte.
8. RR Geyer: Antrag auf Erhöhung des Verkaufspreises unserer Druckschriften. Dem Staatsamt soll ein positiver^f Vorschlag^g erstattet werden.
Hammer und Waagen bemerken hiezu, vorerst den Eigenverlag durchzuführen. Zur Prüfung der damit verbundenen geschäftlichen Fragen verlangt Veters die Vorlage der bezüglichen Akten (Vertrag mit Lechner) in der nächsten Sitzung. Wird angenommen.

^e Folgt gestrichen: Komité.

^f Folgt gestrichen: Antrag.

^g Korrigiert aus: Vorschlagg.

9. Waagen schlägt vor, um den verschiedenen Einladungen durch^h andreⁱ Organisationen und Vertretungen nachkommen zu können, einen Turnus einzuführen, daß abwechselnd von den Anstaltsmitgliedern solche Versammlungen besucht werden und darüber referiert wird. Ein derartiger Turnus bestehe auch in andern Ämtern. Beck wird delegiert in die Staatsbeamten-Versammlung am 26./I. im grünen Tor. VII. [*wohl der Gasthof Zum grünen Tor, Lerchenfelder Straße 14, 1080 Wien*].
10. Waagen urgiert die Erledigung der Bibliothekarfrage (Lebhafte Zustimmung!). Hammer betont die Wichtigkeit der Aufgabe die ausständigen ausländischen Zeitschriften baldigst hereinzubringen.
11. Dreger berichtet über den Stand der Angelegenheit des Verkaufes der abzustoßenden Bücher. Es ist bereits ein Zettelkatalog darüber zu Stande gebracht. Man kann bereits mit einem Buch-Händler in Verbindung treten.
Waagen wendet ein: Vorläufig noch nicht, so lang die Liquidierung im Gange ist. Veters fragt, ob wir ^kinfolge der politischen Umsteuerungen^k noch zum Verkauf berechtigt sind. Die Frage bleibt vorläufig offen.
12. Waagen bittet um Anschaffung einer elektrischen Lampe in der Portierloge. Der Kontakt ist bereits vorhanden, die Lampe kostet 50 K. Wird vom Direktor zu Kenntnis genommen.
13. Waagen teilt mit, daß HR Tietze seine Privatbibliothek im Lauf des kommenden Sommers nach Hause transportieren wird, und stellt den Antrag, daß ein Anstaltsmitglied mit der Durchsicht dieser Bibliothek^l beauftragt werden soll, um eventuell darin in Verstoß geratenes Anstaltsgut zu sichern. Wird angenommen.
14. Veters schlägt vor, ebenso wie von Arbeiten des Jahrbuches auch von wichtigeren Publikationen der Verhandlungen Separatabdrucke herzustellen und für späteren Bedarf des Verlages beiseite legen zu lassen. Die Entscheidung darüber hat der Redaktör [*sic*]. Als Normalzahl dieser Separata gilt 25 Exemplare. Wird ^mim Prinzip^m angenommen.
15. Waagen schlägt vor, die in zwangloser Folge erscheinenden „bautechnischen Gesteinsuntersuchungen“ von Hirschwald im Tausch gegen freigewordene eigene Schriften zu abonnieren.
16. Eichleiter weist darauf hin, daß anlässlich der Abnahme des Kaiserlichen Adlers auch die Inschrift: „k. k. Geologische Reichsanstalt“ weggenommen wurde, so daß die

^h Nachgetragen.

ⁱ Korrigiert aus: andrer.

^j Nachgetragen.

^{k-k} Nachgetragen.

^l Folgt gestrichen: betrau.

^{m-m} Nachgetragen.

Anstalt für Fremde unkenntlich sei und verlangt die Anbringung eines provisorischen Schildes ober der Eingangstür.

Wird angenommen.

17. RR Geyer stellt die Frage nach Honorierung der Schreibarbeit der Offiziantin Frl. Girardi für die 3 Elaborate. Waagen erklärt hiezu im Namen des Frl. Girardi, daß sie sich mit der Anstalt solidarisch fühle und ein Honorar zurückweise. RR Geyer nimmt dagegen Stellung und es wird nach Seitenhonorar der Betrag berechnet (Originalseite 40 H, Abschrift 10 H), in runder Summe 50 (fünfzig) K. Nach Vorschlag Geyer ist dieser Betrag von den Teilnehmern der Sitzungen zu begleichen.
Eichleiter verlangt dagegen eine Remuneration aus Anstaltsmitteln, da es sich um dienstliche Arbeit handelt, Dreger fügt hinzu, daß das Staatsamt diese Akten (Promemoria) verlangt habe. Dennoch hat Frl. Girardi den genannten Betrag mit „Quittung“ für spezielle Arbeit amtlich zu beheben (Waagen). Angenommen.
18. Dreger beantragt, in die Geschäftsordnung der Haussitzungen einen Passus überⁿ die nicht wissenschaftlichen^o Angestellten der Anstalt aufzunehmen. Über Aufklärung von Seite Waagens, daß es sich bei diesen Angestellten nur um Vertretung rein^p wirtschaftlicher Fragen handle, zieht er seinen Antrag zurück.

Schluss der Sitzung um 12 h 45 post meridiem

Der Schriftleiter: Dr. Heinrich Beck

[Der Vorsitzende:] Georg Geyer

ⁿ *Überschrieben anstelle von:* für.

^o *Folgt gestrichen:* Beamten.

^p *Nachgetragen.*

Sitzung vom 31. Jänner 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Kerner, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Ohnesorge^a, Beck, Vettters, Hackl, Goetzinger,^b Spengler, Winkler

RR Geyer eröffnet die Sitzung um 10 h 30. Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

1. RR Geyer berichtet über seine Vorsprache beim Staatssekretar für Finanzen Dr. Steinwender welcher günstige Erledigung der die Anstalt betreffenden Fragen im Sinne des Promemorias zugesagt hat.
2. Die Akten betreffend den Vertrag mit der Buchhandlung R. [*Rudolf*] Lechner können nicht vorgelegt werden, da sie von Hofrat Tietze aus dem Aktenarchiv ausgehoben worden sind und nicht rechtzeitig beschafft werden konnten. Die Beratung über Punkt 8 der letzten Sitzung wird daher auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.
3. Winkler berichtet auftragsgemäß über die Ausschussitzung der Vereinigung der wissenschaftlichen ehemaligen k.k. Hofinstitute. Es wurde dort einstimmig^c beschlossen, eine Vereinigung sämtlicher wissenschaftlicher Institute Deutsch-Oesterreichs, speziell Wiens in die Wege zu leiten. Zur Durchführung soll ein Zentralausschuss einberufen werden, dem je ein Mitglied der betreffenden Institute angehört. Die verschiedenen in Frage kommenden Institute, Ämter und Anstalten^d werden zu einer gemeinsamen vorbereitenden^e Sitzung eingeladen werden. Über Antrag Hammer wird Winkler als Vertreter der Geologischen Reichsanstalt nominiert^f. Waagen regt die Aufstellung einer möglichst vollständigen Liste dieser Institute und Körperschaften an, die in unserer^g nächsten Sitzung vorgelegt werden soll.
4. Winkler berichtet über die Überreichung unseres Memorandums an den Abgeordneten Hoffmann von Wellenhof, welcher die Unterstützung unserer Sache verspricht und den Abgeordneten Unterstaatssekretär Dr. Waber dafür interessieren wird.
5. Vettters verliest die laut Punkt 5 der letzten Sitzung von dem engeren Comité (Waagen-Ampferer-Vettters) ausgearbeitete Geschäftsordnung für die Sitzungen des Geologenrates sowie die Eingabe der Mitglieder desselben an die Direktion betreffs Aufstellung von Vertrauensmännern.

^a Nachgetragen.

^b Folgt gestrichen: Sander.

^c Nachgetragen.

^d Folgt gestrichen: so.

^e Nachgetragen.

^f Nachgetragen.

^g Überschrieben anstelle von: der.

Über den Entwurf der Geschäftsordnung entspinnt sich eine eingehende Debatte, speziell über die Frage nach der Teilnehmerschaft des Bibliothekars und den Passus über die Wahl der Vertrauensmänner und Erlöschen des Mandates. Über Antrag Dreger wird in der nächsten Sitzung die endgiltige Fassung des Textes festgestellt werden. Der vorliegende Text wird vervielfältigt und ^{h-h}an die^h Mitgliederⁱ verteilt.

Betreffs der Eingabe an die Direktion und Weiterleitung an das Staatsamt für Unterricht beantragt Dreger, daß die Direktion eine eigene Eingabe an das Staatsamt zu richten habe, nicht^j die ^{k-k}an sie gerichtete^k Eingabe der Anstaltsmitglieder bloß^l einbegleiten solle.

Waagen und Vettters weisen darauf hin, daß zwischen dem Geologenrat und der gegenwärtigen^m Direktion keinerlei Gegensatz bestehe und daher kein Grund zu der von Dreger vorgeschlagenen Art der Erledigung vorhanden sei.ⁿ

Beck beantragt namentliche Abstimmung. Dreger zieht seinen Antrag zurück. Der Antrag Waagen–Vettters wird einstimmig angenommen.

6. Als Vertrauensmänner werden Hammer und Waagen, als Ersatzmänner Ampferer und Vettters vorgeschlagen. Über Antrag Geyers wird dieser Vorschlag en bloc angenommen.
7. RR Geyer berichtet über seine Aussprache mit Prof. Petrascheck betreffend Übernahme des Bohrarchivs, welche in vollem gegenseitigen Einvernehmen von ihm und Dr. Spengler durchgeführt wird. Von Seiten Petraschecks steht es jeden Augenblick zur Verfügung, von der Anstalt wird es übernommen und inventarisiert, die inventarisierten Stücke können jederzeit entlehnt werden.
8. Hammer und Ampferer verlangen Einstellung der Heizung in der Direktionskanzlei. Wird verfügt werden.
9. Dreger beantragt zu Punkt 11 der letzten Sitzung, um sofort für die Bibliothek den Platz zu gewinnen, die gesamten Bücher vorläufig in das alte Laboratorium einzustellen. Der Antrag wird angenommen.
10. Waagen verweist darauf, daß derzeit die Anzahl der für die Bildung der Qualifikations-Kommissionen notwendigen Chefgeologen nicht vorhanden sei und die Wahrscheinlichkeit bestehe, daß außenstehende höhere Beamte, Juristen, hiezu bestellt würden und ersucht die Direktion, im Staatsamt vorzuschlagen, die 3 in die 7. Rangsklasse vorgerückten Anstaltsmitglieder zu Chefgeologen zu ernennen.

^{h-h} *Überschrieben anstelle von:* den.

ⁱ *Korrigiert aus:* Mitgliedern.

^j *Folgt gestrichen:* bloß.

^{k-k} *Überschrieben anstelle von:* ihr.

^l *Nachgetragen.*

^m *Nachgetragen.*

ⁿ *Folgt gestrichen:* Das Schriftstück an die Direktion solle von dieser vollständig mit entsprechender Einbegleitung an das Staatsamt geleitet werden. Randbemerkung neben der Streichung: In der Sitzung am 7./2. richtiggestellt. Text siehe am Schluss des Berichtes.

11. Waagen beantragt, der bisherige Praeparator Spatný solle gegen vorläufige Belassung der Dienstwohnung verpflichtet werden, seinem Nachfolger, dem Invaliden König Unterricht in der Herstellung von Dünnschliffen zu geben. Spatný hat das Schleifen seinerzeit auf Kosten der Anstalt gelernt.
12. Waagen erinnert, das Promemoria auch im Staatsamt für öffentliche Arbeiten zu überreichen.
13. Winkler berichtet, daß Prof. Leiningen bereits bodenkundliche Untersuchungen in^o die Wege geleitet hat und uns zum Besuch einlade. Seine Arbeiten sind von der landwirtschaftlichen Gesellschaft fundiert. Er beginnt im kommenden Sommer mit der Terrainarbeit.
Winkler überreicht einige diesbezügliche Brochüren. Goetzingen wird in dieser Angelegenheit von der Geologischen Reichsanstalt delegiert.
14. Winkler überbringt die Anregung Dr. Patzauers, des Direktors der Kohlenwerke der Nordbahn, wir sollen uns wegen Förderung unserer praktischen Arbeiten an den Zentralverband der Bergwerks-Direktionen wenden und diesem das Memorandum zur Kenntnisnahme einsenden.
15. Hammer fragt an, wieviel Separata des Memorandums^{p q} aus der Februarnummer^o der Verhandlungen aufgelegt werden sollen: 100 Stück mit braunem Umschlag.
16. Der Beginn der nächsten Sitzung wird auf 10 h festgesetzt.

Schluss der Sitzung 1 h

Der Protokollführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

Richtiggestellter Text des Antrages Waagen–Vetters gegen Dreger in Punkt 5: ... „Das Schriftstück solle von der Direktion nach deren Ermessen im normalen Wege zur Kenntnis des Staatsamtes gebracht werden.“

^o Folgt gestrichen: Angriff.

^p Überschrieben anstelle von: Februarnummer.

^q Nachgetragen.

Sitzung vom 7. Februar 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Goetzinger, Hackl, Sander, Spengler, Winkler

Eröffnung der Sitzung um 10 h 15

Bei Verlesung des Berichtes der letzten Sitzung wird die Fassung des Gegenantrages Waagen-Vettters zu Antrag Dreger in Punkt 5 betreffend Eingabe der Direktion an das Staatsamt über Aufstellung von Vertrauensmännern beanständet und richtig gestellt. Das Protokoll wird hierauf genehmigt.

1. Der Vorsitzende berichtet über die Einstellung der Beheizung in der Direktionskanzlei und im Arbeitszimmer Bukovski-Goetzinger sowie über ein neuerliches Einschreiten der Anstalt wegen ^a-der bereits bezahlten^a Kohlenlieferung beim Departement 4 des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten.

Das Bohrarchiv konnte wegen Abreise Prof. Petrascheks und Verhinderung Spenglers noch nicht übernommen werden.

In der Angelegenheit der Praeparatorstelle hat Rechnungs-Revisor Gaina als Kanzleiverwalter die Flüssigmachung eines gewissen Betrages als Lehrgeld für den Invaliden König zugesagt und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Stelle des Praeparators ausgeschrieben werden müsse.

Wegen des Unterrichtes für König kurze Debatte: Ampferer beantragt, es sollen mit Spatny Unterhandlungen gepflogen werden;^b wenn er sich nicht zum Unterricht bereit erklärt, habe er das der Anstalt gehörende^c Handwerkszeug sofort abzugeben und die Wohnung zu räumen. Hammer erklärt sich bereit, bei Weigerung Spatnys König in^d den^e Anfangsgründen des Dünnschleifens zu unterweisen. Später soll König beim Laboranten Kreindl des Mineralogisch-Petrologischen Institutes der Universität ordentlich^f Unterricht erhalten, bis dieser aus der Heilanstalt entlassen ist und seinen Dienst wieder angetreten hat.

Bezüglich des Unterrichtes im Gypsgießen schlagen Beck und Vettters^g den Gießer des Österreichischen Museums [*heute: Museum für angewandte Kunst*] als Lehrer vor. Dreger wird diesbezüglich sich mit Hofrat Leisching in Verbindung setzen. Der Vorsitzende berichtet weiter, daß der Akt betreffend den^h Vertrag mit der Firma Lechner im Arbeitszimmer des früheren Direktors in Verstoß geraten sei und erst gesucht werden müsse.

^{a-a} Nachgetragen.

^b Folgt gestrichen: wer mit Hinweis auf.

^c Folgt gestrichen: Eigentum.

^d Nachgetragen.

^e Korrigiert aus: die.

^f Folgt gestrichen: le.

^g Folgt gestrichen: vor.

^h Folgt gestrichen: Verlag.

2. Der Vorsitzende berichtet über die Überreichung des Memorandums im Staatsamt für öffentliche Arbeiten an MR Rotky und die Besprechung mit diesem. Nach dem Vorschlag Vettters wurden zur Erläuterung des Textes verschiedene geologische Karten, Profilbeilagen,ⁱ Tafeln mit seitlichen Anschnitten und Reliefs, Lagerstätten-Karten des Erz- und Kohlenreviers im Rheinland und Westfalen etc. beigelegt. Die einzelnen Punkte des Memorandums wurden eingehend erörtert.
- Rotky schlägt vor, wir sollen unsere Arbeit auf bergwirtschaftliche Gebiete konzentrieren, und Karten im Maßstab 1:25.000 herausgeben. RR Geyer verwies darauf, daß wir auf jeden Fall diese Gebiete tunlichst berücksichtigen und daß nach den^j im Memorandum dargelegten Prinzipien, auch Karten 1:25.000 im Handkolorit abgegeben werden sollen. Rotky verwies auf die Dringlichkeit der Kohlenfrage und nennt speziell bestimmte^k Reviere (Eibiswald und Wien, Starzing – Wölbling, Kobernauser Wald). Wichtig wären die Oelgebiete, bezüglich des Erzbergbaues nannte er speziell die Tauern wegen der Goldgewinnung (die betreffenden geologischen^l Karten stammen aus den 50er Jahren!), dann Vorarlberg.
- RR Geyer wendet ein, daß die Anstalt außer zum Bergbau noch zu anderen technischen Arbeiten notwendige Beziehungen habe, die ebenfalls in die Kompetenz des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten fallen (Ausbau der Wasserkräfte, Bahn und Straßenbau, Steingewinnung etc.).
- Auf die Frage, wie sich die Geologische Reichsanstalt zu den gemachten Anregungen stelle, antworte[t] RR Geyer, „Wenn wir das Forschungsinstitut bleiben können, haben wir nichts gegen ^mdie vorgebrachten^m Wünsche.“
- Bei der Besprechung wurde auch speziell der Aktion gedacht, welche eine Angliederung der Anstalt an das Staatsamt für öffentliche Arbeiten bezweckt. Rotky selbst ist aktiv an dieser Aktion beteiligt und hat diesbezüglich bereits mit dem Staatssekretär [*Karl Urban*] Besprechungen gehabt. Er hebt hervor, daß unsere Stellung beiⁿ diesem Amt weitaus günstiger wäre.
3. Dreger hat durch Dr. Groß erfahren, daß eine Enquête^o dieser Tage sich auch^p mit dieser Frage befassen werde. Nach seiner Ansicht sei dies ein Hinausschieben auf die lange Bank und ein Beweis, daß die jetzige Regierung nichts unternehmen wolle. Hammer ersucht die Direktion,^q sich wegen der Enquête zu informieren.
- Waagen-Ampferer: Die Direktion wird ersucht im Staatsamt für Unterricht zu veranlassen, daß wir zur Enquête eine Vertretung entsenden dürfen.

ⁱ Folgt gestrichen: Er.

^j Folgt gestrichen: Vor.

^k Folgt gestrichen: Gegenden.

^l Nachgetragen.

^{m-m} Nachgetragen anstelle des gestrichenen: Rotky's [folgt unleserlich].

ⁿ Korrigiert aus: beim.

^o Folgt gestrichen: be.

^p Nachgetragen.

^q Folgt gestrichen: da die Vertrauensmänner noch nicht ernannt sind, selbst.

RR Geyer erklärt, er werde gelegentlich der Überreichung der Eingabe wegen der Vertrauensmänner bei Hörtingen die Frage der Enquête vorbringen und beantragen, daß die Anstalt eine eigene^r Vertretung dabei finde.

Winkler berichtet, daß der Abgeordnete Hoffmann von Wellenhof uns ausdrücklich rate, zu Dr. Waber in diesen Tagen zu gehen und seine Unterstützung in der Frage der Enquête [zu] erbitten. Es handelt sich um das Recht, daran teilzunehmen.

Dreger schlägt vor, zu Dr. Waber sollen die Ersatzmänner und Dr. Winkler gehen.

Ampferer ersucht den Vorsitzenden und die Vertrauensmänner, die weiteren informativen Schritte wegen der Enquete zu übernehmen (Vorsprache bei Hörtingen, Prüger etc.). Beide Vorschläge angenommen.

4. Veters erinnert an die früher gegebene Anregung, das Memorandum an die^s andren in Betracht kommenden staatlichen Ämter und verschiedene^t Körperschaften zu verschicken.^u Der Schriftführer^v hat die Liste hiefür aufzustellen, für die Staatsämter wird die Direktion den nötigen Mantelakt verfassen. Wird angenommen.

5. Textierung der Geschäftsordnung.^w

Waagen verliest den Entwurf, welcher punktweise durchbesprochen wird.

Dreger wendet sich gegen den Titel Geologenrat. Das sei eine zu weit gehende Analogie mit Soldatenrat; sei zu sozialdemokratisch, man könne nicht wissen, wie die Verhältnisse in Zukunft sein werden. Er schlägt vor: Geologenbund oder Geologenbeirat. Ferner solle der Ausdruck „Haussitzungen“ durch „Sitzungen“ ersetzt werden. Über die Anträge wird abgestimmt, in der vorausgehenden Debatte der prinzipielle Standpunkt, der durch das Wort „Geologenrat“ bezeichnet ist,^x allgemein vertreten. Der Antrag wird abgelehnt, der Titel hat zu lauten: „Geschäftsordnung für die Haussitzungen des Geologenrates der G.R.A. [*Geologische Reichsanstalt*] in Wien.“ Bei Punkt I (Teilnehmer)^y wird von „alle aktiven^{z-z} wissenschaftlichen Beamten^{-z}“ „aktiv“ gestrichen.

Über Antrag Ampferer wird der Passus über die Wahl, Zahl und Mandatsdauer der Vertrauensmänner neu textiert.

^{aa}Zu dem Punkt: „Einberufung der Sitzungen“ wünscht Dreger den Zusatz: Die Tagesordnung ist jedesmal bekannt zu geben. Über Antrag Sander wird abgestimmt: „bei schriftlicher Einladung ist die Tagesordnung mitzuteilen.“ Wird angenommen. Der Text bleibt unverändert.

^r Nachgetragen.

^s Nachgetragen.

^t Nachgetragen.

^u Randbemerkung: Für die öffentl. Ämter in Maschinschrift, für Vereine gedruckte Separata.

^v Folgt gestrichen: wird.

^w Randbemerkung: RR Geyer wird für kurze Zeit aus der Sitzung abberufen, Dreger übernimmt den Vorsitz.

^x Folgt gestrichen: besonders.

^y Nachgetragen.

^{z-z} Anstelle von gestrichen: Mitglieder.

^{aa} Randbemerkung: Geyer übernimmt wieder den Vorsitz.

Neu hinzugefügt wird ein Passus über „ausdrückliche Übertragung der Stimme auf ein andres Mitglied“ sowie^{bb} über Vorsitz und Protokoll. Punkt^{cc} IX wird als Punkt VII eingestellt.

Goetzing er beantragt einen Zusatz zu Punkt IX (Beratungsgegenstände): „Die Beratungen gelten im allgemeinen als vertraulich und dürfen außerhalb des Geologenrates stehenden Personen nicht mitgeteilt werden“^{dd}.

Die geänderte Fassung und die Zusätze werden einstimmig angenommen.

Waagen er bietet sich zur Reinschrift und Herstellung von Abschriften für die Mitglieder. Die Geschäftsordnung ist von allen Mitgliedern zu unterfertigen. Ein Exemplar dem Protokoll beizulegen.

6. Sander stellt folgende Anträge:

1. Es soll jeder aktive Herr soweit als möglich ein eigenes Arbeitszimmer zugewiesen [be]kommen und zwar im ausgeräumten Zustand.

2. Um dies zu ermöglichen, wäre die Zeit zur Räumung für die aus dem Verbands der Anstalt ausscheidenden Herrn zu terminieren.

Vetters erinnert, daß die Direktion diesbezüglich bereits das Nötige^{ee} veranlaßt habe und daß als Termin schon der 1. April bestimmt worden sei. Mit Rücksicht auf die Kohlennot könne dieser Termin nicht eingehalten werden. Er beantragt eine^{ff} Räumungsfrist von 3 Monaten. (Wird angenommen.)

Dreger erbittet einen Antrag von der^{gg} Versammlung, die Zimmerfrage im Einvernehmen und tunlichst nach den persönlichen Wünschen der einzelnen Herrn ins Reine zu bringen. Bericht in der nächsten Sitzung. Wird angenommen.

7. Goetzing er berichtet über seine auftragsgemäßen Unterhandlungen mit Leiningen bezüglich der Bodenkarten. Leiningen verlangt Karten 1:25.000, und zwar eine Art petrographischer Material-Karten mit besonderer Berücksichtigung der Verwitterungserscheinungen,^{hh} etc. vom Geologen als Grundlage.ⁱⁱ Dem Prof. Leiningen sind die anzuwendenden Methoden noch selbst ganz unklar. Die Karten sollen im Schwarzdruck erscheinen mit 2 evtl. 3 Oleaten, einer geologischen, einer bodenkundlichen, und evtl. einer, ^{jj}welche den^{jj} land- und forstwirtschaftlichen Interessen Rechnung trägt. Fürs erste will er einen Versuch mit 3 Typen machen, als welche er das Marchfeld, das Steinfeld und den oestlichen Wienerwald wählt.

^{kk}Goetzing er erklärt, er könne nicht auf besondere Beteiligung der Anstalt an diesen Arbeiten rechnen, da wir uns nicht zersplittern können. Goetzing er selbst ist bereit, ihm eine geologisch-petrographische Karte zu liefern unter der Bedingung, daß sie sein

^{bb} Folgt gestrichen: über.

^{cc} Folgt gestrichen: VI.

^{dd} Folgt gestrichen: Wird angeno.

^{ee} Korrigiert aus: Nötigen.

^{ff} Folgt gestrichen: all.

^{gg} Folgt gestrichen: Direktion.

^{hh} Folgt gestrichen: Angaben über den Chemismus des Bodens.

ⁱⁱ Folgt gestrichen: Die.

^{jj-ii} Nachgetragen.

^{kk} Randbemerkung von anderer Hand [?] mit Bleistift und in Kurzschrift [nicht auflösbar].

eigenes Arbeitsgebiet betrifft, und daß irgendeine Einflußnahme auf die Arbeiten der Geologischen Reichsanstalt ausgeschlossen bleibe.

Zur Prüfung der anzuwendenden Methoden werden Dr. Goetzinger und Prof. Leiningen^{ll} heuer gemeinsam Exkursionen im oestlichen Wienerwald (Tiergarten) unternehmen.

Der Vorsitzende dankt Goetzinger für seine Mitteilungen, welche zustimmend zur Kenntnis genommen werden.

8. Winkler bringt zur Kenntnis, daß nächsten Dienstag eine Sitzung des Zentralausschusses der Staatsangestellten-Kammer stattfindet.^{mmm}
9. Waagen teilt mit, daß nach einem eingelangten ministeriellen Akt um die am 1./II. noch nicht nachgezahlten Teuerungszulagen speziell eingeschritten werden muß, und bittet den Vorsitzenden, bei Herrn Gaina auf Erledigung dieser Angelegenheit zu dringen.
10. Hammer fragt um den Stand der Bibliothekarangelegenheit. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß ein Beamter der Universitätsbibliothek Herr Maluschka sich um die Stelle beworben habe und er mit diesem Bewerber vollkommen einverstanden sei. Er werde beiⁿⁿ MR Hörtingen diesbezüglich nocheinmal anfragen.

Schluß der Sitzung 12 h 30

Der Protokollführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^{ll} Folgt gestrichen: im.

^{mmm} Folgt gestrichen: in welcher speziell die.

ⁿⁿ Folgt gestrichen: Er.

Sitzung vom 14. Februar 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Ohnesorge, Beck, Vettors, Hackl, Goetzinger, Spengler, Winkler

Beginn 10 h. Vorsitz Geyer

Bei Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung wird die Fassung des Punktes 7 von Hammer beanständet wegen Fehlens seines Einspruches in der Frage der Agrogeologie. Er hat darauf hingewiesen, daß wir laut unseres Memorandums über den Ausbau der Anstaltstätigkeit keineswegs an der Herstellung von agronomischen Karten uninteressiert sind und die Besprechung Goetzingers mit Lainingen [*sic*] infolgedessen^a rein privaten Charakter besitzen. Er beantragt, das Protokoll abzuschließen und bei Behandlung des inzwischen an Winkler eingelangten Briefes Dr. Schreiners diesbezüglich eine Debatte abzuführen.

Das Protokoll wird^b daraufhin genehmigt.

1. Der Vorsitzende berichtet über seine Unterredung mit dem Referenten MR Hörtingen über die Frage der Enquête und der Vertrauensmänner. Diese Unterredung hat 1 ½ Stunden gedauert.

Hörtingen war über den Akt bezüglich der Vertrauensmänner, welcher einige Tage vorher mit wohlwollender Einbegleitung an ihn gelangt war, vollständig informiert. Er lehnt die Eingabe durchaus ab. Wenn wir uns bei der Errichtung des Geologenrates und Aufstellung von Vertrauensmännern auf Praezedenzfälle berufen, so ist das ein Irrtum, da derartige Organisationen^c immer für wirtschaftliche Interessen der Beamenschaft geschaffen worden sind, nie aber eine Einflußnahme auf den Dienstbetrieb beinhalten haben. In dieser Hinsicht sei^d unter allen Umständen der Direktor der Verantwortliche gegenüber dem Staatsamt wie gegenüber der Öffentlichkeit. Hörtingen werde die Eingabe an den Staatssekretär weiterleiten, doch sei das Staatsamt selbst gar^e nicht in der Lage, diesbezüglich allein eine Entscheidung zu fällen.

Auf den Hinweis auf die dem Dienstbetrieb förderliche Wirkung dieses kollegialen Zusammenwirkens sämtlicher Anstaltsmitglieder antwortet Hörtingen, wir können ja einen Verein bilden, einen Beschluss gegen die Amtsbefugnis des Direktors aber sei unmöglich. Dagegen bleibe es der Direktion unbenommen, mit den Beamten der Anstalt gemeinsame Beratungen zu pflegen.

Von der Enquête weiß Hörtingen nichts, es hätte^f wohl eine^g unverbindliche Fühlungnahme mit dem Staatsamt für öffentliche Arbeiten in der Frage der

^a Nachgetragen.

^b Folgt gestrichen: mit.

^c Überschrieben anstelle von: Einrichtungen.

^d Nachträglich mit Bleistift überschrieben anstelle von: ist.

^e Nachgetragen.

^f Korrigiert aus: hätten.

^g Am Rand mit Bleistift und in Kurzschrift nachgetragen: [unleserlich].

Angliederung der Geologischen Reichsanstalt an dieses Amt stattgefunden, eine diesbezügliche Enquête sei aber seines Wissens nicht in Aussicht. Wenn eine solche stattfinden sollte, würde die Anstalt selbstverständlich dazu geladen werden, außerdem auch gewisse Professoren und der bisherige Direktor der Geologischen Reichsanstalt Hofrat Tietze. Auf Hörtingens Frage, wie sich die Geologische Reichsanstalt zum Anschluss an das Arbeitsamt verhalte hat Herr RR Geyer betont, wenn uns der Charakter des^h wissenschaftlichen Forschungsinstitutes gewahrt bleibt und wirⁱ wirtschaftlich^j besser gestellt wären, bestünde keine Abneigung gegen dieses Projekt. Hörtingen erklärt dazu, daß das Staatsamt für Unterricht nur mit Gewalt gezwungen werden könnte, die Geologische Reichsanstalt herauszugeben, weil sie ein^k wissenschaftliches Institut bleiben müsse. Beim Staatsamt für öffentliche Arbeiten, das selbst als Bergbauunternehmer auftrete und die Bergpolizei ausübe, sei unser Ansehen und unsere Autorität nicht so unbedingt, wie wenn wir diesem Amt gegenüber selbstständig sind. Eher würde er einer Angliederung der Geologischen Reichsanstalt an die Universität zustimmen, obwohl er auch gegen diese Aktion Stellung nimmt^l.

Die Frage wegen Besetzung der Bibliothekarstelle wurde ebenfalls bei der Unterredung berührt. Die Besetzung soll in einer neuerlichen Eingabe urgirt werden.

RR Geyer betont, daß er sich in der Angelegenheit des Geologenrates und der Organisation der Vertrauensmänner wohl genügend exponiert habe. Er rät von weiteren Schritten abzusehen, damit nicht ein Wind entfacht werde, der in ganz andre Segel blase.

Ampferer verliert eine Stelle aus einem an ihn gerichteten Brief Prof. Beckes^l.

Eichleiter beantragt,

1. die Eingabe wegen der Vertrauensmänner zurückzuziehen. – Wird gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

2. Der Geologenrat solle sich bis zur Entscheidung der Eingabe vertagen. Debatte: Veters: Im Staatsamt nichts weiter in der Sache unternehmen, Vertrauensmänner würden sich sehr exponieren. Wir sollen die beratende Körperschaft bleiben, im Falle einer Differenz mit der Direktion bleibt der Weg des Memorandums immer offen.

Ampferer: Es bleibt noch immer der Weg zu andern übergeordneten Behörden offen. Man soll die Entwicklung erzwingen.

Waagen: Wenn wir jetzt darauf bestehen, wird RR Geyer als Direktor unmöglich und Prof. Diener sicher die Direktion erhalten.

Dreger: Die Sache ist nicht dringlich, es liegt nichts vor, was ein Eingreifen der Vertrauensmänner erforderlich macht. Derzeit ist die Vertretung aller Interessen der Direktion zu überlassen.

Antrag Waagen: Nach wie vor die Geologenratssitzungen abhalten und als beratende Körperschaft der Direktion zur Seite stehen, die Eingabe nicht weiter urgieren; die Vertrauensmänner gelten pro domo.

^h Folgt gestrichen: Fo.

ⁱ Überschrieben anstelle von: unsere.

^j Anstelle von gestrichen: wirtschaftlichen Bedingungen.

^k Am Rand mit Bleistift nachgetragen: [unleserlich]

^l Überschrieben anstelle von: nehmen würde.

Einstimmig angenommen.

Bezüglich der Frage der Enquête werden die Mitteilungen des Vorsitzenden und Ampferers zur Kenntnis genommen. Ebenso eine diesbezügliche Mitteilung Vettters' über eine Anfrage bei SR Becker, der ebenfalls erklärt hat, nichts von einer Enquête zu wissen. Es scheint, daß die Herren im Staatsamt für Unterricht tatsächlich offiziell von einer Enquête nichts wissen, vielleicht auch persönlich nicht, daß die Enquête aber von anderer Seite gewünscht bzw. vorbereitet wird.

2. Waagen zu Punkt 5 der letzten Sitzung: Die Geschäftsordnung kann^m noch nicht vorgelegt werden, muß neu geschrieben werden und kommt dann zur Ausgabe an die Mitglieder.

3. Waagen referiert ⁿ laut Punkt 8 der letzten Sitzungⁿ über die Sitzung des^o Zentralausschusses der Staatsangestellten-Kammer^p, welcher er zusammen mit Winkler als Vertreter der Geologischen Reichsanstalt beigewohnt hat, da Winkler als noch nicht offiziell in den Verband der Anstalt aufgenommen allein nicht^q die Anstalt vertreten kann.

Der Organisationsentwurf der Kammer sieht eine Teilung in Gruppen vor: Beamten-, Unterbeamten-, Kanzlisten- [und] Arbeitergruppe. Dagegen haben sich die Arbeiter ausgesprochen. Die Beratungen sind deshalb ins Stocken geraten. Es wurde der Antrag gestellt, daß vorläufig die wissenschaftlichen^r Institute sich organisieren. Die Institute sollen eine Liste der wissenschaftlichen Beamten einsenden. Von uns ist der Akt bereits fertiggestellt. Es wurde ein dreigliedriger ^sAusschuss gewählt: RR List vom Hofmuseum, Dr. Reisch (Bibliothekar der Akademie der bildenden Künste) und Dr. Wahl (biologische Versuchs-Station). Der Ausschuss nimmt die Anmeldungen entgegen und teilt die Institute in gewisse Gruppen. In der nächsten Sitzung wird ein Arbeitsausschuss gewählt, zu dem jede Gruppe einen Delegierten nominiert.

Waagen berichtet im Zusammenhang damit über die Aktion des Stadtrates Kienböck zwecks Förderung des Hochschulwesens mit Hinzuziehung der Museen, Bibliotheken, wissenschaftlichen Instituten etc. und beantragt, einen Akt an das Bürgermeisteramt abzusenden mit dem Ersuchen um Mitteilung der nächsten diesbezüglichen^t Sitzung. Dreger teilt mit, daß er mit Direktor^u Leisching über die Aktion Kienböck gesprochen habe. Leisching ist Präsident der Gruppe Museen Institute etc. Auf seiner Liste ist die Geologische Reichsanstalt bereits enthalten.

^m Folgt gestrichen: infolge einer Ander.

ⁿ⁻ⁿ Nachgetragen.

^o Nachträglich mit Bleistift durchgestrichen und in Kurzschrift nachgetragen: [unleserlich]

^p Mit Bleistift und in Kurzschrift nachgetragen: [unleserlich]

^q Folgt gestrichen: als Vertreter.

^r Folgt gestrichen: Gruppen.

^s Randbemerkung mit Bleistift und in Kurzschrift: [unleserlich]

^t Am Rand nachgetragen.

^u Korrigiert aus: Prof.

4. Dreger berichtet über eine Anfrage bei Leisching wegen des Unterrichtes für König im Gypsgießen. Für das Österreichische Museum arbeitet der Gypsgießer Schrott, Mollardgasse 85a. Leisching kann diesen beauftragen den Unterricht zu übernehmen. Der Vorsitzende bringt zu Kenntnis, daß dem Diener Spatny vom Staatsamt die Wohnung definitiv gekündigt worden ist, weshalb er nicht mehr für den Unterricht im Dünnschleifen in Betracht kommt. Daher wird Hammer es^v übernehmen.
5. Ampferer - Vettors berichten über den Besuch bei Staatssekretär Dr. Waber. Dieser ist^w in der Sache nicht^x kompetent, er hat nur mit den Liquidierungsangelegenheiten zu tun. In diesen Fragen sagte er zu, die Interessen der Geologischen Reichsanstalt nachdrücklich zu vertreten.
6. Dreger referiert über die im Einvernehmen mit den Mitgliedern getroffene Zimmerzuweisung.
7. Winkler legt einen Brief Dr. Schreiners als Antwort auf die Übersendung des Memorandums vor, dem eine^y Eingabe Dr. Schreiners an das Ackerbauministerium vom 3. Mai 1918 beigelegt ist. In beiden Schriftstücken wird der Wert von pedologischen Aufnahmen und die Herausgabe solcher Karten als notwendiges Hilfsmittel der Landwirtschaft hervorgehoben, speziell die Frage der Mergelung des Bodens herausgegriffen. Dr. Schreiner nimmt lebhaftes Interesse an dem^z in unserem Memorandum vorgeschlagenen^z Ausbau der Geologischen Reichsanstalt in der Richtung der Agrogeologie und erklärt, sich persönlich mit allem Nachdruck dieser Angelegenheit^{aa-aa} auch in den beteiligten Staatsämtern^{aa} anzunehmen. Es wäre nur eine Fortsetzung seiner bereits^{bb} mit der vorgelegten Eingabe an das Ministerium für Ackerbau begonnenen Aktion. Prof. Hibsich habe dort^{cc} bereits als Sachverständiger in Fragen der Agrogeologie mit ihm zusammen gewirkt. Mit ihm sollten wir uns ehestens in Verbindung setzen. Dr. Schreiner hat bereits in der erwähnten Eingabe auf notwendige Vermehrung des Personals der Geologischen Reichsanstalt hingewiesen. Er denkt auch an die Heranziehung freiwilliger Mitarbeiter und macht in einem Nachtragsbrief an Winkler auf den Chemiker Karl von Zimmermann in Boehmisch Leipa aufmerksam, der sich bereits auch publizistisch als Pedologe betätigt hat. Der Vorsitzende regt an Prof. Hibsich zu einer speziellen Sitzung (nächsten Freitag oder übernächste Woche) einzuladen, um seine Ansichten zu hören. Die Gelegenheit, von einflußreichen Leuten Förderungen zu erfahren, müsse energisch ausgenützt werden.
In der weiteren allgemeinen Diskussion erklärt sich Ohnesorge bereit, selbst in seinem Aufnahmsgebiet pedologisch zu arbeiten. (Nördliche Grauwackenzone).

^v Mit Bleistift korrigiert aus: das.

^w Korrigiert aus: war.

^x Folgt gestrichen: auf.

^y Folgt gestrichen: Ein.

^{z-z} Nachgetragen.

^{aa-aa} Nachgetragen.

^{bb} Folgt gestrichen: vor lan.

^{cc} Nachgetragen.

Der Vorsitzende und Hammer betonen, daß von einem Desinteressement der Anstalt an der Agrogeologie gewiss nicht gesprochen werden [*kann*].

Es bleibe selbstverständlich dabei die Frage der Dotierung mit Mitteln und Arbeitskräften zu lösen. Unsere Stellung zur Agrogeologie ist durch das Memorandum klar gegeben, wo wir selbst den Ausbau der Anstalt in dieser Richtung ins Programm genommen haben. Die Besprechung Goetzingers mit Leiningen sei vollkommen privater Natur. Man müsse Leiningen auf das Memorandum hinweisen.

Ohnesorge erklärt, daß auch^{dd} er sich wegen dieser Frage mit Leiningen in Verbindung setzen werde.

Winkler schlägt vor, das Memorandum sowohl dem Staatsamt für Landwirtschaft als auch dem dortigen Sektionschef Dr. Deutsch zu übermitteln. Ebenso auch dem Sohne Dr. Schreiners im selben Staatsamt.^{ee}

Der Vorsitzende berichtet, daß die Remunerierung für das Vervielfältigen der^{ff} beiden Memoranden nach Ansage des Rechnungs-Revisor Gaina wahrscheinlich nicht genehmigt werden dürfte, daher von den Anstaltsmitgliedern selbst bezahlt werden^{gg} müsste.

Winkler erbittet die Ermächtigung, Dr. Schreiner im Namen der Anstalt zu erwidern^{hh}-zu dürfen^{-hh} [*sic*] und für sein Interesse zu danken.

Der Schriftführer beantragt die Erhöhung der Zahl der Separata des Promemorias auf 150 Stück. Wird beschlossen.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Protokollführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^{dd} *Nachgetragen.*

^{ee} *Folgt gestrichen:* Alle Vorschläge und Anträge angenommen.

^{ff} *Folgt gestrichen:* Me.

^{gg} *Folgt gestrichen:* wurde.

^{hh-hh} *Gestrichen und mit Bleistift zwecks Anzeigung der Gültigkeit interpunktiert.*

Sitzung vom 22. Februar 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Götzing, Spengler, Winkler

Beginn: 10 h

- [1.] Dreger trägt bezüglich der Unterweisung Königs im Gipsgießen nach, daß das Institut in der Mollardgasse nach Erkundigungen^a gegenwärtig gesperrt ist.
- [2.] Der Vorsitzende berichtet, daß die Eingabe betreffend die Besetzung der Bibliothekarstelle an das Staatsamt bereits abging, ebenso ein Promemoria an das Staatsamt für Landwirtschaft. Er berichtet ferner, daß sich 2 Aspiranten für die Anstalt gemeldet haben: Dr. Lucerna, Lyzealprofessor in Brünn und Dr. Krumpholz von der geologischen Landesaufnahme in Sarajevo. Während man über die wissenschaftliche Qualifikation Lucernas informiert ist, ist über die wissenschaftlichen Arbeiten von Krumpholz nichts bekannt.
- Ampferer ist gegen die Aufnahme beider Bewerber, da wir in erster Linie Petrographen brauchen. Über Krumpholz habe sich Katzer nicht günstig ausgesprochen. Lucerna müßte in Anbetracht seiner gegenwärtigen Stellung in die VIII. Rangklasse kommen, was aber eine Präterierung der jüngeren Anstaltsmitglieder zur Folge haben würde^b, was unbedingt zu vermeiden ist.
- Vettters schlägt Lucerna als externen Mitarbeiter vor, mit der Spezialverwendung für Agrogeologie, um ihn nicht abzulehnen. Seine bisherigen glazialmorphologischen Arbeiten seien außerhalb des Rahmens der Anstalt. Lucerna ist beim Staatsamt für Unterricht für eine größere Stadt zu empfehlen, wobei er in den Schulferien als externer Mitarbeiter an gewissen Arbeiten der Geologischen Reichsanstalt teilnehmen könnte. Waagen macht darauf aufmerksam, daß aus dieser Anfrage bezüglich der 2 Aspiranten zu entnehmen ist, daß eine Vergrößerung des Personals der Geologischen Reichsanstalt notwendig ist; wir brauchen aber junge Leute mit petrographischer Richtung.
- Ampferer berichtet diesbezüglich über eine Unterredung mit Prof. Becke, wonach dessen Assistent Dr. Marchet, ein chemisch geschulter Petrograph, sehr gerne in die Anstalt kommen möchte. Der Vorschlag wird angenommen, Dr. Marchet als Volontär aufzunehmen und ihn zunächst als externen Mitarbeiter mit einem Waldviertelblatt zu betrauen.
- [3.] Waagen legt eine^c Geschäftsordnung des Geologenrates für das Protokoll vor. Hammer urgiert die Angelegenheit betreffend den Vertrag mit Lechner. Der Vorsitzende berichtet, daß die Bestellungen von Karten einen sehr großen Umfang annehmen und empfiehlt den Zeichner Stromer als neue Hilfskraft.

^a Folgt gestrichen: bei Hofrat Leisching. Darüber befindlich unleserliche Anmerkungen in Kurzschrift.

^b Überschrieben anstelle von: müßte.

^c Überschrieben, jedoch nicht gestrichen: die.

- [4.] Vettters stellt den Antrag, an das Staatsamt heranzutreten, es möge in der nächsten Zeit schon folgende Punkte des Promemoria bewilligen:
1. für die Herstellung der Kartenkopien einen höheren Tarif zu genehmigen
 2. auch den Taxtarif für das chemisches Laboratorium womöglich um 100% zu erhöhen
 3. eine Taxe für literarische Aushilfe (Auskünfte über Karten, Literatur über Vorkommen) einzuführen.
- Durch alle diese Taxen bezw. Taxerhöhungen könne eine Mehreinnahme von einigen Tausend Kronen erzielt werden.
- [5.] Waagen, Ampferer, Vettters und Hammer urgieren die Arbeitszimmer-Angelegenheit. Die aus der Anstalt ausgeschiedenen Herren erhalten eine^d schriftliche Verständigung, daß sie die Zimmer bis 1. Mai zu räumen haben.
- Vettters schlägt im Anschluß daran vor, die früheren Mitglieder der Geologischen Reichsanstalt (auch Kossmat, Abel, Suess, aufzufordern, ihre Originalaufnahmskarten abzuliefern. Nach längerer Wechselrede wird Hammers Antrag angenommen (einstimmig): Die austretenden Herren werden schriftlich aufgefordert, am 1. Mai ihre Zimmer zu räumen, zu übergeben und gleichzeitig ihre Originalaufnahmsblätter (natürlich in eine lesbaren und verständlichen Form) in die Kartensammlung abzuliefern^e sowie ihre Gesteinsaufsammlungen zu übergeben.
- Die Frage, ob und inwieweit geologische Notizbücher gleichfalls abzuliefern sind, wird für eine spätere Beratung aufgeschoben zugleich mit dem Thema, wie Notizbücher geführt werden sollen. Auch neue Aufnahmeinstruktionen sollen der Beratungsgegenstand einer der nächsten Haussitzungen sein.
- [6.] Vettters wünscht, daß die für die Jahresberichte bestimmten vorläufigen Ergebnisse der geologischen Aufnahmen eines jeden Jahres künftighin ausführlicher sind; die Direktion habe kurze Berichte ohne Betonung der geologischen Ergebnisse zurückzuweisen.
- [7.] Der Vorsitzende berichtet ferner, daß vom Staatsamt für Landwirtschaft bezüglich der Kalk- und Mergelfrage bereits ein Akt an die Geologische Reichsanstalt eingelangt^f ist. Eine allgemeine generelle Angabe aller Kalk- und Mergel-Vorkommen ist wegen der Fülle der Vorkommen nicht zu machen, hingegen würde man in konkreten Fällen über ^gMergel- und Kalk-^gVorkommen geeignete Vorschläge machen (auch unter Berücksichtigung der Transportmöglichkeiten).
- Vettters empfiehlt^h eine Organisation dieser ganzen Angelegenheit am besten in Form einer Enquete vom Staatsamt für Landwirtschaft aus. Der dortige Referent hat sich mit der Geologischen Reichsanstalt diesbezüglich ins Einvernehmen zu setzen. Vor dem Vorschlag an das Staatsamt für Landwirtschaft ist jedoch noch der Vortrag von Prof.

^d Nachgetragen.

^e Nachgetragen.

^f Folgt gestrichen: sei.

^{g-g} Nachgetragen.

^h Folgt gestrichen: in dieser Sache.

Hibsch über die Bedeutung der Kalk- und Mergelfrage für die Landwirtschaft abzuwarten.

- [8.] Winkler berichtet, daß er dem ⁱ⁻ⁱMinister a. D.ⁱ Dr. Schreiner bereits für seinen Brief gedankt und ihm mitgeteilt hat, daß sich die Geologische Reichsanstalt mit Prof. Hibsch bereits ins Einvernehmen gesetzt hat.
- [9.] Über Antrag von Dreger wird Waagen für die Abschrift der Geschäftsordnung der Dank ausgesprochen.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Protokollführer: Dr. Gustav Götzing

Der Vorsitzende: Georg Geyer

ⁱ⁻ⁱ Korrigiert aus: Ex-Minister.

Sitzung vom 28. Feber 1919

Anwesend: Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Goetzingler, Spengler, Winkler, Prof. Hibschi

Beginn der Sitzung 10 h 15. Vorsitzender Dreger

[1.] Der Vorsitzende ^a-dankt Prof. Hibschi für sein Erscheinen und ^aberichtet, daß RR Geyer an der tags vorher stattgehabten Enquète im Staatsamt für Unterricht teilgenommen und ein stenographisches Protokoll der^b Verhandlungen geführt hat und daß er zusammen mit MR Rotky, MR Hörtingen und Prof. Diener in ein engeres Komité berufen wurde, welche die Angelegenheit der Geologischen Reichsanstalt zu erledigen hat. Er wird in der nächsten Sitzung darüber berichten.

Mit Rücksicht auf den speziellen Gegenstand der heutigen Sitzung wird von der Verlesung des Protokolls abgesehen und diese auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Ampferer praezisiert den Zweck der heutigen Sitzung dahin: Es dreht sich um 2 Fragen:

1. Was kann man ohne wesentliche Kosten durch Verfeinerung der Landesaufnahme, Beigabe von Analysen, Verbesserung der Erläuterungen etc. erreichen, daß unsere Karten für die Landwirtschaft praktisch benützbar werden.

2. Wie müßte man die Anstalt vergrößern, um wirkliche agrogeologische Aufnahmen machen zu können?

Er bittet Prof. Hibschi um seine diesbezüglichen Ratschläge.

Prof. Hibschi dankt für die Einladung und begrüßt die Absicht der Geologischen Reichsanstalt, ihre Karten in agrogeologischer Richtung zu ergänzen. Die Landwirte, welche in der Lage sind, diese Aktion zu würdigen, erwarten in der Tat, daß von Seite der Anstalt in dieser Richtung etwas geschieht. Prof. Hibschi glaubt als Muster die Einrichtung vorschlagen zu können, welche in Baden und Württemberg [*sic*] durch Prof. Sauer getroffen worden ist, und legt ein Blatt der badischen Aufnahme vor. Diese Karten sind nur im Flachland ausgeführt, nicht im Gebirge,^c wo die geologische Karte gleichzeitig Bodenkarte ist.

Im Flachland werden Bohrungen ausgeführt bis zu 2 m, höchstens in einzelnen Fällen bis 5 m. Beigefügte Ziffern geben den Gehalt an Kalk, Sand, Lehm etc. an. Die Proben werden in einem eigenen Laboratorium durch Schlämmen untersucht.

Es sind somit 2 Dinge notwendig:

1. Die aufnehmenden Geologen befassen sich auch mit der Untersuchung des Bodens im Felde.

2. Es muß ein pedologisches Laboratorium eingerichtet werden.

Die Aufnahmen erfolgen 1:25.000, ebenso die Publikationen. Für einzelne Besitztümer wären auch größere Maßstäbe wünschenswert, 1:10.000, 1:5.000, deren Herstellung

^{a-a} Nachgetragen.

^b Folgt gestrichen: selben.

^c Folgt gestrichen: da.

jedoch mit größeren Schwierigkeiten und Kosten verbunden wäre. Sie würden nur in besonderen Fällen notwendig und auf spezielle Wünsche. In Deutschland sind solche Karten wiederholt verlangt worden. Der Grundbesitzer hat dann einen Teil der Kosten übernommen. Das könnte auch bei uns der Fall sein.

Die Schlämmanalysen sind leicht durchzuführen und gehen rasch. Ein Diener hätte den^d Apparat zu bedienen, er kann auch die Wägungen machen. Am empfehlenswertesten ist die Schlämm-Methode von Kopetzky, nach der bereits in ganz Böhmen Bodenuntersuchungen durchgeführt sind. Es ist unbedingt die Gleichartigkeit der Methoden anzustreben. Auch Ungarn hat zum Teil nach der Methode Kopetzky gearbeitet.

Das pedologische Laboratorium wäre dem chemischen anzugliedern. Ein Pedolog mit einem Diener wäre für den Anfang ausreichend.

Die Untersuchungsergebnisse wären nach dem badisch-württembergischen Muster einzutragen. Außer auf das Ergebnis der Bohrungen ist noch auf andre allgemeine Eigenschaften des Bodens Rücksicht zu nehmen.

Der Kartentext müßte eine entsprechende Erweiterung erfahren. In Baden führen die Erläuterungen einen eigenen bodenkundlich-technischen Teil. Sie geben die vorhandenen Bodentypen an. Sauer hat namentlich für die^e Württembergischen Karten darauf hingewiesen, daß die Beschaffenheit des Bodens nicht bloß von der Unterlage abhängig ist, sondern auch verändert werden kann, z. B. durch Bestreuung mit Blöcken (Kalkblöcke auf dem aus^f sandigen Werfener Schiefen entstandenen Boden). Auch solche Momente müssten vom Geologen hervorgehoben werden.

Vor allem müsste ein Programm für diese Tätigkeit aufgestellt werden.

Die^g Mehrzahl der Landwirte versteht die Karten allerdings nicht, aber einige wenige studieren zuerst die geologischen Karten als Grundlage ihres Wirtschaftsplanes. Sache der Erziehungsstätten für gebildete Landwirte ist es, die Leute zum geologischen Denken und zur Benützung der geologischen Karten zu erziehen.

Der Vorsitzende dankt Prof. Hibsich für seine Ausführungen und leitet die Diskussion ein:

Ampferer konstatiert, daß nach Prof. Hibsich Karten 1:75000 ungenügend seien.

Hammer fragt, wer die pedologischen Untersuchungen durchführt, die normalen Geologen oder eigene Pedologen.

Hibsich: Dieselben Leute. Crädner [*entweder: Hermann oder Georg Rudolf Crädner*] hat angeordnet, daß die Geologen abwechselnd Flachland und Gebirge bearbeiten.

Ampferer: Wie stark wird die Arbeit durch die Pedologie verzögert?

Hibsich: Um die Hälfte.

Vetters: Bei uns wäre es auch nicht möglich, nebenbei pedologisch zu kartieren, weil für die Diäten der Diener nicht zu haben ist, welcher den Bohrer trägt. Die Karten einer Aufnahme würden sich auf das 3-4fache erhöhen.

Ampferer schlägt vor, vorläufig ein ausführliches Programm auszuarbeiten.

^d Korrigiert aus: dem.

^e Nachgetragen.

^f Folgt gestrichen: Wer.

^g Folgt gestrichen: Mehzo.

Eichleiter erwähnt, daß in Niederoesterreich bereits Bodenuntersuchungen durchgeführt werden, wofür ein eigenes Laboratorium besteht.

Goetzinger konstatiert dazu, daß es sich dabei nur um spezielle Untersuchungen für Drainagezwecke handelt und diese Arbeiten vom Landeskulturrat^h ausgehen.

Hibsch pflichtet dem Vorschlag Ampferer bei. In dem Programm wäre neben den andern Aufgaben auf die montanistischen und pedologischen hinzuweisen, es wäre ein Antrag zu stellen, ein Kostenvoranschlag ⁱzu gebenⁱ, Dotationserweiterung, Personalvermehrung anzusprechen. Wird das Projekt nicht angenommen, haben wir doch unsere Schuldigkeit getan.

Vor einigen Jahren hat der Rektor der Hochschule für Bodenkultur [*wohl: Julius Marchet oder Adolf Cieslar*] erklärt, daß die pedologische Aufnahme ganz Oesterreichs ein Programm der Hochschule sei. Daraufhin wurde die Lehrkanzel Leiningen errichtet [*Lehrkanzel für forstliche Standortslehre und forstlich-chemische Technologie 1911*].

Goetzinger: Leiningen ist Chemiker und braucht die Mitarbeiterschaft der Geologen.

Vetters weist gegenüber dem allgemeinen Programm auf den uns gegenwärtig direkt angehenden Antrag Schreiner wegen Mergelung der Böden hin als für uns leichter und ohne weitere Mittel durchführbar. Er fragt Prof. Hibsch, ob in Boehmen irgendeine diesbezügliche Organisation besteht.

Hibsch: In dieser Frage ist im Ackerbauministerium unter Vorsitz von MR Dr. Deutsch auf Anregung Schreiners eine Enquête mit negativem Erfolg abgehalten worden (Oktober 1918). Das Ackerbau-Ministerium hat sich sehr dafür eingesetzt. Es wurde vereinbart, Probedüngungen als Grundlage für weitere Maßnahmen durchzuführen und zwar vorerst in Nordböhmen. Man hat sich mit dem deutschen Meliorationsverband für Boehmen in Verbindung gesetzt und wollte Versuche auf drainierten und nichtdrainierten Böden ausführen, um gleichzeitig die Wirkung der Drainage zu erkennen. Prof. Hibsch wurde mit den Vorarbeiten betraut. In erster Reihe sollten sandige Boeden^j zum Versuch herangezogen werden. Bis heute ist vom Meliorationsverband keine Antwort eingetroffen. Hibsch hat bei den großen Kalkgewerkschaften und Steinbruchindustriunternehmen angefragt, ob sie Mergel oder Kalk liefern können, Mergel oder Kalkmehl, Staubkalk, die Abfallprodukte, in welchen Mengen und zu welchem Preis. Die Antworten lauten ablehnend. Preise könnten unter den herrschenden Umständen nicht kalkuliert werden, eine Verwertung der Abfallprodukte ist auch im Frieden nie erfolgt.

Ampferer: Um die Karten bezüglich der natürlichen Düngervorkommen und der Bodenarten für die Landwirtschaft brauchbar zu machen, müssen in Zukunft die Schichten petrographisch richtig benannt werden, nicht bloß stratigraphisch, die Schichtgrenzen genauer kartiert, auf Schuttbildung mehr Rücksicht genommen werden. In dem Programm soll der Satz aufgenommen werden: Wir verfeinern unsere Aufnahmen in dem genannten Sinn soweit als möglich.

Vetters: Die 25.000-Karten sollen druckfähig aufgenommen werden, ohne Rücksicht, ob sie in diesem Maßstab auch wirklich publiziert werden. Man kann damit jeden gewünschten Teil im Handkolorit abgeben.

^h Mit Bleistift gestrichen: -kulturrat und durch eine kurzschriftliche Paraphe ersetzt.

ⁱ Nachgetragen.

^j Folgt gestrichen: ausfindig gem.

Hibsch: 1:25.000 kartieren ist unbedingtes Erfordernis. Es soll jeder Aufschluss verwertbaren Materials, Steingruben etc. ^{k-k}auf der Karte^k verzeichnet werden. Die Verkehrswege sind besonders zu berücksichtigen, Erweiterungsfähigkeit etc. In erster Linie die großen Kalk- und Mergelindustrien und Werke. Auch alle Schotter, die Kalkschotterterrassen der Voralpengebiete, Moränen, Alluvialschotter etc.

Vetters: Eine petrographische Analyse der Alluvien müsste gute^l Erfolge zeitigen. Er fragt Prof. Hibsch, welche Erfahrungen über die Qualitäten der Materialien bestehen.

Hibsch: Es sind in erster Linie die Kalkmergel zu verwenden, welche mehr als 30% Kalk enthalten. Unter 30% nicht geeignet.

Vetters fragt um die Versuche vom Zimmermann mit Basaltschotter auf reinen Sandböden.

Hibsch: Man kann Sandböden auch mit reinem Tondünger verbessern. Die Versuche waren günstig.

Vetters: Wir brauchen einen Wunschzettel der Landwirte, worauf sie besonders Wert legen. Er müsste in die Aufnahmeinstruktionen aufgenommen werden.

Hibsch verweist auf die deutsche landwirtschaftliche Gesellschaft für Oesterreich (Delgefö), deren Sekretär Prof. Ostermeyer von der Hochschule für Bodenkultur ist.

Vetters: Man^m soll jedes Jahr an die Delgefö eine diesbezügliche Anfrage richten, auch über jedes Arbeitsgebiet im Besondern. Damit wäre auch ein ständiger Kontakt mit der Landwirtschaft hergestellt.

Hibsch pflichtet dem bei. Wir müssen uns vor allem allgemein instruieren lassen und ebenso für jedes spezielle Gebiet.

Winkler: Dr. Schreiner hat neuerdings geschrieben. Er findet Vermehrung des Personals notwendig. Wir sollen unsere Wünsche wegen Ausgestaltung in pedologischer Richtung dem Staatsamt für Unterricht einreichen. Er wird sich persönlich dafür einsetzen. Die Mittel dürften wir vom Staatsamt für Landwirtschaft erhalten.

Winkler beantragt, ein engeres Comité zur Ausarbeitung eines diesbezüglichen Memorandums einzusetzen.

Waagen: Es sind 2 Fragen: Normale geologische Aufnahmen mit pedologischer Ergänzung oder ganz pedologische Arbeit. Diese hat bisher überall Fiasko gemacht, in Deutschland und in Ungarn. Der Erfolg liegt in der Drainage und der Düngung. Die Karten werden nicht benützt. Für den Staat sind die montanistischen Karten wichtiger. Er ist gegen den Antrag Winkler.

Dreger und Ampferer befürworten ihn. Ampferer meint, die geologischen Karten würden auch nicht mehr benützt als die pedologischen. Ein Anfang müsse einmal gemacht werden. Wir haben gewiss wichtigere Aufgaben, aber in Bezug auf pedologische Karten liege ein positiver Antrag, ein spezieller Wunsch vor, und diese Anregung müsse ausgenützt werden.

Hibsch konstatiert, daß die deutsche Anstalt auch nur die pedologischen Details in der geologischen Karte eintrage.

^{k-k} Nachgetragen.

^l Folgt gestrichen: Dru.

^m Folgt gestrichen: ka.

Der Antrag Winkler wirdⁿ gegen die Stimmen von Waagen und Vettters angenommen. Für das Komité werden bestimmt: Goetzing, Winkler^o und Hackel.

Waagen betont, diese Angelegenheit sei verfrüht, wir erschweren nur die Arbeit der gegenwärtig tagenden Enquête. Dreger-Hammer geben dies zu, wünschen aber die Ausarbeitung des Programmes in erster Linie pro Domo.

Hibsch wünscht besten Erfolg. Er glaubt, es wäre jetzt der richtige Standpunkt, alle die Ziele, welche der Anstalt bezüglich des Ausbaues vorschweben, festzulegen und nicht erst zu warten, bis andre Korporationen und Behörden uns ein Arbeitsgebiet aus der Hand nehmen. Wir sollen uns der Stützen versichern, welche uns zu fördern imstande sind.

Prof. Hibsch verläßt die Sitzung.

- [2.] Waagen berichtet über die Aktion der Universität. Es wurde an den Staatskanzler Dr. Renner eine von Wettstein, Brückner, Becke, Dölter etc. unterfertigte Eingabe gerichtet, dahin gehend, daß die Geologische Reichsanstalt unbedingt dem Staatsamt für öffentliche Arbeiten angegliedert werden solle. Die diesbezügliche Enquête ist ohne spezielles^p Resultat verlaufen.^q Es wurde ein 4gliedriges Komité aus den Herrn MR Hörtingen und Rotky, RR Geyer und Prof. Diener bestimmt und beauftragt, ein neues Statut für die Anstalt zu entwerfen. Es wird eine Erweiterung des Personalstandes gewünscht, die pedologische Tätigkeit ganz ausgeschieden. Das Arbeitsgebiet für spezielle Pedologen ist zu klein. Daher die Stellungnahme Waagens gegen den Antrag Winkler. Die Mergelung^r bringt^s geologische Aufgaben, die in unserm Wirkungskreis als Nebenbeobachtung durchgeführt werden kann.

Amperferer erklärt diese Mitteilungen als entscheidend in der Frage der pedologischen Betätigung der Anstalt.

Vettters hält die Ausarbeitung der Aufnahmsinstruktion^t im Hinblick auf alle Arten der praktischen^u Beobachtungen beim Aufnahmsdienst für das derzeit Wichtigste.

- [3.] Waagen berichtet über die 2. Sitzung der Vereinigung der wissenschaftlichen Beamten, an der er auftraggemäß teilgenommen hat. (Bisher 48 Institute mit ca. 800 Mitgliedern in der Vereinigung vertreten).

Schluss der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Dr. Julius Dreger

ⁿ Folgt gestrichen: mit.

^o Mit Bleistift nachträglich gestrichen: Waagen.

^p Nachgetragen.

^q Folgt gestrichen: Das Wir.

^r Korrigiert aus: Mergelungsfrage.

^s Überschrieben anstelle von: ist eine.

^t Korrigiert aus: Aufnahmsinstruktionen.

^u Folgt gestrichen: Bestätigung.

Sitzung vom 7. März 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettors, Hackl, Goetzinger

Vorsitzender RR Geyer

Beginn der Sitzung 10 h

[1.] Der Vorsitzende berichtet über den Verlauf der ersten Sitzung der Enquête [27.2. 1919] im Staatsamt für Unterricht:

1. Staatssekretär Pacher hat dieselbe eröffnet, dann den Vorsitz an SC Kelle abgegeben.

Nachdem von^a Hörtingen, Tietze, Rotky, Diener und Rosival [*sic*] sowie RR Geyer die im Vordergrund des Interesses stehenden Fragen über Bestand und Ausbau der Anstalt im Allgemeinen erörtert hatten, ersuchte SC Kelle, die Aufgaben ^bder Geologischen Reichsanstalt^b und die Fragen des Personalstandes^c [*zu*] konkretisieren und ein Statut zu entwerfen. Zu diesem Zweck wurde ein^d engeres Komiteé gebildet^e.

2. Zu diesem Komiteé haben Prof. Diener und Rotky einen Statutenentwurf vorgelegt. RR Geyer ist ermächtigt, darüber Mitteilung zu machen. Das Statut ist in Anlehnung an unser Promemoria, die Statuten der preussischen und der Englischen Anstalt zusammengestellt.

Waagen gibt an, daß der Statut der preussischen Geologischen Landesanstalt in den Jahren 1903 und 1907 erneuert worden ist, die § 7 und 8 von 1907 entsprechen fast vollständig unserer Eingabe bezüglich der Anerkennung des Geologenrates und der Vertrauensmänner.

Zum Statutenentwurf bemerkt er, es solle ein lockerer Rahmen für den Personalstand aufgenommen werden. Zahlen brauchen nicht genannt zu werden, doch soll festgestellt werden: Direktor in der V., Oberbergräte in der VI., Bergräte in der VII., Staatsgeologen in der VIII. und IX. Rangklasse. Der Dienst solle nach Analogie mit den Mittelschulprofessoren in der IX. beginnen. Statt der Praktikanten Probegeologen ^fohne Rangklasse^f mit den Bezügen der X. Rangklasse auf 2jährige Praxis. Im Falle der hiebei bewiesenen Eignung Anstellung als Staatsgeologen. Das entspräche den Supplenten.

Dreger konstatiert, daß auch am oesterreichischen Museum der Dienst mit der IX. Rangklasse beginnt.

Waagen: Chefgeologen sollen den Hochschulprofessoren gleichgestellt sein, wie es anfänglich der Fall war. Tatsächlich gehen die meisten Hochschulprofessoren aus der Geologischen Reichsanstalt hervor.

^a Nachgetragen.

^{b-b} Überscrieben anstelle von: der Enquete.

^c Folgt gestrichen: der Geologischen Reichsanstalt zu.

^d Korrigiert aus: das.

^e Folgt gestrichen: aus den Herren: Hörtingen.

^{f-f} Nachgetragen.

Bezüglich des Geologenrates sei darauf hinzuweisen, daß dieselbe Institution mit Vertrauensmännern eben jetzt vom Staatsamt für Unterricht in zwei Fällen anerkannt wurde: bei der Musikakademie und den Hofämtern.

Zum Gutachten-§ des Entwurfes sei zu bemerken: Es ist die Pflicht festzustellen, für die Praxis Gutachten abzugeben. Von der Direktion muß der Urlaub dazu bewilligt werden, der nicht vom Erholungsurlaub abzurechnen ist.

Geyer: ist im Entwurf vorgesehen!

Waagen will die Urlaubsfrage und die Verpflichtung genauer stilisiert haben.

Hammer und Geyer wollen das Wort „Pflicht“ vermeiden.

Hammer: Über die Verpflichtung hat der Direktor zu entscheiden.

Waagen: Unterscheidung in Privatgutachten, durch die Direktion zugewiesen und offizielle (amtliche) Gutachten, die den Fakultätsgutachten entsprechen. Zu diesen sind von der Direktion 2 Mitglieder zu bestimmen. Festlegung der Tarifbestimmungen.

Waagen stellt den Antrag: Zur Ergänzung und Änderung des Statutentwurfes ein Promemoria an das Staatsamt für Unterricht richten, welches bei⁹ der Enquête vorliegen soll. Die 4 Vertrauensmänner sollen gemeinsam mit RR Geyer das Promemoria raschestens ausarbeiten. Es soll keinen Hinweis auf die Mitteilungen des Herrn Regierungsrates enthalten. Wir wissen, daß Statuten ausgearbeitet werden und nehmen dazu Stellung. Das Promemoria soll aktenmäßig eingereicht werden.

Antrag einstimmig angenommen.

Vetters schlägt vor, ein 3. Exemplar der früheren Memorandums dem Staatssekretär für Unterricht persönlich einzusenden.

Beck beantragt, es dem Staatskanzler Dr. Renner wegen des sozialistischen Prinzipes der Vertrauensmänner-Organisation zu überreichen.

Beide Anträge angenommen.

Es wird für Dienstag den 11./3. eine außerordentliche Sitzung zur Vorlage des neuen Promemorias einberufen, dessen Ausarbeitung bereits Montag den 10./3. zu erfolgen hat.

- [2.] Die Schriftführer der beiden letzten Sitzungen verlesen die bezüglichen Protokolle, welche genehmigt werden.
- [3.] Auf Anfrage Hammer berichtet Waagen, daß an die beiden Hofräte die Kündigung der Arbeitszimmer bereits erfolgt ist, die übrigen demnächst folgen werden.
- [4.] Ferner bezüglich des Aktes Lechner: Der nächste Kündigungstermin ist der 1. Oktober 1920, der Ablauftermin des Vertrages der 1. Jänner 1921.
- [5.] Waagen beantragt Einführung von Legitimationen (Kennkarten) für die auswärtigen (fremden) Besucher der Bibliothek. Es soll ein Legitimationszwang eingeführt werden, ein Ausleihbuch geführt werden, worin auch Name und Adresse des Fremden einzutragen ist. Der Fremde erhält eine Legitimationskarte, die bei jeder Benützung

⁹ Nachgetragen.

der Bibliothek abzugeben ist. Beim Fortgehen hat der Fremde die Karte wieder zu verlangen, da er ohne sie die Anstalt nicht verlassen kann.

Schluss der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

Außerordentliche Sitzung vom 11. März 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Goetzinger, Spengler, Winkler

Vorsitz: RR Geyer

[1.] Waagen verliest das von den Vertrauensmännern mit RR Geyer ausgearbeitete Promemoria über Änderung des Statutes der Geologischen Reichsanstalt.
Es wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

[2.] RR Geyer berichtet, daß er Prof. Diener die Frage des Geologenrates vorgelegt habe und daß Prof. Diener sie lebhaft befürwortet. Er hat einen Antrag zu seinem Statutenentwurf gemacht als § 7, der etwa lautet: An der Spitze der Anstalt steht der Direktor und dessen Stellvertreter, daneben besteht ein Kollegium der wissenschaftlichen Beamten, welches herangezogen wird

1. bei Erörterung des Arbeitsplanes für die Kartierung,
2. bei Erstattung von Vorschlägen für die Aufnahme von Geologen und auswärtigen Mitarbeitern,

3. zur^a Erörterung wissenschaftlicher Fragen, die beim Fortschritt der Landesaufnahme notwendig werden (z. B. bei Nichtübereinstimmen der Auffassung der Geologen in aneinandergrenzenden Gebieten, besondere Unterschiede der Ausscheidungen etc.)

[Vettters und Waagen betrachten diesen § als Maulkorb-§ und fürchten davon Uniformierung der wissenschaftlichen Arbeit:]

4. bei sonstigen dem Direktor zugehenden für die Tätigkeit der Anstalt wichtigen Vorlagen. Punkt 5 von Diener's § 7 regelt die Frage der Einberufung und Protokollführung und setzt fest, daß das Kollegium beratende Stimme und Votum besitzt.

Prof. Diener lädt die Vertrauensmänner zu einer Besprechung ein.

Es wird beschlossen, das neue^b Promemoria offiziell an das Staatsamt für Unterricht als Akt zu überreichen, persönlich an SC Kelle als Vorsitzender der Enquête, ebenso an^c den derzeitigen Staatssekretär Pacher und den Präsidialisten von Prüger, an die Professoren Becke und Diener, an MR Rotky und vor allem an den Staatskanzler Renner.

Waagen und Vettters beantragen, das Promemoria ^din den Verhandlungen^d drucken zu lassen und darüber in der nächsten Sitzung Beschluß zu fassen.

Waagen beantragt, unsere Eingabe wegen Besetzung der Direktorstelle ebenfalls Rotky und Renner zu überreichen.

^a Korrigiert aus: bei.

^b Nachgetragen.

^c Folgt gestrichen: Pa.

^{d-d} Nachgetragen.

Dreger schlägt diesbezüglich vor, bei Gelegenheit der Überreichung des Promemorias erst mündlich diese Frage zu berühren und nur über speziellen Wunsch das schriftliche^e Exposé zu übergeben.

Der Vorschlag wird angenommen und schließlich festgesetzt, durch^f welche Herren^g und in welcher Reihenfolge die Schriftstücke den genannten Persönlichkeiten übergeben werden sollen.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^e *Korrigiert aus:* schriftlichen.

^f *Nachgetragen.*

^g *Nachgetragen.*

Sitzung vom 21. März 1919

Beginn 10 h ante meridiem

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Goetzinger, Spengler, Winkler

Vorsitz RR Geyer

1. Der Vorsitzende bringt eine Zuschrift des Vereines der wissenschaftlichen Staatsangestellten Deutschoesterreichs zur Kenntnis, mit welcher zur Teilnahme an der konstituierenden Versammlung der Gewerkschaft eingeladen wird. Da Waagen durch Krankheit verhindert ist, meldet sich Dreger zur Vertretung der Anstalt und da es sich um im Interesse der dort vorzunehmenden Wahlen um möglichst zahlreiche Beteiligung einzelner Mitglieder handelt, auch noch Hammer, Ampferer, Vettters.
2. Der Vorsitzende berichtet ferner über die Enquête ^avom 19. März^a: Es lag der letzten Vollsitzung nur der kurze Statutentwurf Dieners vor, angeblich, da es zu spät war, den einzelnen Teilnehmern den durch unser diesbezügliches Memorandum erweiterten Entwurf zuzustellen, wie er bereits in der vorausgegangenen Sitzung des Viererausschusses zusammengestellt worden war. Es hat sich aber im Verlauf der Vollsitzung herausgestellt, daß es Absicht war, auf Basis des ersten^b Diener'schen Entwurfes zu verhandeln.
Es wurde – bereits unter Teilnahme unserer Vertrauensmänner Hammer und Waagen – das Statut punktweise geprüft und sehr umständlich erörtert. Bereits im 4[er]-Ausschuss hat Prof. Diener seinem ersten Entwurf 2 weitere §§, 6 und 7 hinzugefügt, die sich mit dem Personalstand und dem Mitglieder-Kollegium befassen. Der letztere Punkt (geologischer Beirat) erscheint mit kleinen Änderungen angenommen, bezüglich des Personalstandes wurde vom Vertreter des Staatsamtes der Finanzen Einspruch erhoben mit der Begründung, daß er von den Mehrforderungen nicht rechtzeitig verständigt war und diese Angelegenheit erst dem Staatsamt für Finanzen vorgelegt werden müsse.
Die Frage der Probegeologen und der Dienstbeginn mit der IX. Rangklasse fand im Staatsamt für Unterricht teilweisen Widerspruch.
Mit Ausnahme von Abel und Rosival [*sic*] haben alle Universitätsprofessoren gegen die Bestimmung unseres Punktes 2, wissenschaftlich wichtige Gebiete im Maßstab 1:25.000 zu publizieren, gestimmt.
Hammer und Ampferer wünschen, daß bei der nächsten Enquête-Sitzung bei der Frage der Zugehörigkeit der Geologischen Reichsanstalt die erste Anstellung in der IX. Rangklasse als Forderung aufgestellt werde.

^{a-a} Nachgetragen.

^b Nachgetragen.

Geyer erklärt, daß gleichzeitig die Anrechenbarkeit der Probezeit in der Dienstzeit^c besprochen werden solle.

Bezüglich § 7, geologischer Beirat, wendet sich Veters gegen die Bestimmung, daß die Protokolle der Sitzungen dem Staatsamt vorzulegen seien und meint, es genüge, wenn die Vorlage der Resolution gefordert werde.

Gegen die Einwendung Hammers, daß daran nichts zu ändern sei, da bereits der Beschluss gefast [*sic*] ist, verlangt er, ebenfalls bei der Behandlung der Frage der Zugehörigkeit der Anstalt, eine Forderung auf Änderung dieses Beschlusses zu stellen. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß sich die nächste Enquêtesitzung mit der Frage der Zugehörigkeit befassen werde. Die Entscheidung darüber steht jedoch nicht der Enquête, sondern dem Kabinettsrat zu.

Veters regt an, bei der Enquête eine Erklärung des MR Rotky bezüglich unseres Personalbudget zu provozieren, da er unseren Forderungen bestimmt zugesagt hat.

Beck beantragt, sich vorher mit Rotky in Verbindung zu setzen, ob er bei der Enquête eine solche Erklärung abgeben kann und wird.

Ampferer und Veters sind der Meinung, daß mit den Versprechungen des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten eine Pression auf die andern^d Staatsämter ausgeübt werden solle.

Hammer fragt ob die Vertrauensmänner auf besondere Versprechungen bei der Enquete ihre Stimmen dieser Partei geben sollen, in andern Falle sich der Stimme enthalten?

Rotky hat sich gegenüber dem Vertreter des Staatsamts für Finanzen nicht persönlich für unsere Forderungen eingesetzt.

Es wird beschlossen, daß Waagen und Veters neuerdings bei Rotky vorsprechen.

Ampferer schlägt vor, außer bei Rotky noch bei Unterstaatssekretär Glöckel und Staatskanzler Renner vorzusprechen und auf die Unklarheiten des Personal-§ hinzuweisen.

Hammer verlangt, wenn positive Erklärungen Rotky's vorliegen, eine außerordentliche Haussitzung einzuberufen, in welcher die Vertrauensmänner bestimmte Anträge für die Enquête bekommen sollen. Nachher sollen diese bei Unterstaatssekretär Glöckel vorsprechen.

3. Ampferer legt den Entwurf Waagens für die^e Bibliothekslegitimation für Fremde vor sowie den Entwurf des Vormerkbuches.
Eichleiter beantragt dazu, auch im Vormerkbuch die Unterschrift des Fremden zu verlangen.
Entwurf und Zusatz angenommen.
4. RR Geyer berichtet, daß bei der Enquête speziell von den Prof. Doelter und Becke angeregt wurde, von jeder chemischen^f Untersuchung ein Belegstück und einen Dünnschliff aufzubewahren.

^c Folgt gestrichen: festzustellen sei.

^d Folgt gestrichen: Teilnehmer.

^e Nachgetragen.

^f Nachgetragen und wieder gestrichen: Gesteins.

Eichleiter bemerkt dazu, das bedeute die Anlage eines umfangreichen Archives, nicht alle Proben seien schleiffähig, häufig haben sie keine Fundortangabe.

Hammer hält bei sinngemäßer Auslegung die Anregung für beachtenswert.

Hackl erwähnt, daß er selbst schon mehrmals aus eigenem Antrieb mit der Anlage eines derartigen Archives begonnen hat, bezw. beginnen wollte, doch mangelt es derzeit an Raum und Personal, um das konsequent durchzuführen.

Eine weitere Erörterung dieser Anregung ist derzeit aus diesen Gründen nicht angebracht.

5. Goetzingen berichtet über die Arbeiten des engeren Komités für die bodenkundlichen Fragen und verliest die vom Komité aufgestellten Richtlinien.

Vetters betont dabei, daß eine Verfeinerung der geologischen Aufnahme^g durch Bohren nicht möglich sei, da die Aufnahmezeit dadurch ungebührlich verlängert werde.

Winkler bemerkt, daß deshalb der Entwurf eine Teilung der Arbeit durch Kooperation mit Pedologen vorsieht. Es soll nach dem Vorschlage Goetzingers eine Kommission von 3 Geologen und Pedologen gebildet werden. Als Vorarbeit soll man mit^h Prof. Leiningen ein Einvernehmen pflegen, ob er zu dieser Art der Mitarbeit geneigt wäre. Es soll gemeinsam mit ihm ein Memorandum ausgearbeitetⁱ und dem Staatsamt für Landwirtschaft und der Delgevö [*sic*] eingesandt werden. Er möchte sich in diesem Sinn mit Leiningen besprechen und ihn eventuell in eine^j Haussitzung einladen.

Er erbittet sich dazu ein Mandat.

Wird erteilt.

6. Dreger verweist auf die Zeitungsnachrichten über Errichtung eines Lebensmittellagers für Staatsangestellte. Er wünscht einen Auftrag, sich diesbezüglich zu informieren und die Angelegenheit für die Geologische Reichsanstalt in die Wege zu leiten.

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen und der verlangte Auftrag erteilt.

Schluss der Sitzung 12 30 h post meridiem

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^g *Überschrieben anstelle von:* Kartenbilder.

^h *Nachgetragen.*

ⁱ *Folgt gestrichen:* werden.

^j *Überschrieben anstelle von:* die.

Sitzung vom 1. April 1919

Vorsitz RR Geyer

Anwesend: Geyer, Dreger, Kerner, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Goetzinger, Spengler

Beginn der Sitzung 10 h 15 ante meridiem

1. Dreger berichtet über die gründende Versammlung der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutschoesterreichs, an welcher er mit Hammer und Spengler als Vertreter der Anstalt auftraggemäß^a teilgenommen hat. Es wurden die Satzungen verhandelt und die Wahlen für Obmann und Stellvertreter durchgeführt. Die Anzahl der zu bildenden Fachgruppen ist unbeschränkt, vorläufig bestehen 4. Bis zum 4. April sollen die neuen Fachgruppen angemeldet sein und je einen Obmann und 2 Stellvertreter in den Hauptausschuss entsenden. Frage: Sollen wir uns einer Fachgruppe anschließen und welcher (Hofmuseum? naturwissenschaftliche Fachgruppe? Forschungsinstitute? etc.) oder eine eigene Fachgruppe bilden?
Nach Diskussion (Hammer, Waagen, Dreger, Vettters^b) wird der Antrag eine selbstständige Fachgruppe anzumelden angenommen, zum Obmann Waagen, zu Stellvertretern Hammer und Spengler bestimmt.
Der neugewählte Vorstand hat die Anmeldung zu vollziehen. Dreger teilt mit, daß der Mitgliedsbeitrag 2 K pro Einzelperson beträgt.
2. RR Geyer teilt den Inhalt einer Unterredung mit Hörtingen vom 31. März mit. Hörtingen gab bekannt, daß die Enquête nicht mehr zusammentreten werde. Kelle habe gefunden, daß kein Resultat davon zu erwarten sei, weil sie keine Entscheidung zu treffen habe. Es werden zwei Promemorias in Angelegenheit der Reichsanstalt, vom Staatsamt für Unterricht und von MR Rotky für das Staatsamt für^c Gewerbe, Handel und Industrie vorgelegt werden. Die Möglichkeit zu letzterem Staatsamt zu kommen ist derzeit größer. Das Staatsamt für Unterricht legt nur Wert darauf, alle Unterrichtsanstalten zu besitzen, auch die montanistische Hochschule [*Leoben*], gegen die wir eventuell eingetauscht würden. Bezüglich der vom Geologenrat beanstandeten Frage der Vorlage der Sitzungsprotokolle äußerte Hörtingen, daß in der ihm vorliegenden Fassung des Statuts es heiße: „über Wunsch vorzulegen.“
Hammer verweist darauf, daß diese Fassung in der Enquête ausdrücklich abgelehnt würde. Es heißt in der angenommenen Fassung: Die Protokolle sind dem vorgesetzten Staatsamt vorzulegen. Vielleicht liege ein Fehler im Protokoll der Enquêtesitzung vor.

^a Nachgetragen.

^b Nachgetragen.

^c Folgt gestrichen: öff.

3. Waagen berichtet über seinen auftragmäßigen^d Besuch bei Rotky. Die Mitteilungen Rotky's decken sich mit denen RR Geyer's. Die Entscheidung erfolgt im Kabinettsrat. Rotky rät beim Staatskanzler vorstellig zu werden, eventuell auch beim Staatssekretär Glöckl [sic] und wenn wir Beziehungen hätten, auch bei anderen Regierungs-Mitgliedern. (Das ist nicht der Fall).

Wir sollen betonen^e, daß wir Wert darauf legen, daß unsere Ansicht über die Zuteilung zu einem neuen oder Belassung beim alten Staatsamt zu Gehör gebracht wird.

Auf die Frage nach dem Grund seines Stillschweigens in der Personalfrage dem Vertreter des Staatsamtes für Finanzen gegenüber, erklärt Rotky, er sei nicht in der Lage uns^f bindende Versprechungen zu machen. Er habe es unangenehm empfunden, daß Hörtingen dem Vertreter des Staatsamtes für Finanzen nicht entgegengetreten sei. Er hätte als unser Chef die Pflicht gehabt, sich für die Personalfragen einzusetzen Er^g selbst konnte nicht in die Debatte diesbezüglich eingreifen, weil er nicht unser Chef sei. Aber es sei selbstverständlich, wenn wir^h seinem Staatsamt unterstellt würden, daß wir ebenso wie alle Bergleute in die 6. Rangklasse avancieren. Bezüglich des Dienstbeginnes in der 9. Rangklasse könne er nicht dezidiert Stellung nehmen wegen der dazu nötigen Verhandlungen mit dem Staatsamt für Finanzen.

Er wundere sich, daß die Diätenfrage auf der Enquête nicht zur Sprache gekommen sei, da ⁱder gegenwärtige Zustandⁱ direkt eine Unterbindung unserer Arbeitsfähigkeit bedeute. Wir sollen feststellen, daß wir durch das Unterrichtsministerium bisher nicht eine Förderung, sondern nur eine Behinderung erfahren haben.

Ampferer wendet ein, das liege nicht am Ministerium, sondern an den bisherigen Direktoren. (Zustimmung)

Geyer erwähnt, daß der sorgfältig ausgeführte und begründete Akt über die Erhöhung der Reisediäten, den Hinterlechner im Auftrag der^j Anstaltsmitglieder ausgearbeitet hat (Erhöhung der Diäten analog wie in Ungarn auf 35 und 40 K) gar nicht in das Ministerium gekommen sei, sondern von Tietze liegen gelassen wurde. Hinterlechner habe den Akt nur persönlich privatim dem Baron Bajon gezeigt, von der Direktion wurde er nicht eingereicht!

Hammer verweist auf den Akt Rosivals [sic] bezüglich der Gebühren für Gutachten, der wohl in das Ministerium weitergeleitet worden ist,^k dessen Ansätze aber vom Direktor (Tietze) halbiert worden sind.

Vetters verlangt, daß diese Fälle beim Staatskanzler und beim Staatssekretär für Unterricht festgenagelt werden.

^d Nachgetragen.

^e Überscriben anstelle von: uns darauf berufen.

^f Folgt gestrichen: Ver.

^g Folgt gestrichen: könne.

^h Folgt gestrichen: ihm.

ⁱ Überscriben anstelle von: sie.

^j Folgt gestrichen: Direktion.

^k Folgt gestrichen: aber.

RR Geyer teilt mit, daß er eine tabellarische Zusammenstellung der bisher giltigen mit neu angeforderten auf 35 bzw. 40 K erhöhten Personaldiäten und den derzeit giltigen allgemeinen Staatsbeamtendiäten angefertigt habe als Beilage zum Aufnahmeprogramm für das neue Budgetjahr.

Es ergibt sich, daß die Gebühren der letzteren Art für die Chefgeologen wesentlich günstiger sind bei den neu geforderten erhöhten Pauschaldiäten dagegen für die niederen Rangklassen. Der durchschnittliche Geldbedarf für diese beiden Diätenarten^m ist ziemlich gleich.

Das Reisepauschale [*sic*] habe er für alle gleich mit 300 K festgesetzt.

4. Waagen verlangt eine Marschroute für die Vertrauensmänner bei ihren Besprechungen mit den Staatsämtern und schlägt vor bezüglich unserer Stellungnahme wegen Zuteilung zu einem Staatsamt, daß wir uns für jenes entscheiden sollen, welches
1. uns die volle Unabhängigkeit und wissenschaftliche Forschungstätigkeit garantiertⁿ
 2. eine Besserung unserer materiellen Lage laut Programm unserer Denkschrift und
 3. eine Besserung unserer sozialen Stellung.

Vetters verlangt als Punkt 2. Garantie für materielle Ausgestaltung der Anstalt, mit der Begründung, daß die bisherigen Zuwendungen durch das Staatsamt für Unterricht vollkommen unzulänglich waren.

Ferner Ernennung in die Rangklasse, deren Bezüge bereits angefallen sind, Erledigung der Eingabe wegen Anrechnung der Hochschulassistentenjahre und die Möglichkeit, die 6. Rangklasse zu erreichen.

Waagen verweist auf unsere Forderung nach Gleichstellung mit den Staatslehrpersonen, Beginn in der 9. Rangklasse, 6. Rangklasse für die Chefgeologen, 30jährige Dienstzeit. Alle neu gegründeten geologischen Anstalten haben die Chefgeologen in der 6. Rangklasse.

Ampferer: Man soll beim Staatssekretär für Unterricht fordern, daß die Forschungsinstitute den Hochschulen gleichgestellt werden. Waagen bemerkt dazu, daß es dort nur Professoren in der ^o8. und ^o6. Rangklasse und Privatdozenten gibt. Er schlägt daher die Gleichstellung mit den Staatslehrpersonen vor.

Waagen fordert ferner die Systemisierung der 5. Rangklasse für den Direktor. Man müsse darauf hinweisen, daß Tietze, als ihm^p vom Ministerium das Anbot, die 5. Rangklasse zu systemisieren gemacht wurde,^q es aus Missgunst gegen seinen voraussichtlichen Nachfolger Teller abgelehnt habe.

^l *Überschrieben anstelle von:* besonders.

^m *Folgt gestrichen:* sei.

ⁿ *Folgt gestrichen:* und.

^{o-o} *Nachgetragen.*

^p *Folgt gestrichen:* das.

^q *Folgt gestrichen:* es abgelehnt habe mit der.

Mit dieser Forderung sei die nach dem Vorschlagsrecht bei Besetzung der Direktorstelle zu verbinden. In der Akademie für Musik und darstellende Kunst ist bereits der Direktor von den Mitgliedern gewählt und vom Staatsamt für Unterricht anerkannt worden.

Bei der Enquête wurde gesagt, das Vorschlagsrecht könne nicht zugebilligt werden, weil unsere Verfassung hierarchisiert ist. Dieser Hinweis sei ganz falsch. Die Kirche hat das typischste Beispiel hierarchischer Verfassung, dabei wird jeder höhere Funktionär gewählt.

Als weitere Forderung die Erhöhung der Diäten. Durch deren jetzigen Stand werden die Aufnahmen direkt unterbunden.

Vetters glaubt, daß der Staatskanzler Renner derzeit kaum zu erreichen sein werde. Die Vorschläge sollen punktweise niedergeschrieben und in der Staatskanzlei überreicht werden, wenn beim Kanzler nicht vorzukommen ist.

Waagen hält es für besser, nicht zum Sekretär Dr. Renners, sondern zum Vizekanzler Fink zu gehen und ihm die^s schriftlichen Forderungen zu übergeben.

Vetters und Ampferer beantragen, auch dem^t Staatssekretär Glöckel die Forderungen schriftlich zu überreichen.

5. Waagen bespricht weiter unsere Stellungnahme zum Statutentwurf der Enquête.
- § 5 ordnet an, daß die Höhe und Verwendung der Gebühren bei amtlichen Gutachten vom Staatsamt bestimmt werden. Da können wir eventuell auch gar nichts davon bekommen.
- § 6 (Personalia) ist ein Torso. Es ist darin vom Direktor keine Rede. Wenn wir schon die Rangklasse nicht in das Statut aufgenommen bekommen, so müssten wir für den Direktor mindestens Titel und Charakter der 5. Rangklasse fordern. Ferner sind die Bestimmungen wegen Übernahme der Hochschulassistenten unklar. In diesem Punkt müssen wir auch abwarten, welchen Erfolg die jetzt bestehende Bewegung unter den Hochschulassistenten selbst ergibt.
- In § 7 ist ein Direktor genannt, aber nichts gesagt über seinen Rang, ebenso beim Vizedirektor. Es ist nicht gesagt wie er ernannt werden soll.
- Die Frage der Vorlage unserer Haussitzungsprotokolle ist eigentlich durch die Mitteilung des Vorsitzenden erledigt.
- Hammer verlangt, daß wir noch einmal auf unseren Satzungsentwurf hinweisen.
- Vetters: Nach Erledigung der Unterstellung unter ein Staatsamt müssen wir eine neuerliche Enquête ^uinnerhalb des betreffenden Staatsamtes^u anregen und Revision des Status beantragen unter ausgiebiger Zuziehung unserer Vertreter.
- Waagen teilt mit, daß er^v Rotky unsere Befremdung über seine Stellungnahme zu wissenschaftlich wichtigen Aufnahmen 1:25.000 bekannt gegeben hat. Rotky hat geäußert, daß er sich deswegen nicht dafür eingesetzt habe, weil er das wirtschaftliche stärker betonen wollte und damit die Zugehörigkeit zu seinem Ressort.

^r Folgt gestrichen: Frage.

^s Folgt gestrichen: Druckschrift.

^t Nachgetragen.

^{u-u} Nachgetragen.

^v Nachgetragen.

Geyer betont, daß ein Heruntersteigen in der wissenschaftlichen Betätigung der Anstalt gleichbedeutend sei mit geringerem Ertragnis der Expertisen, da unser Ansehen als Gelehrte leiden müsste.

Ampferer verlangt deshalb^w als erste Forderung die unbedingte Gleichstellung mit den Hochschulprofessoren. Wir dürfen absolut nicht unter das heruntergehen, was das Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel teilweise schon versprochen hat.

Vetters meint, da wir gegen Leoben ausgetauscht werden, dienen wir dem Staatsamt für [...]x als wissenschaftliches Paradeferd und können erwarten, daß wir ebensogut behandelt werden, wie bisher Leoben. Der Hauptpunkt unserer Forderungen müsse sein: selbstständige wissenschaftliche Position. Unsere Publikationen müssen bleiben.

Hammer: Bei den kommenden Besprechungen ist das Hauptgewicht auf unsere Satzungen zu legen, in denen diese Forderungen gesichert werden müssen.

6. Vetters bespricht einen Vorfall bezüglich Benützung unserer Bibliothek durch Fremde. Er wurde brieflich von einem gewissen Direktor Arnstein aufgefordert, von ihm^y aus der Bibliothek entlehnte Separata, die Arnstein auszuleihen begehrt, sogleich zurückzustellen, damit Arnstein sie erhalten könne da^z dieser von hier aus die Mitteilung erhalten hatte, daß die betreffenden Bücher^{aa} von Vetters entlehnt seien. In diesem brüskten Verlangen, ein Anstaltsmitglied solle aus unsrer Bibliothek entliehene Bücher zugunsten eines Fremden, der sie ja auch woanders her erhalten könne, sofort zurückstellen, liege eine völlige Verkennung des Zweckes unserer Bibliothek, die keineswegs in dem Sinne öffentlich sei, wie etwa die Hof- oder Universitätsbibliothek, sondern in erster Linie hauptsächlich den Bedürfnissen der Anstalt zu dienen habe. Die Direktion wird ersucht, dem genannten Herrn Arnstein energisch und offiziell den Standpunkt der Geologischen Reichsanstalt bekannt zu geben. (Wird vom Vorsitzenden zur Kenntnis genommen und Erledigung in diesem Sinne einverständlich mit allen Mitgliedern zugesagt.)
7. Goetzinger berichtet über die Kooperation mit Leiningen und verliest ein Konzept Winklers für ein Schreiben an das Staatsamt für Landwirtschaft betreffend Bildung einer Kommission aus Geologen und Pedologen für Herausgabe pedologischer Karten. Er schlägt vor, in die Kommission den jeweiligen Direktor der Geologischen Reichsanstalt^{bb} zu wählen (angenommen). Über Vorschlag Ampferers werden als weitere Mitglieder der Kommission Goetzinger und Winkler gewählt. Leiningen wird eine Abschrift der Eingabe übergeben werden.

^w Nachgetragen.

^x Im Original fehlend. Wohl: Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten.

^y Folgt gestrichen: ent.

^z Folgt gestrichen: Ar.

^{aa} Folgt gestrichen: el.

^{bb} Folgt gestrichen: als Vorsitzenden der Geolog.

8. Der Vorsitzende konstatiert, daß die heutige Debatte^{cc} ein glänzender Beweis der Existenznotwendigkeit des geologischen Beirates sei. Einem einzelnen sei es seiner Ansicht nach unmöglich, alle Gesichtspunkte so akademisch auszuarbeiten.
9. Dreger berichtet, er habe sich privatim bezüglich des Lebensmittellagers erkundet. Es sei keine Aussicht vorhanden, angeschlossen zu werden, weil neue Mitglieder nicht angenommen werden. Es war seinerzeit ein Versäumnis der Anstaltsleitung (1915), daß die Geologische Reichsanstalt keiner^{dd} der offiziellen Lebensmittelausgabestelle[n] für Staatsämter angegliedert wurde.

Schluß der Sitzung 12 h mittags

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^{cc} Folgt gestrichen: in Angelegenheit.

^{dd} Korrigiert aus: keinem.

Sitzung vom 12. April 1919

Vorsitz: Geyer

Anwesend: Geyer, Dreger, Kerner, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Goetzinger, Spengler

Beginn der Sitzung 10 h 15 ante meridiem

[1.] Ampferer teilt mit, daß Winkler kürzlich beim Abgeordneten Dr. Angerer, dem Gletscherforscher, in Angelegenheit der Geologischen Reichsanstalt vorgesprochen hat, der versprach, die Wünsche der Geologischen Reichsanstalt tatkräftig zu unterstützen.

[2.] Hammer berichtet über die Vorsprache beim Staatskanzler Renner, dem die Denkschrift vorgelegt wurde. Eine längere Debatte war dort nicht möglich. Dagegen hat sich Staatssekretär Zerdik umgehend nach den Arbeiten der Geologischen Reichsanstalt erkundigt und sich bezüglich der materiellen Wünsche sehr entgegenkommend gezeigt. Zerdik wird sich dafür einsetzen, daß die Geologische Reichsanstalt dem Staatsamt für Handel, Industrie und Gewerbe unterstellt wird. Bezüglich der Direktorfrage wandte er sich prinzipiell^a gegen einen Einschub von außen und anerkannte auch das Vorschlagsrecht des Geologenrates. Eine Vorsprache bei Staatssekretär Glöckl [*sic*] war nicht möglich, dagegen hat der Präsidialist Broger^b die Denkschrift übernommen mit der Zusage, sie Glöckel zu übergeben. Broger^c anerkannte besonders die Unhaltbarkeit der Diäten und hat zugesagt, daß eine nochmalige Beratung mit uns stattfindet, wenn wir beim Staatsamt für Unterricht bleiben.

Vettters ergänzt, daß Bröger in der Diätenangelegenheit seine Verwunderung ausdrückte, daß wir so wenig bekommen. Es muß etwas geschehen in der Diätenaufbesserung. Bezüglich der geforderten Gleichstellung der Beamten der Geologischen Reichsanstalt mit den Staatslehrpersonen wurde hinsichtlich des Beginns mit der IX. Rangklasse darauf aufmerksam gemacht, daß wir dann 8 Jahre warten müßten.

Vettters berichtet weiter über seinen Besuch bei Dr. Becker, dem erklärt wurde, daß sich Staatssekretär Zerdik bereits bereit erklärt hat, unsere materielle Lage zu bessern. Wir seien mißtrauisch gegenüber dem Staatsamt für Unterricht, von dessen Seite wir durchaus Ablehnung in dem meisten der geforderten Punkte erhalten haben. Becker versprach, die^d Eingabe wegen Einrechnung der Universitätsassistentenjahre ^{e-e}in die

^a Mit Bleistift überschrieben anstelle von: entschieden.

^b Korrigiert aus: Bröger.

^c Korrigiert aus: Bröger.

^d Folgt gestrichen: Forderung.

^{e-e} Nachgetragen.

Dienstzeit^e in wohlwollendem Sinne zu erledigen.^f Aus verschiedenen Äußerungen Beckers ist zu entnehmen, daß sich das Staatsamt für Unterricht sehr bemüht, daß die Geologische Reichsanstalt nicht einem anderen Staatsamt zugeteilt wird.

Dreger macht aufmerksam, daß dieses Staatsamt sehr wenig Macht zu haben scheint, indem sogar Lehranstalten (z. B. die photographische Versuchsanstalt) dem Industrieamt zugeteilt wurden. Es^g würde die Geologische Reichsanstalt bei Unterstellung unter das Industrieamt auch Anteil erhalten an der Lebensmittelversorgung.

Waagen berichtet ergänzend bezüglich der Vorsprache bei Renner, daß der Staatskanzler besonders auf 2 Punkte aufmerksam gemacht wurde, nämlich, daß wir ausgeschlossen sind von dem Avancement in die VI. und daß die Diäten ganz unzureichend sind. Renner, Zrdik, Bröger und Rotky erhielten das Promemoria betreffend die Forderungen der Geologischen Reichsanstalt in Angelegenheit der Unterstellung unter ein bestimmtes Staatsamt. Rotky war schon informiert worden^h durch Renner über unsere Verhandlungen beim Staatskanzler. Rotky war für die Erfüllung aller Wünsche, nur wegen der Erstanstellung in der IX. Rangklasse verwies er auf die Entscheidung des Finanzamtes. Die Unterredung bei Zerdik dauerte 20 Minuten, sodaß eine eingehende Aussprache möglich war. Zerdik hatte nur Bedenken wegen unserer Bestrebungen bezüglich der 30jährigen Dienstzeit, da dies ein zweischneidiges Schwert sei. Mit den übrigen Forderungen war er aber sehr einverstanden; bezüglich der Besetzung der Direktorstelle meinte er, er sei prinzipiell dagegen, daß ein derartiger Einschub stattfindet, umso mehr bei einem so kleinen Status, wo so schlechte Avancementverhältnisse sind.

- [3.] Waagen berichtet weiterⁱ über die kürzlich stattgefundenene Sitzung der^j Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutschösterreichs. An der Spitze der Gewerkschaft steht Dr. List, Stellvertreter Dr. Mayer. Eine eigene Fachgruppe Geologische Reichsanstalt konnte nicht angemeldet werden, die Geologische Reichsanstalt mußte sich an eine größere Fachgruppe anschließen, die sich als „Naturwissenschaftliche Forschungsinstitute“ unter^k der Vertretung^k: Dr. Pietschmann, Dr. Pircher, Dr. Waagen konstituierte. Dieser Fachgruppe gehören an: Naturhistorisches Museum, Meteorologische Zentralanstalt und Geologische Reichsanstalt. Weiter sind in Aussicht genommen: Sternwarte und verschiedene Hochschuladjunkten sollen vertreten sein. Von den Hochschulassistenten wird abgesehen. – Ferner wurden verschiedene andere Fachgruppen konstituiert, wie:
Kunsthistorische Institute
Museen
Landwirtschaft.

^f Folgt gestrichen: Die bisherigen Diäten bezeichnete Becker übrigens als Skandal.

^g Folgt gestrichen: wäre.

^h Nachgetragen.

ⁱ Nachgetragen.

^j Folgt gestrichen: wissen-.

^{k-k} Überschrieben anstelle von: Leitung.

In der Gewerkschaftssitzung wurde ein Entwurf einer Denkschrift von Dr. Mayer durchberaten, welche verschiedenen Staatssekretären übergeben werden soll, um eine Besserstellung der Beamten zu erreichen.

Punkt 1 der Denkschrift geht dahin, daß bei der Beratung der notwendigen Reformen der Anstalten Beamte der in Betracht kommenden Anstalten zu Rate gezogen werden, nicht Verwaltungsjuristen. Solche Anstalten sollen nur von Männern von entsprechender fachlicher Vorbildung geleitet werden. In den Staatsämtern sollen nicht mehr Juristen, sondern Fachleute sitzen.

Diese Anträge wurden angenommen.

Punkt 2: Die Leitung verschiedener Anstalten wurde Hochschulprofessoren übertragen. Man muss dagegen Stellung nehmen, daß uns Männer vorgesetzt werden, gerade nur^l weil sie Hochschulprofessoren sind. Wir erblicken in diesem Vorgang eine Mißachtung unseres Berufes. Von Dr. Schwab wurde ein weiterer Antrag gestellt, daß es prinzipiell auszuschließen wäre^m, daß ein Herr gleichzeitig Universitätsprofessor und Mitglied einer Anstalt ist. Es wurde weiter die Frage beraten, ob es als nicht standesgemäß erscheint, wenn ein höherer Beamter (vom Ratsrange) etwas zu einem geringen Honorar publiziert. Man kam überein, daß dies nicht als ehrenrührig bezeichnet werden kann. Waagen wendet sich gegen die Kumulierung von Ämtern und will in der nächsten Gewerkschaftssitzung beantragen, daß es nicht zu Gunsten der Wissenschaft ist, wenn Hochschulen und Forschungsinstitute unter einen Hut gebracht werden. Es würden die Forschungsinstitute Gefahr laufen, in die Schule des Professors gezogen zu werden.

Punkt 3: Bei Neuaufnahme von Beamten ist die Zustimmung des Beamtenrates der betreffenden Anstalt notwendig, um vorzubeugen, daß nicht entsprechend Vorgebildete aus Gründen der Versorgung untergebracht werden. Angenommen.

Punkt 4: Es wird gefordert, daß das für die wissenschaftlichen Beamten ganz besonders ungeeignete Titel- und Rangsklassenwesen entsprechend reformiert wird und daß die Besoldungsfragen eine zeitgemäße Regelung erfahren. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung gestellt. Waagen ist der Meinung, es soll bei dieser weiten Fassung der Denkschrift bleiben, aber die Forschungsinstitute sollen noch eine Denkschrift ausarbeiten, wo darauf hingewiesen wird, daß die Beamten solcher Forschungsinstitute über die Gruppe A zu stellen sind. Dies wird durch folgende Momente begründet: Die Bedingungen einer Anstellung sind bei uns andere als etwa bei Juristen. Bei uns wird nicht nur Absolvierung der Hochschule, sondern auch Doktorat verlangt, das übrigens nicht gleichwertig ist, da bei uns neues geschaffen werden muß. Der Forscher hat eine produktive Tätigkeit zu entwickeln; ⁿ⁻ⁿdie Forschungsinstituteⁿ sind die einzige Gruppe, welche neue Werte schaffen.

Waagen weist ferner auf die neue Nummer der „Staatsbeamten“ hin bezüglich der Schaffung von Beamtenkammern.

^l Nachgetragen.

^m Überschrieben anstelle von: ist.

ⁿ⁻ⁿ Überschrieben anstelle von: wir.

Waagen stellt folgende Anträge:

1. Einreihung in die höheren Rangklassen bei solchen Beamten der Geologischen Reichsanstalt, welche schon die Bezüge dieser Rangklasse haben.
2. Eingabe wegen der Dienerstellen, wobei angegeben wird^o, daß die Stellen ausgeschrieben werden sollen. Die Eingabe ist weiter damit zu motivieren, daß Arbeitslose vielfach untergebracht werden sollen und es ist hinzuweisen auf das große Anwachsen von Arbeit wegen der bevorstehenden Umräumungen der und Übersiedlungen im Haus, Umräumung der Bibliothek, Einpacken von Gesteinen, Umräumungen im Museum und dergleichen.
3. Die Präparatorstelle soll besetzt werden. Krejca soll^p Volldiener werden. König soll als Präparator angestellt werden, später als Hilfsbeamter^q. Das Erzeugen von Dünnschliffen ist aber nicht die einzige Arbeit, es sind auch andere Präparate herzustellen.

Angenommen.

Vetters beantragt, Lauf, der offiziell noch in der X. Rangklasse ist, in die IX. Rangklasse einzugeben und ihm einen Titel zu erwirken, z. B. Archivar als Leiter des Kartenarchivs.
Angenommen.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Götzinger

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^o *Korrigiert aus:* werden soll.

^p *Folgt gestrichen:* Aushi.

^q *Korrigiert aus:* Hilfsarbeiter.

Sitzung vom 6. Mai 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Beck, Vettters, Hackl, Goetzing, Spengler

Vorsitz: RR Geyer

1. Waagen urgiert die Versendung der Separata von den Vorschlägen zur Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt vom 17. Jänner 19[19] und der Denkschrift vom 11. März. Berichterstattung durch den Schriftführer in der nächsten Sitzung.
2. Waagen berichtet, daß infolge des Regierungsentwurfes über die Besoldungsreform eine Änderung der bereits fertig gestellten ^a-darauf bezüglichen^a Denkschrift der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten vorgenommen wird. In dem Regierungs-Entwurf sind die wissenschaftlichen Beamten gar nicht erwähnt. Die Denkschrift wird teilweise abgeändert und durch 2 Punkte ^b-(5. und 6.)^b erweitert, welche Waagen in Vorschlag gebracht hat. Dr. Waagen gibt auszugsweise den Inhalt der Denkschrift wieder:
Punkt 1. wendet sich gegen die Unterstellung wissenschaftlicher Anstalten unter Verwaltungsbeamte und fordert^c, daß in den Staatsämtern nicht Juristen, sondern Fachleute das Referat erhalten.
Punkt 2. fordert Kredite für besondere wissenschaftliche Zwecke, Unterstützung spezieller Untersuchungen, Forschungsreisen, Veröffentlichungen. Erhöhung des bisher dafür ausgesetzten Betrages von 100.000 K.
Punkt 3. enthält die Ablehnung der Hochschulprofessoren und Verwaltungsbeamten als Direktoren. Die *venia legendi* darf nicht maßgebend sein für die Eignung zum Direktorposten. Auf keinen Fall Kumulierung der Professur mit der Leitung eines Forschungs^d-Institutes.
Punkt 4. verlangt die Abschaffung des ungeeigneten Rangklassen- und Titelwesens. Dieser Punkt wurde weiter ausgearbeitet.
Abschaffung des veralteten Besoldungsschemas. Die akademisch gebildeten Beamten sollen^e als Entgelt für die 5 Hochschuljahre eine Entschädigung in den Bezügen erhalten und die 5 Jahre in die Dienstzeit eingerechnet werden, also statt 35 nur 30 Dienstjahre. Für die wissenschaftlichen Beamten ein besonderer Passus: Sie sollen eine dauernde Zulage zum Gehalt bekommen als höchstqualifizierte Arbeiter. Die Zulage wird auch durch den größeren Umfang ihrer Arbeitsleistung begründet, welche über die Amtsstunden weit hinausgeht.

^{a-a} *Nachgetragen.*

^{b-b} *Mit Bleistift nachgetragen.*

^c *Folgt gestrichen:* Verwaltung durch F.

^d *Überschrieben anstelle von:* wissenschaftl.

^e *Folgt gestrichen:* für.

Punkt 5. Der scharfe wissenschaftliche Wettbewerb erfordert Studienreisen und Forschungen, die nicht vom Amtsgehalt bestritten werden können. Daher werden^f für alle gebührende Stipendien verlangt, welche jedem einzelnen turnusweise anfallen, und nicht vom Direktor verliehen werden. Über die Verwendung ist natürlich Rechenschaft zu geben.

Punkt 6. betrifft das Mitbestimmungsrecht der Beamtenschaft. Bei kleinen Körperschaften besitzt es der Beamtenkörper zur Gänze, bei größeren ein gewählter Beamtenrat. Die Mitbestimmung ist als Recht festzulegen und umfaßt wirtschaftliche wie wissenschaftliche Fragen, ^gEintritt, Ernennung, Vorrückung etc.^g Liegt kein Vorschlag vor oder ist die Behörde nicht einverstanden, so ist der Vorschlag der Gewerkschaft einzuholen.

Die Denkschrift betont, daß nur die Beachtung dieser Vorschläge, welche in der Organisation der wissenschaftlichen Anstalten begründet sind, in erhöhtem Maße die Gewähr bietet, daß tatsächlich die Summe der wissenschaftlichen Kräfte zur vollen Anwendung kommen kann.

Der Vorsitzende dankt Waagen für seine tatkräftigen Bemühungen bei diesen Verhandlungen der Gewerkschaft.

- [3.] Waagen gibt bekannt, daß am 7./5. eine Sitzung der Fachabteilung der Gewerkschaft zur Beratung der Besoldungsreform stattfindet, Freitag den 9. [Ma] Beratung im Hauptausschuss. Für Montag den 12. [Ma] ist eine neuerliche Sitzung angemeldet,^h in welcher inzwischen eingeholte Informationen und Ratschläge ⁱzur Denkschriftⁱ von einzelnen Körperschaften und Instituten verhandelt^j und die endgiltige Redigierung der Denkschrift vorgenommen werden soll.

Über Antrag wird eine Geologenratsitzung für Samstag den 10. [Ma] anberaumt.

- [4.] Waagen verliest zur Information den Regierungs-Entwurf^k der Besoldungsreform aus der Zeitung „der Tag“ und bringt gewisse Vorschläge über höhere Zulagen von Prof. Wolkan, sowie einen Vorschlag der Staatsbeamtenentscheidung über Festsetzung der Beamtengehälter in Goldwährung zu Kenntnis.

- [5.] Waagen berichtet über den Stand der Zimmerräumung. Der Aufforderung ist bisher nur Prof. Tietze gefolgt.

Hammer fragt um die Sicherstellung des Präparatorraumes.

Geyer berichtet dazu: Das Staatsamt für Äußeres hat angeordnet, daß Spatny bei uns bleiben muß. Dieser hat sich bereit erklärt im Hause mitzuhelfen. Die Wohnung des verstorbenen Dieners Palme wird frei und Spatny wird sie beziehen, so daß das Präparatorzimmer seiner Bestimmung erhalten bleibt. Sobald uns ein neuer Diener bewilligt wird, muß er auf jeden Fall hinaus.

^f Korrigiert aus: wird.

^g Am Rand nachgetragen.

^h Folgt gestrichen: für.

ⁱ Nachgetragen.

^j Folgt gestrichen: werden sollen.

^k Nachträglich erweitert anstelle von: Entwurf.

- Bezüglich Reinigung und Renovierung der Arbeitszimmer, Einleitung von elektrischem Licht wird sich der Direktor mit der Gebäudeinspektion in Verbindung setzen.
Wegen befristeter Räumung der Zimmer wird der Direktor ein Rundschreiben unter Hinweis auf die Renovierungsarbeiten und den festgesetzten^l Termin für die Umquartierung erlassen.
- [6.] Waagen bringt in Erinnerung, daß HR Tietze dem Vizedirektor HR Vazek^m [sic] anlässlich dessen 70. Geburtstages ein Geschenk des Beamtenkörpers in Aussicht gestellt hat.
Es wird beschlossen, HR Vacek eine Kasette [sic] mit den Photographien der Anstaltsmitglieder zu überreichen.
- [7.] Dregerⁿ ersucht^o den^p Schulrat Dr. Franz Tschernich, der nun wiederholt Sammlungen zum Geschenk gemacht hat, zuletzt Fossilien von Altstätter Sattel und ein darauf bezügliches Buch von Roßmäßler, zum Correspondenten zu ernennen.
Wird angenommen.
- [8.] Waagen fragt wegen des Kohlenkredites an.
Der Vorsitzende berichtet, daß hierfür 12.000 K angefordert wurden, das Staatsamt hat erklärt, daß die Bedeckung im Budget der Anstalt erhalten sei.
Waagen schlägt vor, einen außerordentlichen Zuschuss zu verlangen, aus dem Budget sei dieser Betrag nicht zu decken. Gaina soll darüber Auskunft geben.
- [9.] Eichleiter verlangt bezüglich Einleitung von elektrischem Licht, daß die Leitung wenigstens bis zum Laboratorium verlegt werde.
- [10.] Veters beantragt Umwandlung der vorhandenen Schmetterlingsgasbrenner auf Glühlichtbrenner.
- [11.] Der Vorsitzende gibt bekannt, daß Prof. Petraschek das Bohrarchiv übergeben habe. Spengler referiert darüber: Es sind 2 Faszikel. Das größere enthält mit „P“ signierte Stücke, deren Verwertung sich Petraschek vorbehält, und die nur mit seiner Erlaubnis benützt werden sollen. Das kleinere Faszikel ist frei zu benützen.
Hammer wendet sich gegen den Vorbehalt Petrascheks an einem Teil des Archivs und verlangt Aufklärung.

^l Folgt gestrichen: [unleserlich]

^m Folgt gestrichen: zu der.

ⁿ Folgt gestrichen: befürwortet das private Ansuchen.

^o Folgt gestrichen: die Direktion.

^p Korrigiert aus: dem.

Die diesbezügliche Debatte bzw.⁹ Stellungnahme wird wegen Zeitmangel vertagt.

Schluß der Sitzung 12 h 10

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

⁹ Folgt gestrichen: die Fragestellung und.

Sitzung vom 10. Mai 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Beck, Vettters, Hackl, Sander, Spengler

Vorsitz: Geyer

Beginn der Sitzung 10 h 30 ante meridiem

1. Der Vorsitzende berichtet über eine Einladung des Hofrates Leisching, der Sektion zur Ausgestaltung und Unterbringung der öffentlichen Museen^a (Aktion der Gemeinde Wien) als Mitglied beizutreten und Vertreter zu entsenden.
Dreger erklärt sich bereit, vorerst nähere Erkundigungen darüber einzuholen.
2. Geyer: Prof. Petraschek hat mitgeteilt, daß er ein größeres, umfassendes Gutachten zu erstatten habe, für das er spezielle geologische Aufnahmen benötigt und fragt an, ob er sich an Mitglieder der Anstalt zwecks solcher Kartierungen wenden könne. RR Geyer wird hierfür Urlaube den betreffenden Herren erteilen, wenn unser Aufnahmsplan nicht bewilligt werden sollte.
3. Waagen berichtet über die beiden Sitzungen der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten betreffend Entwurf und Redaktion des Wortlautes der Denkschrift zur Besoldungsreform.
4. Spengler berichtet über das Bohrarchiv. Der geringste Teil ist aus Deutsch-Oesterreich, beinahe die Hälfte davon ist nur durch einen Umschlag vertreten, das Profil selbst ist laut Kerner in den Privatakten.
Waagen hebt hervor, daß bei der bevorstehenden zwischenstaatlichen Liquidierung die mit P. bezeichneten Profile nicht übergeben werden können.
267 Profile sind im Jahresbericht 1914 genannt worden. Die nur durch den Umschlag vertretenen Profile (Ortsangaben) können bei den 267 nicht mitzählen. Spengler wird aufgefordert, diese von Prof. Petraschek einzutreiben, eventuell zur Kopierung.
Vettters fragt um die Spezialkartenblätter, auf denen die Bohrpunkte vermerkt sind?
Spengler: Sind nicht dabei!
Vettters: Die Karten sind ein wesentlicher Bestandteil des Archivs, sie sind zu diesem speziellen Zweck von der Anstalt gekauft worden. Spengler wird beauftragt, das Archiv zu ordnen und zu registrieren, sich mit Petraschek wegen der fehlenden Stücke und Karten in Verbindung zu setzen und in der nächsten Sitzung zu berichten.
Hammer weist jedes Vorbehaltsrecht Prof. Petrascheks zurück, ohne die mit P. signierten Stücke müssen die bewussten 267 vorhanden sein.

^a Folgt gestrichen: unter.

5. Dreger gibt eine Anfrage des Gewerbeförderungsamtes bekannt, wo in Deutsch-Oesterreich Dachschiefer von der Art der schlesischen vorkommen. Sie sollen speziell für Isolierzwecke verwendet werden.
Geyer nennt die Vorkommen von analogen Schiefen in den Gailtaler Alpen bei Mauthen.

6. Beck stellt den Antrag: Alle Handbücher sind im Lesezimmer als^b eigene^c Abteilung der Bibliothek zu vereinigen und die dort aufgestellten Handbücher (die neuen Auflagen) dürfen nur dort benützt, nicht aus dem Lesezimmer herausgetragen werden. Ausgeliehen dürfen natürlich die an ihrem alten Platz verbleibenden älteren Auflagen werden wie alle andern Bücher. Die rein petrographischen Handbücher, welche gewissermaßen als Handwerkzeug des Petrographen dienen, verbleiben im Mikroskopzimmer. Analog die rein chemischen im Laboratorium.
Wird angenommen.

Schluss der Sitzung 12 h mittags

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^b *Überschrieben anstelle von:* in einer.

^c *Korrigiert aus:* eigenen.

Sitzung vom 31. Mai 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Hackl, Goetzing

Vorsitz: RR Geyer

Beginn 10 h

1. Der Vorsitzende berichtet über seine Besprechung mit HR Hörtingen wegen des Aufnahmsplanes. Dieser ist von Hörtingen bereits dem Finanzamt überwiesen, ist aber noch nicht dorthin abgegangen. Sobald er dort eingelangt ist, wird er dort urgirt werden.
Die Zuteilung unserer Anstalt zu einem andern Staatsamt ist noch in Schwebel. Staatssekretär Glöckel will die Entscheidung dem Staatskanzler überlassen.
2. Der Vorsitzende berichtet weiter, daß Spengler eine Liste der vorhandenen und der nicht vorhandenen Profile aus dem Bohrarchiv angelegt hat und sie bei seiner nächsten Anwesenheit in der Sitzung vorlegen wird. Die urgirten Kartenblätter zum Archiv hat Prof. Petraschek ausgefolgt.
3. Dreger berichtet, daß Hofrat Tietze^a die beiden Schränke, welche die Couchiliensammlung enthalten und sein Eigentum sind, der Anstalt zum Kauf angeboten hat. Prof. Rosival [*sic*] hat dafür 400 K geboten, er tritt aber der Anstalt gegenüber zurück. Gaina glaubt, daß wir über so viel Geld dafür verfügen können. Im Interesse der Sicherheit der wertvollen Couchiliensammlung sollten die Schränke gekauft werden.
Vom Tischler liegt ein Voranschlag auf 4.000 K für Bibliothekseinrichtungsgegenstände und Stellen für den Kartenverlag vor. Vielleicht bekommen wir so viel Geld, daß wir wenigstens das eine Bibliothekszimmer in Arbeit geben können.
4. Hammer fragt an wegen Auszahlung der Erübrigungen des letzten Aufnahmsbudgets. Waagen: Der Akt ist trotz mehrfacher Urgenz noch nicht erledigt.
5. Dreger fragt an, was mit dem sogenannten Boué-Katalog, der in 80 Holzkistchen^b aufbewahrt ist, geschehen soll. Da die Besitzfrage, ob Akademie oder Geologische Reichsanstalt, nicht ganz klar ist, schlägt der Vorsitzende vor, bei der Akademie anzufragen, ob sie den uns unbequemen, für uns nicht verwertbaren, aber vielleicht doch irgendwie wertvollen Katalog wieder übernimmt. Bei ablehnender Antwort würden wir trachten, eventuell andere Interessenten (Museen, Deutsches Museum in München etc.) zu finden.

^a Folgt gestrichen: der Anstalt.

^b Folgt gestrichen: in Zettelform.

6. Anfrage Ampferers wegen eines eventuellen Streiks der Aufnahmsgeologen. Waagen erklärt dazu, daß im Finanzamt direkt dazu gesagt wurde, das Gerede von Streik sei nur Geflunker, die Herren gehen ja doch hinaus. Es handelt sich darum, ob vom Finanzamt der Aufnahmsplan überhaupt bewilligt wird, sonst hätten wir gar keinen Auftrag und erhalten keine Einreisebewilligung.
Wir müssen vom Staatsamt verlangen, daß es sich wegen der Einreisebewilligung für die Aufnahmen mit den Landesregierungen ins Einvernehmen setzt.
Der Vorsitzende^c erklärt, er werde sich beim Ernährungsamt dafür einsetzen^d bzw. anfragen, daß die Aufnahmsgeologen bevorzugte Versorgung genießen, eventuell in natura Lebensmittel, vor allem Mehl zugewiesen erhalten.
Ampferer schlägt vor, wenn der Aufnahmsplan nicht bewilligt wird, rein praktische Aufgaben zu erledigen, so daß doch noch jeder die Möglichkeit hat, etwa einen Monat nur im Terrain zu arbeiten.
Beck schlägt vor, wenn nur die bisherigen Diäten von 12 K und 16 K bewilligt werden, anstatt dieser pauschalierten Diäten die Normaldiäten mit detaillierter Rechnungslegung zu verlangen.
7. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß die 12.000 K für die Kohlen bewilligt wurden. Waagen bringt die Mitteilung zur Kenntnis, daß die Winterbevorratung ^emit Kohle^e für die privaten Haushalte derzeit untunlich ist.
8. Auf die von Dreger mündlich erteilte Auskunft bezüglich der Kulmschiefer ist ein Dankschreiben eingelangt.
Ebenso von Schulrat Tschernich für die Verleihung des Correspondentendiploms.
9. Waagen verteilt die Mitgliedskarten der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten und urgiert die Photographien für HR Vacek.
10. Waagen legt einen Band der Publikationen des geographischen Institutes der Albertus-Universität in Königsberg vor, welches um Tauschverkehr ansucht. Hammer wäre geneigt gegen die Verhandlungen zu tauschen.
11. Der Vorsitzende hält eine nochmalige Sitzung im Juni wegen der Frage der heurigen Aufnahmen für notwendig. Er erklärt die Angelegenheit des Aufnahmsplanes energisch betreiben zu wollen.

Schluss der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^c Folgt gestrichen: verspri.

^d Folgt gestrichen: daß.

^{e-e} Nachgetragen.

Sitzung vom 26. Juni 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Waagen, Beck, Vettters, Hackel, Sander, Spengler

Vorsitz: RR Geyer

1. Der Vorsitzende berichtet über den Akt betreffend Erhöhung der Reisediäten. Der Akt befindet sich derzeit im Finanzamt und dürfte günstig erledigt werden.
2. Das Ernährungsamt hat den Aufnahmsgeologen für die Aufnahmezeit Schwerarbeiterzubeußen^a in Natura gewährt. Mehl zu 12 K und Reis zu 3,50 K. Das gesamte zugewiesene Quantum kostet ca. 1.936 K plus 30,80^b K Leihgebühr für die Säcke und dazu Entlohnung^c von 3 Dienern für die Zufuhr. Auf jeden Aufnahmsgeologen entfallen 140 K, welche von der ersten Diätenrate abgezogen werden.
Waagen wird im Ernährungsamt wegen genereller Ausfuhrscheine zur Belieferung der exponierten Geologen vorsprechen.
3. Der Vorsitzende berichtet bezüglich des Boué-Kataloges. Prof. Diener hat die Angelegenheit der Akademie vorgelegt und diese hat beschlossen, wir haben freie Verfügung über den Katalog. Prof. Franz Eduard Suess vermutet, daß Dr. Lemper in Hamburg (Aachen?) sich dafür interessieren dürfte. RR Geyer wird sich brieflich mit ihm ins Einvernehmen setzen. Die Angelegenheit wird dann aktenmäßig an der Geologischen Reichsanstalt erledigt und die Abgabe des Kataloges offiziell der Akademie angezeigt werden. (Antrag Eichleiter – Waagen – Dreger)
4. Dreger berichtet, daß Prof. Rosiwal als Käufer für die Schränke und den großen Tisch HR Tietzes auftritt. Für^d die Kouchyliensammlung sollen jedoch die beiden Schränke ^e der Anstalt^e erhalten bleiben. Kasten und Tisch werden aber nur zusammen abgegeben.
Beck beantragt, die Mitglieder der Geologenrates sollen als Privatpersonen als Käufer auftreten, die Schränke der Anstalt ^fzum Kaufpreis (400 K)^f überlassen, den Tisch auf eigene Rechnung verkaufen.
Angenommen.

^a Folgt gestrichen: gew.

^b Mit Bleistift überschrieben: 31,60.

^c Folgt gestrichen: der.

^d Nachgetragen.

^{e-e} Nachgetragen.

^{f-f} Nachgetragen.

5. Der Vorsitzende berichtet, daß die Kanzleioffiziantin Girardi für ihre 14monatige Bibliotheksarbeit eine Remuneration von 500 K zugesprochen erhielt.^g Sie hat diesen Betrag als zu gering zurückgewiesen, die Direktion hat ihn durch Eingabe an das Unterrichtsamt^h für die Anstaltskasse sichergestellt und eine Erhöhung gefordert mit dem Hinweis, daß sich dieser Forderung die Beamenschaft der Anstalt voll anschließt. Er ersucht nachträglich um die Ermächtigung zu diesem Hinweis. (Wird gegeben).
6. Dreger beantragt eine Aufforderung an das Staatsamt, die Direktionsfrage ehestens zu erledigen durch Ernennung Geyer. Die Gewerkschaft der genannten Anstaltsangestellten solle dieseⁱ Forderung stellen.
Waagen: Die Direktionsfrage kann erst entschieden werden, wenn die Zuteilung zu einem Staatsamt definitiv erfolgt ist.
7. Waagen bringt zur Kenntnis, daß in der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten mitgeteilt wurde, es werde in den Staatsämtern übel vermerkt, wenn sich nur die Beamenschaft der Institute organisieren, und nicht auch die Unterbeamten und Diener aufgenommen werden.^j Glöckel wolle dem sozialdemokratischen Element zum Durchbruch verhelfen. Waagen beantragt infolgedessen, den Geologenrat als wissenschaftlichen Beirat zu belassen, nach außen hin die Organisation der Geologischen Reichsanstalt durch Zuziehung der technischen und Kanzleibeamten als 2. Gruppe, der Diener als 3. Gruppe zu erweitern. Diese beiden Gruppen haben Vertrauensmänner zu nominieren. Je 10 Beamte^k haben einen Vertrauensmann zu wählen. Für uns ändert sich nichts, die Gruppen 2 und 3 wählen je einen Vertrauensmann und einen Ersatzmann. Jede Gruppe soll dem Leiter RR Geyer einen diesbezüglichen Vorschlag machen, der dann aktenmäßig an das Unterrichtsamt weitergeleitet wird. Gleichzeitig wird ein von Waagen verfaßter Akt an den MR Dr. Eckhardt abgesendet werden, mit der Forderung, daß unsere Vertrauensmänner dem Zentralarbeiterrat^l zugezogen werden.
8. In Einlauf befinden sich die Satzungen des Bundes der Sprachinseln, welche vorgelegt werden.
9. Ebenso ein Brief von der Buchhandlung Schworella und Heik zwecks Beteiligung an der Gründung einer wissenschaftlichen Buchhandlung und Antiquariats. Für uns als Amt gegenstandslos.

^g Folgt gestrichen: Er hat.

^h Folgt gestrichen: sicher.

ⁱ Korrigiert aus: dieses.

^j Folgt gestrichen: Glöckel hoffe, auf.

^k Korrigiert aus: Beamten.

^l Mit Bleistift nachträglich gestrichen arbeiterrat und mit Kurzschrift überschrieben: [unleserlich]

10. Waagen berichtet über die Tätigkeit der Gewerkschaft. Waagen hat sich als Referent der naturwissenschaftlichen Sektion gegen die Einheitsschule ausgesprochen, da sie keine gute Vorbereitung für die Hochschule liefert und eigene Seminare eingeschaltet werden müssen. Die Einheitsschule soll nach seinem Vorschlag nur die Unter- und Mittelstufe umfassen, die Oberstufe soll frei bleiben.
- Die Leitung der Gewerkschaft hat im Finanzamt wegen Belassung der bisherigen Dotationen vorgeschlagen. SC Beck von Managetta hat dabei die Äußerung getan, die^m wissenschaftlichen Institute besitzen keinen praktischen Wert, sind nur ein schöner Aufputz. Jedes Institut soll deshalb den praktischen Wert seiner Tätigkeit angeben und seine Dotation im Vergleich mit Anstalten des Auslandes. Für die Geologische Reichsanstalt hat Waagen diese Zusammenstellung bereits gemacht.
- Nach dem Verfassung-Entwurf der Christlich-Sozialenⁿ (Veränderung und gemeinsame Staatsangelegenheiten) sollen die Hochschulen gemeinsam sein, die Institute nicht. Die Gewerkschaft hat sich dagegen gewendet und den^o Zusatz erwirkt: die Hochschulen und die wissenschaftlichen Hauptinstitute sind gemeinsam.
- Ferner sind ^p-über Wunsch der Regierung^p zwei Entwürfe für Personalvertretung ausgearbeitet worden.^q ^r-Es soll als höhere Instanz eine Berufungs-Personal^r-vertretung bei jedem Staatsamt geschaffen werden, bestehend aus 12 Mitgliedern, 6 ernannten und 6 gewählten. Sie haben die Entscheidung in Streitfällen zwischen Direktion bzw. Staatsamt und der Personalvertretung (Entwurf Gröger).
- Dieser Entwurf undurchführbar. Es wurde daher ein neuer ausgearbeitet.
11. König ist Präparator geworden, es^s muß ein Praepariererraum sichergestellt^t werden. Dreger gibt hiezu bekannt, daß der ehemalige Präpariererraum im Souterrain^u für diesen Sommer hergerichtet wird. Da jedoch der von dort^v ausgehende Kamin schadhaft ist, muss erst die Gebäudeinspektion verständigt und eine Kommissionierung verlangt werden.
12. Spengler berichtet über das Bohrarchiv. Bei der Registrierung ergab sich, daß 487 Profile von Prof. Petraschek abgeliefert wurden, Böhmen ist vertreten durch 206, Mähren-Schlesien-Westgalizien durch 211, die übrigen Länder durch 70. Auf Deutsch-Oesterreich entfallen 22 Profile. Der Zustand des Archivs ist mehrfach sehr mangelhaft, von einzelnen Profilen liegt außer dem Namen gar nichts vor. Die Proben dazu sind im Vorzimmer Petrascheks^w aufbewahrt.

^m Folgt gestrichen: pro.

ⁿ Folgt gestrichen: soll.

^o Folgt gestrichen: Ande.

^{p-p} Nachgetragen.

^q Folgt gestrichen: Die Regierung will, daß.

^{r-r} In der Vorlage wohl versehentlich gestrichen anstelle von unterstrichen.

^s Überschrieben anstelle von: daher.

^t Überschrieben anstelle von: geschaffen.

^u Folgt gestrichen: hergerichtet.

^v Folgt gestrichen: durch die.

^w In Bleistift nachgetragen in Kurzschrift: [unleserlich]

Waagen beantragt, das Bohrarchiv unter Sperre zu halten. Es soll in der Kartensammlung aufbewahrt werden.

Eichleiter und der Vorsitzende beantragen ein striktes Verbot von Aushebungen und Entlehnungen aus dem Archiv.

Beide Anträge angenommen.

Schluss der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

Sitzung vom 21. Juli 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Waagen, Beck, Vettters, Götzinger, Sander, Spengler

Vorsitz: RR Geyer

1. Der Vorsitzende berichtet, daß die Diätenfrage im Finanzamt bereits günstig erledigt ist und noch formale Fragen die Verzögerung bedingen.
Waagen er bietet sich ins Unterrichtsamt zu gehen, um die Ernennung in die Rangklassen, deren Bezüge bereits erreicht sind, zu urgieren.
2. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß er zu den Sitzungen der internationalen^a Liquidierungskommission geladen ist (Ministerium des Äußeren).
Dreger legt^b eine Zusammenstellung vor, was für die Liquidierung in Betracht kommt: die Bücherei ist unteilbar, Ablösung in Geld. Eine diesbezügliche Schätzung ist aktengemäß gemacht.
Verlagsbücher sind kommissionell nach bestimmtem Schlüssel aufzuteilen.
Kartensammlung unteilbar. Es können nur Kopien abgegeben werden.
Originalaufnahmsblätter müssen bleiben.
Museum: Weniges nur stammt von Käufen, das meiste eigene Aufsammlung und Geschenke.
Originale sollen nicht abgegeben werden, nur Vergleichssenten^c.
Mineraliensammlungen: Die große topografische Sammlung von Oesterreich-Ungarn [und] Bosnien: 2.580 Nummern. Die Schaustücksammlungen des alten Mohs und von Haidinger.
Die große Haidingersammlung (derzeit Zeliskozimmer) über 6.000 Nummern.
Die Friesische Sammlung wurde 1891^d gekauft um 6000 K, welche Foullon gesammelt hat.
Die systematischen Sammlungen können nicht zerrissen werden.
Die künstlichen Krystalle von Hauer und Foullon, 1860-89 hergestellt in unserem Laboratorium.
Die Lagerstätten-Sammlung.
Das chemische Laboratorium ist ohnehin zu klein, kommt für die Liquidierung nicht in Betracht.
Waagen: Die Stur-Sammlung (Carbonat-Pflanzen) ist ein europäisches Unicum, darf nicht zerrissen werden.
Duplikate vorhanden.

^a Nachgetragen.

^b Überschrieben anstelle von: hat.

^c Unsichere Lesung.

^d Folgt gestrichen: von F.

Waagen stellt den Antrag:

1. Der Vorsitzende soll prinzipiell den Standpunkt vertreten, daß man gegenwärtig nicht in Verhandlungen eintreten kann, weil^e gerade jetzt verlangt wird, daß die Museen Wien vollständig erhalten bleiben. Dieser Standpunkt soll protokolliert werden.
 2. Die Aufteilung soll erst erfolgen, wenn der Friedensvertrag bekannt ist.
 3. Wenn die Liquidierungskommission durchgeführt wird, ist eine eigene Kommission für die Geologische Reichsanstalt aufzustellen.
3. Dreger gibt bekannt, daß aus der Bibliothek Tietze ca. 1.600 Separata mit 1.000 Tafeln um 1.700 K uns zur Verfügung stehen. Die Rechnungskanzlei hat dem Ankauf zugestimmt.
 4. Waagen beantragt die Subskription auf den Fossilium-Katalogus.
Wird zugestimmt.
 5. Die Wohnung Palmes soll für die Anstalt als unbedingt nötig dringend beansprucht werde[n], die Kündigung der Tochter Palmes, Frau Urban, erwirkt werden.
 6. Goetzinger verliest das Konzept des Aktes an das Landwirtschaftsamt über den Kostenvoranschlag für pedologische Arbeiten der Geologischen Reichsanstalt. (Diskussion, Sander, Vettors) Ergebnis der Diskussion: chemische Untersuchungen der Bohrproben unbedingt nötig.
In diesem Sinne ist an die nicht anwesenden Geologen zu schreiben und ihre Antwort abzuwarten.

Schluss der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: [Georg Geyer]

^e Folgt gestrichen: es.

Sitzung vom 10. November 1919

Vollversammlung sämtlicher Angestellter der Geologischen Staatsanstalt

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Waagen, Beck, Hackel, Spengler; Dr. Maluschka; Girardi; Lauf, Huber, Stromer; Ulbing, Wallner, König, Krejča

Vorsitz: RR Geyer

Beginn 10 h 15

1. In der Vollversammlung referiert Dr. Waagen über^a Ziele und Einrichtung der Staatsangestellten-Fürsorge-Aktion = Stafa = und die sogenannte Scholtz-Aktion, die Ausgabe der unter Leitung von H. [*möglicherweise: Herrn*] Scholtz in Italien eingekauften Textil- und Wäschewaren im Rahmen der Stafa an die Staatsbedienteten. Der schriftliche Bericht wird dem Protokoll beigelegt.
2. In der anschließenden Sitzung der akademischen Beamten berichtet Waagen über die Beschlüsse^b in der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutsch-Oesterreichs („Gewibdö“).
Es wurde dort ^cdie Abhaltung^c eines allgemeinen Akademikertages beschlossen zur Stellungnahme gegen die^d zu geringen Bezüge und die schlechten Avancementverhältnisse. Die Tagung soll nicht an einem Sonntag oder Dienstoffreien Tag überhaupt stattfinden, sondern an einem Wochentag vormittag, als Demonstration, so daß die Ämter faktisch auf einige Stunden gesperrt sind.
Die Tagung soll im Rathaus stattfinden.
^eIn der Frage nach einem Organisationszwang der Gewerkschaftsmitglieder wurde kein Beschluß gefaßt. Es wurde aber eine Subkommission eingesetzt zur Behandlung der Honorartariff Fragen (für Gutachten, Vorträge, Publikationen etc.). Dr. Waagen wurde in dieses Subkomité berufen.
Ebenso wurde beschlossen, daß der Besitz vom [*sic*] Privatsammlungen^f unstatthaft ist, wenn^g Sammlungen derselben Art einen Bestandteil des Institutes, an dem der Beamte angestellt ist, bilden.

Schluß der Sitzung 11 h 30

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^a Folgt gestrichen: Art.

^b Überscriben anstelle von: Vorgänge.

^{c-c} Nachgetragen.

^d Folgt gestrichen: schlecht.

^e Zuvor gestrichen: 3.

^f Folgt gestrichen: derselben Art, wie.

^g Folgt gestrichen: Geyer.

Sitzung vom 3. Dezember 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Beck, Vettors, Goetzinger, Hackl, Spengler, Maluschka.

Vorsitz: RR Geyer

Beginn 10 h 15

1. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolles der letzten Sitzung berichtet RR Geyer kurz über seine^h persönliche Vorstellung bei MR Leitte im Staatsamt für Unterricht, welcher über unsere Verhältnisse noch nicht orientiert war.

2. Hammer^j und Waagen^j berichten über ihre^k Verhandlungen^l als Vertrauensmänner^m mit Unterstaatssekretär Glöckel, MR Leitteⁿ, dem neuen Referenten, und SC Kelle vom Unterrichtsamt. Unterstaatssekretär Glöckel bemerkte, die Verhandlungen betreffend unserer Anstalt sind seit der Enquête zum Stillstand gekommen, die ganze Sache liegt beim Kabinettsrat, der sich^o nächste Woche mit^p dem ganzen Komplex von Fragen über die Aufteilung der Ämter an die Ministerien befassen wird. Bezüglich unserer Stellungnahme gegen die Direktion Diener sagte er zu unsere Wünsche zu berücksichtigen, falls wir unter seinem Staatsamt bleiben. Betreffend des Vorschlagsrechtes will er sich nicht vor der Zuteilung entscheiden. MR Leitte wurde ein ausführliches Programm unserer Wünsche vorgetragen. SC Kelle wendete sich gegen das Vorschlags-Recht mit Hinweis auf unsere hierarchische Verfassung. Auf seine Frage wurden ihm die Bedenken gegen eine Direktion Diener ebenso vorgestellt wie dem^q Unterstaatssekretär Glöckel. Waagen bemerkt ergänzend zu den Ausführungen Dr. Hammers über die Besprechung mit dem Referenten MR Leitte, daß diesem unsere Unzufriedenheit mit der bisherigen ministeriellen Vertretung vorgehalten und begründet wurde, in außerdienstlicher und^r dienstlicher^s Beziehung, sowie hinsichtlich des Personalangelegenheiten. Es wurden auch die Eingaben wegen Verleihung der angesprochenen Titel (Berg- und Oberberggräte), wegen der Dienerstellen und betreffend Einrechnung der

^h *Korrigiert aus:* seinen.

ⁱ *Folgt gestrichen:* Besuch.

^{j,j} *Nachgetragen.*

^k *Überschrieben anstelle von:* die.

^l *Folgt gestrichen:* der.

^m *Folgt gestrichen:* (Hammer, Waagen).

ⁿ *Folgt gestrichen:* und.

^o *Nachgetragen.*

^p *Nachgetragen.*

^q *Nachgetragen.*

^r *Nachgetragen.*

^s *Folgt gestrichen:* mu.

Assistentenjahre in die Beamtendienstzeit besprochen und Entgegenkommen zugesagt.

Im Staatsamt für Finanzen wurde^t im Rahmen einer Aktion der Gewerkschaft wissenschaftlicher Beamter Oesterreichs bei den Ministerialräten Wülfling und Grohmann wegen Einführung des Notavancements vorgeschlagen. Nach effektiver Dienstzeit von 32 ½ Jahren soll die 6. Rangklasse und die erste Gehaltsstufe der 5. erreicht werden. Die Befürwortung dieser Forderung wurde zugesagt.

3. BR Dreger beantragt, eine Eingabe des Beamtenkörpers der Anstalt wegen Ernennung RR Geyers zum Direktor an das Unterrichtsamt zu richten.
Nach längerer Debatte^u wird der Antrag als derzeit undurchführbar zurückgezogen.
4. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß von Dr. Mohr und Dr. Liebus Ansuchen eingelaufen sind, als^v Mitglieder der Geologischen Staatsanstalt aufgenommen zu werden, welche mit dem Hinweis auf die Sperre^w von Neuanstellungen abgewiesen^x hat.
Dazu bemerken Hammer und Waagen, daß unter allen Umständen Dr. Winkler vorangehen müsste.
5. Veters legt einen Entwurf für den neuen Kartentarif vor, der dem Unterrichtsamt zur Genehmigung vorgelegt wird. Er beantragt darin auch für Ausländer Bezahlung in Auslandswährung.
Gleichzeitig beantragt Veters die Erhöhung der Preise für die Druckschriften und^y Eichleiter die Erhöhung des^z Tarifes des chemischen Laboratoriums.
6. Veters beantragt weiters eine Abstufung der Diäten nach den Ländern zu fordern, Waagen regt neuerdings an, das Verlangen nach freier Eisenbahnfahrt zu stellen.
7. Dr. Maluschka beantragt, daß das Sachregister, das in der bisherigen Art^{aa} seinen Zweck nicht genügend erfüllt, von den Autoren für ihren Teil selbst hergestellt werde.
Waagen schlägt dazu vor, entsprechende^{bb} Zirkulare mit den betreffenden

^t Folgt gestrichen: gemein.

^u Folgt gestrichen: an der sich.

^v Folgt gestrichen: die.

^w Folgt gestrichen: von Aufnahmen neu.

^x Korrigiert aus: zurückgewiesen.

^y Nachgetragen.

^z Folgt gestrichen: chemischen.

^{aa} Folgt gestrichen: nicht.

^{bb} Nachgetragen.

Sonderdrucken aus dem letzten Jahrzehnt an die Autoren zu versenden, worin diese ersucht werden, ^{cc-}die Schlagworte^{-cc} zum Sachregister selbst mit einem mitgesandten Formular zu liefern.

Schluss der Sitzung 11 h 45

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Geyer

Sitzung vom 4. Jänner 1920

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Götzingler, Hackl, Spengler, Dr. Maluschka

Vorsitzender: RR Geyer

Beginn: 10 h 15

Der Vorsitzende bringt kurz die wichtigsten Ereignisse, welche den Gegenstand der Sitzung bilden, zur Kenntnis und verweist auf die Dringlichkeit, den Aufnahmeplan fertigzustellen, der in der nächsten Sitzung durchberaten werden soll. Waagen schlägt dazu vor, zu dieser Sitzung MR Rotki [*sic*] einzuladen, Hammer und der Vorsitzende, sowie Vettters wollen den Aufnahmeplan zuerst fertig durchberaten haben und dann erst MR Rotki um seine besonderen diesbezüglichen Wünsche fragen. Der Vorsitzende konstatiert die prinzipielle Bereitwilligkeit, sich mit MR Rotki als Vertreter der praktisch^a interessierten Behörden, Personen und Betriebe ins Einvernehmen zu setzen.

1. Der letzte Sitzungsbericht wird verlesen und genehmigt.
2. Der Vorsitzende^b stellt^c das Verhalten der Anstalt gegenüber den Anforderungen der verschiedenen Liquidierungs-Kommissionen zur Beratung. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages kann man der Anstalt nichts abfordern. Die bisher gekommenen Ansuchen stehen auch auf diesem Standpunkt, sie enthalten das Ersuchen, Gegenstände und Druckschriften nachhaft [*sic*] zu machen, die wir^d im Kauf- oder Tauschwege abgeben können. Solche Ansuchen sind von der Čechoslovakei, von^e den Slovenen und von Polen eingelaufen.
Die Čechen haben angefragt, ob wir bereit wären, ihnen Druckschriften, Karten usw. abzugeben. Prof. Purkinie wurde durch das čechische^f Staatsamt des Äußern verständigt, daß der Akt durch die Liquidierungs-Kommission^g an uns^g weitergeleitet werden wird. Bisher haben wir keine Anfrage durch dieses Amt erhalten.
Durch die Liquidierungskommission haben die Polen um Überlassung von technischen und wissenschaftlichem Material ersucht. In der Antwort wurde ihnen vom Leiter der Anstalt mitgeteilt, daß wir nur Druckschriften, Karten etc. aus unseren Lagerbeständen abgeben können, die Preise aber erst nach Erledigung der Eingabe wegen Tarifierhöhung festsetzen können. Das Ansuchen der Slovenen geht viel mehr auf Einzelheiten ein. Der von HR Ploj gefertigte Akt der Liquidierungs-Kommission ersucht um Abtretung von Studienbehelfen für die Lehrkanzel für Mineralogie der Laibacher

^a Nachgetragen.

^b Folgt gestrichen: berichtet.

^c Folgt gestrichen: unser.

^d Folgt gestrichen: verkaufen.

^e Folgt gestrichen: Jug.

^f Überschrieben anstelle von: Min.

^{g-g} Nachgetragen.

Universität,^h vollständigeⁱ Reihen der Druckschriften, Karten, und der auf Slovenien bezüglichen Originalaufnahmsblätter 1:25.000.

Dreger beantragt hiezu folgende Richtlinien:

1. Karten und Druckschriften werden zu dem vom Staatsamt genehmigten Preis abgegeben, ^jaber nur^j wenn wir^k mehr als 10 Stück im Lager haben.
2. Originale werden nicht abgegeben, können aber kopiert werden.
3. Musealgegenstände sind Staatseigentum und können nicht abgegeben werden. Zur Gewinnung von Platz können wir Doppelstücke hergeben, aber erst, wenn freundnachbarliche Verhältnisse herrschen.

Vetters stellt den Zusatzantrag, das slovenische Anbot als das eines privaten zu behandeln, da es sich nur um Eigenwünsche der Lehrkanzel Hinterlechner handelt, nicht des jugoslawischen Staates. Daher^l kommen nur unsere^m Verlagsgegenstände in Betracht, nicht aber Sammlungsstücke oder Originalkarten.

Hammer betont, daß die unsⁿ eben vom Staatsamt für Unterricht festgesetzte Preisliste^o nicht als gültig anerkannt werden könne, da andere dem Finanzamt^p unterstellte Anstalten wie die Staatsdruckerei den Auftrag haben, bis 400% Auslandsaufschläge zu rechnen. Dasselbe sei bei den Zeitungen der Fall.

Wir müssen unter Hinweis darauf eine Änderung der Preise^q verlangen.

Über Bitte Waagens wird sich Hammer die nötigen Beweise über die vorgebrachten Bestimmungen des Finanzamtes verschaffen.

3. Vetters bespricht die Durchführungsverordnung zur Besoldungsreform und die Berechnung der gleitenden Zulage, das Gesetz über die Stellung der Hochschulassistenten, mit besonderem Hinweis auf die Möglichkeit, durch Einschub von ordentlichen^r Hochschulassistenten an Rang und Gehalt überholt zu werden,^s und legt die Zuschriften des Staatsamtes über Wohlfahrtseinrichtungen und Eisenbahnbegünstigungen der Familienmitglieder zur Durchsicht und Unterschrift vor. Waagen bemerkt zum Hochschulassistentengesetz, daß im Hinblick auf die angedeutete Möglichkeit von der Gewerkschaft die Öffnung der 6. und 5. Rangklasse mit Wartezeiten von je von 5 Jahren von der achten Rangklasse an für die wissenschaftlichen Beamten gefordert wird.

^h Folgt gestrichen: die.

ⁱ Korrigiert aus: vollständigen.

^j Nachgetragen.

^k Überschrieben anstelle von: mehr.

^l Folgt gestrichen: sind.

^m Nachgetragen.

ⁿ Nachgetragen.

^o Folgt gestrichen: nur in.

^p Folgt gestrichen: die.

^q Folgt gestrichen: be.

^r Nachgetragen.

^s Folgt gestrichen: dann.

Im Anschluss an die Besprechung von Wohlfahrts-Einrichtungen erwähnt^t RR Geyer ^{u-} eine Mitteilung^u, Prof. Petrascheks^v, daß ^{w-}in der Umgebung^w Berlins ein Beamten- oder Offizierskind in Pflege genommen wird und Reflektanten sich melden sollen.

3. [*sic, eigentlich 4.*] Hammer macht Mitteilung über das Ergebnis seiner Umfrage bei den Buchdruckereien nach den Preisen für unsere Druckschriften. (Staatsdruckerei, Bartelt, Holzhausen, Jasper, Perl usw.). Da eine Verbilligung nicht zu erreichen ist, Hollinek auf unsere Bedürfnisse eingearbeitet und das Papier gut ist,^x rät Hammer, bei Hollinek zu bleiben. Doch müsse eine wesentliche Preiserhöhung^y für unsere Schriften verlangt werden, mindestens das Doppelte. Vom 1. März an wird das Papier noch bedeutend teurer, die Firma Jaffé ist um 2-300% gestiegen.^z Die Auslandpreise müssen nach den Valutaschwankungen reguliert werden,^{aa} entweder durch Bezahlung in fremder Valuta oder durch Auslandzuschläge von einigen 100%. Unsere Publikationen müssen wegen des Tauschverkehrs unbedingt auf einer gewissen Preishöhe erhalten bleiben;^{bb} der Tauschverkehr bringt indirekt die Mehrauslagen unserer Druckkosten herein.

Der Vertrag mit Lechner muss selbstverständlich aufgegeben werden.

Der Vorsitzende konstatiert, daß unbedingt das Regiepauschale erhöht werden müsse.

4. [*sic, eigentlich 5.*] Waagen^{cc} richtet an den Leiter der Anstalt die Anfrage, ob ihm pflichtgemäß der Text der Verhandlungs-Nummer 10^{dd} vor Drucklegung vorgelegt wurde (Artikel Bergrat Kerners, die Liste seiner ^{ee-}ersten 150^{ee} Publikationen) und bemerkt, daß der der Artikel außerhalb der Anstalt ^{ff-}in Anbetracht der hohen Druckkosten^{ff} übel vermerkt wurde und von Prof. Diener für seine Absichten auf Einstellung der Verhandlungen ausgenützt werden könnte.

Kerner konstatiert, daß von dem ganzen Artikel nur 1 ½ Seiten außeroesterreichische Arbeiten betreffen und er sich für berechtigt halte, als verdientes 27jähriges Mitglied der Anstalt die Begünstigung, eine Liste seiner Arbeiten zu veröffentlichen, zu beanspruchen, zumal gleichzeitig der Abschluß seiner Tätigkeit in Dalmatien damit^{gg} zusammenfällt.

^t *Überschrieben anstelle von:* gibt.

^{u-u} *Überschrieben anstelle von:* bekannt, daß.

^v *Folgt gestrichen:* die Anstalt benachrichtigt hat.

^{w-w} *Überschrieben anstelle von:* bei.

^x *Folgt gestrichen:* schl.

^y *Folgt gestrichen:* verl.

^z *Folgt gestrichen:* Diese Mehrauslagen müssen [*überschrieben und gestrichen:* werden] unbedingt hereingebracht werden durch unseren Tauschverkehr.

^{aa} *Folgt gestrichen:* der auf diese Verhältnisse.

^{bb} *Folgt gestrichen:* denn.

^{cc} *Folgt gestrichen:* fragt.

^{dd} *Folgt gestrichen:* vorgel.

^{ee-ee} *Überschrieben anstelle von:* bisherigen.

^{ff-ff} *Nachgetragen.*

^{gg} *Folgt gestrichen:* gegeben ist.

Der Vorsitzende erwiedert [*sic*], daß ihm der Artikel nicht vorgelegt worden ist, daß aber unterdessen ein Wechsel in der Redaktion stattgefunden hat, indem Hammer das Jahrbuch und Spengler die Verhandlungen übernommen haben, und daß in Zukunft jede Nummer vorzulegen sein wird.

5. [*sic, eigentlich 6.*] Waagen richtet an Dreger die Anfrage über seine Schritte gegen das eigenmächtige Vorgehen des Rechnungsrates Gaina in Angelegenheit der Dienerremunerationen.

Dreger sagt^{hh}, Gaina habe nach seiner Erklärung keinen persönlichen Einfluß auf die Erledigung genommen. Dagegen konstatiert Waagen, Gaina habe zugegeben, daß er vom Referenten gerufen wurde und mitⁱⁱ diesem die Sache durchbesprochen habe. Eine solche Einflußnahme des Rechnungs beamten dürfe nicht geduldet werden.

6. [*sic, eigentlich 7.*] Waagen beantragt, die jeweiligen Vertreter der Direktion sollen ermächtigt werden,^{jj} ihre Unterschrift auf Postcheks zu geben. Der Vorsitzende erklärt, diese Angelegenheit weiter verfolgen zu wollen.

In der Debatte wird darauf verwiesen, daß die beiden Rundstempel bei Gaina und Ulbing in Verwahrung seien, keiner bei der Direktion.

Es wird beschlossen,^{kk} daß künftig der große Rundstempel von der Direktion, der kleine vom ersten^{ll} Amtsdieners verwahrt werden soll.

7. [*sic, eigentlich 8.*] Waagen gibt bekannt, daß der Beitrag der Gewerkschaftsmitglieder auf 12 K erhöht wurde und erhält^{mmm} die Ermächtigung, den Beitrag durch Ulbing am 1./3. in Abzug bringen zu lassen.

8. [*sic, eigentlich 9.*] Waagen erwähntⁿⁿ die Vertretung des Staatsamtes für Unterricht bei der Sachdemobilisierung und erklärt, in der nächsten Zeit dort vorzusprechen und unsere Ansprüche bekannt zu geben. Er macht weiter die Mitteilung, daß wir uns nach dem Rat des Landes-Archivdirektor Dr. Mayer an den Staatssekretär Michael Mayer in allen Fragen der Zuweisung unserer Anstalt, in Diätenfragen, Bahnbegünstigungen usw. wenden sollen.

9. [*sic, eigentlich 10.*] Es werden noch von Waagen, Hammer, Dreger, Eichleiter, Hackl Anträge gestellt bzw. Anfragen wegen Erhöhung der Dotation für^{ooo} das Museum, der Remuneration für die Dünnschliffe, Erhöhung der Dotation für das Laboratorium, dessen Bedarfsartikel durchschnittlich um 2000% in K gestiegen sind.

^{hh} Folgt gestrichen: erklärt.

ⁱⁱ Folgt gestrichen: ihm.

^{jj} Folgt gestrichen: die.

^{kk} Folgt gestrichen: künftig.

^{ll} Nachgetragen.

^{mmm} Überschrieben anstelle von: bittet um.

ⁿⁿ Überschrieben anstelle von: bespricht.

^{ooo} Folgt gestrichen: die Sam.

Beck beantragt, vorläufig die bisher geltenden 50 H pro Schliff auszuzahlen mit Anwartschaft auf nachträgliche Erhöhung nach Bewilligung der Dotation.

10. [*sic, eigentlich 11.*] Der Vorsitzende teilt mit, daß in Angelegenheit der Tellerstiftung ein Akt an die Anstalt gekommen ist und übergibt die^{PP} Sache Ampferer zur weiteren Erledigung.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^{PP} Folgt gestrichen: Ang.

Sitzung vom 11. Februar 1920

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Goetzinger, Sanders [*sic*], Spengler; Dr. Maluschka

Vorsitz: RR Geyer

Beginn 10 h ante meridiem

- I. Der Vorsitzende gibt eine Verordnung des Staatsamtes für Unterricht bekannt, daß wir mit den Behörden der andern Sukzessionsstaaten nur durch das Staatsamt für Äußeres verhandeln dürfen.
(Hammer:)^a Der Auslandstarif der Staatsdruckerei wurde neuerdings geändert, der Zuschlag von 400% wurde aufgehoben, das Ausland zahlt in seiner Valuta. Die Inlandspreise sind wie bei uns erhöht worden. Das Staatsamt für Finanzen hat also bereits beide Modalitäten für Auslandstarife in Betracht gezogen und genehmigt, worauf wir bei einer neuerlichen Tarifregulierung hinweisen können.
- II. Der Vorsitzende bringt das Aufnahmeprogramm zur Besprechung und schlägt vor zuerst die Hauptfragen nach der Verteilung der Aufnahmen und gesondert die Fragen nach den technischen und pekuniären Bedingungen zu verhandeln.
Wir müssen der praktischen Richtung Rechnung tragen ohne unsere erste Aufgabe, die wissenschaftliche Bearbeitung der Kartenblätter, zu schädigen. Es sei vielleicht notwendig, für einige Zeit ein andres System der Aufnahmestätigkeit einzuführen, wobei wir nicht an den Rahmen der Spezialblätter uns binden, sondern nach^b rein geologischen Prinzipien vorgehen, z. B. Bearbeitung einzelner Bergbauggebiete, wie tertiärer Kohlenfelder etc.
Hammer stellt die Frage: Wie sollen solche Aufnahmen erfolgen, zugänglich gemacht und publiziert werden.
Vorsitzender: Es soll möglichst rasch publiziert werden: Es soll mit diesen Teilaufnahmen nicht nur Material für die spätere Herausgabe der Spezialkarte gewonnen werden, sondern unabhängig davon Gebrauchs-Karten in beliebigem Maßstab und Ausführung (auch Schwarzdruck) rasch hergestellt werden, soweit es den Bedürfnissen der Gegenwart und der betreffenden Industrie entspricht, ohne Rücksicht etwa auf vollständige Gliederung der Nachbargebiete.
Waagen verweist auf die Arbeit Lipolds aus dem Jahr 1865.
Vettters meint, die wissenschaftlichen Karten könnten mit kurzen Erläuterungen selbstständig publiziert werden und außerdem als Beilage einer Abhandlung im Jahrbuch, die ja zum Erscheinen viel längere brauche. Also größere Auflage einer Karte.
Geyer verweist auf die Plassenkarte Spenglers als Beispiel einer derartigen, ein wichtiges Bergbaugesbiet betreffenden, sofort publizierbaren Karte.

^a Folgt gestrichen: Die Nachfrage nach.

^b Korrigiert aus: anach.

Vetters verweist bei den lose erscheinenden Blättern auf die Freiheit in der Art der Ausführung, das Nichtgebundensein an das Farbschema der Spezialkarte, also billigere Herstellungsmöglichkeiten.

Bezüglich der Aufnahme verlangen Vetters und Waagen, daß der Geologe verpflichtet werden solle, die Nachbargebiete mit zu kartieren,^c damit später nicht schwer ausfüllbare Lücken an den Grenzen dieser Karten entstehen.

Der Vorsitzende ersucht die Geologen, sich in rangklassenmäßiger Reihenfolge über die Verteilung der Aufnahmegebiete zu äußern.

Dreger: ^dFortsetzung der Aufnahmen zu der Koralpe und ^d zusammen mit Waagen die mittelsteierischen Kohlengebiete nach den Blattgrenzen getrennt. Dreger Blatt^e Deutschlandsberg und Wildon, Waagen Köflach und Graz.

Kerner: Fortsetzung der Aufnahmen in der Nordost-Ecke des Blattes Kitzbüchel, Aufnahme der Kohlenreviere im obern Murtal (Tamsweg) oder Mürztal (Mürzzuschlag).

Hammer: Weiterführung der Aufnahmen im Ötztal (Blatt Nauders und Oetztal). Montanistische Arbeit: Graphit und Talklagerstätten des Paltentales (St. Johann am Tauern).

(^fDie offizielle^g Mitarbeit Dr. Stiny's, die Hammer warm befürwortet, wird wegen^h materieller Schwierigkeiten schwerlichⁱ ermöglicht werden können).

Waagen: Kohlenreviere ^jauf Blatt^j Köflach Voitsberg mit Hinzunahme des Grazer Devons und ohne das Krystallin.^k Untersuchung der Kohlengebiete im Blatt Graz und Blatt Pinkafeld.

Ampferer: Blatt Kuffstein, Blatt Lechtal, eventuell Fortsetzung auf Blatt Schneeberg-St. Aegy. Montanistisch: Unter-Inntaler Zementlager, eventuell Grünbacher Kohlenmulde.

Für Ohnesorge beantragt Ampferer Fortsetzung der Aufnahmen in der Grauwackenzone ^lund der^l Lagerstätten-Karten nach dem Muster seiner Kitzbüchler Karte.

Beck: Fortsetzung der Aufnahmen im Blatt Hüttenberg. Montanistisch: Hüttenberger Erzlagerstätten, Kohlenreviere von Sonnberg,^m des Lavanttales [*sic*] und am Obdacher Sattel.

Vetters: Aufnahme des Jungⁿ-Tertiärs auf Blatt Baden Neulengbach, Weiterführung seiner Tertiär-Kartierung auf Blatt Ybbs (Amstettner Bergland).

^c Folgt gestrichen: weil das.

^{d-d} Nachgetragen.

^e Nachgetragen.

^f Zuvor gestrichen: Bez.

^g Nachgetragen.

^h Überschrieben anstelle von: auf die.

ⁱ Überschrieben anstelle von: nicht.

^{j-i} Nachgetragen.

^k Folgt gestrichen: Fo.

^{l-l} Nachgetragen. Nach der nachgetragen und wieder gestrichen: Montanistisch.

^m Folgt gestrichen: und.

ⁿ Nachgetragen.

Wenn Westungarn zu Deutsch-Oesterreich kommt, Fortsetzung seiner Arbeiten auf Blatt Ödenburg wegen des Kohlenrevieres von Brennbach; Verfolgung der neuen künstlichen Aufschlüsse auf Blatt Oberhollabrunn und Mistelbach.

Goetzing: Fortsetzung auf Blatt Mattighofen und Blatt Ried-Vocklabruck, sowie Nordwest-Sektion von Salzburg. Montanistisch: Kohlenrevier des Hausruck in diesen Blättern.

Wenn möglich Fortsetzung auf Blatt Baden Neulengbach.

Sander: Fortsetzung auf Blatt Matrei, die Kalkkögel auf Blatt Oetztal. Eventuell noch Blatt Meran.

Spengler: Fortsetzung auf Blatt Eisenerz-Wildalpe, besonders die Grauwackenzone. Seine Untersuchung des Durchschlages vom Ausseer- zum Hallstätter Salzberg soll zu Ostern gemacht werden, fällt also noch^o der diesjährigen Aufnahmezeit zu.

Sollte Winkler an den Aufnahmen teilnehmen können, käme für ihn die Fortsetzung der Aufnahmen auf Blatt Gleichenberg und montanistisch der Rauris-Gasteiner Golddistrikt in Betracht.

Der Vorsitzende bringt nunmehr die Frage der Diäten und Pauschalien zur Besprechung.

Waagen schlägt vor, eine Erhöhung der Diäten für das 2. Halbjahr 1919/20 um 100% (also auf 70 bzw. 80 K) und^p für das Jahr 1920/21 gleitende Erhöhung bis 200% unserer^q gegenwärtigen Diäten (35 bzw. 40 K) anzufordern.

Außer den Diäten soll ein Ausgleichsfond^r zu Handen der Direktion verlangt werden, der als Zuschuss für Arbeiten in besonders teuren Gegenden verwendet werden soll. Dieser^s Ausgleichsfond soll 10% der Gesamtsumme der Diäten betragen.

Weiters ist ein Ausrüstungspauschal von 2000 K zu fordern. Außerdem soll jeder Geologe eine selbstständige Eingabe um Gewährung einer einmaligen Zuwendung von 5000 K^t für Ausrüstung machen.

(Die 2.000 K^u werden nach kurzer Beratung als Nachschaffungspauschale, welches für Ausbesserungen an Wäsche Kleidern, Schuhen etc. bestimmt ist, die 5000 K als einmaliges Anschaffungspauschale bezeichnet^v.)

Auf Reisepauschale soll verzichtet werden, dagegen verlangen wir freie Fahrt, evtl. Regiefahrt mit Permanenzkarte^w oder Dienstkarte, wo möglich für den^x ganzen Staat gültig.

Zusatz Beck: Aus dem Ausgleichsfond^y sind auch^y die Mehrauslagen zu bezahlen, welche durch Bergführer, Träger, namentlich Wagenfahrten sowie übermäßig teures

^o Folgt gestrichen: in.

^p Folgt gestrichen: eine Angabe.

^q Überschrieben anstelle von: unserer.

^r Folgt gestrichen: als.

^s Folgt gestrichen: Zu.

^t Folgt gestrichen: zwecks.

^u Folgt gestrichen: sollen.

^v Am Rand in Bleistift und Kurzschrift nachgetragen: [unleserlich]

^w Korrigiert aus: Permanenzfreikarte.

^x Folgt gestrichen: gesamten.

^{y-y} Überschrieben anstelle von: die.

Wohnen bedingt sind, gegen Verrechnung bzw. Bestätigung durch Behörden (politische Behörden).

Vetters wünscht eine Legitimation für die Geologen^z nach Art der offenen Weisung^{aa}, ausgestellt vom Staatsamt für Inneres an alle politischen Behörden, Ortsgemeinden, Gendarmerie etc.

Vetters erhält vom Vorsitzenden den Auftrag, einen Entwurf davon zu machen.

[III.] Der Vorsitzende macht Mitteilung von der Gründung einer neuen naturwissenschaftlichen Tageszeitung (naturwissenschaftliche Korrespondenz des Dr. Hans Walter Frickinger), welche sich mit der Bitte um Unterstützung durch Überlassung von Publikationen, welche für die breitere Öffentlichkeit von Interesse sind, durch kurze Mitteilungen etc., an uns gewendet hat.

Wir sind prinzipiell zu derartiger^{bb} Mitwirkung bereit. Vorläufig kann der Jahresbericht eingesendet werden. Regelmäßige Zusendung der Publikationen ist natürlich ausgeschlossen.

Kosten dürfen uns nicht erwachsen.

[IV.] Dr. Maluschka teilt mit, daß die Versandkosten [sic] unserer dem Tauschverkehr dienenden, jetzt ^{cc-}zu verrechnenden^{-cc} Druckschriften in das Ausland ca. 14.000 K^{dd} betragen würden.

Hammer^{ee} schlägt^{ff} ^{gg}vor, den Gesamtbedarf jedes Staates durch die ausländischen Missionen ^{hh-}auf einmal^{-hh} befördern zu lassen.

Auf Vorschlag Vetters wird bestimmt, durch das Staatsamt für Unterricht das Staatsamt für Äußeres zu ersuchen, dieⁱⁱ für^{jj} ein Land bestimmte Kiste mit unsern Tauschdruckschriften durch Kurierpost dorthin befördern zu lassen wie Lebensmittel, wo^{kk} die Verteilung durch das betreffende fremde Amt für Äußeres zu erfolgen hätte.

[V.] Waagen bringt zur Kenntnis, daß in dem in den Zeitungen veröffentlichten Auszug aus dem Verfassungs-Entwurf im Punkt 8, Artikel 10 unsere Anstalt nicht mit den Instituten aufgezählt erscheint, welche bundesstaatlich bleiben sollen.

^z Folgt gestrichen: in F.

^{aa} Korrigiert aus: Weisungen.

^{bb} Folgt gestrichen: Unterstützung.

^{cc-cc} Überschrieben anstelle von: fälligen.

^{dd} Folgt gestrichen: Kosten.

^{ee} Folgt gestrichen: Vetters.

^{ff} Korrigiert aus: schlagen.

^{gg} Zuvor gestrichen: deshalb.

^{hh-hh} Streichung rückgängig gemacht.

ⁱⁱ Nachgetragen.

^{jj} Folgt gestrichen: jedes.

^{kk} Überschrieben anstelle von: und.

Die Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten wird am nächsten Tag diesbezüglich beim Staatssekretär Mayer anfragen.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

Sitzung vom 23. März 1920

Anwesend: Geyer, Dreger, Kerner, Eichleiter, Hammer, Ampferer, Beck, Veters, Götzinger, Maluschka, Spengler, Hackl, später Waagen

Vorsitz: RR Geyer

Beginn 10 h 15 vormittags

Verlesung des Berichtes der letzten Sitzung. Mit geringer Änderung genehmigt.

- [1.] RR Geyer teilt mit, daß die Eingaben betreffend unsere Aufnahmen in diesem Jahre eingegeben seien, aber noch nicht bekannt sei warum sie ins Staatsamt für Finanzen weitergeleitet wurden. Betreffend die Versendung unserer Druckschriften teilt OBR Dreger mit, daß er mit Dr. Maluschka im Staatsamt des Äußeren war, daß dieses nicht[s] in der Sache ausrichten könne. Wir sollen uns unmittelbar an die fremden Missionen wenden. Ferner hat er sich erkundigt bezüglich der britischen Mission sind die bezüglichen Eingaben fertig. Dr. Maluschka wird die weiteren Schritte unternehmen.
- [2.] RR Geyer: macht Mitteilung^a, daß sein Erlaß betreffend die Beförderungen eingelangt sei, des Inhalts, daß die Eingaben bis 10. März (dieses Jahres bis 1. April) nach einem beigeschlossenen Tabellar-Muster einzubringen seien. Der Anspruch auf Beförderung nach dem Zeitvorrückungsgesetz sei^b von dem Betroffenen selbst zu erheben. Ferner legt der Vorsitzenden [*sic*] den Akt über die Bezüge der einzelnen Mitglieder nach dem Besoldungsübergangsgesetz vor. Die Abschriften an die Einzelnen werden demnächst erfolgen.
- [3.] RR Geyer legt ferner den Eingabe-Entwurf betreffend unserer Freifahrten oder Ermäßigungen auf den Eisenbahnen vor, welcher einstimmig gutgeheißen wird.
- [4.] BR Hammer: berichtet über seine mit BR Waagen unternommene Vorsprache bei unserem Referenten im^c Staatsamte.
 1. Frage wegen Zuweisung an ein bestimmtes Staatsamt ist noch unerledigt, da noch kein Kabinetsrat [*sic*] Zeit dafür hatte.
 2. Frage betreffend unseren Direktor, könne auch nur [*folgt unleserlich*] durch Einvernahme beider in Frage kommender Staatsämter erledigt werden.
 3. Ernennung Dr. Winklers zum Praktikanten [*folgt unleserlich*] durch das Staatsamt für Finanzen bewilligt.

^a Folgt gestrichen: macht Mitteilung.

^b Korrigiert aus: seien.

^c Folgt gestrichen: St. Anstal.

4. Von den noch immer nicht besetzten^d Dienerposten könne vielleicht ein unqualifizierter Aushilfsdiener zugewiesen werden.
5. Erhöhung unserer Aufnahmsdiäten: die Erhöhung fürs laufende Budgetjahr müsse unmittelbar vom Staatsamt für Finanzen als Budgetüberschreitung angesprochen werden. Bezüglich der Erhöhung für 1920/21 sieht Unterrichtsamt die Berechtigung ein, dürfte aber beim Staatsamt für Finanzen Schwierigkeiten finden. Er war auch pessimistisch hinsichtlich unserer Fahrbegünstigung bei Dienstreisen.
6. Bezüglich Erhöhung unseres Druckschriftenportos wurde hingewiesen, daß diese eine Lebensfrage für uns seien, was Referent einsah.
7. wurden noch einige Personalfragen erörtert, z. B. Einweisung Frl. Girardi in die XI. Rangklasse, Richtigstellung der Kinderzulagen usw.
8. Bezüglich der Organisationsfrage wurde mitgeteilt, daß in der Organisation der Angestellten des Unterrichtsamtes keine Mitglieder außerhalb des Staatsamtes aufgenommen werden. Der Geologische Beirat und die Vertrauensmänner seien erst bei Verfassung der neuen Satzungen endgiltig festzulegen. Bis dahin werden sie stillschweigend vom Staatsamt zur Kenntnis genommen.

- [5.] BR Waagen teilt von der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten mit: die Not-Vorrückung soll nun in der allernächsten Zeit angemeldet^e werden, nämlich bis 1./4. Die für ihre Angestellten besorgteren Staatsämter haben ihre unterstellten Ämter zu bezüglichen Eingaben aufgefordert. Unserer [*sic*] Unterrichtsamt gehört nicht zu diesen. RR Geyer könnte sich selbst bei der Eingabe nicht nennen, die bezüglichen Schritte würden wieder die Vertrauensmänner machen.
- Die Gewisbe hat einen Besoldungsentwurf für die wissenschaftlichen Beamten ausgearbeitet. Nach diesem sollen die wissenschaftlichen Beamten unter den gleichen Bedingungen wie die Supplenten der Mittelschulen angestellt werden (Grundgehalt der IX. Rangklasse), dann mit Biennien und Triennien vorrücken und nach 10 oder 12 Jahren die Bezüge des a.o. Hochschulprofessors erreichen, dann nach den Schema der Hochschulprofessoren vorrücken. Es tauchten Bedenken auf, daß vorgehalten werden wird, daß entsprechung [*sic*] der Hebung^f der Hochschullehrpersonen durch die Habilitation ein Gegenstück bei uns geschaffen werden müsse. Es wurde vorgeschlagen, außer der Dienstzeit die Vorlage einer größeren wissenschaftlichen Arbeit zu verlangen. Da dies aber bei vielen doch besonders den Kunsthistorikern unter den heutigen Verhältnissen vielleicht unmöglich sei, andererseits von Musealkollegen oft intensive wissenschaftliche Arbeit zu leisten sei, welche nicht für Veröffentlichung geeignet sei, wurden [*sic*] Waagens Vermittlungs-Vorschlag angenommen, daß \geq nachweislich wissenschaftliche Leistung \leq vorliegen müsse. Diese Besoldungsfrage kam durch das Hochschul-Assistenten-Gesetz ins Rollen.
- Mitteilungen Hammers und Waagens zur Kenntnis genommen. Vorsitzender dankt für Mitteilung.

^d *Überschrieben anstelle von:* bestellen.

^e *Überschrieben anstelle von:* angekündigt.

^f *Unsichere Lesung.*

[6.] RR Hammer teilt ferner mit, daß die Erhöhungen der Preise für unsere Druckschriften und Karten bewilligt wurden. Der Auslandspreis muß noch als offen gelassen⁹ angesehen werden. Nach Erkundigung bei der Staats-Druckerei beträgt 400% Zuschlag fürs Ausland. Er schlägt vor in einer neuen Eingabe den gleichen Zuschlag festzusetzen.

RR Waagen schlägt vor, die Direktion möge die Entscheidung des betreffenden Staatsamtes bei der Staatsdruckerei einholen.

Hammer meint, daß die[s] zwar eine Verzögerung bedeute, hat aber im Übrigen nichts einzuwenden.

RR Hammer bringt die Sprache auf die Dubletten aus der Stache- und Tietze-Bücherei, beantragt wichtigere Arbeiten in doppelt aufzustellen, bezüglich der restlichen ^{h-h}schlüssig zuwenden ob sie-^h unter den Mitgliedern zu verkaufen oder verteilen seien. Waagen meinte, daß unter den früheren Direktionen die doppelten Schriften, welche nicht doppelt aufgestellt werden, unter den Mitglieder[n] verteilt wurden, da geologisches Material nicht verkauft werden könne.

Dreger schlägt vor, diese Bücher aufzulegen, dann sollen die Bücher bezeichnet werden, welche doppelt aufzustellen seien, ferner die Bücher, für welche sich der eine oder andere interessiert.

Bibliothekar Maluschka ersucht Bücherwünsche anzugeben, welche aus dem Erlös der zuletzt verkauften Bücher angekauft werden sollen.

[7.] Waagen teilt mit, daß die Assistentenangelegenheit insofern einen Fortschritt erzielt habe, daß eine Denkschrift ausgearbeitet wurde, welche die Gewerkschaft weiter leiten wird.

Schluß: 12 h 30

[Der Schriftführer:] Dr. Heinrich Vettters

[Der Vorsitzende:] Georg Geyer

⁹ Nachgetragen.

^{h-h} Nachgetragen.

Sitzung vom 20. April 1920

Beginn 10 h vormittags

Anwesend: Geyer, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Ohnesorge, Beck, Vettters, Götzing, Hackl, Sander, Spengler, Winkler, Dr. Maluschka

Vorsitzender: RR Geyer

Der Vorsitzende begrüßt Dr. Winkler als neu ernanntes Mitglied der Anstalt.

Dr. Vettters verliest das Protokoll, welches zur Kenntnis genommen wird.

[1.] RR Geyer berichtet über die Vorsprache der Herrn Dreger und Hammer bei der britischen Gesandtschaft^a in Angelegenheit der Versendung unserer Druckschriften. Der Sekretär der Gesandtschaft hat die Herren freundlich empfangen, das Ersuchen zur Kenntnis genommen, jedoch bemerkt, daß die Erledigung, die voraussichtlich in unserem Sinn erfolgen wird, nur von der Regierung in London erfolgt, an welche er sofort berichtet.

[2.] Auf unsere schriftliche Anfrage an die Staatsdruckerei wegen des 400% Zuschlages auf Druckschriften für Ausland ist bisher keine Antwort eingelaufen.

Waagen^b legt den Entwurf einer Denkschrift der wissenschaftlichen Forschungsinstitute vor, welche insgesamt vom Unterrichtsamt weg kommen und dienstlich^c dem Arbeitsamt,^d organisatorisch aber direkt der Staatskanzlei unterstellt werden wollen. Die Denkschrift soll Staatssekretär Zerdik, Glöckel und^e Mayer übergeben werden und einige Exemplare den wirtschaftlichen Referenten.

Der Entwurf stammt von Dr. Hnatek (Sternwarte).

Bei Besprechung des Entwurfes werden^f Änderungen vorgeschlagen stylistischer und sachlicher Natur.

Bei Bewertung der Stellungnahme der Geologischen Staatsanstalt zu dem Antrag betont der Vorsitzende, dass die Frage der Zuteilung der Geologischen Staatsanstalt bereits die ministeriellen^g Kommissionen ohne Resultat beschäftigt hat: „Wir hatten als Hauptbeteiligte nicht das Gefühl, uns hineinmengen zu sollen.“ Da wir derzeit zum Unterrichtsamt gehören, ist es schwer, gegen dieses zu arbeiten. Durch die jetzige gemeinsame Aktion gienge [*sic*] das allerdings leichter. Auch ist die Frage offen: „Wird^h

^a Folgt gestrichen: weg.

^b Folgt gestrichen: berichtet über.

^c Nachgetragen.

^d Folgt gestrichen: dienstlich unterstellt werden wollen.

^e Nachgetragen.

^f Folgt gestrichen: folgende.

^g Nachgetragen.

^h Korrigiert aus: werden.

unserⁱ Hauptinteresse^j, ein freies, selbstständiges Forschungsinstitut zu bleiben, nicht ungünstig beeinflußt?“

Hammer hegt aber solche Bedenken.

Vetters verweist auf ein Wort des Staatssekretärs der Finanzen Dr. Reisch betreffend der „Luxusinstitute“, für die wir kein Geld haben.

Ohnesorge wünscht in die Denkschrift folgenden Satz aufgenommen: „Die freie Forschungsarbeit gleichberechtigt und gleichbedeutend mit der praktischen Betätigung und Grundlage derselben, ist nicht nur im bisherigen Sinne aufrechtzuerhalten, sondern auch zu vertiefen und in jeder Weise zu fördern.“ (Wird zur Kenntnis gebracht!) Über das Verlangen der Denkschrift, die genannten Institute als eigene Sektion zusammenzufassen und dem Arbeitsamt einzufügen, mit einem Chef in der IV. Rangklasse, der^k über Fremdvorschlag der wissenschaftlichen Beamtenschaft dieser Institute ^laus deren Stande^l zu entnehmen ist, wird lebhaft gestritten.

Schließlich wird betreffs des Chefs eingefügt:^m „Er oder mindestens sein Stellvertreter ist über Fremdvorschlag zu entnehmen.“

Um nicht die ganze Angelegenheit von Anfang an aufzuhalten, wird diese Fassung angenommen.

[3.] RR Geyer bringt einen Erlaß betreffend die ständige Arbeitszeit zur Kenntnis. Der Erlaß geht zur Unterschrift herum.

[4.] Waagen berichtet über die von ihm verfaßte und der Gewerkschaft übergebenen Eingabe wegen Anrechnung der Assistentenjahre. Die Verhandlungen im Staatsamt wurden von Dr. Soldern und Dr. Schwab geführt.

Er urgiert ferner die Bestellung neuer Diener und einer Waschfrau. Der Vorsitzende antwortet, daß er deswegen eigens im Staatsamt vorsprechen werde.

Waagen schlägt dazu vor, dem Staatsamt mitzuteilen, daß wir genötigt wären, uns wegen Reinigungsarbeiten an eine Fensterputzanstalt zu wenden und die Rechnung dem Unterrichtsamt vorzulegen.

Schluß der Sitzung $\frac{3}{4}$ 12 h vormittags

Der Schriftführer: Dr. Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

ⁱ Korrigiert aus: unsere.

^j Erweitert anstelle von ursprünglich: Interessen.

^k Folgt gestrichen: selbst oder dessen.

^l Nachgetragen.

^m Folgt gestrichen: der.

Sitzung vom 11. Juni 1920

Anwesend: Geyer, Hammer, Eichleiter, Waagen, Ampferer, Beck, Veters, Hackel [*sic*], Spengler, Dr. Maluschka

Vorsitz: RR Geyer

Das Protokoll wird verlesen und genehmigt.

- [1.] Der Vorsitzende teilt mit, daß die Übersendung weiterer Dollarpakete aus Amerika angekündigt wurde.
- [2.] Dr. Maluschka bemerkt zum Protokoll, daß bereits von der englischen Regierung eine zustimmende Antwort gekommen ist, daß dagegen die deutsche Gesandtschaft wegen eigener Schwierigkeiten abgelehnt hat, der Versand also auf unsere Kosten nach Deutschland erfolgen muß.
- [3.] Der Vorsitzende berichtet über sein Betreiben des Aufnahmsplanes im Unterrichtsamt, Verkehrsamt und Finanzamt.
Der Aufnahmsplan wird mit kleinen Abstrichen genehmigt werden. Die Entscheidung über die ^aFahrbegünstigung durch Regiepreis will Unterstaatssekretär Paul selbst treffen.^b
- [4.] Der Vorsitzende erklärt im Hinblick auf die hochgesteigerten Lebensmittelpreise in den Gasthöfen auch für diesen Sommer vom Ernährungsamt die Zuwendung von Mehl und Reis ersuchen zu wollen.
Da ein Auslangen mit den Diäten nicht möglich sein wird, eine neue Regelung der allgemeinen Beamtendiäten aber demnächst verlautbart werden soll, beantragt Beck: Sofort auf diese Verlautbarung hin eine Eingabe zu machen wegen Auflassung unserer Pauschaldiäten und Verrechnung nach den allgemeinen Beamtendiäten. Vorläufig mit den zur Verfügung gestellten Geldmitteln aufzunehmen und nach Bewilligung der Eingabe nach dem allgemeinen Schema zu verrechnen.
Der Vorsitzende betont dazu noch, daß wir für dieses Jahr keine höheren Bedingungen stellen werden, als uns bereits an Geld zu den Aufnahmen bewilligt wurde. Die Eingabe soll sofort nach Erscheinen der genannten Verordnung eingereicht werden.
- [5.] Waagen referiert über die Tätigkeit der Gewerkschaft: Es wurden mehrere Denkschriften ausgearbeitet:
1. Die^c Denkschrift der naturwissenschaftlichen Forschungs-Institute (Entwurf Dr. Hnatek) siehe vorigen Sitzung). Sie wurde wegen mehrfacher Ablehnung fallen gelassen.

^a *Randbemerkung:* Der Posten Reisepauschale wird nicht gestrichen.

^b *Folgt gestrichen:* Ja dementsprechend hat der Referent im Finanzamt den Posten Reiseegenusse (1.000 K) sich als letzte Abstrichpost vorbehalten.

^c *Überschrieben anstelle von:* Eine.

2. Eine Denkschrift der Gewerkschafts-Kommission der Akademiker in öffentlichen Diensten betreffend Besserung der Beförderungsart, automatische Vorrückung (mit 27 Jahren in die V.) mit Ortszuschlag auf dem Übergangplatz. Waagen bemerkt hiezu, daß Finanzstaatssekretär Dr. Reisch ziemlich entgegenkommend sich dazu geäußert hat. Dieses Entgegenkommen hat Waagen sofort benützt, die Ernennung Dr. Kerners in die VI. Rangklasse zu betreiben.

3. Das naturhistorische Hofmuseum hat eine Denkschrift über^d Zusammenschluß aller Museen zu einer großen Einheit ausgearbeitet,^e ein^f Organisationsstatut vorgeschlagen und uns zum^g Anschluß eingeladen. Der Entwurf, der im allgemeinen für uns nicht annehmbar ist (^hder Zusammenschluß in dem gewünschten Sinne wird von den Anwesenden einstimmig abgelehnt), verlangt eine reinⁱ kollegiale Verfassung^j. Waagen macht aber aufmerksam, daß wir mit Ausnahme des Vorschlagrechtes bei Besetzung der Leiterstelle in unserer Denkschrift vom Vorjahr eine hierarchische Verfassung für uns verlangt haben.

Wir werden mit den Instituten, welche bei der unter 1. genannten Denkschrift mitgetan haben, in Verbindung bleiben und vorläufig den Erfolg der letztgenannten abwarten.

4. In der Gewerkschaft hat sich ein Honorarausschuß gebildet, der Tarife in Anlehnung an den des Ingenieur- und Architekten-Vereines festgestellt hat. Der Tarif soll^k bindend für alle Mitglieder gemacht werden. Fälle des Zuwiderhandelns würden vor die Disziplinar-Kommission der Gewerkschaft kommen.

5. Mr. Tomson, ein amerikanischer Aufnahmogeologe ^laus Washington^l hat unsere Anstalt zwecks Information über unsere wissenschaftliche Lage besucht gleich andern wissenschaftlichen Instituten.

Nach ihm kam in gleicher^m Angelegenheit eine englische Dame (Miss Vernon) zu Waagen. Es wurden ihr einige Zahlen genannt über Voranschlag und tatsächliche Erfordernisse, so Bibliotheksdotation und Buchhändlerrechnung, Verlegerkosten etc. Sie versprach zunächst in sämtlichen mit der Entente befreundeten Ländern durchzusetzen zu trachten, daß der volle Schriftenverkehr wieder aufgenommen wird. Fernern sollen wir Unterstützungen bekommen an Lebensmitteln und besonderen Zuwendungenⁿ für den Anstaltsbetrieb.

6. Die Gewerkschaft benötigt zum Einkauf von Waren, die billig an die Mitglieder abgegeben werden sollen, Bargeld. Mitglieder, welche solche Waren beziehen wollen, haben zu diesem Zweck eine Betriebseinlage von 20 K zu leisten.

7. Die Leitung der Gewerkschaft hat wiederholt im Finanzamt wegen der Besoldungsreform vorgeschrieben, welche bestimmt noch im Herbst dieses Jahres ins

^d Folgt gestrichen: Vereinigung.

^e Folgt gestrichen: mit und.

^f Korrigiert aus: einen.

^g Folgt gestrichen: Teilna.

^h Folgt gestrichen: er wird.

ⁱ Nachgetragen.

^j Folgt gestrichen: wie sie auch für uns wünschenswert erscheint.

^k Überschrieben anstelle von: ist.

^l Nachgetragen.

^m Überschrieben anstelle von: ähnlicher.

ⁿ Folgt gestrichen: für zum.

Leben treten soll. Sie soll^o vollkommen^p der deutschen Besoldungsreform entsprechen. 13 Besoldungsklassen: 1-4 Unterbeamten und Diener, 5-10 mittlere Beamten, 10-13 höhere Beamten. Außerdem sieht sie besondere Bezüge für die akademischen leitenden Beamten vor. Diese sollen beginnen mit dem Rang ^q-und Gehalt^q unseres Sektionschefs. Die Direktoren würden voraussichtlich in diese Gruppe kommen. Näheres ist nicht bekannt.

- [6.] Der Vorsitzende berichtet nachträglich, daß unser Gesuch wegen Fahrbegünstigung an das Verkehrsamt durch das Arbeitsamt befürwortet wurde.
- [7.] SC Rotky hat Herrn OBR Dreger angeboten, nach unserm Aufnahmsplan den betreffenden Bergbaubesitzern offizielle Empfehlungen des Staatsamtes zwecks Unterstützung unserer Tätigkeit zu senden.
- [8.] Der Vorsitzende legt einige Akten^r von Landesbehörden betreffend Einreisebewilligungen vor.

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^o *Überschrieben anstelle von: ist.*

^p *Folgt gestrichen: an.*

^{q-q} *Nachgetragen.*

^r *Folgt gestrichen: den.*

Sitzung vom 14. Juni 1920

Beginn 10 h vormittags

Anwesend: Geyer, Hammer, Ampferer, Waagen, Beck, Veters, Hackel, Sanders [sic], Dr. Maluschka. Später Eichleiter

Vorsitz: RR Geyer

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen, die Berichte über Einkaufsbegünstigung und Reisepauschale werden^a richtig gestellt.

1. Waagen legt seinen Entwurf einer Denkschrift betreffend Aufstellung einer eigenen wissenschaftlichen Sektion für die naturwissenschaftlichen Forschungsinstitute und der Land- und forstwirtschaftlichen Versuchsanstalt und Unterstellung dieser Sektion unter die Bundeskanzlei vor. Der Entwurf wird genehmigt.
2. Waagen berichtet, daß OBR Kerner ^b-am 1. Juli^b nur 4 Tage^c der vorgeschriebenen Dienstzeit zur Erreichung der VI. Rangklasse fehlen. Die Anstalt^d wird trachten, die Vorrückung durchzusetzen.
3. In der Gewerkschaft wurde beschlossen, passive Resistenz zu üben, wenn das Finanzamt die Forderungen der Gewerkschaft ^e-betreffend Vorrückungsfristen und Besoldungsangelegenheiten^e nicht erfüllt. Dieser Beschluß wurde dem Finanzamt auch offen angedeutet.
4. Die Direktion wird ersucht einen Akt betreffend Remunerationen für Diener und Kanzleipersonal auszuarbeiten, da Rechnungs-Revisor Gaina bereits sein^f Remunerationsgesuch mit dreifachem Ansatz eingereicht hat.
Der Vorsitzende bemerkt hiezu, daß Rechnungs-Revisor Gaina aufmerksam gemacht habe, Remunerationen werden nur einmal im Jahr gegeben, bei uns also zu Weihnachten.
5. Der Vorsitzende bringt die Frage zur Erörterung, ob im kommenden Winter Vortragssitzungen bei uns gehalten werden sollen. Es wird beschlossen, wenn möglich jeden Monat wenigstens eine Sitzung, im ganzen also 5-6 Sitzungen zu halten.

^a Nachgetragen.

^{b-b} Nachgetragen.

^c Folgt gestrichen: zur.

^d Nachträglich mit Bleistift gestrichen und in Kurzschrift überschrieben: [unleserlich]

^{e-e} Nachgetragen.

^f Korrigiert aus: seinen.

6. Veters referiert über die Frage der Herstellung und Herausgabe einer Schulwandkarte Deutsch-Österreichs.

Schluß der Sitzung $\frac{1}{2}$ 12 h ante meridiem

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

Sitzung vom 6. Juli 1920

Anwesend: Geyer, Eichleiter, Waagen, Ampferer, Ohnesorge, Beck, Vettters, Götzinger, Hackl, Sander, Spengler

Beginn der Sitzung 10 h ante meridiem

RR Geyer begrüßt die Anstaltsmitglieder als neu ernannter Direktor.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

1. Waagen: Avancement für BR Kerner ist nicht durchzusetzen, doch wurde der Gewerkschaft die Zusage gemacht, eine Personalzulage zu erteilen, welche ihn auf die Bezüge der VI. Rangklasse bringt. Das Avancement erfolgt am 1. Jänner 1921.
2. Waagen: Betreff Denkschrift: Ausgesprungen sind das Land- und forstwirtschaftliche Institut, Gradmessungsbüro, ferotherapeutisches Institut.
Es verbleiben somit nur Hofmuseum und Geologische Staatsanstalt.
Daher ist eine Neubearbeitung der Denkschrift notwendig. Das Wesentliche bleibt, weggelassen wurde das Verlangen nach einer eigenen Sektion mit einem Sektionschef. Staatssekretär Mayer gab den Rat, sich mit der Musealfachgruppe zusammenzuschließen. Dem wurde Rechnung getragen durch eine von Pietschmann, Waagen und Vettters mit Dr. Löhr ausgearbeitete Denkschrift, welche die Zusammenfassung zu einer höheren organisatorischen Einheit bezweckt.
Das Organisationsstatut wird verlesen. Es umfaßt:
 - a) Kulturhistorische Sammlungen und Institute,
 - b) naturwissenschaftliche Forschungsinstitute, dazu kommen eventuell: Heeresmuseum, Museum für Volkskunde, Kunst und Industrie.
3. In der Gewerkschaftskommission wird an dem Entwurf für Vertretung der Angestellten in den Kammern gearbeitet. Es wurde der Regierung der Vorschlag gemacht, die Staatsangestellten-Kammer zu gliedern in 4 Sektionen:
 1. Akademiker,
 2. Beamte ohne akademischen Grad,
 3. Unterbeamte,
 4. Pensionisten.Die Staatsarbeiter werden den Arbeiterkammern angeschlossen, nicht den Angestelltenkammern.
4. Bezüglich Besoldungsreform fehlt derzeit noch der Entwurf des Staatsamtes. Man hat bisher nur gewisse Grundregeln aufgestellt, als Richtschnur für das Staatsamt. Vor allem: die Summe der Gesamtbezüge der Akademiker muß in 30 Jahren soviel ausmachen, als bei den übrigen Beamten in 35 Jahren, als Entschädigung für das Hochschulstudium.

Bei der Gemeinde Wien stellen sich die Bezüge der Akademiker um $8 \frac{4}{10}$ % höher als die der andern. Es wurde beantragt, daß die AK[wohl: Akademiker]-Bezüge in den ersten 10^a Jahren so hoch zu stellen sind, daß bereits in dieser Zeit die Summe ihrer Bezüge der der andern Beamten mit 15 Jahren gleichkomme.

5. Wegen Anrechnung der [folgt unleserlich] Volontarjahre im Sinne des Erlasses des Ministerium des Inneren von 1915^b soll jeder ehemalige Volontär seinen diesbezüglichen Anspruch anmelden.
6. Der Vorsitzende bringt den Erlaß wegen Anrechnung der Praktikantendienstzeit zur Kenntnis.
7. ^cBeck beantragt, jeder Aufnahmsgeologe soll eine Woche Aufnahmsdienst nach den gewöhnlichen Beamtendiäten und Reisevorschriften berechnen, der Durchschnitt soll als Grundlage neuer Forderungen dienen.
Waagen verlangt dazu: gleichzeitig soll jeder für dieselbe Woche seine tatsächlichen Ausgaben festhalten.

Schluß der Sitzung 11 h 45

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^a Nachgetragen.

^b In der Vorlage in dieser Form.

^c Folgt gestrichen: Der Vorsitzende.

Sitzung vom 22. November 1920

10 h 15 ante meridiem

Anwesend: Geyer, Dreger, Kerner, Hammer, Waagen, Veters, Maluschka, Sander, Hackl, Spengler, Götzinger

RR Geyer begrüßt anlässlich der ersten Sitzung nach dem Sommer die Erschienenen.

- [1.] Erster Beratungsgegenstand: Erneuerung oder Kündigung des Kommissionsvertrages mit Firma Lechner (Müller). Vor 3 Wochen hat der Chef der Firma telefonisch mitgeteilt, der Vertrag sei bei der Firma in Verlust geraten, der Vertrag sei aber angeblich abgelaufen. Aus den Akten wurde erhoben, daß der Vertrag von 1894 auf 2 Jahre lautete im Falle er nicht gelöst würde, sollte er bis 1900 (Oktober) laufen, von einer weiteren Verlängerung wurde darin nichts gesagt. Stillschweigend scheint aber eine automatische Verlängerung angenommen worden zu sein, denn 1904 wurde eine Änderung der Kommissionsgebühr von 33 $\frac{1}{3}$ % auf 40 % bewilligt. Auch in diesem Vertrag ist über eine Kündigungsfrist nichts gesagt. Wir sind also berechtigt, zu kündigen. Vorgestern war der Firmenchef bei der Direktion zwecks Einsicht in die Akten. RR Geyer teilte ihm unsere Bedenken gegen Erneuerung des Vertrag und unsere Beschwerden mit (Arbeit ganz unsererseits, mangelhafte Propaganda usw.). Der Firmen-Chef entschuldigte sich mit der geringen Verlässlichkeit und Rührigkeit des jetzigen Personals, hohe Kosten von Ankündigungen und versprach bei neuem Abschluß rührigen Vertrieb und Abstellung der Unzukömmlichkeiten.
- Ferner ^averlies RR Geyer^a ein Schreiben der Firma, im dem hingewiesen wird, daß wegen des regen Verkehrs der Firma als Kommissions-Verlag des Militärgeographischen Institutes Verpackungsspesen und Versand sich für die Besteller verbillige gegenüber mittelbarer Versand durch unsere Anstalt.
- Wechselrede: Waagen führt ein Beispiel an, daß vor 3 Wochen von einer Buchhandlung Karten bei uns bestellt wurden, weil Lechner die Auskunft gegeben hatte, daß diese Blätter nicht erschienen seien, obwohl sie längst gedruckt waren.
- Hammer: Lechner schlägt auf den Preis noch weitere Gebühren auf.
- RR Geyer faßt zusammen: Es ist die Frage,
1. ob wir in eigener Regie den Verlag führen sollen,
 2. ob wir neue Buchhandlungen zur Übernahme^b einladen sollen,
 3. ob wir neuerdings mit Lechner einen Vertrag abschließen sollen.
- Waagen: Unser Standpunkt hat sich gegen früher stark verschoben, wegen der höheren Kosten der Herstellung; das Staatsamt wird einen genügenden Kredit sicher nicht gewähren wollen, daher müßten wir den Umfang einschränken. Er glaubt, daß wir nur dann unsere Druckschriften retten können, wenn wir sie den [*sic*] Verlag für Fachliteratur übergeben und rein buchhändlerisch führen lassen, der Staat aber als

^{a-a} *Überschrieben anstelle von*: hat der Firmenchef.

^b *Folgt gestrichen*: auffordern.

Subvention unsere Tauschexemplare aboniert. Auch sind die Preise unserer Schriften heute lächerlich gering, die Genehmigung höherer Preise hinke immer nach.

Hammer^c teilt die heutigen Herstellungskosten mit: Jahrbuch 80-100 K per Stück, Verhandlungen 70 K.

Waagen: die^d Begünstigungen, welche Verlage beim Versand haben, haben wir nicht, daher sind unsere Kosten höher, wir müssen daher vom Selbstverlag absehen, müssen dasselbe tun wie die [*sic*] Berg- und Hüttenmännisches Jahrbuch.

Hammer: hegt Bedenken wegen der Ausstattung des Jahrbuches.

Vetters: Man solle doppelte Anbote einholen, für Kommissionsverlag und Verlag einer Firma und zugleich eine gewisse Ausstattung festlegen.

Waagen: Wir sollen mehre [*sic*] Firmen zu diesem Doppelanbot einladen, diese Aufforderung stellt für Lechner zugleich die Antwort auf sein Schreiben dar.

Scheint angenommen.

Hammer fragt, was mit den Karten sei, und ob mit Hollinek wegen des Druckes ein Vertrag bestehe.

Waagen: Die^e Karten haben mit den Druckschriften nichts zu tun. Bezüglich Hollinek bestehe seines Wissens nach kein Vertrag.

Hammer: Antrag wegen Erhöhung der Bezugspreise. Verhandlungen statt 15 K 80 K, Jahrbuch statt 40 K 120 K.

Nach längerer Wechselrede werden die Preise mit 100 und 150 K festgesetzt und für die älteren Bestände von den Abhandlungen und Sonderabdrucken die frühere Preiserhöhung von 150 % auf 300 % erhöht. Eine Sorte der Sonderabdrucke 10 K, eine Tafel 10 K. Für Druckkarten statt 3, 8, 12, 20 und 25 K werden 10, 25, 36, 60 und 75 K festgesetzt (Kitzbüchel 120 K).

Handkolorierte Karten: Erhöhung von 200 % auf 300 % mit 100 % Superplus für dringliche Herstellung.

RR Eichleiter berichtet über die Taxen der chemischen Analysen: bewilligt ist 300-400 % des Friedenspreises. Nach einiger Wechselrede wurden die 6-10fachen Friedenspreise und für Dringlichkeit ein Superplus von 100-200 % beschlossen, für Gold- und Silberproben wird ein Tarif von 500 K bestimmt.

RR Geyer wirft wieder die Frage nach der Taxe für Auskünfte praktischer Natur auf, welche von amtswegen erteilt werden. Wird vertagt.

[2.] RR Geyer teilt mit, daß das Staatsamt nun Anfrage bezüglich Erhebung der Bodenschätze Österreiches anher gerichtet habe, und daß er darauf mit dem Hinweis auf unsere Denkschrift betreffend Anlage eines praktischen Register[s] beantwortet habe. Die Frage müßte bei uns besprochen werden und Experten des Staatsamtes beigezogen werden. ^f-Zur Kenntnis^f.

[3.] Waagen berichtet von der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Österreichs über die Vorgänge während des Sommers.

^c Folgt gestrichen: schlägt nach einiger Wechselrede folgende neue Preise vor: Jahrbuch.

^d Folgt gestrichen: [*unleserlich*].

^e Überschrieben anstelle von: Ersteres.

^{f-f} Nachgetragen.

1. Gewerkschaft hat durchgesetzt, daß das Finanzamt grundsätzlich der Anrechnung der Vordienstzeiten zur Vorrückung in höhere Bezüge zustimmte und zwar auf Grund der Dienst-Pragmatik und eines Erlasses des Ministeriums für Inneres. Er habe darauf die Vordienstzeiten erhoben und eine Eingabe verfaßt, welche die Direktion weiter geleitet hat. Seither war er mit Dr. Vettters beim Referent SR David und SC Leitte: Ersterer teilte mit, die Durchrechnung sei erfolgt, aber die Erledigung könne nicht so ganz günstig erfolgen, als es anfänglich schien. Aktuell ist die Frage durch eine Bestimmung der Besoldungsreform, daß Vordienstzeiten, welche bis zum Inkrafttreten der Besoldungs-Reform nicht angerechnet wurden, nicht mehr angerechnet werden. Es können zusammen nur höchstens 4 Jahre in Anrechnung kommen, laut Dienst-Pragmatik; diese 4 Jahre werden die meisten Kollegen angerechnet bekommen, ausgenommen Dr. Spengler und Winkler, weil sie seinerzeit in einem Revers darauf verzichteten.

Eine weitere Eingabe wurde wegen Vorrückung abgesehen von der Vordienstzeit gemacht. Es war vertraulich mitgeteilt worden, daß nicht nur beim Vorrücken aus der 7. Rangklasse zur 6., sondern auch bei anderen^g Rangklassen bei bestimmter Gesamtdienstzeit eine Vorrückung als [*folgt unleserlich*] generell möglich sei. Die Durchrechnung erfolgte wieder seinerseits, doch kam später die Enttäuschung, daß das Staatsamt für Finanzen von der 2jährigen Dienstzeit indes nicht, wie es früher hieß, absah.

Besoldungsreform: die Durchberatung der Entwürfe in der Gewerkschaft fanden kein Ende, da im letzten Augenblick die Regierung^h einen neuen Entwurf vorlegte, in dem statt 14, 19 Verwendungsklassen vorgesehen sind. Im Finanzamt findet die Gewerkschaft größeres Entgegenkommen als imⁱ Unterrichtamt. Die Einweisung der Akademiker soll mit der Gruppe 12 beginnen, jetzt bei 19 Klassen die 13. und 15. Klasse nur für die Gruppe B Anwendung finden, daher Akademiker diese Gruppen überspringen. Jeder Akademiker soll die Verwendungsgruppe 16 erreichen (entspricht Bezirks-Hauptleuten), bei besonderen Qualifikationen soll die 17. Gruppe erreicht werden. Bezüglich unseres Direktors war ein besonderer Kampf, er sollt[e] anfangs in die Gruppe 19 (Sektionschef) kommen (so wie der der land- und forstwirtschaftlichen Versuchsanstalt, Universitätsbücherei). Vom Unterrichtsamt wurde es abgelehnt, es hat durch Verhandlungen das Entgegenkommen des Finanzamtes geringer gemacht, so daß die Stelle nunmehr der 18. Vorrückungs-Gruppe entspricht, doch soll die Möglichkeit bestehen, daß ein besonders bedeutender Direktor die 19. Vorrückungs-Gruppe erhält.

In letzter Zeit aber besteht wieder mehr die Absicht uns in das Schema der Verkehrsbeamten einzugliedern.

- [4.] RR Geyer: Im Dezember dieses Jahres sollen wieder die Vorträge an unserer Anstalt aufgenommen werden. Anmeldungen dazu liegen vor von: Spengler, Götzinger, Vettters und Winkler. Monatlich eine Sitzung. Wechselrede zuzulassen. Angenommen.

^g *Folgt gestrichen*: längeren dienenden Kollegen.

^h *Folgt gestrichen*: [*unleserlich*].

ⁱ *Folgt gestrichen*: Staatsamt für.

- [5.] Geyer: Von der Liquidierungsabteilung unseres Staatsamtes wurde auf den Akt betreffend unsere Liquidierung mit der tschechoslovakischen Republik weitere Aufklärungen verlangt. Mehrere Punkte wurden im Anschluß an die Liquidierung des Militärgeographischen Institutes berichtetⁱ. MR Glotz empfiehlt privat mit den Stellen des Militärgeographischen Instituts sich ins Einvernehmen zu setzen, aber ein Vergleich mit den Arbeiten dieses Instituts ist nicht gut möglich, unsere alten Originalkarten sind in erster Hinsicht geistige Arbeit und zum Teil historisches Material. Eine weitere Frage betrifft den Aktenaustausch, dabei sind aber viele Privatanfragen und -aufträge, die ohne Einwilligung der Parteien schwer abtretbar sind. Zur Kenntnis. Waagen: Von Dr. Liebus ist ein Brief eingelangt betreffend Bohrproben, welche er vor dem Kriege von Splesser^k bekommen hat, ferne welche auf Angriffe Dr. Kettners in den Verhandlungen antworten^l bereits durch die Direktion zustimmend erledigt, vielleicht Brief verlesen.
- [6.] Waagen: Ein Herr Peterbock hat Mallusken aus dem Pliezein eines dalmatinischen Inselns [*sic*] bei uns gesehen, möchte 3-4 Stück ausleihen zur Bearbeitung. Zugebilligt falls der Insel [*sic*] festzustellen.
- [7.] Maluschka: teilt mit, daß der Jahresbericht chemische Technologie 1919 jetzt 456 K kostet. Ankauf abgelehnt.
Ferne die Fortsetzung der W. Common Essai de [*folgt unsichere Lesung*] 10. und 11. Lieferung 75 Fr kostet. Beschlossen der Herausgabe im Tausch Angebot zu machen.

Schluß 12 h 15

Schriftführer: Dr. Hermann Vettters

Vorsitzender: Geyer

ⁱ *Unsichere Lesung.*

^k *Unsichere Lesung.*

^l *Nachträgliche Bemerkung vom 21. Jänner: 21./1. Spengler: Dr. Liebus hat das Manuskript wegen zu spätem Termins des Abdruckes zurückgezogen.*

Sitzung vom 12. Jänner 1921

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleitner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Maluschka, Hackl, Götzinger, Sander, Spengler, Winkler

Vorsitz: RR Geyer

Beginn: 10 h

- [1.] Waagen berichtet über Gewerkschaftsangelegenheiten.
1. Nachträgliche Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für 1920, Nachzahlung 2 K.
 2. Am 18./1. Hauptausschußsitzung. Ein Punkt der Beratungen betrifft die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für 1921 auf 10 K monatlich. Es wird sofort beschlossen, bei uns den Betrag monatlich, nicht halbjährig, bei der Gehaltsauszahlung zu erlegen.
 3. Ersatzwahlen der Funktionäre in die Gewerkschaftsleitung.
 4. Betreffs Vordienstzeit hat das Staatsamt des Innern einen Erlaß am 22. Mai 1920 an die Landesregierungen gerichtet, daß Elevationen einzureichen sind, auch wenn die Studien des Betreffenden noch nicht abgeschlossen sind, doch müssen die Studien zu einem bestimmten Termin nachträglich beendet werden.
 5. Die fälligen^a Jännerbeförderungen sind summarisch zusammenzustellen und der Gewerkschaft mitzuteilen, damit sie die Erledigung urgieren kann. Bei uns ist der betreffende Akt vom Unterrichtsamt noch nicht erledigt.
 6. Durch den Streik der C-Gruppe der Staatsangestellten gewinnt auch die Gruppe A Vorteile, die im März dieses Jahres in Wirksamkeit treten sollen.
 7. Die Lohntariffage, welche für wissenschaftliche Gutachten etc. bereits erledigt ist, ist für Vortragshonorare noch offen. Der Gewerkschaftsvorschlag setzt für Vorträge ein Mindesthonorar von 300 K für den Einzelvortrag, für Serienvorträge 150^b K fest. Waagen bringt zur Kenntnis, das [*sic*] die Urania nur 100 K pro Vortrag bezahlt, aber scheinbar sich dem Gewerkschaftsvorschlag entgegenkommend zeige. Für die von der Regierung ins Leben gerufene „Arbeitsgemeinschaft“, welche gegen Eintrittsgeld Vorträge veranstaltet, soll der vorgeschlagene Tarif unbedingt zur Geltung gebracht werden.
 8. Von^c den Fachabteilungen der Gewerkschaft: Um eine Majorisierung der schwächeren Gruppen durch die stärkste Gruppe, die der^d Archivare und Bibliotheksbeamten, hintanzuhalten, vereinigten sich im vergangenen Sommer die musealen mit den naturwissenschaftlichen Gruppen zum „naturwissenschaftlich-musealen Gesamtkollegium“ (Namugeko), welche bereits am 15. des Monats ein[e] wichtige Sitzung abhält, deren Hauptgegenstände sind: Geschäftsordnung, Wahl von Vertrauensmännern, von Vertretern im Hauptausschuß und eine EntschlieÙung wegen

^a Nachgetragen.

^b Nachträglich mit Bleistift korrigiert aus: 350.

^c Überschrieben anstelle von: Aus.

^d Nachgetragen.

Vertretung im Staatsamt durch einen Fachmann, als welcher Kustos Dr. Handlirsch vorgeschlagen ist.

9. Mitteilung eines Angebotes Prof. Hinterlechners, uns gelegentlich seiner Durchreise durch Wien wenn möglich Lebensmittel mitzubringen.

- [2.] Die Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen. Der Vorsitzende dankt Bergrat Waagen für seine Bemühungen und ergreift selbst das Wort zur Einleitung einer Ansprache über^e die Erklärung Dr. Sanders [*sic*] und der Mitunterschiedenen über „Staatsamt und Wünschelrute“. Er sagt: Es ist nicht zu verhindern, daß wir zu^f der von einzelnen Kollegen unterschriebenen Erklärung betreffs der Wünschelrutenfrage Stellung nehmen und eine Besprechung heute durchführen, zu dem Zweck, unseren Standpunkt als Geologen gegenüber den Wünschelrutengängern zu betonen. Im Allgemeinen sind wir ja alle mit dieser^g Absicht^h einverstanden, die Form richtet sich aber gegen einzelne Mitglieder unserer Anstalt. Ein Zwiespalt soll vermieden werden. „Ich würde es begrüßen, wenn die Form so gefunden würde, daß eine Spitze vermieden wird. Eine Debatte über die Wünschelrute wäre lächerlich und könnte zu keinem Resultat führen. Ich hoffe auf eine einheitliche gemeinsame Resolution, welche als ‚eingesendet‘ in den Verhandlungen erscheinen soll.“

Sander: erklärt unbedingt daran festzuhalten, daß die Erklärung in der vorliegenden Form veröffentlicht werde. Den Andern bleibe es unbenommen, selbstständig ihre Stellungnahme zu veröffentlichen.

Waagen verweist Sander auf die Geschäftsordnung, nach welcher die Erklärung wegen ihrer Überschrift in den Geologenrat gehöre, als gemeinsame Angelegenheit, nach § 3 unserer Statuten. Außerdem ist es Wunsch von zwei Vertrauensmännern, die das Recht haben, eine Sitzung darüber einzuberufen und überdies ist ein Drittel der Mitglieder für Behandlung der Frage im Geologenrat, womit ebenfalls das Recht hiezu gegeben ist. Waagen verwahrt sich entschieden gegen die Überschrift ohne Genehmigung des Geologenrates.

Sander und Hammer: Über das Thema Geologische Staatsanstalt und Wünschelrute kann jeder schreiben. Der Titel bezeugt keine Äußerung amtlicher Natur unserer Anstalt, daher kann die Erklärung auch nicht Gegenstand der Beratung sein.

Während der weiteren, auf das Gebiet persönlicher Angriffe übergehenden Debatte stellt Sander den Antrag auf Schluß der Debatte, ⁱdem nicht widersprochenⁱ wird, womit der Versuch des Vorsitzenden, eine Einigung zu erzielen und eine Spaltung innerhalb der Belegschaft zu verhindern, gescheitert ist, was der Vorsitzende mit Bedauern feststellt.

- [3.] Der Vorsitzende bespricht die Angelegenheit: geologische Schulwandkarte. Es soll eine Sitzung stattfinden, in der der Umfang dieser Arbeit festzusetzen ist, allgemeine Gesichtspunkte über die Menge der Ausscheidungen etc. Diese Fragen sollen einem

^e Folgt gestrichen: das.

^f Überschrieben anstelle von: elter.

^g Korrigiert aus: diesem.

^h Überschrieben anstelle von: Vorgehen.

ⁱ⁻ⁱ Mit Bleistift später durchgestrichen und überschrieben: der angenommen.

kleinen Ausschuß übertragen werden, der ein geschlossenes Programm vorzulegen hat. Für diesen Ausschuß schlägt der Vorsitzende vor: den Direktor, OBR Kerner und Dr. Veters.

- [4.] Waagen berichtet über Fragen der Besoldungsreform. Diese sieht vor, daß die wissenschaftlichen Beamten mit der 15. Gruppe den Dienst beginnen und in die 17. Gruppe vorrücken; die Leiter sollen in der 18., die Zentralleiter in der 19. Gruppe sein. Die wissenschaftlichen Institute hatten bisher keine Abteilungsleiter^j, sondern nur einen Direktor. Nur an den Hofmuseen sind solche Leiterstellen. Auch bei uns sollen diese ^kinnerhalb der Geologen^k geschaffen werden, für das Laboratorium haben wir einen eigenen Leiter. Entsprechend dem Personalstand an Geologen können 3 Leiterstellen geschaffen werden.
- [5.] Waagen bemerkt^l zur Geschäftsordnung, daß die Mandate der Vertrauensmänner abgelaufen seien und ersucht den Direktor in der nächsten Sitzung Nachwahlen vorzunehmen. Er schlägt vor durch stumme Wahl.

Schluß der Sitzung 11 h 30

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^j *Korrigiert aus:* Abteilungsgruppenleiter.

^{k-k} *Nachgetragen.*

^l *Nachgetragen.*

Sitzung vom 21. Jänner 1921

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleitner, Kerner, Hammer, Ampferer, Beck, Veters, Maluschka, Hackl, Götzing, Sander, Spengler, Winkler

Beginn: 10 h vormittags

Vorsitz: RR Geyer

Die Protokolle der letzten 3 Sitzungen werden verlesen und nach Richtigstellung genehmigt.

- I. Der Vorsitzende bespricht die Angelegenheit der vorzunehmenden Wahl der Vertrauensmänner und teilt die Stellungnahmen des Unterrichtsamtes in dieser Sache mit. Ein Angestelltenrat besteht bei uns nicht, da wir keinen Angestelltenverein mit eigenen Statuten, ^adie vom Staatsamt genehmigt sein müssen^a, gebildet haben. Es handelt sich somit nur um die Wahl von Vertrauensmännern und Ersatzmännern für den Geologischen Beirat.
Bei der nunmehr durchgeführten Wahl, die durch Stimmzettel geheim erfolgt, besorgen Eichleiter und Götzing das Zählen der Stimmen.
Ergebnis: 15 gültige Stimmen.
Es entfallen für Vertrauensmänner auf Veters 13, Hammer 11, Waagen 3.
Für Ersatzmänner auf Ampferer 11, Spengler 10, Eichleiter 4, Renner 3, Veters 1, Waagen 1 Stimme.
Um einen neuen Wahlgang zu vermeiden wird über Antrag des Vorsitzenden per Akklamationen Spengler zum 2. Ersatzmann gewählt.
Die Liste lautet somit Vertrauensmänner: Veters, Hammer. Ersatzmänner Ampferer, Spengler.
- II. Bericht Veters über die letzte Hauptausschußsitzung der Gewerkschaft:
 1. Festsetzung des Mitgliedsbeitrages 10 K monatlich für 1921.
 2. Ersatzwahlen in die Fachgruppe.
 3. Tariffestsetzung bei Arbeiten im privaten Auftrag und zwar für^b Vorträge. Die volkstümlichen Universitätskurse haben bisher 60 K bezahlt, sollen jetzt auf 100 erhöht werden. Die Urania geht über 100 K nicht hinaus. Vom Staatsamt für soziale Fürsorge werden nur jene Vorträge veranstaltet, zu denen sich eine genügende Zahl Hörer meldet.
Es wurde bestimmt als Stundenhonorar 200 K, aber mit dem Zusatz, daß in besonders berücksichtigungswerten Fällen es dem Vortragenden freisteht, Konzessionen zu machen.
 4. Antrag der Archivarfachgruppe auf Katastrierung der Gewerkschaftsmitglieder und Regelung des Übertrittes von einer Fachgruppe in eine andre.

^{a-a} Nachgetragen.

^b Nachgetragen.

5. Vorgänge bei der Vereinigung der Albertina und der Kupferstichsammlung der Nationalbibliothek durch das Staatsamt und Frage der Übernahme der derzeit im Verhältnis von Vertragsbeamten mit 3monatlicher Kündigung stehenden Beamten in den Staatsdienst. Diese Vorgänge liefern ein Beispiel der Zusammenlegung verschiedener Institute und der sich dabei ergebenden Nachteile für^c Angestellte derselben.

6. Antrag^d der Gewerkschaft, daß bei allen Vollversammlungen Vertreter der Fachgruppe einzuladen sind.

7. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission^e: Über die neuen Forderungen der akademischen Beamten: Das Leistungsprinzip hat als Grundlage zu dienen, die einmaligen Aushilfen sind zu verwerfen. Es wird ein 13. und 14. Monatsgehalt verlangt, außerdem in Angleichung an die Verkehrsbeamten ein 15. Vom Finanzamt wurde angeraten, zuerst die Nachzahlung des Vorschusses auf die Besoldungsreform für die erste Hälfte 1920 zu fordern.

Außerdem wurde die Forderung einer 100%^f Erhöhung sämtlicher Bezüge überreicht und automatische Übertragung aller irgendeiner Kategorie gewährter Lohnverbesserung. Die Gewerkschaftskommission will durch Vorträge und Schriften in Wien und in der Provinz ihre Stellungnahme der Öffentlichkeit bekanntmachen.

Für Fälle außerordentlicher Ereignisse (wie es der 20./I. hätte werden sollen) ist vorgesehen, einen besonderen Dienst einzurichten.

8. Betreffs Personalvertretung: da bei der Besoldungsreform die meisten Rechte der Dienstpragmatik verloren gehen, soll zugleich mit der Reform das Gesetz über die Angestelltenkammern in Kraft treten, welche nach Ressorts gewählt werden. Die Wissenschaftler sitzen nun vereinzelt in den verschiedenen Ämtern, würden daher keine entsprechende Vertretung finden. Es^g soll die Zahl der gewählten Beisitzer zu Gunsten der Akademiker geändert werden. Außerdem sind Standesvertretungen notwendig, welche allein die Personalfragen zu erledigen hätten.

9. Als Ergebnis des Streiks der C-Gruppe wurden alle Beamten mit 24 effektiven Dienstjahren die Titel der 5., mit 17 ½ der 6., mit 10 der 7., mit [...] ^h der 8. und mit 4 anrechenbaren Dienstjahren die Titel der 9. Rangklasse verliehen. Damit auch die damit verbundenen Nachzahlungen.

10. RR Geyer teilt mit, daß das Staatsamt für Unterricht unsere Vorschläge wegen Erhöhung unserer Verlagspreise und der Taxen billigt, aber auch das Ausmaß der Taxen für Auskünfte kennen zu lernen wünsche.

Bei der Aussprache über diese Frage wird schließlich festgesetzt: Die Auskünfte lassen sich hinsichtlich ihresⁱ speziellen Wesens nicht klassifizieren^j.

Für mündliche Auskünfte ist eine feste Taxe nicht festzusetzen.

^c Folgt gestrichen: die einzelnen.

^d In der Vorlage versehentlich gestrichen.

^e Korrigiert aus: Personalkommission.

^f Folgt gestrichen: chef.

^g Folgt gestrichen: deshalb.

^h In der Vorlage fehlend.

ⁱ Folgt gestrichen: We.

^j Folgt gestrichen: Schriftliche Auskünfte sind im allgemeinen nach dem Zeittarif des Ingenieur- und Architekten-Vereins zu berechnen. Mindesttaxe derzeit 100 K pro Bogen (Vetters).

Für kurze Auskünfte, soweit sie keine Störung unseres wissenschaftlichen Betriebes bedingen, wird keine Bezahlung verlangt.

Für weitergehende mit Zeit verbundene^k Arbeit, verbundene Auskünfte wird der Zeittarif des Ingenieur- und Architekten-Vereins angewendet.

Bei chemischen Fragen erledigt sich die Sache von selbst, weil sie zum größten Teil als qualitative Analysen berechnet werden.

Eichleiter und Hammer beantragen aktenmäßige Aufnahme der Anfragen.

Schluß 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^k *Überschrieben anstelle von: [unleserlich]*

Sitzung vom 18. Feber 1921

Beginn ½ 10 h vormittags

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleitner, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Maluschka, Götzingler, Hackl, Sander, Spengler, Winkler

Vorsitzender: RR Geyer

Nach Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung wird^a der Aufnahmeplan für den Sommer erörtert.

[1.] Vettters schlägt vor, in die Aufnahme dekretete Studienreisen in den von jedem ^bfür die Wandkarte^b übernommenen Gebiet als allgemeinen Passus aufzunehmen. Der Vorsitzende stimmt zu und stellt die notwendige Erhöhung der Diäten zur Besprechung. Die Direktion hat für das laufende Halbjahr^c 250 K als Diäte gefordert. Im Einvernehmen mit dem Staatsamt wurde um eine Pauschalsumme zur Regelung der unzureichenden Taggelder eingereicht. Für das nächste Halbjahr (Juli-Dezember 1921) wird nach Antrag Vettters 300 K Taggeld verlangt. Nach demselben Antrag auch eine Reisegebühr von 2.000 K. Vettters berichtet über die Besprechungen des kleinen Ausschusses betreffend Wandkarte.

Der Titel Schulwandkarte wurde fallen gelassen, er soll lauten: Geologische Wandkarte für Deutsch-Österreich.

Untertitel: für Schule und Praxis.

Maaßstab [*sic*]: Das^d Original ist auf Graudruckblättern 1:200.000 (Generalkarte von Mitteleuropa) herzustellen. Andre Grundlagen^e (1:300.000) sind unverwendbar.

Es soll eine Vereinfachung der Generalkarte nach dem persönlichen Urteil der Autoren für die Übertragung auf den Maaßstab 1:300.000 durchgeführt werden. Die Übertragung soll^f mit Netz durch Handzeichnung erfolgen.

Möglicherweise kommt auch Verkleinerung auf 1:400.000 in Betracht.

Der Vorsitzende verweist darauf, daß das deutsche Reich eine Übersichtskarte 1:200.000 herausgibt; unsere Karte stellt hierfür für den erhofften Anschluß eine gute Vorarbeit dar.

Vettters erläutert die Grundlinien des Arbeitsplans, die durch den Maaßstab bedingte Vereinfachung soll soweit als möglich durch Zusammenfassung erreicht werden. Maaßgebend sind paleografische Fazielle und morfologische [*sic*] Zusammengehörigkeiten oder Verwandtschaften, z. B. der Flysch der Nordalpen und

^a Folgt gestrichen: sofort.

^{b-b} Nachgetragen.

^c Folgt gestrichen: bis.

^d Nachgetragen.

^e Korrigiert aus: Vorlagen.

^f Folgt gestrichen: von Hand.

Karpathen wird als Einheit ausgeschieden. In der Trias sollen die Werfener, Linzer, Raiblerschichten hervorgehoben werden.

Nutzbare Mineralien sind soweit es der Maßstab zuläßt mit bestimmten Zeichen einzutragen, die noch durch Buchstaben weiter erläutert werden.

Mineralquellen erhalten eigene Zeichen. Für die Darstellung der Tektonik sind Überschiebungslinien und Deckengrenzen, soweit sie nicht durch die Formationsverteilung ersichtlich sind, einzutragen.

Es wird den Autoren empfohlen solche Linien vorerst versuchsweise auf ihren Originalen einzuzeichnen.

Vor allem sind durchwegs generelle Fallzeichen einzutragen.

Die Karte soll durch eine stratigrafische Tabelle ausgestaltet werden, ähnlich wie die Hauerkarte. Dabei sind durch verschiedenen Druck Land- und Meeresablagerungen hervorzuheben, wohl auch vulkanische Bildungen.

Transgressionen werden durch^g andere Begrenzung ausgedrückt, Faltung angedeutet durch Wellenlinien. Diese Tabelle soll die Kartenerläuterung ersetzen, ihre Kosten sind sehr gering. Sie kommt rechts an den Rand, wo keine Karte gezeichnet ist.

Vielleicht läßt sich die ganze Karte auf Pauspapier zeichnen.

Die Reduktion auf den kleineren Maßstab soll erst nach völliger Vollendung der Vorlagen geschehen.

Diese sollen fertig im Herbst abgegeben werden, wo möglich in der ersten Sitzung.

Verteilung der Arbeiten im Allgemeinen:

Vorarlberg und Tiroler Kalkalpen: Ampferer

Tiroler Zentralalpen westlich des Brenner: Hammer

[*Tiroler Zentralalpen*] östlich [*des Brenner*]: Sander

^h-Kitzbüchler Alpen: Ohnesorge^h

Südlicheⁱ Kalkalpen und Karstgebiet: Winkler

Salzburger Kalkalpen: Kerner

Gailtaler und Karnische Alpen: Geyer

Salzkammergut: Spengler

Niederösterreichische Kalkalpen westlicher Teil: Geyer

[*Niederösterreichische Kalkalpen*] östlicher [*Teil*]: Vettors

Schneeberggebiet: Ampferer

Nord-Steiermark, Grauwackenzone: Spengler

Kärntnerische und mittelsteirische Zentralalpen: Beck

Flyschzone: Beck-Göttinger

Oberösterreichisches Alpenvorland: Göttinger

Niederösterreichisches Tertiär^j: Vettors

Steirisches Tertiär: Winkler

Südsteiermark: Dreger

Zentralalpines Tertiär: Kerner

Grazer Paläozoikum: Spengler

^g Folgt gestrichen: besonderen.

^{h-h} Nachgetragen.

ⁱ Korrigiert aus: Südtirol.

^j Folgt gestrichen: und Waldviertel.

Köflacher Gebiet und Karsteile: Waagen

Böhmisches Massiv: Veters, Götzing

Vielfach erscheint es notwendig, sich mit außenstehenden Geologen in Verbindung zu setzen (Heritsch, Becke-Stark, Franz Eduard Süß [*sic*]).

Bei der Arbeit wird sich diese lose Einteilung jedenfalls mehrfach verschieben.

Die Kartengrenzen greifen allerorts über die Staatsgrenze hinaus. Im Süden bis Triest und die alte Südgrenze Südtirols, im Norden bis an die Nordgrenze der deutschen Bezirke Znaim etc., in Bayern bis zur Donau (Götzing zugewiesen), im Osten an das Waagtal.

^kDas Farbenschema verlangt 4 Farbsteine, 2 Aufdruckfarbsteine und den Schwarzdruck. Daraus ergeben sich 40-45 Farben und ebensoviel Ausscheidungen für praktisch^l verwertbare Objekte. Im ganzen ungefähr 70 Ausscheidungen.

Es wird vorgeschlagen, versuchsweise die Arbeit zu beginnen und nach 3 Monaten die gemachten Erfahrungen zu besprechen.^k

Der vorgelegte Arbeitsentwurf wird eingehend besprochen und im Allgemeinen einstimmig^m angenommen.

[2.] Veters bespricht die Gewerkschaftsangelegenheiten: ⁿForderung aufⁿ:

1. Auszahlung der Differenz der gegenwärtigen Bezüge auf jene nach der Besoldungsreform (bereits erledigt).

2. Forderung auf eine^o spätere Zuwendung in der Höhe eines Monatsbezuges.

3. Forderung einer 100% Erhöhung aller Bezüge, rückwirkend vom 1. Jänner 1921.

4. Alle über dieses Ausmaß hinausgehenden Zugeständnisse an irgendeine Gruppe der Bundesangestellten sind automatisch auf alle Gruppen auszudehnen.

Wirtschaftliche Angelegenheiten: Kleideraktion der „Zegam“.

Beitritt der Gewerkschaftskommission zur „Amba“aktion, wichtig für Bezug von wissenschaftlichen Büchern. Die Gewerkschaft empfiehlt, mit der Anschaffung solcher Bücher zuzuwarten, da durch diese „Ambaaktion“ eine etwa 30% Ermäßigung bald in Kraft treten wird.

[3.] Waagen berichtet: Die Beschwerdepunkte wegen Ausfalles des Avancements und der Titelverleihung am 1. Jänner [19]21 sind anzugeben, die nötigen Daten in Listen zusammenzustellen und der Personalkommission [*sic*] zu übergeben.

[4.] Maluschka berichtet über Bibliotheksangelegenheiten.^p Es soll eine Revision sämtlicher entlehnter Bücher durchgeführt werden und alle vor 1921 entlehnten Werke zurückgestellt werden.

^{k-k} Eigentlich an anderer Stelle im Protokoll, nachträglich in Klammer gesetzt und an dieser Stelle eingefügt.

^l Korrigiert aus: praktische.

^m Folgt gestrichen: gut.

ⁿ⁻ⁿ Nachgetragen.

^o Nachgetragen.

^p Folgt gestrichen: und.

Es wird auf Anträge Vettters, Dreger, ^qHackl, Kerner^q, Hammer ferner beschlossen: Handbücher sind unentlehnbar und werden gesondert aufgestellt (Lesezimmer).

Die analytische Bücherei bleibt im Laboratorium.

Von der bedingungslosen Zurückgabe an die Bibliothek sind solche Spezialwerke ausgeschlossen, welche von einem Mitglied der Anstalt ständig gebraucht werden und dem Bibliothekar^r besonders bezeichnet sind (phytopolitische Werke bei Kerner, Saceo-Bellardi, Hörnes, Cassmann bei Vettters etc.).

Der Antrag Maluschka auf Revision und Rückgabe der Bücher wird mit allen Stimmen außer der Waagens angenommen^s, die weiteren Anträge zur Bibliotheksordnung einstimmig.

- [5.] Beck ersucht die Direktion mit Hinweis darauf, daß die Frist^t für die Posteinlagerung in den Kellerräumen der Anstalt – ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages – abgelaufen ist, zu ersuchen, diese für die Anstalt unbequeme und eventuell gefährliche Einlagerung wieder hinauszubringen. Ampferer verlangt den^u Hinweis, daß diese Räumlichkeiten dringend benötigt werden.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^q Nachgetragen.

^r Folgt gestrichen: [unleserlich]

^s Folgt gestrichen: ebenso.

^t Folgt gestrichen: zur.

^u Folgt gestrichen: direkten.

Sitzung vom 15. April 1921

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Beck, Vettters, Maluschka, Hackl,^a Sander, Spengler

Beginn: ½ 10 h

Der Vorsitzende HR Geyer weist einleitend auf die Wichtigkeit der heutigen Sitzung hin als vorbereitende Beratung für die vom Arbeitsamt angeregte Enquête über die Aufstellung eines Katasters der Bodenschätze, die am 23. dieses Monats bei uns stattfinden wird.

Zum Protokoll bemerkt der Vorsitzende, daß die meisten in der letzten Sitzung gemachten Anregungen bereits erledigt oder der Erledigung zugeführt sind, so auch betreffs der Posteinlagerung in unseren Kellerräumen, die laut postamtlicher^b Mitteilung in etwa 1 ½ Jahren erledigt sein wird.

Über Antrag Vettters wird beschlossen, bereits jetzt an die Gebäudeinspektion das Ansuchen zu stellen, die von der Postverwaltung in den Kellerräumen angebrachten elektrischen Anlagen für uns zu übernehmen.

Dreger: will vorerst persönlich mit dem Vertreter der Postdirektion diesbezüglich sprechen und dabei ersuchen, die gemachte Zusage, in 1 ½ Jahren die Anstalt zu räumen, schriftlich zu geben.

A. Der Vorsitzende berichtet: Dr. Trener wünscht seine Originalblätter zurückzubekommen. Bei der seinerzeitigen Durchsicht wurden von den von ihm publizierten Karten vollkommene Originale vorgefunden, von den später bearbeiteten Gebieten (Adamello) dagegen für uns unverwendbare Karten mit vereinzelt Eintragungen. Im Interesse der wissenschaftlichen Forschung könnten wir seinem Wunsch entgegenkommen.

Über Anträge Dreger, Vettters, Hammer wird bestimmt: Von den bereits veröffentlichten^c Blätter[n] bleiben die Originale bei uns, Trener kann Kopien davon bestellen. Wenn die andern Blätter für uns im Schwarzdruck nicht zu haben sind, bleiben Treners Originale ebenfalls hier, im andern Fall kann Trener seine^d Blätter gegen Ersatz in Natura erhalten. Die Bestellung an das militärgeographische Institut hat von ihm auszugehen. Auch die Leinwand ist zu bezahlen.

Von seinem Fossilmaterial kann Trener die Dubletten haben, das übrige bleibt Eigentum der Anstalt, die Dünnschliffe, die ^e-mangelhaft oder^e unbezeichnet und daher für uns ebenso wertlos sind wie die ^f-meist nur mit Nummern bezeichnete^f Gesteinssammlung, sind mit dem damals von uns gezahlten Preis von 50 h = 50 c zu

^a Folgt gestrichen: Götzingen.

^b Erweitert anstelle von ursprünglich nur: amtl.

^c Überschrieben anstelle von: gedruckten.

^d Überschrieben anstelle von: diese.

^{e-e} Nachgetragen.

^{f-f} Nachgetragen.

bezahlen. Der größte^g Teil seiner Gesteinssammlung kann ihm ^h-aus dem obangeführten Grund^h ruhig überlassen werden.

In der Antwort ist eine Liste der Karten zu geben, nach der Trenerⁱ die gewünschten Blätter bestellen kann.^j Für die Karten 1:75.000 gilt das gleiche wie für die Sektionen.

- B. Hammer berichtet über die^k Verlagsangelegenheit: Es wurde ein Ausschreiben gerichtet an Hölder, Deuticke, Verlag für Fachliteratur und Lechner. Hölder verlangt 50%, Deuticke hat abgelehnt, Verlag für Fachliteratur hat über wiederholte Urgenz bis heute nicht geantwortet, gilt als erledigt. Lechner ersucht in einem neuen Antrag, unter den früheren Bedingungen und 40% Kommissionszuschlag den Verlag zu erhalten. Er verpflichtet sich, Reklam zu machen für die Wandkarte, wünscht ein größeres Depot von Karten halten zu können (bereits ^l-in diesem Sinne^l erledigt). Das Abholen besorgt er selbst. Er bittet um Bekanntgabe weiterer Wünsche.

Hammer verlangt dazu: die Reklam hat sich auf sämtliche Veröffentlichungen zu erstrecken und muß sofort, nicht erst nach Erscheinen, einsetzen. In den Provinzhauptstädten, Hochschulstädten etc. müssen die entsprechenden^m Karten aufliegen.

Wegen Verkaufsbedingungen nach andern Ländern Debatte. Lechner betont, bei Beibehaltung der Zahlung in fremder Valuta gehen alleⁿ Bestellungen durch Strohänner, daher soll wie im ganzen Buchhandel die Reichsmark die Basis sein.

Hammer verweist auf die bereits früher erfolgte Bestimmung des Unterrichtsamtes betreffs^o Lieferungen an das Ausland. Schließlich wird die Direktion ermächtigt, mit den Vertrauensmännern den Vertrag mit Lechner neu auszuarbeiten.

- C. Das praktische Register: Der Vorsitzende berichtet: Bereits im Herbst 1920^p hat das Montanamt von uns Vorschläge über Errichtung eines Katasters der Bodenschätze verlangt. Der Direktor^q erklärte daraufhin, daß diese Frage von uns im Verein mit Vertretern des Montanamtes durchberaten werden müsse und ein Vertreter der Anstalt nach Berlin zu entsenden sei, die dortige Einrichtung zu studieren^r ^s-und verwies auf die in unserer Denkschrift und den Vorschlägen zur Ausgestaltung der Anstalt von 1919 bereits veröffentlichte Absicht zur Errichtung eines solchen Katasters und gab nähere Erläuterungen über die geplante Anlage desselben^s.

^g Folgt gestrichen: in der Antwort.

^{h-h} Nachgetragen.

ⁱ Folgt gestrichen: gleich.

^j Folgt gestrichen: das ge.

^k Nachgetragen.

^{l-l} Nachgetragen.

^m Nachgetragen.

ⁿ Korrigiert aus: allen.

^o Folgt gestrichen: Zahlungen an.

^p Nachgetragen.

^q Folgt gestrichen: äußerte sich.

^r Folgt gestrichen: das Wichtigste sei den Umfang des Katasters festzusetzen.

^{s-s} Am Rand nachgetragen.

Für^t u-^udie Berliner Reise-^u konnten^v die Mittel nicht beschafft werden. In jüngster Zeit wurde nun im Nationalrat jedenfalls über Anregung des Montanamtes ein Beschluß auf Anlegung eines Katasters der Bodenschätze^w herbeigeführt^x. Diese Arbeit haben wir nun zu leisten. Das Montanamt hat uns diesen Beschluß^y mit Erlaß vom 31./III.^y zur Kenntnis gebracht und vorerst eine Enquête angeregt, die wir einzuberufen haben. Sie wird am 23. dieses Monats bei uns stattfinden. Als auswärtige Teilnehmer wurden^z verlangt, abgesehen von den Vertretern der beteiligten Staatsämter –^{aa}Staatsamt für Handel, Industrie und Bauten; Staatsamt Unterricht und Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft (dieses auf Antrag Geyer^{aa} – die Professoren der Universität Becke, Süß [sic], Diener, der montanistischen Hochschule in Leoben Petraschek und Höfer, ferner ein Vertreter des Vereines der Bergwerksbesitzer und der ehemalige Burghauptmann von Wien Gattnar.

Wir werden dieser Versammlung gewisse Grundzüge für die^{bb}Durchführung der Arbeit^{bb} vorlegen.^{cc}

In der EntschlieÙung des Nationalrates sind 2 Punkte aufgestellt:

1. planmäßige wissenschaftliche Untersuchung aller wichtigen Gebiete
2. die Herstellung des Katasters.

Besprechung I. Form des Katasters.

Vetters: die planmäßige Untersuchung ist im Gange durch die seit 2 Jahren betriebenen Spezialaufnahmen der wichtigen Montangebiete: aber sie kann mit den vorhandenen Mitteln nicht in der beabsichtigten Weise durchgeführt werden, wegen des Nachhinkens der Reisegebühren. Der Nationalrat hat daher die entsprechenden Mittel zu bewilligen. Hier ist außerdem^{dd} neuerlich die Forderung nach Regie- oder freier Bahnfahrt zu stellen.

Ferner brauchen wir moralische Unterstützung. Das Montanamt hat die Revierbergämter aufgefordert, uns Einblick in die Akten zu gewähren, es müÙten aber auch die Grubenbesitzer und Schürfer verpflichtet werden, und^{ee} die Ergebnisse ihrer Aufschlüsse und Arbeiten zugänglich zu machen gegen Zusicherung der Geheimhaltung auf eine Reihe von Jahren. Dieser Punkt wäre vom Nationalrat durch Gesetz zu erledigen.

^t *Korrigiert aus:* Dafür.

^{u-u} *Nachgetragen.*

^v *Folgt gestrichen:* nun.

^w *Folgt gestrichen:* durch unsere [*folgt unleserlich*].

^x *Folgt gestrichen:* worden.

^{y-y} *Nachgetragen.*

^z *Folgt gestrichen:* uns.

^{aa-aa} *Nachgetragen.*

^{bb-bb} *Überschrieben anstelle von:* Anlage des Katasters.

^{cc} *Folgt gestrichen:* Vor allem Anfang desselben, Ort der Anlage, Zugänglichkeit usw.

^{dd} *Nachgetragen.*

^{ee} *Wohl verschrieben anstelle von richtig:* uns.

Zu Punkt 2: Anlage und Herstellung des Katasters^{ff}. Selbstverständlich Zettelkatalog wegen Erweiterungsfähigkeit. Zweiteilung: Quellenkatalog und verarbeiteter Kataster. Der Zettelkatalog ist ein Quellenkatalog, worin alle in der Literatur, in Akten, Freifahrungsprotokollen, Grubenkarten, Lagerkarten, Gutachten (gegen Sicherstellung!) vorhandenen Angaben verzeichnet sind.

Aus diesem Quellenwerk entsteht noch durch fortschreitende Bearbeitung einzelner Lokalitäten ein verarbeiteter Kataster als drittes Hauptstück der ganzen Arbeit.

Dreger: Dieser verarbeitete Kataster ist nicht durchführbar, wird nie fertig. Daher sollen wir das gar nicht versprechen. Im Gegenteil: möglichst einfach die Sache machen.

Vetters: Die Verarbeitung der Quellen ist eine ständig fortschreitende Arbeit^{gg}, aber der eigentliche Zweck der Registrierung. ^{hh}Beispiel eines verarbeiteten Katasterzettels: Bergbau Sterzing-Hagenau.

Derⁱⁱ Quellenkatalog wird eingeteilt nach Materien, dazu geografischer Nebenkatalog mit Einteilung nach Katastralgemeinden.

II. Inhalt des Katasters:

Alle vorbehaltenen Mineralien und die nicht vorbehaltenen, soweit sie als nutzbar anzusehen sind.

Vetters: Von letzteren Vorkommen gemeiner Art und großer Verbreitung (z. B. Kalk, Sand) alle jene, welche technisch bzw. chemisch bereits untersucht vorliegen.

Hammer: Es soll eine Liste ^{jj}-der nicht vorbehaltenen^{jj} aufgestellt werden.

^{kk}-Es wurden angeführt: Magnesit, Schwerspat, Asbest, Talk (und Ersätze), Glimmer, Raolin, Ton (untersucht), Feldspat (untersucht), Gyps, Anhydrit^{ll}, Flußspat, Bergkreide, Zementmergel (untersucht), Phosphorit (untersucht), Qualitätsschotter, Glassand, Quarz, Rieselguhr, Mühlstein, Wetzstein, Tonschiefer, Farberden, Edel- und Halbedelsteine etc.^{-kk}

Bezüglich Mineralquellen wird auf das Bäderbuch verwiesen. Sie kommen vorläufig nicht in Betracht. Bei Grundwasserregistrierung^{mm} wird das hydrografische Zentralbüro heranzuziehen sein.

ⁿⁿ-Hackl^{oo} fragt an wegen möglicher amtlicher Forderung, von allen zur Untersuchung kommenden Materialien, den Fundort anzugeben.

Da Hammer auf die Möglichkeit hinweist, auf diese Art vielleicht falsche Angaben zu erhalten, wird diese Forderung nicht aufgestellt.⁻ⁿⁿ

^{ff} Folgt gestrichen: als.

^{gg} Folgt gestrichen: wieder Jahren.

^{hh} Am Rand gestrichen: II. Inhalt des Katasters.

ⁱⁱ Folgt gestrichen: Kata.

^{jj-ii} Überschrieben anstelle von: daher.

^{kk-kk} In Klammer gesetzt.

^{ll} Nachgetragen.

^{mm} Korrigiert aus: Grundwasserangelegen.

ⁿⁿ⁻ⁿⁿ Nachgetragen.

^{oo} Folgt gestrichen: schlägt.

III. Frage der Geldmittel:

Vetters ^{pp}-schlägt vor zu^{pp} verlangen: Erhöhung des Kanzleipauschales wegen Beschaffung von Papier, Schreibmittel etc. auf das 10fache, eine Schreibmaschine, einen Zeichner, der nebenbei von^{qq} der Schreibmaschine zu arbeiten hat.

IV. Auswärtige Mitarbeiter:

Vetters: Diese sollen gefragt werden, ^{rr}-ob und^{rr} wie weit sie ihre eigenen Kataloge, Aufzeichnungen, Kenntnisse, Bohrprofile, Archive usw. zur Verfügung stellen, denn „wer nicht fördernd uns zur Seite stehen will, soll auch nicht raten“. Wer die Arbeit werktätig fördert, seine Erfahrungen, Aufzeichnungen, Kenntnisse etc. dem allgemeinen Interesse zur Verfügung stellt, soll mitarbeiten. „Das wäre vor der Wahl der einzelnen Kommissionen^{ss} anzuregen.“

Zwecks vollständiger Vertretung der Anstalt bei der Enquete wird über Antrag Geyer, Eichleiter, Vetters bestimmt, daß die auswärts weilenden Mitglieder der Anstalt aufgefordert werden, bestimmt zur Enquete zu erscheinen.

Geyer schlägt vor, noch mit Hammer und Vetters^{tt} die besprochenen Grundlagen der Anlage des Katasters^{uu} auszuarbeiten und diese in einer am 19. ad hoc einberufenen Haussitzung vorzulegen.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^{pp-pp} Nachgetragen.

^{qq} Nachgetragen.

^{rr-rr} Nachgetragen.

^{ss} Folgt gestrichen: zu.

^{tt} Folgt gestrichen: eine.

^{uu} Folgt gestrichen: arbeit.

Sitzung vom 19. April 1921

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleitner, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Maluschka, Hackl, Götzingler, Sander, Spengler

Beginn: 10 h vormittags

- [1.] Der Vorsitzende Hofrat Geyer ^a-berichtet über^a den Rahmenentwurf für Anlage des Katasters der Bodenschätze^b, welcher in der Enquete am 23. vorgelegt werden wird. Er wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen.
- Waagen beantragt, raschestens eine Einteilung der Beamtenschaft der Anstalt durchzuführen wegen^c Festsetzung der leitenden Stellen. Wir haben als solche Direktor und Vizedirektor sowie den Chef des Laboratoriums und müssen trachten, den alten Charakter der Chefgeologen ^d-als Abteilungsleiter^d als^e „gehobene“ Posten zu erhalten. Er beantragt ^f-mit Hinweis auf^f die ^g-Führung und^g Verwaltung des Katasters^h eine weitere Abteilungsleiterstelleⁱ sicherzustellen.
- Beck verweist darauf, daß der Kataster nur dem Direktor bzw. dessen Stellvertreter, dem Vizedirektor unterstellt werden müsse, da^j Auskünfte daraus nur offiziell durch die Direktion gegeben werden dürfen.
- Dreger bemerkt dazu, daß nur jemand, der weniger mit^k Aufnahmen beschäftigt ist, die Führung des Katasters haben könne, zugleich auch die Führung des Museums.
- Über Vorschlag Vettters werden ^l-versuchsweise nach^l Personen^m die Agenden der Abteilungsleiter abgegrenzt:
- Hammer: Zentralalpen und böhmisches Massiv.
- Ampferer: Kalkalpen.
- Für Kerner und Waagenⁿ bleiben Tertiärgebiete und Ebenen oder Karten- und Archivdienst.
- Museumsdienst der Vizedirektor.
- Die entsprechenden Anträge sollen sofort mit Rücksicht auf das baldige Inkrafttreten der Besoldungsreform eingerichtet werden.

^{a-a} *Überschrieben anstelle von:* legt.

^b *Folgt gestrichen:* vor.

^c *Folgt gestrichen:* Errichtung.

^{d-d} *Nachgetragen.*

^e *Folgt gestrichen:* leitende Posten.

^{f-f} *Überschrieben anstelle von:* für.

^{g-g} *Nachgetragen.*

^h *Folgt gestrichen:* außer.

ⁱ *Korrigiert aus:* Chefgeologenstelle. *Folgt gestrichen:* zu.

^j *Folgt gestrichen:* nur.

^k *Folgt gestrichen:* Arb.

^{l-l} *Nachgetragen.*

^m *Folgt gestrichen:* weise.

ⁿ *Folgt gestrichen:* entweder.

- [2.] Veters berichtet über Gewerkschaftsangelegenheiten (Stellung zur Streikfrage).
- [3.] Hammer über Verlagsverhandlungen: Der Vertrag mit Lechner soll neu aufgestellt werden. Es bleibt der Wortlaut des alten bestehen mit neuen Hinzufügungen
1. einjährige Kündigung je am 1. Oktober,
 2. Haltung eines Lagers der Karten,
 3. Abholung durch Lechner,
 4. Reklame in Lechners Katalogen und in den Provinzstädten.
- Zusatzantrag Waagen: Inhaltsangabe unserer Publikationen bei der Reklam.
 Waagen: Handgemalte^o Karten dürfen nicht von Lechner vertrieben werden, nur von uns.
 Veters: Handgemalte Karten sind nicht im Kommissionsvertrag inbegriffen. Die Zeichner sind zu verpflichten, keine solche Arbeit ^pfür Lechner^p zu machen.
 Beck: Damit nehmen wir den Zeichnern den wichtigsten Nebenverdienst ohne ihnen Ersatz zu bieten. Außerdem können wir diese Heimarbeit kaum wirksam verhindern und haben dazu gar keinen Nutzen von dem Verbot. Wir können offiziell bei uns bestellte und ausgeführte Blätter durch Stempelaufdruck bezeichnen zum Unterschied von Privatgearbeiteten.
 Beschluß wird ^qin dieser Angelegenheit^q nicht gefaßt.
 Waagen: Wir sollen veranlassen, daß unsere Verhandlungen Umschläge erhalten, welche Lechner für Ankündigungen natürlich nur fachlicher Dinge verwenden kann, wovon er uns einen gewissen %satz zurückvergütet.
- [4.] Beck fragt an wegen einer Hausordnung für die Diener mit Rücksicht auf Neuanstellungen.
 Waagen: hat vor 2 Jahren mit Wallner, Ulbing und König eine Dienstordnung ausgearbeitet und im Inspektionszimmer angeschlagen. Die fremden Diener wehren sich gegen den Sonntagsdienst.
 Waagen ersucht den Vorsitzenden sich zu erkundigen, wie es in den andern Ämtern, besonders in den Staatsämtern ^rmit dem Sonntagsdienst^r gehalten wird.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^o *Korrigiert aus:* Handkolorierte.

^{p-p} *Nachgetragen.*

^{q-q} *Überschrieben anstelle von:* darüber.

^{r-r} *Nachgetragen.*

Sitzung vom 6. Mai 1921

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Ohnesorge, Hackl, Vettters, Maluschka, Beck, Götzinger, Sander, Spengler, Winkler

Beginn 10 h 15

Vorsitz: HR Geyer

Verlesung des Protokolls; genehmigt.

- I. Antrag Ampferer: An die wissenschaftlichen Institute Deutschlands sollen unsere handkolorierten Karten bei entsprechender Garantie der Verwendung zu wissenschaftlichen Zwecken zu billigerem Preis abgegeben werden.
HR Geyer zur Katastersitzung vom 23./IV.: Wir müssen ein engeres Komité wählen.
Vorschlag Waagen: Direktor, Vizedirektor, Hammer und Ampferer^a. Angenommen mit Zusatz: Dieser Arbeitsausschuß kann fallweise ergänzt werden.
Waagen: Zur Einleitung der Arbeit ist eine Eingabe an das Unterrichtsamt zu richten um eine Schreibmaschine mit großen Lettern.
- II. Vorsitzender teilt mit einen Erlass des Unterrichtsamtes wegen Bewilligung einer Fernsprechstelle für Hausgespräche. Gesprächsanmeldungen sind einer Vertrauensperson (Frl. Girardi) schriftlich anzuzeigen. Es sind dienstliche Zettel in Tabellenform^b zur Evidenthaltung der Staatsgespräche zu benützen. Solche Zettel werden wir selbst herstellen. Privatgespräche sind gegen Ersatz der tarifmäßigen Gebühren allgemein gestattet. Für solche Gespräche wären Zettel in andrer Farbe zu verwenden.
Über Antrag Ampferer, Vettters, Dreger werden Maßnahmen getroffen, die Benützung des Telefons durch Fremde zu verhindern (Versperren der Zelle, Anschlag).
- III. Vorsitzender gibt bekannt, daß Mehl und Reiszubußen vom Ernährungsamt zu beziehen sind.
Ferner: Die polnische geologische Anstalt bittet um Schriftentausch und unsere Publikationen.
Vettters: Schriftentausch unter der Bedingung, daß die polnischen Arbeiten ein ausführliches anderssprachiges (deutsch, französisch) Resumée haben, da nur dieses gewertet werden kann.
HR Geyer hat die Erledigung der Sommerdiäten urgiert. Waagen verlangt neue Eingabe betreffend Erhöhung auf 100 K.
- IV. Hammer bespricht die Eingabe, welche wegen Einreihung der Unterbeamten der Anstalt, der Zeichner, etc. an die Gewerkschaft gerichtet wurden und wünscht

^a Folgt gestrichen: Vettters.

^b Folgt gestrichen: herzustellen.

Einreihung der Zeichner in eine höhere Stufe. Die Einreihung von Frl. Girardi als Bibliotheksoffizial erscheint ihm wenig glücklich. Frl. Girardi hat außerdem wiederholt erklärt, daß sie mit der Bibliothek nichts zu tun haben will. Er mißbilligt das Verfahren des Vertreters der Anstalt in der Gewerkschaft, vor allem, weil der nächstbeteiligte Bibliothekar nicht gefragt wurde und bezeichnet die Art der Erledigung als Überrumpelung der Direktion.

Waagen weist diesen Vorwurf zurück und erklärt sein rasches Vorgehen in dieser Angelegenheit mit der besonderen Dringlichkeit. Die Sache sei von der Gewerkschaft ausgegangen, nicht von der Anstalt. Frl. Girardi wurde in die Eingabe nicht hineingeschmugelt [*sic*], da ja außer den Zeichnern sämtliche Angestellte des mittleren und Hilfsdienstes darin enthalten sind.

Der verlangte^c Titel (Bibliotheksoffizial) ist ganz Nebensache, es könnte auch ein anderer Titel vielleicht gefunden werden. Überall in den wissenschaftlichen Ämtern versehen die Damen in Abwesenheit des Bibliothekars deren Dienst. Frl. Girardi hat tatsächlich viel Bibliotheksarbeit, weil vielfach der Bibliothekar und^d Wallner nicht vorhanden sind.

Außerdem zeugt^e der Angriff vom Unverstand des Bibliothekars, der froh sein solle, wenn er Gehilfen habe, da er sonst in der 14. Besoldungsgruppe sitzen bleiben werde, während er bei größerem Personal in die 16. übernommen würde. Er war nicht da, und konnte nicht gefragt werden.

Mit der Eingabe war nicht die Absicht verbunden, seine Interessen zu wahren.

Eine Überrumpelung des Direktors war nicht beabsichtigt, der Direktor wurde auch nicht zu Unterschrift gedrängt.

HR Geyer erklärt, er habe die Eingabe wohl gelesen, doch sei ihm das Wort Bibliotheksoffizial entgangen.

Hammer: Darin lag eben die Überrumpelung.

Dreger: Waagen wollte doch mit der Eingabe allen Anstaltsmitgliedern einen Dienst leisten. Er hatte gewiß nicht die Absicht jemanden zu kränken.

Hammer: Gerade deswegen hätte die Sache besprochen werden müssen.

Maluschka: wendet sich gegen die „originelle Art“, daß behauptet wird, er und Wallner seien selten da und^g das Frl. sehr oft sie vertreten müsse. Er halte seine Amtszeit genauestens ein, das sei tendenziös. Er verbittet^h sich den Ausdruck Unverstand und bittet den Direktor, in dieser Beziehung „etwas zu veranlassen“. Er dankt, auf Kosten des Kanzleioffizials gehoben zu werden und wünsche, daß das Frl. aus der Bibliothek verschwinde. Wallner genüge vollauf. Er habe gesehen, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Frl. nicht möglich sei und habe die Konsequenzen gezogen. Den Titelⁱ Bibliotheksoffizial für das Frl. gebe er nicht zu.

^c Nachgetragen.

^d Folgt gestrichen: der.

^e Überschrieben anstelle von: ist.

^f Folgt gestrichen: eine Beleidigung.

^g Überschrieben anstelle von: während.

^h Korrigiert aus: verbietet.

ⁱ Mit Bleistift angemerkt: verwahrt sich gegen.

Über Aufforderung des Vorsitzenden nimmt Waagen den Ausdruck „Unverstand“ zurück und ersetzt ihn durch: „kein bürokratisches Verständnis“.

In der folgenden Wechselrede betreffend Aufklärung des Vorgehens stellen Hammer und Sander den Antrag auf Mißbilligung des Vorgehens, Dreger sucht zu vermitteln.

Antrag Hammer-Sander ohne die Stimmen von Hackel [*sic*], Götzinger, Vettters, Waagen, Geyer angenommen.

Beck beantragt Abstimmung, wer gegen Erhöhung der Stellung Frl. Girardis ist. – Niemand.

Waagen beantragt Mißbilligung gegen Maluschka und Hammer wegen eigenmächtiger Umstellung des Bibliothekskataloges. Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Hackl verlangt genaue Umgrenzung aller Angelegenheiten, die vor den Geologenrat gehören, und wieweit der „eigene Wirkungskreis“ reicht.

Sander erwidert, das seien Ermessenssachen, man müsse die Herren dazu erziehen.

Maluschka verlangt Entfernung des Frl. aus den Räumen der Bibliothek. – Nicht durchführbar.

Hackl bittet, nachdem sein Antrag nicht durchgegangen ist, ihn in künftigen ähnlichen Fällen zu entschuldigen.

Götzinger beantragt Schluß der Wechselrede. Angenommen.

Schluß der Sitzung $\frac{3}{4}$ 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

Sitzung vom 10. November 1921

Beginn ½ 10 h

Anwesend alle mit Ausnahme von Waagen und Ohnesorge

Vorsitz HR Geyer

- I. Nach Verlesung, Richtigstellung und Genehmigung der letzten Verhandlungsschrift stellt der Vorsitzende eine Anregung Vettters' zur Beratung: über Berechnung des Preises handgemalter Karten nach kaufmännischen Regeln auf Grund der Herstellungskosten. SR David hat sich mit dieser Absicht einverstanden erklärt und einen bestimmten Vorschlag darüber verlangt. Vettters hat mit Herrn Lauf Berechnungen angestellt. Wegen der dabei herausgekommenen außerordentlichen Preiserhöhung sei eine^a Besprechung in der allgemeinen Sitzung erwünscht.
- Vettters berichtet dazu: Die Berechnung hat ergeben, daß der Staat derzeit^b bei einer Karte einen halben bis einen^c Monatsgehalt eines Zeichners daraufzähle. Ein Arbeitstag mit 7 Stunden koste derzeit 840 K, eine Stunde daher 140 K. Der höchste Friedenspreis einer handgemalten Karte war 25 K, derzeit 250 K. Die Herstellungszeit für eine Karte schwankt zwischen 8-9, sogar bis zu^d 14 Tagen. Als Beispiel einer besonders langwierigen Arbeit legt er das Blatt Aussig vor, das 14-16 Tage erfordert. In 14 Tagen beträgt der Gehalt 11.760 K. Dazu Gewinn des Staates und Vergütung der Auslagen mit 5 von Hundert gerechnet. Das gibt eine 500fache Erhöhung des Preises. Blatt Admont, viel einfacher in der Zeichnung braucht 9 Tage, kommt auf das 317fache.
- Übrigens kann jeder bei uns Karten selbst abzeichnen, die Kosten sind kaum geringer. Ampferer findet die angegebenen Arbeitszeiten viel zu^e lang, d. h. die Leistung der Zeichner zu gering. Wenn man kaufmännisch berechnet, muß auch die Arbeit nach den Grundsätzen des Kaufmanns verlangt werden.
- Sander verlangt Angabe der Arbeitszeit nach vollausgenützten^f Arbeitsstunden. Hammer verlangt Erkundigung bei Privatzeichnern über Stundenlohn.
- Es werden verschiedene Abänderungsvorschläge gemacht^g: Ausgleich der großen Preisunterschiede zwischen den einfachen und schwierigen Blättern (Geyer^h), geringeren Stundenlohn einsetzen (Vettters), durchgängige Erhöhung auf das 100fache (Winkler), andre Berechnung für Ausländer (Vettters), andre Berechnung für Karten der Ausländer (Geyer).

^a Folgt gestrichen: al.

^b Nachgetragen.

^c Folgt gestrichen: ganzen.

^d Nachgetragen.

^e Folgt gestrichen: hoch.

^f Nachgetragen.

^g Folgt gestrichen: z.B.

^h Nachgetragen.

Daraus ergibt sich als Hauptfrage: Stundenberechnung oder fester Preissatz. Das Ministerium wünscht das erstere.

Wegen amtlicher Bürgschaftⁱ für richtige Zeichnung sind über Antrag Veters die amtlich hergestellten zum Unterschied von den durch fremde hergestellten Blättern durch Stempelaufdruck zu unterscheiden.

Antrag Veters: Berechnung nach Stunden durchführen, mit 25% Gewinn für den Staat. Bis dahin den 200fachen Friedenspreis fordern.

Zusatzantrag Geyer: Für Blätter, welche mehr als zur Hälfte im Ausland liegen festgesetzte Zuschläge in % des Preises, z. B. Polen 10%, Ungarn 20%, SHS 50%, Tschechien 50%, Italien 100%, Rumänien etc. Eine flüchtige Berechnung an Beispielen läßt auch diese Form nicht geeignet erscheinen.

Hackl beantragt: 1% des Betrages in fremder Währung dem 200fachen Friedenspreis bei Ausländerbestellung hinzuzurechnen. Dieser Antrag erweist sich als geeignet, wird angenommen.

II. Veters berichtet über die Arbeiten der Gewerkschaft.

1. Über die sogenannte Resolution Pauly, in der die Regierung aufgefordert wird, die Besoldung der wissenschaftlichen Angestellten einer neuen Prüfung zu unterziehen und an die der Staatslehrpersonen anzugleichen. Die Gewerkschaft arbeitet auf dieses Ziel hin und verlangt Anpassung der Dienstordnung. Demnach ebenfalls Kündbarkeit nach 4-6jähriger Probefristzeit, Bewertung^j der wissenschaftlichen Leistung nach 12-14 Dienstjahren, daraufhin Gehalt des außerordentlichen Professors.

2. Zur Frage des Stellenplanes: Das Dezernentensystem und die Spezialisierung ist darin besonders hervorgehoben. Bei uns sind für die XVI. Gruppe die Sonderreferate bestimmt. Alle Institute greifen auf den Friedensstand zurück. Von diesem Plan findet der Abbau statt. Die Regierung will den Stellenplan mit dem allgemeinen Ausschuß beraten. Da ergeben sich für uns Schwierigkeiten gegenüber den großen Organisationen. Man wird versuchen, diesen Stellenplan im Nationalrat einzubringen. Unser Bestreben geht nun dahin, den Stellenplan der wissenschaftlichen Institute als Sache für sich zur Verhandlung zu bringen.

^kBezüglich Organisation des wissenschaftlichen Dienstes wurde in der letzten Ausschußsitzung ein Statut angenommen, daß zur Vertretung der gemeinsamen Interessen des wissenschaftlichen Dienstes bei der Bundeskanzlei ein Beirat von wissenschaftlichen Beamten errichtet werden soll, der auf 3 Jahre gewählt wird. Aus seinen Mitgliedern soll ein Präsident des wissenschaftlichen Dienstes durch den Bundespräsidenten auf 3 Jahre ernannt werden. Mit diesem Amt sind keine Gebühren verbunden. Der Präsident hätte sich in allen wichtigen Fällen an den Vorschlag des Beirates zu halten, bei dringlichen Angelegenheiten mit nachträglicher Genehmigung des Beirates vollständig zu handeln.

Der Wirkungskreis des Beirates und seines Präsidenten soll umfassen:

A. Persönliche und Standesangelegenheiten: Eignung für Leitung von wissenschaftlichen Ämtern; Überwachung der konkreten persönlichen

ⁱ *Überschrieben anstelle von:* Prüfung.

^j *Folgt gestrichen:* nach.

^k *Zuvor gestrichen:* Es.

Angelegenheiten zur Vermeidung von Ungleichheiten bei Einrichtung des Stellenplanes, Beförderungen, Zuschüsse usw., Wahrung von besonderen Standesinteressen der wissenschaftlichen Beamten (gegenüber den Hochschulen und administrativen Beamten), Beurteilung, bei welchen Zweigen der Verwaltung wissenschaftliche Beamte zu verwenden sind, für allgemeine Fragen in sachlicher Hinsicht, soweit dafür keine besonderen Bestimmungen bestehen und die eine gemeinsame Behandlung erfordern (z. B. gegenüber den Anforderungen der Nachfolgestaaten an Institute, Kunstgegenständen usw.). Gleichmäßige Regelung von Arbeitsgemeinschaften, Benutzungsordnung, Eintrittsgelder, Gebühren der öffentlichen Sammlungen usw. Einleitung internationaler wissenschaftlicher Arbeiten, Repräsentation und Vertretung nach außen, Subsidiäre Kulturfürsorge, soweit sie nicht im Staatsvoranschlag vorgesehen ist.

B. Die unmittelbare Dienstaufsicht für die^l wissenschaftlichen Anstalten, die ihm^m unterstellt werden.

C. Die Fragen der Lohnbewegung.

- III. HR Geyer: Die Anstalt wird auch in diesem Winter Vortragssitzungen abhalten, eine in jedem Monat.
- IV. Im Laufe des Dezember sollen die bisherⁿ geleisteten^o Arbeiten an der Übersichtskarte und dem Kataster zwecks Austausches der bisherigen Erfahrungen vorgelegt werden.
- V. HR Dreger schlägt Verlosung der Anteile aus einer^p Lebensmittelsendung aus Argentinien vor. Vettters beantragt dazu: Jene Herren, welche aus den Commonwealsfonnd [sic] beteiligt wurden, mögen auf einen Anteiln dieser argentinischen Liebesgabe verzichten. Angenommen.

Schluß der Sitzung ½ 12 h

Der Schriftführer: Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^l Nachgetragen.

^m Folgt gestrichen: in einem.

ⁿ Korrigiert aus: bisherigen.

^o Nachgetragen.

^p Folgt gestrichen: Süd.

Sitzung vom Dezember 1921

Anwesend: Geyer, Dreger^a, Eichleiter, Hammer, Ampferer, Beck, Vettters, Maluschka, Sander, Spengler, Winkler

Beginn: ½ 10 h

Vorsitz: HR Geyer

Nach Genehmigung der letzten Verhandlungsschrift bringt

- I. der Vorsitzende als Hauptpunkt der Tagesordnung die Beobachtungen zur Verhandlung, die bisher bei Herstellung der Übersichtskarte gemacht wurden und Änderungen der Richtlinien für die Darstellung bedingen. So erscheint Trennung von Unter- und Obertrias durch verschiedene Farbentöne in seinem eigenen Arbeitsblatt notwendig.
Spengler hat im Hochschwabgebiet dieselbe Beobachtung gemacht. Es wird beschlossen, Untertrias violett, Obertrias hellblau darzustellen, die zentralalpine Trias gleich der Obertrias hellblau.
Hammer hält es für wünschenswert, mit dem deutschen Reich ein Einvernehmen herzustellen, um eine Übereinstimmung in den Farben zu erzielen.
Beck^b schlägt vor, Grödner Sandstein mit der Farbe des Werfener Schiefers darzustellen, wo beide Formationen in^c untrennbaren Schichtverband auftreten, wie in Ostkärnten. Sonst für Grödner Sandstein die Permfarbe.
Hammer^d bespricht die Notwendigkeit einer gesonderten^e Hervorhebung des Kalkphyllites, der mit der Farbe des metamorphen Mesozoikums darzustellen wäre. Bei bekanntem Alter sollen die betreffenden Buchstaben eingesetzt werden. Eine besondere Ausscheidung verlangen Amphibolit und Grünschiefer.
Hammer und Winkler: Diabas ist mit der Farbe der basischen Eruptivgesteine zu bezeichnen.
Spengler und Sander: Silberberggrauwacke ist fallen zu lassen. Der Blasseneckgneis mit der Farbe des Quarzporphyrs auszuscheiden.
Dagegen Antrag Hammers angenommen: Blasseneckgneis als metamorphes Paläozoikum.
Spengler berichtet über die Schwierigkeiten einer durchgreifenden Trennung von Silur und Davon. Für manche Gebiete gemeinsame Ausscheidung.
Dreger bespricht die Darstellung des Diluviumes. Ringe und Kränze für Moränen und Terrassenschollen machen sich nicht schön. Die Zeichen sollen weit auseinander

^a Folgt gestrichen: Kerner.

^b Randbemerkung mit Bleistift und in Kurzschrift: [unleserlich]

^c Überschrieben anstelle von: als.

^d Folgt gestrichen: weist auf die.

^e Folgt gestrichen: Darstellung.

liegen. Moränen mit roten Punkten, Flugsand mit schwarzen Punkten, Schotter mit schwarzen Ringen.

Vetters: Auf den Karten^f ist die Arbeitsverteilung zeichnerisch darzustellen.

Beck beantragt dazu: In dieser Darstellung durch Aufdruck und Farben die Autoren und die Zeit der Originalaufnahmen zu bezeichnen. Alle Anträge angenommen.

- II. Der Vorsitzende berichtet über das Ansuchen von Prof. Heritsch, für die Blätter Köflach und Graz einen Auftrag zur Kartierung von der Anstalt zu erhalten.

Ampferer stellt den Antrag, Heritsch ist aufzufordern, die Blätter vorzulegen, um den Umfang der bereits^g durchgeführten Aufnahmen zu zeigen. Hat er bereits viel daran gearbeitet, so ist sein Anbot für uns ein wertvolles Geschenk, das wir nicht ablehnen dürfen. Winkler hat die Arbeiten gesehen, Blatt Graz ist nahezu fertig, von Blatt Köflach ²/₃-³/₄.

Ampferer: Einer der erfahrenen Krystalliniker soll mit Heritsch Exkursionen machen, sich zu überzeugen, ob die Arbeiten unserer [sic] Bedürfnissen entsprechen.

Vetters: Dazu sind die Sektionsleiter berufen, es wäre also Sache OBR Hammers. Wegen des Tertiärs hätte sich Heritsch mit Waagen zu verständigen. Winkler und Ampferer verlangen unbedingte Verpflichtung zur Fertigstellung und genaue Zeitangabe hierfür. Alles angenommen.

- III. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß sich Prof. Kränkl [*eigentlich: Krenkel*] in Leipzig zur Herausgabe seiner bei Trächnitz erscheinenden Geologie der Ostalpen auch an die Direktion der Anstalt gewendet habe mit der Anfrache [sic], ob und unter welchen Bedingungen er Klichés aus unseren Druckschriften benützen könne. Er hat sich auch persönlich an Ampferer und Sander gewendet. Die wichtigste Mitarbeit wird von den Mitgliedern unserer Anstalt zu leisten sein. Quellenangaben selbstverständlich.

Hammer beantragt: Für das Ausleihen der Klichées sind der Anstalt einige Exemplare des Werkes (3) zu übergeben.

- IV. Der Vorsitzende berichtet über ein Anbot der Firma Lechner, in kürzester Frist uns eine Zusammenstellung zu geben, wie weit wir im Handelsinteresse mit der Erhöhung unserer gedruckten Karten gehen könne[n].

Hammer wünscht bei dieser Gelegenheit auch die wieder notwendig gewordene Erhöhung unserer Druckschriften^h durchzuführen. Gerade die Abhandlungen ständen lächerlich niedrig im Preis. Das Jahrbuch sei wenigstens von 150 auf 250 K zu erhöhen. Es wird beschlossen vorläufig die doppelten Preise anzusetzen.

Beck beantragt ein Ersuchen an Lechner, uns fortlaufend von notwendig werdenden Erhöhungen unserer Verlagswerke zu verständigen.

^f Folgt gestrichen: sind.

^g Folgt gestrichen: geleisteten.

^h Mit Bleistift nachgetragen: Preise.

- V. Veters bespricht die Gewerkschaftsangelegenheiten. Streikgefahr noch immer vorhanden. Die Regierung ist durch Drohungen der Eisenbahner gezwungen worden, ihr uns gegebenes Versprechen fallen zu lassen. Falls am 20. Dezember kein Ausgleich erfolgt, soll der Streik mit der Absicht gegen die roten Gewerkschaften beschlossen werden. Die Ärzte haben sich bei den betreffenden Verhandlungen solidarisch erklärt.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

Sitzung vom 16. Jänner 1922

Anwesend alle mit Ausnahme von Waagen und Ohnesorge

Vorsitz HR Geyer

Beginn ½ 10 h

Die letzte Verhandlungsschrift wird verlesen und richtig gestellt.

- I. HR Geyer berichtet über die ^a-Verhandlungen wegen^a des Namens ^b-unserer Anstalt^b und die Schwierigkeiten dieser Angelegenheit wegen des Widerstandes des Staatsamtes. Die Museen wurden über ihre Wünsche bezüglich ihres Namens befragt, wir dagegen nicht. Bei unserem Tauschverkehr müßte ein so unbezeichnender Titel wie „geologische Anstalt“ bedeutende Verwirrung hervorrufen. Wir verlangen den Namen Bundesanstalt. Vielleicht erreichen wir eine günstige Erledigung durch Vermittlung einflußreicher Persönlichkeiten, um die sich der Vorsitzende bemühen wird.

Der Vorsitzende teilt ^cmit, daß^c unser Subreferent im Staatsamt, Dr. David, versetzt wurde^d und an seiner Stelle SR Haberer unser Referat erhielt.

Die Firma Lechner^e rät uns zur Erhöhung der Preise für Druckschriften und Karten auf den 100fachen Friedenspreis. Ein Jahrbuch würde darnach 1.600 K kosten, gewisse Kartenblätter würden dabei sehr teuer kommen. Bezüglich Ermäßigung des Preises für einzelne Institute^f und gewisse Personen (Anfrage Vettters) teilt der Vorsitzende mit, daß im Vertrag mit Lechner bereits solche Ausnahmen vorgesehen sind.

Hammer verlangt, daß im Staatsamt auf eheste Bewilligung der vorgeschlagenen Preiserhöhung gedrängt werde.

Der Vorsitzende bemerkt, nach Mitteilung des Leiters der Lechnerischen Kartenabteilung, Herrn Wurtz, habe der Vertrieb unserer Karten im letzten Jahr eine staunenswerte Höhe erreicht.

- II. Vettters berichtet über Gewerkschaftsangelegenheiten: Die Streikgefahr ist gegenwärtig beseitigt; sie entstand wegen gewisser Fragen betreffend Personalvertretung, in deren gegenwärtiger Form die Angehörigen unserer Gewerkschaft ungünstig abschneiden würden. Die Sache dürfte sich noch hinziehen bis zu einer Reform des wissenschaftlichen Dienstes. Nach dem gegenwärtigen Entwurf würden bei uns im Haus 3 Vertrauensmänner sein, ein Wissenschaftler, einer von der Kanzlei, ein Diener. Von einer Kommission der Museen und

^{a-a} *Überschrieben anstelle von:* endlich erfolgte Festsetzung.

^{b-b} *Überschrieben anstelle von:* geologische Landes.

^{c-c} *Überschrieben anstelle von:* den Wechsel in der.

^d *Nachgetragen.*

^e *Folgt gestrichen:* teilt uns mit.

^f *Folgt gestrichen:* und Anstalten, Lehrkanzeln.

naturwissenschaftlichen Institute geht die Anregung aus, daß alle dem Unterrichtsamt unterstehenden Institute in einer Sektion vereinigt werden sollen. Heute sind die Museen in 10 Sektionen unter HR Tietze vereinigt, der auch die naturwissenschaftlichen vertritt. Die andern Institute^g sind in der Sektion Kelle, in der auch die Mittel- und Hochschullehrer vereinigt sind. Wir verlangen einen Konsulenten, der den Referenten berät. Die Mittelschullehrer haben erreicht, daß die Sektion Kelle paritätisch aus Verwaltungsbeamten und Mittelschullehrern zusammengesetzt^h wird, ein Mittelschullehrer ist bereits darin. Nach Kelles Abgangⁱ soll ein Lehrer die Sektion erhalten.

Die naturwissenschaftlichen Institute und die Museen sollen in einer Sektion einheitlich behandelt werden. Vielleicht wird dann Dr. David dieses^j Referat bekommen. ^kDie für das Unterrichtsamt vorgeschlagenen Reformen bedeuten bei Einführung des Dezernentensystems eine Arbeitersparnis und Ersparnis von Verwaltungsbeamten. Das Unterrichtsamt soll 3 Sektionen enthalten, eine für Personalangelegenheiten, eine für Unterricht und eine für Kunst und Wissenschaft. Davon hätte die für Personalangelegenheiten den Verwaltungsjuristen zu verbleiben, während die bei den andern mit Fachleuten zu besetzen sind.

Vetters stellt nun die Frage, ob wir mit der Absicht einverstanden sind, von der Sektion Kelle wegzukommen.

Nachdem kein Einspruch gegen diese Absicht erhoben wird, beantragt der Vorsitzende, daß Vetters in der am nächsten Tag stattfindenden Gewerkschaftssitzung unser Einverständnis melden solle.

Vetters macht noch Mitteilung über den Tarif für Privatarbeiten und Expertisen sowie über den Stand der Kohlenlieferung der staatlichen Brennstoffstelle.

- III. Vorschlag Spengler's über Herstellung des Katasters: Zur Ersparung mehrfacher Ausführung von Katasterzetteln durch verschiedene Bearbeiter könnten die vorhandenen Zusammenstellungen, vor allem die Petrascheks über die Kohlen und die von Tertsch über die Erze in der Weise benützt werden, daß nur die großen Zettel [*folgt unleserlich*]^l voll ausgefüllt^l werden, die kleinen Zettel (Ortszettel)^m nur einfach aus den genannten Arbeiten abgeschrieben werden. Wir könnten ja in kürzester Zeit bereits auf eine geleistete, ziemlich vollkommene Arbeit hinweisen.

Dreger verweist darauf, daß durch Zuweisung der einzelnen Zeitschriften an bestimmte Bearbeiter bereits eine Aufteilung der Arbeit erfolgt ist. Die Zeitschriften sollen weiter durchgearbeitet werden, dann der Stoff verteilt, so daß einer die tertiären Kohlen, einer Eisen, einer Kupfer usw. übernimmt. Die Verteilung hätte verordnungsmäßig durch die Direktion nach allgemeiner Besprechungⁿ mit Berücksichtigungⁿ der Wünsche jedes Mitgliedes zu erfolgen.

^g Mit Bleistift nachgetragen.

^h Überschrieben anstelle von: [*unleserlich*]

ⁱ Überschrieben anstelle von: wird.

^j Überschrieben anstelle von: das.

^k Zuvor gestrichen: Auch.

^l Überschrieben anstelle von: geschrieben.

^m Folgt gestrichen: nicht.

ⁿ⁻ⁿ Überschrieben anstelle von: auf Grund.

Spengler wünscht beide Vorschläge zu kombinieren.

Geyer sieht in dem Vorschlag Spenglers eine wesentliche Abkürzung der Arbeit und die Möglichkeit, rasch zu einem Stammkatalog zu kommen.

Sander: Die rein mechanische Arbeit des ^oZettelschreibens und ^o Ordnen ist durch Dienstbefehl jemandem zu übertragen.

Vetters: Wallner, der bereits für diesen Dienst genannt wurde, ist zum Zettelschreiben nicht geeignet.

Der Vorsitzende gibt der Hoffnung Ausdruck, vielleicht von SC Rotky eine Subvention für die Katasterarbeit zu bekommen. Vorläufig müssen die notwendigen Schreibearbeiten von uns selbst durchgeführt werden.

Zur Übernahme und Ordnung der Zettel wird über Vorschlag Ampferers Dr. Maluschka bestimmt.

Spengler fragt an, ob die Fundpunkte in eine Karte einzutragen sind, Hackl ob die Zettel zu signieren sind. – Nein.

Beschluß über die Anträge Spengler-Dreger: Die vorhandene Literatur ist entsprechend den früheren Beschlüssen durchzuarbeiten, die kompulatorischen Zusammenfassungen, wie (Granigg, Tertsch etc.) sind von vornherein auszulassen.

Spengler zieht seinen Antrag zurück. Sander betont die Notwendigkeit, auch die kompulatorischen Arbeiten durchzusehen.

Dreger fragt an, ob eine Verteilung nach Materien vorgenommen [werden] soll, was eine gute Kontrolle ermögliche?

Ja. – Die Eintragung der Orte auf der Karte hat beim Ordnen der Faszikel zu geschehen.

Bei ganz ungenauen und unsicheren Ortsangaben ist nach Antrag Hackl ein Fragezeichen beizusetzen.

Vetters: Soll^p die^q Übersichtskarte und der^r Zettelkatalog zugleich gemacht werden, oder erst der Katalog?

^sVorsitzender: Beides zugleich.

Vetters: Dann bleibt keine Zeit zu andern Arbeiten.

- IV. Der Vorsitzende bringt den Aufnahmeplan für 1922 zur Besprechung. Die halbjährige Verwahrung wurde mit Ende 1921 eingestellt, das neue Rechnungsjahr beginnt mit 1. Jänner [19]22. Der Aufnahmeplan muß daher früher eingebracht werden. Die nötigen Angaben der Geologen sind ehestens einzubringen.

Wenn der^t Kostenvorausplan^u so hoch sein sollte, daß das Finanzamt ihn nicht bewilligt, müßten wir nach einer Mitteilung unseres Referenten, auf Kürzung der Aufnahmezeit rechnen.

^oo Nachgetragen.

^p Korrigiert aus: sollen.

^q Nachgetragen.

^r Nachgetragen.

^s Zuvor gestrichen: den.

^t Korrigiert aus: die.

^u Erweitert anstelle von ursprünglich: Kosten.

Sander schlägt vor, das Verhältnis zwischen den Diäten^v und der Indexziffer vom August vorigen Jahres festzustellen und darauf die Berechnung der neuen zu verlangen, ebenso bei den Pauschalien.

Hammer verlangt Festsetzung eines Grundbetrages und eine Erhöhung, die von der Indexziffer abhängig ist.

Sander stimmt zu und verlangt Berechnung des Grundbetrages nach der jetzigen Indexziffer und fordert einen neuen Nachtrag nach dem späteren Index.

Beck beantragt, neuerdings Dienstfahrt^w auf den Bechner zu verlangen.

Hammer drängt auf sofortige Bestellung der notwendigen Kartenblätter.

Beck verlangt Rückforderung der noch bei auswärtigen Herren befindlichen Karten. (Blätter von Klagenfurt und Tarris bei Petraschek).

Ampferer: Die Kossmathschen Blätter Laibach und Radmannsdorf sind unverzüglich einzufordern, da die Gefahr besteht, daß Kossmath das Blatt Radmannsdorf den Italienern verkauft.

Geyer: Ebenso Flitsch. Blatt Radmannsdorf ist nur zum kleinen Teil Kossmaths Arbeit, da es von Teller fast fertig gemacht war.

Vetters: Die Originale der Rosivalblätter [*sic*] aus Schlesien einfordern.

Hammer: Von den österreichischen Staatsbürgern ^xist die Rückgabe^x der Karten im Amtsweg zu erzwingen.

Ampferer: Die Originalblätter sind Kossmath gegen richtigen Vertrag überlassen worden, der Vertrag ist unbedingt einzuhalten.

Der Vorsitzende: Es^y wird festgestellt, was alles draußen steht und die Blätter werden offiziell eingefordert. (Auch von Jahn, Becke, Hinterlechner).

- V. Der Vorsitzende teilt mit, daß im Dienstzimmer eine Tafel angebracht wurde, auf der jeder der Herrn, der auf kürzere Zeit die Anstalt verlässt, eine entsprechende Eintragung zu machen hat.

Vetters beantragt, Verreisungen auf einem Bogen, der in der Direktion aufliegen soll, einzutragen.

Der Vorsitzende bemerkt hiezu, er sei zwar prinzipiell gegen alle derartigen Bindungen, wenn aber der Zug der Zeit derart sei, könne eine solche Bestimmung ja erwogen werden. Es könne aber auch eine Falle sein, die wir uns selbst legen.

Schluß der Sitzung 12 h 10

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

^v Folgt gestrichen: vom.

^w Korrigiert aus: Dienstfahrten.

^{x-x} Überschrieben anstelle von: sind.

^y Folgt gestrichen: uf.

Beilagen

Beilage A: Bedeutung der Geologischen Reichsanstalt für den Deutschösterreichischen Staat, Wien, 1919

Beilage B: Pro Memoria in Angelegenheit der Neubesetzung der Direktorstelle an der Geologischen Reichsanstalt in Wien, Wien, 7. Jänner 1919

Beilage C: Promemoria In Angelegenheit der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt, Wien, 15. Jänner 1919

Beilage D: Geschäftsordnung für die Haussitzungen des Geologenrates der Geologischen Reichsanstalt, Wien, 7. Februar 1919

Beilage E: An den Herrn Staatssekretär für Landwirtschaft, Wien, 1919

Beilage F: Zur Sitzung am 21. März 1919 – Einige Richtlinien für die Tätigkeit der Geologischen Reichsanstalt im Hinblick auf die Interessen der Landwirtschaft

Beilage G: Verhandlungsschrift über die in Angelegenheit der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt am 27. Februar 1919 im Staatsamte für Unterricht abgehaltene zwischenamtliche Beratung

Beilage H: Protokoll über die am 19. März 1919 in der Zeit von ½ 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Staatsamte für Unterricht abgehaltene Enquête über die Neugestaltung der Geologischen Reichsanstalt

Beilage A

Bedeutung der Geologischen Reichsanstalt für den Deutschösterreichischen Staat

Wien, 1919

Während die neu entstandenen Nachbarstaaten daran schreiten, geologische Anstalten zu gründen, ist Deutschösterreich bereits im Besitze eines vollständig eingerichteten derartigen Institutes mit grossen Sammlungen, einer Bücherei und einem Laboratorium, sowie einem seit Jahrzehnten geschulten Personal, so dass der Staat die Anstalt nur zu erhalten und die neuen Aufgaben entsprechend auszubauen hat um sofort nützliche Arbeit auf diesem Gebiete leisten zu können.

Einige Angaben über die Reichsanstalt und deren Tätigkeit.

Gegründet 1849 mit einem praktischen Zielen angepassten Programm.

Personalstand anfangs 1918: Direktor in der VI und Vizedirektor in der VII. Rangklasse. 17 Aufnahmsgeologen, 2 Chemiker, Bibilothekar [*sic*], Kanzleikräfte und Diener. Automatisch verringert sich dieser Stand an Aufnahmsgeologen mit Schluss des Jahres auf 11.

Hauptaufgabe.

Geologische Landesaufnahme als Grundlage aller praktischen Fragen, welche sich auf die Erdkruste, deren Mineralschätze und Wasserführung beziehen und eine Voraussage hinsichtlich noch nicht aufgeschlossener Bodenwerte ermöglicht.

Dieser Aufgabe wurde bisher nachgekommen durch die Herausgabe von

1) in Farbendruck (seit 1898) erscheinenden geologischen Spezialkarten i. M. 1:75.000 (zum Teil auch 1:25.000) und dazu gehörigen „Erläuterungen“.

2) Von periodischen Druckschriften, nämlich

a) Jahrbuch mit Tafelbeilagen, Karten und Illustrationen; bisher 67 Bände.

b) Verhandlungen, für kleinere Aufsätze und dringliche Voranzeigen, 12 Hefte jährl.; bisher 51 Bände.

c) Abhandlungen (Quart) Zwanglos erschienen in bisher 22 Bänden. Meist palaeontologische Monographien.

Auf Grund dieser wissenschaftlichen Tätigkeit erfolgt die Einflussnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung des Staates durch Vermittlung der aus der Natur geschöpften Erkenntnisse und Erfahrungen.

In erster Linie beim Bergbau, namentlich den Kohlen, -Erz- und Salzbergbau sowie beim Abbau nutzbarer Minerale wie z. B. Graphit, Magnesit, Beauxit, Gips, Torf, Kaolin etc. Dann bei

Erdöl und Erdgas, Asphaltindustrie

Steinbruchbetrieben einschliesslich Zementindustrie

Gewinnung von Baumaterialien (Sand Ton etc)

Tiefbohrungen Anlage und Begutachtung der fortschreitenden Arbeit, Beurteilung des palaeontologischen Materials

Schottergewinnung für Strassenerhaltung

Wasserversorgung von Städten und Märkten

Anlage von Artesischen Brunnen

Erschliessung und Schutz von Mineralquellen und Thermen

Aufstellung von Schutzrayons

Grundwasserfragen und hygienische Anlagen (Friedhöfe)

Kanalbauten und Flussregulierungen

Anlage von Stauwerken und Wasserstellen für die Errichtung elektrischer Kraftstationen (Elektrifizierung der Alpenbahnen)

Beurteilung von Rutschterrains, Fundierungen, Senkungen bei Bauten (Schwimmsandeinbrüche)

Eisenbahn-Tunnel und Strassenbau

Geologische Kartengrundlagen für Bodenkultur und kulturtechnische Arbeit

Abgabe von Gutachten in bergbaulichen und wasserrechtlichen Fragen etc. etc als unparteiisches Forum bei Rechtsstreitigkeiten

Verwahrung und Verwaltung der im Anstaltsgebäude befindlichen Bücherei und Kartensammlung sowie des grossen Museums und des chemischen Laboratoriums, welches letzteres nicht nur wissenschaftlichen Zwecken dient, sondern auch dauernd im Dienste des praktischen Wirtschaftslebens steht durch zahlreiche Analysen von Kohlen, Graphiten, Erzen und anderen Mineralien, Gesteinen, Wässern, Rohpetroleum u.s.w.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau von Deutschösterreich das natürliche Bestreben sich in der Gewinnung seiner Rohprodukte unabhängig vom Auslande zu machen und seine natürlichen Kraftquellen auszunützen, wird dem Staate grosse Aufgaben stellen bei denen die Geologische Reichsanstalt mit zu arbeiten haben wird.

Im Interesse dieser Arbeit läge es, die reichhaltige Sammlung der Anstalt sowie deren wissenschaftliche Hilfsmittel anlässlich der Auseinandersetzung mit den neuen Nationalstaaten tunlichst vollständig zu erhalten.

Nach Eintritt normaler Wirtschaftsverhältnisse wird sich ein Ausbau der Anstalt als notwendig erweisen in dem Sinne einer Förderung der praktischen Richtung.

Diesbezüglich wird die Anstalt seinerzeit ein ausführlicheres Programm vorlegen, dessen Vorbereitung bereits im Zuge ist.

Beilage B

Pro Memoria in Angelegenheit der Neubesetzung der Direktorstelle an der Geologischen Reichsanstalt in Wien

Wien, 7. Jänner 1919

Ab 1. Jänner d. J. ist durch die Pensionierung des Direktors und Vizedirektors der geologischen Reichsanstalt die Direktorenstelle vakant und sicherem Vernehmen nach ist für dieselbe ein Aussenseiter in Aussicht genommen. Eine solche Besetzung würde aber nach der Ueberzeugung der gefertigten Beamenschaft eine Schädigung sowohl des wissenschaftlichen Betriebes, wie des Personales dieser Anstalt als auch des Staates Deutschösterreich verursachen, wie nachfolgend erläutert wird.

An und für sich erscheint es als ein Widerspruch in den jetzigen Verhältnissen, wo man die Beamtenkörper der Zentralstellen zu verringern trachtet, in der Person des Direktors einen neuen Beamten einzuschieben. Sollte jedoch der ausgedehnte Wirkungskreis der Geologischen Reichsanstalt eine Vermehrung des Beamtenstandes dieses Institutes nötig machen, so erscheint es zweckentsprechender, die Ergänzung durch junge, für den geologischen Aufnahmsdienst noch unverbrauchte Kräfte vorzunehmen.

Ferner beinhaltet die Ernennung eines Aussenseiters zum Direktor der Geologischen Reichsanstalt eine schwere materielle und ethische Schädigung der Beamten insoferne ein Einschub bei dem ausserordentlich kleinen Beamtenstande des Institutes die an und für sich schon äusserst schlechten Avancementverhältnisse noch ungünstiger gestaltet und andererseits insoferne, als ein solcher Einschub gleichzeitig ein Misstrauen und eine Herabsetzung aller Mitglieder der Geologischen Reichsanstalt insgesamt und der langjährigen erfahrenen Beamten, welche hier zunächst in Betracht kämen, insbesondere beinhaltet würde.

Soviel über die als Direktor in Aussicht genommene Persönlichkeit bekannt ist, war derselbe niemals Mitglied der Geologischen Reichsanstalt, hat sich niemals systematisch mit geologischer Landesaufnahme abgegeben, beschäftigt sich auch bereits seit mehr als 10 Jahren nicht mehr mit Geologie und hatte auch niemals Veranlassung Fragen der praktischen Geologie näher zu treten (bis auf die allerletzte Kriegszeit).

Seinen eigenen Aeusserungen nach beabsichtigt er die eine der von der Anstalt herausgegebenen Zeitschriften, die „Verhandlungen“ aufzulassen und die kleinen Artikel, die bisher dort erschienen, nunmehr in den „Mitteilungen der Wiener Geologischen Gesellschaft“ zu veröffentlichen. Es muss aber als schwere Schädigung unseres Institutes angesehen werden, wenn das alte, seit sechzig Jahren bestehende und in der ganzen Welt bekannte Organ der Geologischen Reichsanstalt zu Gunsten einer jungen, weitaus weniger verbreiteten und in ihrer ganzen Anlage verschiedenen Zeitschrift aufgelassen werden soll. Denn die Bedeutung der Verhandlungen liegt unter anderem auch darin, dass sie derzeit einzig die Möglichkeit bietet, dringende wissenschaftliche und wirtschaftlich praktische Beobachtungen rasch an die Oeffentlichkeit zu bringen.

Der in Aussicht genommene Herr will, ebenfalls nach seinen eigenen Aeusserungen, die Geologischen Kartenblätter, welche Gebiete ausserhalb Deutschösterreich betreffen, auch wenn mit deren Drucklegung bereits begonnen wurde, nicht veröffentlichen. Dieses Vorgehen beinhaltet jedoch eine schwere Schädigung des deutsch-österreichischen Staates, für welchen es eine grosse Bedeutung besitzt, wenn derselbe späterhin, anlässlich der bevorstehen zwischenstaatlichen Liquidierungsverhandlungen in der Lage ist, den nicht deutschen Staaten eine Anzahl auf diese bezügliche fertige Kartenblätter als Aktivposten, da von deutschösterreichischen Beamten bearbeitet, vorlegen kann.

Weiter bedeutet es eine Beeinträchtigung des wissenschaftlichen Betriebes der Anstalt, für welche dadurch ein Vakuum in den wichtigsten Veröffentlichungen entstehen würde, und endlich auch eine schwere Schädigung der einzelnen Autoren, bezüglich derer die Veröffentlichung ihrer langjährigen Arbeiten auf diese Weise vollkommen in Frage gestellt wird.

Der in Aussicht genommene Herr hat überdies dem bisherigen k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht Vorschläge bezüglich der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt unterbreitet, ohne sich mit den langjährigen und erfahrenen Beamten dieser Anstalt ins Einvernehmen zu setzen, und da der Genannte, wie erwähnt, sich niemals im Verbunde unseres Institutes befunden hat, so ist auch nicht anzunehmen, dass dieser die Einrichtungen und Bedürfnisse desselben so genau kennt, als dass er in der Lage wäre, wirklich zweckentsprechende Vorschläge zu machen, woraus wieder eine Schädigung der Geologischen Reichsanstalt hervorginge.

Hinzuzufügen ist auch noch, dass das Budget der Geologischen Reichsanstalt durch die Ernennung des in Aussicht genommenen Herrn in einer höheren als systemisierten Rangklasse eine unnötige Mehrbelastung erfahren würde, und dass es endlich auch als Schädigung dieses Institutes zu bezeichnen ist, wenn die Stelle des Direktors mit einer Universitätsdozentur kumuliert würde, da es für einen Hochschullehrer zwar möglich ist, gleichzeitig die Verwaltung eines Museums durch unterstellte Beamte zu überwachen, wogegen die Leitung einer Geologischen Reichsanstalt die Kräfte eines Direktors vollauf in Anspruch nimmt.

In Darlegung obiger Sachlage erlauben sich daher die gefertigten Beamten der Geologischen Reichsanstalt darauf zu dringen, dass die erledigten Posten eines Direktors und Vizedirektors dieser Anstalt nur aus dem Personale der Aufnahmsgeologen dieses Institutes besetzt werden.

Wien, am 7. Jänner 1919

Eichleiter eh.

Kerner eh.

Hammer eh.

Waagen eh.

Ampferer eh.

Ohnesorge eh.

Beck eh.

Vetters eh.

Hackl eh.

Götzing er eh.

Sander eh.

Spengler eh.

Beilage C

Promemoria In Angelegenheit der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt

Wien, 15. Jänner 1919

Faksimile aus:

Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt, Nr. 2, 1919 (Wien), S. 45-50

VERHANDLUNGEN

der Geologischen Reichsanstalt.

N° 2

Wien, Februar

1919

Inhalt: Vorgänge an der Anstalt: Denkschrift über die Ausgestaltung der Geol. R.-A. — Eingesendete Mitteilungen: O. Hackl, Grundzüge eines Verfahrens zur direkten Bestimmung des Eisenoxydgehaltes säureunlöslicher Silikate. — W. Petrascheck, Der Ostrand des Kielce—Sandomirer Gebirges und seine Bedeutung für die Begrenzung des russischen Schildes. — A. Spitz †, Eine Querstörung bei Meran. — Literaturnotizen: H. Tertsch, E. Jäger.

NB. Die Autoren sind für den Inhalt Ihrer Mitteilungen verantwortlich.

Vorgänge an der Anstalt.

Mitte Dezember wurden die Herren Regierungsrat G. Geyer und Bergrat Dr. Dregger als Deputation der Anstalt vom Herrn Staatssekretär für Unterricht empfangen und brachten bei diesem Anlasse vor, daß die Geologische Reichsanstalt das Bedürfnis besitze, in praktischer und wissenschaftlicher Hinsicht sich auszugestalten. Daraufhin wurde vom Herrn Staatssekretär der Wunsch geäußert, daß ihm von seiten der Anstalt ein bezüglicher Entwurf vorgelegt werde. In Befolgung dieser Anregung wurden die in Betracht kommenden Fragen in den seit Dezember vorigen Jahres regelmäßig stattfindenden Haus-sitzungen, an welchen sämtliche Geologen und die Chemiker teilnehmen, und die als bleibende Einrichtung gedacht sind, durchbesprochen und hierauf von einem gewählten viergliedrigen Ausschüsse, bestehend aus den Herren Regierungsrat G. Geyer, Dr. Waagen, Dr. Ampferer und Dr. Vettters nachstehende Denkschrift ausgearbeitet, welche am 17. Jänner d.J. nach Genehmigung in der Haussitzung vom 15. Jänner, von Herrn Regierungsrat G. Geyer im Staatsamte für Unterricht überreicht wurde.

Promemoria.

(In Angelegenheit der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt.)

Ueber Aufforderung des Herrn Staatssekretärs für Unterricht erlaubt sich die gegenwärtige Direktion der Geologischen Reichsanstalt folgende bei den regelmäßig stattfindenden Versammlungen der Anstaltsmitglieder aufgestellte und durchberatene Richtlinien zu unterbreiten.

Als leitender Grundsatz muß dabei gelten: die Geologische Reichsanstalt betätigt sich als wissenschaftliches Forschungsinstitut, wie solche in anderen Staaten in der letzten Zeit ebenfalls errichtet wurden. Ferner: alle die Fragen zu beantworten, welche Volkswirtschaft, Technik usw. an die Geologie zu stellen haben, ist angewandte Wissenschaft, angewandte Geologie. Die Grundlage dafür ist und bleibt in jedem Falle eine möglichst eingehende, genaue und zuverlässige geologische Landesaufnahme und ihre kartographische Festlegung.

Nach wie vor muß daher die geologische Landesaufnahme die Hauptaufgabe der Geologischen Reichsanstalt bilden, demnach die Herausgabe geologischer Karten, Aufsammlung der notwendigen Belegstücke und die Herausgabe von Spezialarbeiten in den eigenen Druckschriften: Jahrbuch, vierteljährig mit Karten, Durchschnitten, Fossiltafeln usw.; Verhandlungen, monatlich für kleinere Mitteilungen dringender Natur; Abhandlungen für größere Monographien nach Bedarf.

Da jedoch die Not der Zeit dazu drängt, die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung für die Volkswirtschaft ausgiebig zu verwerten, werden den neuen Aufgaben Rechnung tragend folgende Vorschläge hinsichtlich Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt gemacht:

1. Kartenwerke: 1. Sofortige Herausgabe der fertiggestellten Kartenblätter i. M. 1:75.000 und beschleunigte Aufnahme der noch nicht kartierten Gebiete Deutschösterreichs unter Bevorzugung der wirtschaftlich wichtigen Gegenden, tunlichst auch unter Verlängerung der bestehenden normalen Aufnahmezeit von drei Monaten.

2. Dabei technische Verbesserung zum Zwecke der allgemeinen Benützbarkeit weiterer Kreise durch: a) weitgehende Ausgestaltung der Erläuterungen der Karte 1:75.000 durch Beigabe von Profilen, stratigraphischen Tabellen, Fossilabbildungen, geologischen Kartenskizzen der weiteren Umgebung. — Durch Wiederabdruck von Textfiguren aus dem Jahrbuche und den Verhandlungen sowie Wiederholung gewisser Abbildungen in mehreren Erläuterungsheften läßt sich diese bedeutende Verbesserung ohne nennenswerte Mehrkosten durchführen, b) Beigabe von Profilen, Mächtigkeitsdarstellungen, gelegentlich auch Bohrprofilen auf den Karten, bzw. Herausgabe eigener Profiltafeln.

3. Herausgabe von Karten im größeren Maßstabe (1:25.000 oder noch größer) für wirtschaftlich und wissenschaftlich wichtige Gebiete (Bergbaugebiete, Umgebung von Hauptstädten, Kurorten, Schulstädten) sowie eigener Lagerstättenkarten.

4. Für die übrigen Gebiete können die vorhandenen Aufnahmeblätter i. M. 1:25.000 für wirtschaftlich wichtige, besonders öffentlich technische Zwecke fallweise über Ansuchen bei der Direktion in Handkolorit abgegeben werden, analog den bis jetzt in Druck noch nicht erschienenen geologischen Karten 1:75.000. — Nicht unwichtig für Vorprojekte von Wasserkraftanlagen, Eisenbahntrassen, Straßen, Tunnelbauten usw.

5. Blattweise Herausgabe einer geologischen Uebersichtskarte i. M. 1:200.000 und

6. Herausgabe einer mehr flächenhaft gehaltenen Schulwandkarte für ganz Deutschösterreich. — Die Herausgabe dieser geologischen Karte könnte nach dem heutigen Stande der Aufnahmen sofort in Angriff genommen werden.

7. Herausgabe eines Atlases der nutzbaren Mineralvorkommen i. M. 1:200.000. — (Muster die Karte der Preußisch geologischen Landesanstalt, jedoch unter Hinzugabe von Bergwirt-

1919

Promemoria.

47

schaftskarten über Gewinnungs- und Absatzgebiete, Verteilung der Förderung usw.)

II. Wichtig und erstrebenswert ist ferner die Herstellung von zerlegbaren **Reliefs** mit geologischer Bemalung in den Farben der Spezialkarte für wirtschaftlich und wissenschaftlich interessante Gebiete.

III. **Druckschriften:** 1. Ungeschmälerter Umfang und bessere Ausstattung durch Beigabe zahlreicherer Karten und Beilagen in Farbendruck. — Eine gewisse Ersparnis der Mehrkosten ließe sich durch Aufnahme von Anzeigen auf den Schutzumschlägen sowie durch regeren Vertrieb (siehe unten VII./2.) erzielen.

2. Erweiterung des redaktionellen Umfanges durch Aufnahme bergwirtschaftlicher, wassertechnischer und verwandter Studien, Veröffentlichung von geologischen Gutachten, im Einverständnis mit dem Auftraggeber.

IV. **Praktisch angewandte Geologie.** 1. Größere Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Fragen schon bei den geologischen Aufnahmen im Gelände, durch tunlichste Fühlungnahme mit allen Interesseuten. — Neue Aufnahmsinstruktion! — Weitgehende Unterstützung und Information der Geologen durch die politischen Behörden, Gemeinden und aller Staatsbetriebe wäre durch die Staatsämter zu erwirken.

2. Herausgabe eines Merkblattes durch die Geologische Reichsanstalt für die Aufnahmsgeologen, auswärtigen Mitarbeiter und Lokalbeobachter. — Bei Abfassung desselben ist mit den interessierten Aemtern und Körperschaften Fühlungnahme zu pflegen (Staatsamt für Unterricht, öffentliche Arbeiten, Eisenbahnen, Gewerbe und Industrie, des Innern, für Finanzen, Montanvereinigungen, Ingenieur- und Architektenvereine u. a. m.).

Zu erstreben wäre auch die Einrichtung eines Beobachtungsdienstes, ähnlich dem der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, welcher vorübergehende Aufschlüsse, Schürfungen, Fossilfundorte u. dgl. zur Anzeige brächte.

3. Zur Durchführung obigen Programms wäre auch eine staatliche Verordnung notwendig, welche alle Bergverwaltungen und Behörden bemüßigt, von Freifahrungen, Eröffnung von Steinbrüchen, Ziegeleien usw. Mitteilung zu machen, auch wären Bohrunternehmungen und Brunnenmacher in ähnliche Verpflichtung einzubeziehen. Dagegen könnten in besonderem Falle die Besitzer seitens der Beamten der Geologischen Reichsanstalt die Wahrung des Amtsgeheimnisses fordern.

4. E'erner wäre die Geologische Reichsanstalt durch Verordnung zur Zentralstelle für geologische Auskünfte zu erklären, an welche sich alle öffentlichen (staatlichen, Gemeinde- und Landesämter) Aemter und Behörden im Bedarfsfalle zu wenden hätten.

5. Zur Unterstützung der praktischen Tätigkeit der Geologen ist es unbedingt nötig, diese mit einer Legitimation zu versehen, auf Grund derer es ihnen gestattet ist, Bahnanlagen auf eigene Gefahr zu

7*

begehen und alle für den öffentlichen Verkehr nicht freigegebenen Wege und Gebiete zu betreten (Jagdgebiete). Vorteilhaft wäre auch ein sichtbar zu tragendes Abzeichen für die Aufnahmegeologen.

Für die Dienstreisen bei der Aufnahme im Gelände und zum Besuche gemeldeter neuer Aufschlüsse (siehe oben Nr. 2 dieses Abschnittes) ist den Aufnahmegeologen auf den Eisenbahnen freie Fahrt oder mindestens Fahrt zum Regiepreise zu erwirken, wie seinerzeit Privatbahnen tatsächlich gewährten.

6. Anlage eines Katasters der Bodenschätze in Form eines Zettelkataloges samt dazugehörigen Verzeichnissen geordnet nach mehreren Gesichtspunkten wie Materialien, Fundorte, Literatur.

Die in den Punkten 2, 3, 4 und 5 dieses Abschnittes gemachten Vorschläge bilden eine notwendige Voraussetzung für ein entsprechend rasches Wachsen des Umfanges und damit der praktischen Verwendbarkeit des Katasters.

Handschriftliche, teils in den Akten, teils in der Bücherei liegende praktisch geologische Gutachten, Manuskriptprofile etc. in der Kartensammlung, ferner das bereits begonnene Bohrarchiv und die im Besitze einzelner Beamten befindlichen Aufzeichnungen praktischer Natur stellen einen wertvollen Bestand dar, der die Inangriffnahme der Vorarbeiten ermöglicht.

Die Verarbeitung der in den Anstaltsschriften und sonst in der Literatur zerstreuten praktischen Notizen zur Form des handlichen Katasters wird von dem jeweiligen Personalstand abhängen und dementsprechend Zeit beanspruchen.

Ein derartiger Kataster wird bereits in mustergültiger Weise von der Preußisch-geologischen Landesanstalt geführt und es wäre daher von großem Vorteile, zum Studium dieser Einrichtung Beamte zu entsenden.

7. Unter Voraussetzung der Anstellung geeigneter Arbeitskräfte könnten auch geologisch landwirtschaftliche Aufnahmen gemacht werden. Vorarbeiten dazu stellen zum Teil die vorhandenen Aufnahmen i. M. 1:25.000 dar.

Zur Herausgabe spezieller Bodenkarten wäre die Fühlungnahme mit dem Staatsamt für Landwirtschaft sowie eine vorherige Einigung der interessierten land- und forstwirtschaftlichen Kreise auf eine einheitliche Basis hinsichtlich Form und Inhalt dieser Karten notwendig.

Zu diesem Zwecke wäre ferner die Anschaffung von entsprechenden Handbohrgeräten notwendig.

V. Sammlungen. 1. Soll sich die Tätigkeit der Geologischen Reichsanstalt weiter als auf eine rein konservierende Tätigkeit hinsichtlich der reichen Sammlungen erstrecken und eine Aufarbeitung der wertvollen paläontologischen und petrographischen Aufsammlungen stattfinden, ist die Anstellung je eines speziell ausgebildeten Paläontologen und Petrographen für das Museum notwendig (der einzige bisher angestellte Musealbeamte ist als Nichtdeutscher ausgeschieden).

Außerdem muß die Möglichkeit der Beheizung und Beleuchtung der einzelnen Säle geschaffen werden.

1919

Promemoria.

49

2. Der erweiterten praktischen Tätigkeit der Anstalt entsprechend ist eine geologisch-technologische Mustersammlung anzugliedern, wozu die vorhandene Bau- und Pflastersteinsammlung einen Grundstock bilden kann.

3. Die vorhandene Lagerstättenammlung, welche unter Raumangel und ungünstiger Aufstellung sehr leidet, wäre entsprechend zu vervollständigen und auszugestalten.

4. Die von den Aufnahmsgeologen aus dem Gelände mitgebrachten Belegstücke bilden ein unumgänglich notwendiges Hilfsmittel zur wissenschaftlichen Verarbeitung der Aufnahmen sowie für Auskünfte in praktischen Fragen.

Aus ihnen sollte eine topographische, nach Kartenblättern geordnete Sammlung angelegt werden.

Jedenfalls muß aber schon jetzt für unter 2, 3, 4 dieses Abschnittes genannten Sammlungen die notwendige Anzahl von Sammlungskästen angeschafft, die Raumfrage gelöst werden, sonst können diese Sammlungen dem Besuche und Studium der Allgemeinheit nicht zugänglich gemacht werden.

VI. **Laboratorium.** 1. Da die Untersuchungen im chemischen Laboratorium nicht nur für Private, welche jetzt die beiden Chemiker fast ausschließlich beschäftigen, sondern auch für die wissenschaftlichen und praktischen geologischen Untersuchungen der Anstaltsmitglieder immer mehr Bedeutung gewinnen, so ist es notwendig, daß die aufgelassene Stelle eines dritten Chemikers neu besetzt werde und wenigstens stets einer dieser drei Chemiker für Arbeiten der Geologischen Reichsanstalt zur Verfügung steht; ferner, daß die freigewordene Stelle des zweiten Laboratoriumsdienerers rasch besetzt werde.

2. Die Einrichtung und wissenschaftliche Ausrüstung des Laboratoriums entspricht in keiner Weise den modernen Anforderungen eines Zentralinstitutes, welches so viel von der Praxis in Anspruch genommen wird. Es wird daher eine Reihe von Verbesserungen unvermeidlich sein — wie Einleitung des elektrischen Stroms für elektro-analytische Arbeiten und elektrische Heizvorrichtung für chemische Zwecke, Anschaffung von mechanischen Zerkleinerungs- und Mischapparaten mit motorischem Antrieb, Umwandlung des Probierofens mit Kohlenfeuerung in einen Gasmuffelofen u. dgl. — zu deren Bestreitung die derzeitige, außerdem bei Kriegsbeginn um ein Drittel gekürzte Dotation von ursprünglich 2800 K nicht ausreicht.

VII. **Bücherei.** 1. Zur Durchführung der Arbeiten der Geologischen Reichsanstalt ist die Bücherei in ihrem jetzigen Umfang notwendig. Die durch den Krieg entstandenen Lücken in den Zeitschriften müssen jedoch geschlossen werden und außerdem eine, wenn auch im bescheidenen Umfange gehaltene Vervollständigung der praktisch wissenschaftlichen Zeitschriften und Einzelwerke vorgenommen werden.

2. Damit die Bücherei zu jeder Jahreszeit voll ausgenützt werden kann, ist die elektrische Beleuchtung einzurichten.

VIII. **Innere Wirtschaft.** Ersparnisse und Vermehrung der Einkünfte. 1. Erhöhung der amtlichen Gebühren für chemische Analysen um 50%, Einführung einer dreifachen Taxe für dringliche Behandlung von Untersuchungen.

Dadurch könnte eine solche Steigerung der Einnahmen erzielt werden, daß nach dem Muster anderer staatlicher Laboratorien den Chemikern Tantiemen gewährt und außerdem höhere Beträge als bisher an den Staat abgeführt werden können.

2. Kündigung des derzeitigen Kommissionsverlages für die Zeitschriften und Kartenwerke der Anstalt. Uebernahme derselben in den eigenen Vertrieb. Regere Bekanntmachung der erschienenen Karten und Druckschriften. — (Von dem bisherigen Verlag wurde diesbezüglich fast gar nichts unternommen.) — Trotz der dadurch erwachsenden Mehrauslagen an Postgebühren könnten Vergütungen für die mit den Verlagsgeschäften betrauten Hilfsbeamten oder Beamten gewährt und eine bedeutende Mehreinnahme erzielt werden.

3. Aufnahme von Anzeigen auf den Schutzumschlägen der Verhandlungen und des Jahrbuches zum Zwecke der Mehreinnahme, bzw. Verbesserung der Ausstattung der Zeitschriften.

4. Erhöhung des Tarifes für handkolorierte geologische Karten i. M. 1:75.000 auf das Doppelte und Einführung einer dreifachen Taxe für dringlich durchzuführende Kartenkolorierungen. (Derzeit kostet eine handkolorierte geologische Karte zum Tarifpreise von 25 K [Höchster Taxtarif] dem Staate an Gehalt für den Zeichner allein zirka 100—120 Kronen.)

Gleichzeitig könnte für Schulen und öffentliche Aemter ein Begünstigungstarif (gleich dem bisherigen Tarif) gewährt werden.

Ferner Einführung einer Taxe für die abzugebenden Kopien 1:25.000 auf der Grundlage: 1 Sektionskopie 1:25.000 = im Preise dem entsprechenden Spezialkartenblatte 1:75.000 in Handkolorit.

5. Einführung einer Taxe für amtliche Auskünfte über Literatur, Mineralvorkommen u. a. m., wenn sie rein geschäftlichen Interessen Privater dienen (etwa 50 Kronen per Bogen Maschinschrift).

Ueber die Größe sowie Organisation und Verteilung des geologischen Aufnahmepersonals sowie über die Höhe der notwendigen Geldmittel kann erst dann gesprochen werden, wenn einmal die Grenzen Deutschösterreichs sowie die Ausdehnung des zu bearbeitenden Gebietes festgestellt sein werden, und wenn seitens des vorgesetzten Staatsamtes zu obigen Vorschlägen Stellung genommen sein wird, oder gegebenenfalls neue Anregungen gemacht sein werden.

Es wird jedoch bemerkt, daß man sich bei der Reihenfolge der in Angriff zu nehmenden Neuerungen möglichst den zur Verfügung gestellten Geldmitteln anpassen wird.

Wien, am 15. Jänner 1919.

Beilage D

Geschäftsordnung für die Haussitzungen des Geologenrates der Geologischen Reichsanstalt

Wien, 7. Februar 1919

I. Teilnehmer:

Alle wissenschaftlichen Mitglieder der Geologischen Reichsanstalt sind Mitglieder des Geologenrates und als solche zur Einhaltung der nachfolgenden Geschäftsordnung verpflichtet. In besonderen Fällen können über vorhergehenden Beschluss auch die anderen Beamten den Beratungen beigezogen werden.

Die in Wien anwesenden Mitglieder sind zum Erscheinen verpflichtet und haben, so weit sie nicht dispensiert wurden, ihr Fernbleiben von den Sitzungen zu rechtfertigen.

II. Vertretung:

Die Vertretung des Geologenrates geschieht in allen Fällen durch die mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit gewählten zwei Vertrauensmänner und deren ebenso gewählte Ersatzmänner. Ihre Vollmacht gilt in der Regel für die Dauer des Kalenderjahres, erlischt aber bereits über Antrag eines Drittels der wissenschaftlichen Mitglieder.

III. Die Einberufung der Sitzungen erfolgt durch die Vertrauensmänner oder den Direktor im Wege mündlicher oder schriftlicher rechtzeitiger Verständigung. Bei schriftlicher Einladung ist die Tagesordnung den Mitgliedern bekannt zu geben.

IV. Zahl der Sitzungen:

Die Sitzungen finden nach Bedarf statt, doch ist tunlichst jeden Monat mindestens eine Sitzung abzuhalten. Über Verlangen von ein Drittel der wissenschaftlichen Beamten und Angabe der gewünschten Tagesordnung ist eine Sitzung durch die Vertrauensmänner einzuberufen und tunlichst rasch abzuhalten.

V. Wichtige Verhandlungsgegenstände sind den Vertrauensmännern seitens der Mitglieder oder der Direktion, falls diese eine Versammlung einzuberufen beabsichtigt, vorher bekannt zu geben.

Ferner sollen wichtige Vorfälle, welche die Anstalt und ihre Mitglieder betreffen, gegenseitig von der Direktion und den Vertrauensmännern einander mitgeteilt werden.

VI. Zur Beschlussfähigkeit der Versammlung ist die Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder notwendig. Die außerhalb Wiens weilenden Mitglieder jedoch können in besonders wichtigen Fällen durch briefliche oder telegraphische Mitteilung oder durch ausdrückliche Übertragung ihrer Stimme auf ein anderes Mitglied der Geologischen Reichsanstalt sich an der Abstimmung beteiligen und dadurch die Beschlussfähigkeit der Sitzung ermöglichen.

Die Anwesenheit des Direktors ist zur Beschlussfassung nicht notwendig.

VII. Protokollführung und Vorsitz:

Über die Haussitzungen ist durch ein Mitglied des Geologenrates ein Bericht zu verfassen und im Protokollbuch niederzulegen. Der Bericht ist in der nächsten Sitzung zu genehmigen und nach Genehmigung von dem rangsältesten Mitgliede, welches zugleich den Vorsitz nach parlamentarischen Gebräuchen führt, gegenzuzeichnen.

VIII. Bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende falls alle Mitglieder anwesend waren, oder sich schriftlich an der Abstimmung beteiligten. Im anderen Falle ist der Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten, tunlichst rasch einzuberufenden Sitzung zu stellen. Diese Sitzung ist dann bei mündlicher oder schriftlicher Beteiligung von zwei Dritteln der Mitglieder in obigem Sinne beschlussfähig.

IX. Beratungsgegenstände der Haussitzungen sind alle die Anstalt als Ganzes betreffenden Angelegenheiten wie Neuorganisation, Arbeitsplan, Verteilung der wissenschaftlichen und praktischen Arbeiten an der Anstalt, Neuaufnahme von Mitgliedern und sonstigen Angestellten der GRA, auswärtigen Mitarbeitern und Lokalbeobachtern, Ernennung von Korrespondenten, Vertretung der Anstalt nach außenhin wie bei Kongressen, Beratungen und Versammlungen, Erörterung des Budgets der GRA. und diesbezügliche Vorschläge, Vornahme der Wahl der Vertrauensmänner usw. – Die Beratungen gelten im Allgemeinen als vertraulich und dürfen außerhalb des Geologenrates stehenden Personen nicht mitgeteilt werden.

X. Änderungen der Geschäftsordnung und Ergänzungen derselben sind nur unter Zustimmung von drei Vierteln der Mitglieder des Geologenrates möglich.

Wien, am 7. Februar 1919

Beilage E

An den Herrn Staatssekretär für Landwirtschaft

Wien, 1919

Die Direktion und der wissenschaftliche Beirat der Geologischen Reichsanstalt gestatten sich dem Staatsamte für Landwirtschaft eine Anregung betreffend die bodenkundliche Erforschung der Agrargebiete des deutschösterreichischen Staates zu unterbreiten. In neuerer Zeit wird in den Kulturstaaten die Frage bodenkundlicher Untersuchungen ein erhöhtes Interesse zugewendet, das vor Allem in der Aufnahme und Herausgabe spezieller agrogeologischer Karten seinen Ausdruck findet.

In fast allen Ländern, z.B. Preussen, Württemberg, Baden, Ungarn, Vereinigte Staaten etc. wurden die pedologischen Arbeiten den geologischen Landesanstalten übertragen. Häufig sind den betreffenden geologischen Instituten eigene bodenkundliche Sektionen angegliedert.

Angesichts der gewiss auch vom Staatsamt für Landwirtschaft anerkannten Notwendigkeit aller Erfahrungen, die zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion beitragen können, in Anwendung zu bringen, erscheint eine von pedologischen Gesichtspunkten aus erfolgende fachmännische Begutachtung unserer Böden, wie sie nur durch Inangriffnahme bodenkundlicher Aufnahme erfolgen kann, als ein Erfordernis der Zeit.

Dass solche bodenkundliche Aufnahmen die Grundlage bilden können auch für mannigfaltige Kalkulationen der Landwirtschaft braucht hier nicht ausgeführt zu werden. Es sei bloss auf die grosse Bedeutung der Bodenuntersuchungen für erfolgreichere Bodenverbesserung und Düngung hingewiesen.

Ansätze zur bodenkundlichen Erschliessung Deutschösterreichs bilden das pedologische Landeslaboratorium für Niederösterreich und die Lehrkanzel für forstwirtschaftliche Standortslehre an der Hochschule für Bodenkultur. Beide Institute sind aber wegen ihres geringen Personalstandes, beziehungsweise der Belastung mit Lehrtätigkeit naturgemäß nicht allein befähigt, diese Aufgabe zu lösen. Dies ist um so mehr der Fall, als die betreffenden Herren zwar die botanische-chemische Seite der Bodenkunde beherrschen, dagegen in der geologischen Aufnahmestätigkeit und vor allem mit der geologischen Erfassung der Bodenverteilung begreiflicher Weise nicht die nötigen Erfahrungen aufweisen. Wie schon aus der in fast allen Staaten erfolgenden Durchführung bodenkundlicher Arbeiten durch die geologischen Anstalten erhellt, bildet die geologische Aufnahme die Grundlage aller bodenkundlicher Arbeit.

Die geologische Reichsanstalt besitzt derzeit infolge der zahlreichen ihr harrenden Aufgaben praktischer und wissenschaftlicher Art auf absehbare Zeit leider nicht die Möglichkeit mit dem geringen zur Verfügung stehenden Stand an Mitgliedern auch noch die langwierige Arbeit der Bodenkartierung allein zu übernehmen.

Um aber die erfolgversprechenden Bodenuntersuchungen dennoch ins Leben rufen zu können, erlaubt sich die Geologische Reichsanstalt im Einvernehmen mit dem Professor der forstwirtschaftlichen Standortslehre an der Hochschule für Bodenkultur Grafen Leinige-Westerburg, nachstehende Anträge zu stellen:

1) Zur Erforschung des Bodens wird von staatswegen eine aus mehreren Geologen und Pedologen (je 2-3) bestehende Kommission bestellt unter dem wechselnden Vorsitz des jeweilig an Jahren ältesten Geologen und Pedologen.

2) Der Kommission obliegt die Durchführung vorbereitender Arbeiten für die pedologische Aufnahme, die Herausgabe bodenkundlicher Karten, zumeist 1:25000, der dazu gehörigen Erläuterungen, die Erstattung von Vorschlägen bezüglich Verwertung der Resultate für die Landwirtschaft und deren allgemeine Verbreitung.

3) Die Durchführung der pedologischen Aufnahmen erfolgt prinzipiell sowohl durch 1 Geologen, als auch 1 Pedologen. Ersterer hat die für die Aufnahmen nötigen geologischen und petrographischen Grundlagen zu schaffen und in allen geologischen Fragen, vor allem in der Auswahl der Bohrpunkte dem Bodenkundler beratend zur Seite zu stehen. Der Geologische Teil der Arbeit kann im Rahmen der Geologischen Landesaufnahme von dem kartierenden Geologen geleistet werden, wobei Dauer und Kosten dieser Aufnahmen gegenüber solchen, die nicht die Grundlage der nachfolgenden pedologischen Kartierung zu schaffen haben, nur etwas grösser wären. Der Einheitlichkeit des ganzen Unternehmens der Kommission halber wäre es angemessen, dass solche für pedologische Zwecke durchgeführte geologische Detailaufnahmen aus dem Budget des Staatsamtes für Landwirtschaft getragen werden und nicht das Normalbudget der Geologischen Reichsanstalt belastet wird.

Die Auswahl der für die pedologische Untersuchung geeigneten Kartenblätter wäre von der Kommission im Einvernehmen mit der Geologischen Reichsanstalt zu treffen.

Dem Pedologen obliegt die Detailaufnahme der Böden, insbesondere die hierzu nötige Durchführung von Handbohrungen, die chemische mechanische Analyse der Bodenproben und ihre landwirtschaftlich-praktische Auswertung.

4) Zur Leistung des rein bodenkundlichen Teils der Arbeit wäre die Anstellung von 2-3 geschulten Pedologen, die, um einen Chemiker zu ersparen auch mit den Methoden der chemischen Bodenanalysen vertraut sein müssten, dann die Beistellung der Bohrgeräte und des hierzu nötigen Personals unbedingte Voraussetzung. Es wäre Sache der Lehrkanzel für Bodenkunde an der Hochschule für Bodenkultur für die Gewinnung entsprechender Arbeitskräfte vorzusorgen.

Die Geologische Reichsanstalt glaubt, dass durch eine derart vereinigte Arbeit von Geologen und von der Hochschule für Bodenkultur entstammenden Pedologen sowohl die wissenschaftliche Grundlage für die bodenkundliche Erforschung, als auch die häufig in ökonomischen Kreisen gewünschte Berücksichtigung der speziellen landwirtschaftlichen Bedürfnisse gewährleistet wären. Durch das Zusammenfallen der geologischen mit der bodenkundlichen Aufnahme wird eine gegenseitige Ergänzung beider Arbeitsrichtungen und eine rationelle Verwertung der Resultate möglich sein.

Zum Schluss gestattet sich die geologische Reichsanstalt darauf hinzuweisen, dass sie unabhängig von diesem Vorschlag nach Tunlichkeit bestrebt sein wird, auch bei Durchführung der normalen Landesaufnahmen ihr Augenmerk auf wirtschaftlich wichtige Fragen zu lenken, speziell durch genauere Untersuchung und Kartierung von Kalk und Mergellagern und Torf, durch ausführlichere Ausscheidung der Bodenbedeckung im Kartenwerk und durch entsprechende Hinweise in den Erläuterungen die für die ökonomische Produktion wichtigen Erscheinungen festzulegen.

Beilage F

Zur Sitzung am 21. März 1919 – Einige Richtlinien für die Tätigkeit der Geologischen Reichsanstalt im Hinblick auf die Interessen der Landwirtschaft

I. Die Landwirtschaft benötigt bei verschiedenen Fragen der rationellen Bodennutzung und Bearbeitung Angaben über Art und Beschaffenheit des Bodens, die beide z. T. direkt schon von guten geologischen Karten, dann aus agrogeologischen Karten ersehen werden können. Es handelt sich daher zunächst darum, die geologischen Karten auch diesem Zwecke dienstbar zu machen durch stärkere Betonung des bodenkundlichen Momentes (Erweiterung der Aufnahmsinstruktion) auf den Karten und durch ausführliche Hinweise in den Erläuterungen.

Die Aufnahmsinstruktion des Geologen ist in folgender Hinsicht zu ergänzen und zu erweitern:

1. Die geologischen Ausscheidungen sollen nicht allein mehr nach rein stratigraphischen Gesichtspunkten, sondern nach petrographischen erfolgen. Ausdrücke z. B. Dogger-schichten od. Lunzerschichten od. Cardita-Schichten sind zu vermeiden und jeweils die petrographische Bezeichnung beizufügen. Wo es sich um Wechsellagerungen verschiedener Gesteine z.B. die im Flysch handelt, sind die innerhalb des wechsellagernden Komplexes auftretenden verschiedenen Gesteine in der Reihenfolge ihrer Mächtigkeit einzuschreiben bzw. das verwaltende Gestein durch Voransetzung und Unterstreichung zu bezeichnen.
2. Sind bei mächtigerer Entwicklung die Verwitterungsböden dieser Gesteine jeweils anzugeben, also sog. „abgedeckte“ Karten zu vermeiden. Besonders auffallende Mächtigkeiten sind tunlichst nach Abbohrung einzuschreiben.
3. Die umgelagerten Böden, besonders die geologisch jüngeren, meist lockeren Einlagerungen, welche ja landwirtschaftlich von besonderer Bedeutung sind, sind nicht nur nach dem geologischen Alter, sondern auch nach der petrographischen Beschaffenheit und Zusammensetzung auszuscheiden. Es sind also Angaben zu machen z. B. über Schotter, Kies, Sand, Ton, Mergel, Moore, Torf, inwieweit Mischungen eintreten, die vorwiegende Gesteinszusammensetzung der Schotter und Sande, Provenienz der Geschiebe u.s.w., Verkittungen durch Kalk, Eisen u. dgl.; auffallend mächtige Humusablagerungen sind kartographisch zu fixieren.
4. Vornahme von Handbohrungen nicht allein dort, wo der kartierende Geologe Aufschlüsse über den Gesteinsuntergrund wünscht, sondern auch namentlich bei mächtigen oder besonders wichtigen Bodenarten (Mergel, Moore, Torf) Bohrungen bis 2 m gelegentlich bis 5 m Tiefe. Die wichtigen Bohrungen sind in die Karte einzutragen und bei den tieferen Bohrprofilen das Ergebnis der Bohrungen kurz einzuschreiben (bes. im Flachland). Durch die Bohrungen werden die Aufnahmen etwas verlängert; dazu kommen die Kosten für den den Bohrer tragenden und bedienenden Gehilfen.

5. Ist vielmehr auf die Wasserführung des Bodens zu achten, Quellen Grundwasseraustritte, Schuttquellen, Nassgallen anzugeben. Im Flachland wären Angaben über Tiefe des Grundwassers an verschiedenen Stellen auf Grund von Brunnenbohrungen und anderen Bohrungen erwünscht.

Diese Ergänzungen sind solche, daß jeder Aufnahmsgeologe sie angepaßt seinem Arbeitsgebiet, nur mit einem etwas größeren Zeitaufwand durchführen kann, der umso größer sein wird, je mehr das Bodenkundliche berührt wird. In den Kartenerläuterungen sind vielmehr als es bis jetzt geschehen ist die Art und Weise der Verwitterung der Gesteine, die Bodenbildung, überhaupt die Beschaffenheit und Zusammensetzung der Böden ausführlich darzustellen. In den Erläuterungen, welche zu bereits angegebenen Karten gegenwärtig noch ausstehen, sollte bereits auf diese Wünsche Rücksicht genommen werden.

Durch diese Ergänzungen auf den geologischen Karten (geologisch-agronomische Karten, wie sie bei stärkerer Berücksichtigung des bodenkundlichen genannt werden können) werden demnach manche Interessen der Landwirtschaft befriedigt werden können z. B. für allgemeine Informationen und Beurteilungen von Böden, wobei selbstverständlich eine gewisse Schulung und Kenntnis in Bodenkunde beim Landwirt vorausgesetzt werden muß.

II. Diesen agronomisch verbesserten geologischen Karten stehen die eigentlichen agrogeol. Karten gegenüber, welche neben den noch weiter gehenden agronomischen Ausscheidungen auf Grund von zahlreichen Bohrungen noch die Verwertung der mechanischen und chemischen Analyse des Bodens voraussetzen. Zur Bearbeitung solcher Karten ist also bereits ein bodenkundlicher Forschungsapparat, die Anstellung eines Pedologen und eines Chemikers notwendig.

Nur unter Voraussetzung der Anstellung solcher geeigneter Hilfskräfte könnten seitens der geol.R.A. agrogeologische Karten ausgegeben werden. Als Maßstab wäre 1:25.000 oder ein noch größerer zu empfehlen, eventuell sogar 1:5.000, wenn seitens eines Grundbesitzers ein derartiger Auftrag einläuft.

Bei dem gegenwärtigen Personal ist an die Herausgabe agrogeologischer Karten nicht zu denken. In anbetracht der zahlreichen, wichtigen und dringenden Agenden der geol.R.A., besonders der Beschleunigung der allgemeinen Kartierung und der Herausgabe solcher Karten und der zu erwartenden überaus reichen Inanspruchnahme der Anstaltsgeologen für verschiedene öffentliche Arbeiten z.B. Bergbau, technische und naturtechnische Unternehmungen, müssen aber die Bestrebungen bezüglich der agrogeol. Karten gegenüber diesen dringenden Arbeiten unbedingt zurückgestellt werden. Diese Entschließung wird noch durch folgende Momente begründet:

1. Wenn eine Personalvermehrung sowohl an Geologen wie an Chemikern an der g.R.A. vonseite des Staatsamtes genehmigt wird, sind diese neuen Kräfte eher bereit zu stellen für die obigen dringenden Unternehmungen z.B. Förderung der Kartierung der Zentralalpen, Entlastung der Chemiker des Laboratoriums bezw. Übernahme dringender chemischer Arbeiten für die Anstalt als für die nicht so dringenden agrogeol. Karten.

2. Die Zurückstellung der Herausgabe der agrogeolog. Karten seitens der geol.R.A. kann umso leichter unterbleiben, als in Wien gegenwärtig bereits 2 Institute für dieses engere Forschungsgebiet bestehen, deren Existenzberechtigung geradezu durch solche bodenkundliche Studien und Kartierungen begründet erscheint. Es sind dies

- a) das pedologische Landeslaboratorium von N.Ö. (Vorstand dipl. Landwirt Dr. Joh. Wittmann)
- b) der bodenkundliche Lehrapparat des Institutes für forstliche Standortslehre und chemische Technologie an der Hochschule für Bodenkultur (Vorstand Prof. Graf Dr. W. Leiningen).

III. Wenn die geol. Reichsanstalt gegenwärtig die Herausgabe agrogeolog. Karten unbedingt zurückstellt, so wäre doch eine Form einer Kooperation mit Leiningen in mancherlei Beziehung von Nutzen. Übrigens ist bereits eine solche eines Mitgliedes mit Leiningen angebahnt, bei reinlicher Scheidung aber zwischen geologisch-petrographischen, agronomisch verbesserter Kartierung einerseits und bodenkundlicher Kartierung andererseits. Erstere obliegt dem Geologen, letztere dem Bodenkundler. Für diese ersten Versuche einer Zusammenarbeit ist der östliche Wienerwald mit dem Abfall ins Wiener Becken in Aussicht genommen, also ein Teil der NO-Sektion des zur Herausgabe vorbereiteten Blattes Baden Neulengbach. Der Geologe wird, da er dem Bodenkundler Gesichtspunkte für die Vorbereitung verschiedener Böden wird geben können, meist die Auswahl der Bohrpunkte zu treffen haben, welche vom Bodenkundler neben den ihm noch notwendig erscheinenden durch seinen Gehilfen auszuführen sind. Als weitere Probeblätter für eine solche Kooperation käme vielleicht auch in der nächsten Zeit ein Abschnitt aus dem Viertel unter dem Manhartsberg, eventuell aus dem Innviertel und steierischen Hügelland in Betracht. Die Herausgabe solcher Karten, überhaupt die ganze Organisation der Einzelheiten obliegt einer zu schaffenden Kommission, die z.B. aus je 3 Geologen und 3 Pedologen (inkl. Chemikern) sich zusammensetzen würde. Es ist diesbezüglich die Fühlungnahme mit Leiningen und mit der Delgefö, welche die Arbeiten Leiningens subventioniert, notwendig (auch mit dem Staatsamt für Landwirtschaft).

Beiderlei Karten sind getrennt, eventuell als Oleaten übereinander 1:25.000 zu publizieren. Jedenfalls wird der Geologe eine Einflußnahme auf die Kartierung durch den Bodenkundler ausüben können, aus den Resultaten der chemisch-pedologischen Untersuchung der Boden- und Bohrproben Nutzen ziehen. Die geolog. Karte wird dann auch für den Bodenkundler ausgewertet werden können. Die Kooperation kann daher, da beide Arbeitsrichtungen einander ergänzen, ersprießlich sein. Durch Herausgabe solcher Bodenkarten würde ein Kontakt mit landwirtschaftlichen Kreisen hergestellt werden, zugleich könnte die Stellung der geol.R.A. auch in dieser Hinsicht eine Stärkung erfahren und es würde sich nachher die Möglichkeit einer weiteren Ausgestaltung im Hinblick auf die spätere Herausgabe agrogeol. Karten ergeben.

IV. Die geol. Reichsanstalt verschließt sich keineswegs verschiedenen aktuellen Fragen, welche im Interesse der Landwirtschaft gelesen sind, insbesondere bezüglich der Beschaffung von Gestein- und Bodenarten, welche für die Bodenverbesserung verwertbar sind (Hinweis auf Phosphatuntersuchungen 1917 und 1918). Gegenwärtig ist durch Dr. Schreiner, Minister a.D. und das Staatsamt für Landwirtschaft die Kalk- und Mergeldüngefrage in den Vordergrund gestellt worden. Bei dem gegenwärtigen Stand der geologischen Kartierung lassen sich aus

den geologischen Karten (besonders aus den O.A., auch aus den genaueren Spezialkarten) bereits zahlreiche Angaben machen über Mergelvorkommen, wobei unter Berücksichtigung der geologischen Lagerung auch eine Mächtigkeitsangabe bzw. Massenberechnung möglich ist. Für konkrete Fälle der Mergelbeschaffung ist natürlich noch eine Begehung des Terrains notwendig, besonders wenn es sich um eine Zusammenstellung der besonders geeigneten Vorkommen für spezielle Bedarfsgebiete handelt, welche seitens des Staatsamtes für Landwirtschaft zu bezeichnen wären. Eine Aufteilung der Gebiete unter mehrere Geologen wird notwendig sein, wenn die Untersuchungen größere Ausdehnung erreichen.

Das chemische Laboratorium ist bereit, die dringendsten Untersuchungen durchzuführen. Bei größerer Ausdehnung aber muß die Anstellung eines dritten und event. 4. Chemikers unbedingt gefordert werden, ebenso die Anstellung eines Zeichners für die Auswertung des vorhandenen Kartenmaterials. Im Falle einer großzügigen Aktion müßte auch unbedingt die Forderung nach Anstellung von jüngeren Geologen gestellt werden und es könnte das Staatsamt für Landwirtschaft diese Forderung bei dem der geol.R.A. vorgesetzten Staatsamt unterstützen. Anwärter für solche Stellen sind vorhanden.

Die geol.R.A. ist bereit bei künftigen Aufnahmen die Wichtigkeit der Kalk- und Mergelfrage zu berücksichtigen durch genauere, vor allem petrographische Kartierung solcher Sedimentgesteine und durch reicheres Probesammeln. Vorläufig ist zur Klarstellung des Umfanges der ganzen Aktion, im Besonderen bezüglich des Vorkommens von Kalk und Mergel und der Gebietes des Bedarfes seitens des Staatsamtes für Landwirtschaft eine Enquete in die geol.R.A. einzuberufen, in der vertreten sein sollen:

1. das Staatsamt f. Landwirtschaft
2. die geol.R.A.
3. Delgefö
4. Prof. Dr. Hibschi
5. Dr. Schreiner.

Hinsichtlich anderer die Landwirtschaft unmittelbar interessierender Fragen der Beschaffung und des Vorkommens von solchen Mineralien und Gesteinen und Bodenarten, welche für die Bodenverbesserung benötigt werden, wäre an die Delgefö wegen Mitteilung ihrer diesbezüglichen Wünsche heranzutreten.

Bodenkundliche Kommission der geol.R.A.

Wien, 21. März 1919

Göttinger

Hackel

Beilage G

Verhandlungsschrift über die in Angelegenheit der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt am 27. Februar 1919 im Staatsamte für Unterricht abgehaltene zwischenamtliche Beratung

Vorsitzender:

Staatssekretär für Unterricht Raphael Pacher

Anwesend:

Für das Staatsamt für öffentliche Arbeiten: Ministerialrat Otto Rotky

Für das Staatsamt für Finanzen: Oberfinanzrat Dr. von Feyrer

Für die Staatskanzlei: Bezirkskommissär Dr. Troll

Für die Akademie der Wissenschaften: Hofrat Dr. Ritter von Wettstein

ferner der ehemalige Direktor der Geologischen Reichsanstalt Hofrat Dr. Emil Tietze

Rektor Hofrat Dr. Friedrich Becke und die o.ö. Professoren der Universität in Wien, Hofrat Dr. Kornel Dölter, Dr. Karl Diener, Dr. Franz Eduard Suess, Dr. Othenio Abel

der o.ö. Professor der Techn. Hochschule in Wien, Ing. August Rosiwal

der interimistische Leiter der Geologischen Reichsanstalt Reg. Rat Georg Geyer

und für das Staatsamt für Unterricht: Sektionschef Dr. von Kelle, Ministerialrat Ritter von Hörtingen und Ministerialsekretär Dr. Wilhelm Becker als Schriftführer.

Der Vorsitzende begrüßt die Beratungsteilnehmer und führt im Wesentlichen aus, daß infolge der Verkleinerung des Staatsgebietes auch eine Neuanpassung der Geologischen Reichsanstalt an die dermaligen Verhältnisse eintreten müsse.

Ob diese Anstalt als selbstständiges wissenschaftliches Institut weiter bestehen oder in einer anderen Form in Erscheinung treten soll, sei die Kardinalfrage.

Allenfalls werde die frühere Aufgabe der Anstalt auch im verkleinerten Staatsgebiete durchzuführen sein. Hiebei sei vielfach der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Anstalt mehr noch als bisher die Montanindustrie Dienste leisten solle.

Es handle sich bei der Geologischen Reichsanstalt um eine Organisation, welche die wissenschaftliche Tätigkeit wie bisher auszuüben, andererseits aber auch den Anforderungen der Praxis zu entsprechen hätte, weil in dem verkleinerten Staatsgebiete alles aufgeboten werden müsse, um die Bodenschätze zu heben.

Es sei daher Aufgabe der Beratung, diese beiden Richtungen fachgemäß zu verknüpfen, weshalb sich der Vorsitzende in dieser Hinsicht den Rat der Anwesenden erbitte.

Sodann übergibt der Staatssekretär den Vorsitz dem Sektionschef Dr. von Kelle, welcher das Wort dem Ministerialrate R. von Hörtingen zur Erstattung des Referates erteilt.

Ministerialrat R. v. Hörtingen führt Nachstehendes aus:

Der wissenschaftliche Charakter der Geologischen Reichsanstalt liegt schon in ihrer Gründungsurkunde. Ein eigenes Organisationsstatut besitzt die Anstalt nicht, doch ist ihre Aufgabe in dem bezüglichen alleruntertänigsten Vortrage in den Punkten 1 – 7 taxativ aufgezählt, welche im Wesentlichen in der geologischen Durchforschung und Aufnahme der Monarchie, in der Sammlung und publizistischen Verwertung des gewonnenen Materials und Erfahrungen, sowie in der Herausgabe geologischer Karten bestehen. Es wurde aber immer mehr betont, daß die Anstalt auch der Praxis zu dienen habe und zwar auf vielen Gebieten der Industrie, Landwirtschaft u.s.w.

In der Tat hat die Geologische Reichsanstalt eine Reihe von diesbezüglichen Gutachten abgegeben auf dem Gebiete der Wasserversorgung, des Quellenschutzes u.s.w. namentlich aber auch mit Bezug auf die Montanistik. Trotzdem sind mehrfach Wünsche ausgesprochen worden, daß sich die Anstalt noch mehr der Praxis zu widmen hätte und zwar besonders aus den Kreisen der Montanindustrie. Diese Wünsche haben bisher betroffen:

- 1.) Die Angliederung oder Zuteilung von Montanisten an die Anstalt zwecks ihrer weiteren Ausbildung als Montangeologen, eine Institution, die sich schon seinerzeit bewährt habe; heute aber fehlen zum Teile solche Montangeologen.
- 2.) Die Errichtung einer praktischen Sektion an der Geologischen Reichsanstalt.
- 3.) Die Schaffung einer Schurfkommission, wie eine solche schon bestanden hat, die aber wieder aufgelöst wurde.
- 4.) Beschleunigung der Herausgabe der geologischen Karten, besonders der für den Montanbetrieb wichtigen Gebiete.

Dies insgesamt waren die früheren Wünsche, die bezüglich der Geologischen Reichsanstalt geltend gemacht wurden. In der Zwischenzeit ist aber der Umsturz eingetreten, welcher eine wesentliche Einschränkung des Gebietes mit sich brachte.

Es ergeben sich sonach nachstehende Fragen zur Diskussion:

- 1.) Soll der bisherige Wirkungskreis der Geologischen Reichsanstalt erhalten und infolge des verminderten territorialen Umfanges des Staates der Personalstand der Anstalt und die Dotation eine entsprechende Reduktion erfahren oder soll die äusserliche Schmälerung des territorialen Wirkungskreises durch innerliche Vertiefung und Verbreiterung des Wirkungskreises ersetzt, der bisherige systemisierte Personalstand und die präliminierten Dotationen der Anstalt ungeschmälert erhalten und im Bedarfsfalle erhöht werden?
- 2.) Wenn sich die geehrten Anwesenden für letzteren Modus entscheiden, wäre erwünscht Stellung zu nehmen zu den bereits vorgelegten Wünschen:

- a) Zuweisung von Montanisten an die Geologische Reichsanstalt, behufs ihrer Ausbildung zu Montangeologen.
- b) Schaffung einer eigenen praktischen Abteilung bei der Geologischen Reichsanstalt, offenbar gedacht in dem Sinne, daß die Anstalt sowie bisher den wissenschaftliche Aufgaben sowie der Kartenherstellung obliegt, während die neuanzugliedernde Abteilung sich ausschliesslich nur mit praktischen Fragen (offenbar montan-praktischen) zu befassen hätte.
- c) Schaffung einer eigenen Schurfkommission an der Anstalt.
- d) Die Frage der Beschleunigung der Herausgabe der Farbendruckkarten dürfte wohl durch die territoriale Verminderung des Wirkungskreises der Anstalt erledigt sein.
- e) Welche anderen Aufgaben wären etwa der Anstalt zuzuweisen, bzw. welche Wünsche wären zu erheben?

In dieser Beziehung liege ein Promemoria der Anstalt selbst vor, das bei Behandlung dieses Punktes nicht zur Verlesung gebracht wird, da es zu sehr ins Detail geht.

3.) Bedingen diese Aenderungen eine Aenderung der bisherigen Organisation der Anstalt selbst oder bleibt diese dadurch im Wesen unberührt?

Der Vorsitzende Dr. v. Kelle leitet die Diskussion mit dem Bemerkten ein, daß angesichts des in Zukunft eingeschränkteren Wirkungskreises der Geologischen Reichsanstalt die Frage auftauche, ob ihre Organisation mehr den wissenschaftlichen oder den praktischen Zielen anzupassen wäre.

Es ergebe sich insbesondere die Frage, wie man die Geologische Anstalt schaffen solle, damit dieselbe gleichzeitig praktischen und theoretischen Zwecken dienen könne. Es wäre allenfalls erwünscht, daß die Geologische Reichsanstalt in irgend einer Form mit den wissenschaftlichen Instituten der Hochschulen in Fühlung trete. Die Aufnahme praktischer Ziele in den Wirkungsbereich der Geologischen Reichsanstalt werde naturgemäß eine erhöhte Einflußnahme des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten zur Folge haben.

Hofrat Dr. Tietze führt als gewesener Direktor der Geologischen Reichsanstalt aus, daß schon in der Diskussion betont wurde, daß die Geologische Reichsanstalt zwei Zwecken diene. Es sei hervorgehoben worden, daß die Geologische Reichsanstalt einen doppelten Zweck habe, und zwar der Wissenschaft und der Praxis zu dienen. Für die Praxis könne die Wissenschaft nichts leisten, wenn sie nicht selbst gepflegt wird.

Die erste Aufgabe der Anstalt bilde die Durchforschung des vorliegenden Gebietes, dabei falle schon eine Menge für die Praxis ab; die Geologische Reichsanstalt habe für die Praxis sehr viel gearbeitet, vielleicht sogar zu viel. Sie hatte nie das Glück besessen, den Beifall der Montanisten zu finden.

Es sei möglich, daß den Wünschen der Praxis nicht in genügendem Masse entgegengekommen worden sei, doch seien dies nur subjektive Meinungen. Es gebe eben sehr viele heterogene Interessen, denen man nicht immer dienen könne.

Wenn es sich darum handle, die Geologische Reichsanstalt dem Staatsamte für öffentliche Arbeiten zu unterstellen, so sei zu betonen, daß es viele Fragen gebe, in denen ein unparteiisches Urteil notwendig sei, z.B. bei Schutzrayons.

Handle es sich z. B. um einen Bergbau, so wäre das Staatsamt für öffentliche Arbeiten selbst eine Partei. Die Anstalt sei in erster Linie ein wissenschaftliches Institut und gehöre als solches unter das Staatsamt für Unterricht.

Die Geologische Reichsanstalt liefere für den Unterricht das wissenschaftliche Substrat; auch seien seit Jahrzehnten die Hochschullehrer aus ihr hervorgegangen.

Die Mitglieder der Anstalt sind auch Prüfungskommissäre, so beispielsweise an der Hochschule für Bodenkultur. Die Anstalt habe also jedenfalls mit dem Staatsamte für Unterricht die naheliegendsten Beziehungen.

Gegen die Beziehung von Montanisten in die Geologische Reichsanstalt habe Redner im Prinzip nichts einzuwenden. Die Montanisten müßten aber selbst das Bedürfnis haben, etwas in der Geologie zu lernen. In der Natur sei nichts katalogisiert, es könne vorkommen, daß der aufnehmende Geologe selbst nicht in der Lage ist, über eine Formation ohne eingehendes nachträgliches Studium ein Urteil abzugeben. Dies würde einen schlechten Eindruck auf den Montanisten als Laien machen. Es werde sich daher empfehlen, daß die Montanisten von den Geologen in ein ihnen wohlbekanntes Gebiet eingeführt werden; selbstverständlich bilde die Platzfrage eine Voraussetzung für die Heranziehung von Montanisten.

Was die Schurfkommission betrifft, so sei diese Angelegenheit schon 70 Jahre alt. Es seien bisher schon Anträge aus allen Teilen der ehemaligen Monarchie so z.B. aus Dalmatien, Schlesien, Böhmen eingelaufen. Es sei u.a. der Vorwurf erhoben worden, daß die Geologischen Karten nicht wirtschaftlich wichtige Gebiete betreffen. Dagegen sei zu bemerken, daß man mit der Reihe der Aufnahmen nicht willkürlich herumspringen kann, und zu bedenken, daß die wissenschaftlichen Angaben der Karten immer wieder den Anforderungen der Praxis dienen.

Was die angeregte Errichtung einer eigenen praktischen Sektion bei der Geologischen Reichsanstalt betrifft, so hebt Redner hervor, daß sich der mit einem praktischen Zwecke betraute Funktionär doch immer wieder beim Fachgeologen Informationen holen müsse. Es sei daher nicht einzusehen, warum nicht gleich der Fachgeologe mit diesen praktischen Aufgaben betraut werden solle. Andererseits wäre der Mann nur eine Expertenmaschine.

Namens des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten führt Ministerialrat Rotky Nachstehendes aus:

Als Verwalter des Bergwesens hat das Staatsamt für öffentliche Arbeiten grosses Interesse an der Geologischen Reichsanstalt. Die Gründung dieser Anstalt ist seinerzeit durch das Ministerium für Landeskultur und Bergwesen, somit von einem praktischen Ministerium erfolgt.

Es ist in der Gründungsurkunde auf die praktische Seite hingewiesen, dies soll noch heute gelten.

Nach einer kurzen Kritik der bisherigen Tätigkeit der Geologischen Reichsanstalt betont Redner die Notwendigkeit, daß der eingeschränkte neue deutsch-österr. Staat seine Bodenschätze anders und intensiver bearbeiten müsse als früher.

Die Mineralienschätze müssen rascher und eindringlicher erforscht werden als bisher. Wir müssen unser Gebiet kennen, weshalb es notwendig sei, die geologischen Aufnahmen rascher durchzuführen. Gegenwärtig seien die Fortschritte sehr langsam, insbesondere wegen des grellen Personalmangels. Der Personalstand dürfe nicht reduziert werden, er genüge nicht für die raschen Durchführungsarbeiten, die unbedingt notwendig seien.

Die Bergbau besitzenden Gebiete erscheinen bisher zu wenig berücksichtigt, so gäbe es z. B. keine Karten vom nordwestlichen Böhmen, ebensowenig von den Gold führenden Gebieten der hohen Tauern, ferner aus den Gebieten der Grauwakenzonen, den Erzbergen, das Gebiet der Magnesiten, welches unser Monopol bildet. Das Terrain des Hüttenberger Erzberges sei ebenfalls noch nicht aufgenommen.

Der Aufnahmeplan sollte vielmehr den praktischen Bedürfnissen angepasst werden nicht nur den wissenschaftlichen.

Die Geologische Bundesanstalt hätte die Aufgabe gehabt, montangeologische Karten zu schaffen, desgleichen einen Kataster der Bodenschätze Oesterreichs wie in Preussen und zwar viel weitgehender als dies im Promemoria angegeben wurde.

Hiezu sei nötig, das Zusammenwirken mit den Bergbautechnikern, nachdem bisher engere Beziehungen fehlen. Bei der Beurteilung der Lagerstätten können nicht nur wissenschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sein, denn die Lagerstätten [*sic*] müssen von Praktikern bezüglich ihres Wertes beurteilt werden. Dieses Zusammenwirken von Wissenschaft und Praxis sei ohne Reibung möglich, wie dies das bekannte Gutachten über die Karlsbaderquelle erweise.

Eine eigene Montangeologische Sektion an der Geologischen Reichsanstalt hätte keinen Sinn.

Die Geologische Reichsanstalt habe es bisher ihren Mitgliedern überlassen, private Gutachten zu erstatten. Dagegen habe es die Geologische Reichsanstalt immer abgelehnt, solche offizielle Gutachten abzugeben.

Dies müsse jedoch geändert werden, denn die Reichsanstalt als solche müsse in Zukunft Gutachten für den Staat abgeben.

Die Aufschliessungen durch den Bergbau und durch Bohrungen müssen planmäßig gesammelt und aufbewahrt werden, weil damit unendlich viel nutzlos hinausgeworfenes Geld erspart bleibt und die Volkswirtschaft vor Schaden bewahrt werde.

Wenn beispielsweise nur ein Bohrloch erspart werde, seien die Auslagen für die Geologische Reichsanstalt, die sich auf ungefähr 200.000 K jährlich belaufen, schon gedeckt.

Die Errichtung einer Schurfkommission sowie die Zuteilung von Montangeologen sei als überholt zu betrachten.

Die Zuweisung von Bergakademikern zur Geologischen Reichsanstalt sei weder für sie noch für die Anstalt von Bedeutung; eine andere Frage sei jedoch die Zuweisung geschulter Bergbautechniker zur Geologischen Reichsanstalt oder es liesse sich auch erwägen, ob nicht Aspiranten der Geologischen Reichsanstalt vorher noch einen Kurs an der Montan-Hochschule in Leoben zu absolvieren hätten.

Welchem Staatsamt [*sic*] steht die Anstalt mit Rücksicht auf ihre praktischen Zwecke wohl am nächsten?

Dem Unterrichtsressort untersteht sie nur in England und Norwegen, sonst meist im Auslande technischen Ministerien.

Es ergibt sich daher die Frage, ob auch bei uns nicht die Geologische Reichsanstalt einem technischen Ministerium unterstellt werden solle, denn mit dem Unterrichtswesen haben die geologischen Landesaufnahmen wenig zu tun. Ihre Verbindung mit diesem Ressort sei nur eine recht lose. Durch die Unterstellung unter ein technisches Ministerium würde das Mißtrauen zwischen den Bergbaupraktikern und der Geologischen Reichsanstalt beseitigt werden. Es würde in rascherer und zielbewußter Weise ermöglicht werden, unsere Mineralienschatze zu erforschen.

In Erwiderung auf die Ausführungen des Vertreters des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten, soweit sie eine Kritik der bisherigen Tätigkeit der Geologischen Reichsanstalt betreffen, bemerkt Hofrat Dr. Tietze, daß die in der Debatte gefallene Behauptung, die Geologische Reichsanstalt hätte die Abgabe eines Gutachtens in der Aufnahme der Eisenerzschätze der Welt für den Geologenkongress in Stockholm abgelehnt, unrichtig sei, richtig sei vielmehr, daß die Geologische Reichsanstalt zur Abgabe eines derartigen Gutachtens niemals angeregt wurde.

Weiters führt Redner aus, daß die Geologische Reichsanstalt im Gegenteile besonders in der letzten Zeit viele praktische Gutachten für Zwecke der Industrie abgegeben habe.

Professor Dr. Abel vermag sich, wenngleich er selbst seinerzeit der Geologischen Reichsanstalt als Mitglied angehört hat, was er mit Stolz hervorhebe, doch der kritischen Bemerkung nicht zu enthalten, daß die bisherige wissenschaftliche Tätigkeit der Geologischen Reichsanstalt einen gewissen einheitlichen Plan vermissen lasse. Die Arbeiten der Geologischen Reichsanstalt setzten sich bloß aus den Einzelarbeiten von Funktionären dieser Anstalt zusammen.

Nach dem Dafürhalten des Redners könne ein derartiges wissenschaftliches Programm nur von der Geologischen Reichsanstalt, keineswegs aber von einer Universitätslehrkanzel durchgeführt werden.

Professor Dr. Suess betont, daß die geologische Aufnahmstätigkeit immer die Grundlage der Aufnahme des Geologen bleiben müsse. Es sei daher das Hauptgewicht auf die Aufnahmstätigkeit zu lenken, denn die Natur trete uns mit der größten Mannigfaltigkeit entgegen, so daß ein Montangeologe allein vermöge seiner Ausbildung dieser Aufgabe nicht gewachsen wäre. Die geologische Aufnahmstätigkeit bilde in dieser Hinsicht die einzige Schule. Es soll also der wissenschaftliche Charakter der Anstalt bewahrt bleiben, wobei es sich allerdings empfehlen wird, jüngeren Geologen an der Montanistischen Hochschule eine praktische Ausbildung teilhaftig werden zu lassen.

Vorsitzender Sektionschef Dr. von Kelle glaubt aus der bisherigen Diskussion entnehmen zu können, daß die Aufgaben der Geologischen Reichsanstalt sowohl wissenschaftlicher wie auch praktischer Natur seien; der Vorsitzende wünscht eine Aussprache über die personelle Frage der Geologischen Reichsanstalt, an die sich erst dann jene der ressortmässigen Zuteilung knüpfen könnte.

Rektor Hofrat Becke stimmt vom von einigen Vorrednern ausgesprochenen Satze zu, daß die Geologische Reichsanstalt angewandte Wissenschaft in Anlehnung an die Praxis betreiben solle, wobei auch die reine Wissenschaft nur gewinnen könne. Die schon erwähnten nächsten Aufgaben werden in der möglichst beschleunigten Durchführung der noch zu erledigenden Aufnahmen eines grossen Teiles von Deutsch-Oesterreich mit Anpassung an das praktische Bedürfnis zu bestehen haben, wobei nicht allein das Montanistikum sondern auch andere Richtungen des wirtschaftlichen Lebens zu berücksichtigen wären.

Bei dieser Ergänzung wäre in erster Linie auch auf die Heranziehung von Mineralogen, Petrographen und Mineralchemikern zu sehen, da die Mineralanalyse ein bisher viel zu wenig gepflegter Spezialzweig sei. Daher müßte die Leitung der Anstalt die Verbindung mit den wissenschaftlichen Quellen aufrechterhalten.

Wenn die Geologische Reichsanstalt angewandte Wissenschaft betreiben soll, muß sie ihre Arbeitskräfte aus der Wissenschaft beziehen.

Hofrat Professor R. v. Wettstein bezeichnet als Hauptzweck der Geologischen Reichsanstalt die Pflege der angewandten Wissenschaft. Eine Angliederung praktischer Nebenämter an rein wissenschaftliche Institute habe bisher niemals gute Früchte getragen. Er glaube die Entwicklung würde die beste sein, wenn man die praktische Tätigkeit in den Vordergrund rückt, wobei trotzdem die reine Wissenschaft nicht zu kurz kommen werde. Auf diese Weise würde man nämlich mit viel reicheren Mitteln arbeiten können, daher meint Redner, daß die Angliederung der Geologischen Reichsanstalt als ein technisches Staatsamt das beste wäre. Zu demselben Resultate komme man auch auf einem anderen Wege.

Wenn die Unterstellung des Militärgeographischen Institutes, des Grundsteuerkatasters, der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, des Erd- und Gradmessungsbureaus, des ehemaligen Generalstabes, des hydrographischen Zentralbureaus unter das Staatsamt für öffentliche Arbeiten geplant ist, so liege die Sache bei der Geologischen Reichsanstalt ganz analog. Wenn es sich jetzt darum handle zu sparen, so liege es nahe, alle diese Anstalten in eine ressortmässige Beziehung zu bringen.

Dem gegenüber vertritt Hofrat Tietze den Standpunkt, daß die Geologische Reichsanstalt beim Staatsamte für Unterricht verbleibe, wenn er sich auch gegen eine Angliederung an die Universität aussprechen müsse, wodurch sich eine Art wissenschaftliches Papsttum herausbilden könnte. Doch sei für die Anstalt mehr Personal nötig.

Professor Dr. Karl Diener hebt hervor, daß engere Beziehung zwischen der Geologischen Reichsanstalt und der Universität sich schwer schaffen lassen würden, weil die Aufgaben beider sehr verschieden sind. Die Universität vertrete nur die reine Wissenschaft, während die Geologische Reichsanstalt ein spezifisches Forschungsinstitut darstelle, wie solche in neuerer Zeit vielfach geschaffen wurden.

Redner kann sich die Geologische Reichsanstalt nur als selbstständiges Institut denken, aber nur so, daß die praktische Richtung nicht die wissenschaftliche Tätigkeit überwuchere. Es sei nicht schwer, diesbezüglich ein richtiges Verhältnis beider Richtungen herzustellen. Die Entfremdung, die sich herausgebildet hat, hätte sich vermeiden lassen können durch ein

anderes Vorgehen der leitenden Persönlichkeiten; er sehe nicht ein, warum etwas geändert werden solle. Es seien ausgezeichnete Kräfte tätig.¹

Jeder Aufnahmegeologe sei als solcher Autodidakt. Durch den Krieg haben sich viele Mitglieder praktische Erfahrungen erworben; Redner könnte sich nicht vorstellen, daß durch eine Aenderung etwas Besseres geschaffen werden könnte. Das, was der Anstalt fehle, das sei die Zusammenfassung der Kräfte zu einem Ziel. Das Personal bedürfe keiner Aenderung, wohl aber einer Ergänzung. Ein weiterer Punkt sei noch nicht berührt worden. Wir müssen damit rechnen, daß bei der jetzigen Sozialisierung in der Regierung eine Verstaatlichung des Bergwesens vorgenommen werden könnte; dann würde es Aufgabe des Staates sein, für die Schürfung zu sorgen und dazu wird man ein solches Organ brauchen.

Hofrat Dr. K. Dölter bemerkt, der Hauptfehler sei dadurch begangen worden, daß sich die Anstalt zu wenig praktisch betätigt hat. Es würde die Anstalt auch unter dem Staatsamte für Unterricht wie bisher diese Aufgabe erfüllen können, wenn sie es will. Wichtig wäre nur eine Ergänzung der mineralogischen Kräfte. Eine weitere Aufgabe wäre die Anlage eines Katasters der nutzbaren Mineralien und Gesteine sowie ein Schurfkataster. Die Geologische Reichsanstalt brauche mehr Kräfte als bisher. Das chemische Laboratorium sei viel zu klein.

Die Anstalt bedarf einer einheitlichen Leitung, wobei auch die Frage der Expertisen von amtswegen aus geregelt werden müßte. Da die Fundamente der Praxis in der Theorie liegen, hält Redner es nicht für notwendig, daß eine Aenderung in der ressortmässigen Zuteilung der Geologischen Reichsanstalt eintrete.

Der Vorsitzende Sektionschef R. v. Kelle macht hierauf aufmerksam, daß für die Geologische Reichsanstalt bisher kein eigenes Statut bestehe, und daß daher im Zuge einer sachgemässen Behandlung der mit der Reorganisation zusammenfallenden Fragen es dringend notwendig erscheint, zunächst ein derartiges Statut, welches gewissermassen das Fundament für die weitere Beratung bilden würde, herzustellen.

Der Vorsitzende regt sohin die Einsetzung eines engeren Komitees an, welches die Aufgabe hätte, ein derartiges Statut und damit im Zusammenhange dem Komitee Reorganisationsvorschläge zu erstatten über die Aufgaben der Anstalt und zugleich über die personelle Ausgestaltung.

Referent Min.Rat R. v. Hörtingen bemerkt, daß bei der Ausarbeitung eines derartigen Statutes folgende Momente in erster Linie zu berücksichtigen wären:

1. Die Selbstständigkeit des Institutes,
2. die Wissenschaft als Grundlage ihrer Arbeiten,
3. die Verbindung mit der Praxis.

Professor August Rosival entnimmt den vorhergehenden Aeusserungen im allgemeinen eine Anerkennung der Leistungen der Geologischen Reichsanstalt und ihrer Selbstständigkeit. Er sehe darum nicht ein, warum sie nicht in derselben Form weiterbestehen solle, wenn auch anzuerkennen sei, daß das Institut vergrößert werden müsse, namentlich in Bezug auf die

¹ Folgt gestrichen: welche nicht alle von der Universität herausgekommen sind.

chemische Richtung. Für den Fall, als ein Statut ausgearbeitet werden sollte, so macht Redner auf verschiedene technische Zweigfächer (bautechnischer Richtung) aufmerksam, von denen bisher hier nicht die Rede war.

Der Vertreter des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten betont, daß die Geologische Reichsanstalt als solche nur für staatliche Behörden Gutachten abzugeben hätte, während private Gutachten nach wie vor den einzelnen Mitgliedern überlassen bleiben mögen, wobei Redner auf das wirtschaftlich schlechte Fortkommen der Anstaltsmitglieder hinwies, welche nur die Begeisterung für die Wissenschaft dort festgehalten hat.

Hofrat Professor Dölter meint, daß bei den Neuaufnahmen und bei der Anlage eines Katasters auch die Professoren herangezogen werden sollten.

Hofrat Tietze entgegnet, daß dies teilweise bisher ohnedies geschehen sei, wobei allerdings keine günstigen Erfahrungen gemacht wurden, da die Geologische Reichsanstalt in diesen Fällen keine Ingerenz auszuüben vermochte.

Professor Dr. Abel regt die Aufstellung von Arbeitsprogrammen seitens der Geologischen Reichsanstalt an, die sich auf Publikationen grösseren Stiles beziehen sollen.

Vorsitzender Sektionschef R. v. Kelle schlägt sohin die Einsetzung eines besonderen Komitees zur Ausarbeitung des Statutes unter Reformvorschläge vor, dem der Vertreter des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten Ministerialrat Otto Rotky, der Referent des Staatsamtes für Unterricht Ministerialrat R. v. Hörtingen, Professor Dr. Karl Diener und der interimistische Leiter der Geologischen Reichsanstalt Regierungsrat Georg Geyer anzugehören hätte.

(Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen).

Beilage H

Protokoll über die am 19. März 1919 in der Zeit von ½ 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Staatsamte für Unterricht abgehaltene Enquête über die Neugestaltung der Geologischen Reichsanstalt

Anwesend:

Vom Staatsamt f. Unterricht:

Unterstaatssekretär Glöckel

Sektionschef von Kelle

Min.Rat Rit. von Hoertingen

Min.Sekr. Dr. Becker

Vom Staatsamte für öffentl. Arbeiten: Min.Rat. Ing. Rotky

Vom Staatsamte der Finanzen: Finanzrat Dr. Moser

Von der Wiener Universität:

Univ.Prof. Hofrat Dr. R. v. Wettstein

Univ.Prof. Dr. Diener

Univ.Prof. Hofrat Dr. Doelter

Univ.Prof. Dr. Sueß

Univ.Prof. Dr. Abel

Von der Wiener Techn. Hochschule: Prof. Ing. Rosiwal

Von der Hochschule für Bodenkultur: Prof. Graf zu Leiningen

Von der Geologischen Reichsanstalt:

Hofrat Dr. Tietze (früherer Direktor)

Reg.Rat Geyer (gegenw. Leiter)

Geologe Dr. Hammer

Geologe Dr. Waagen

Von der Staatskanzlei: Statth.Sekr. Dr. Troll

Unterstaatssekretär Glöckel erklärt einleitend, die Geologische Reichsanstalt müsse ein Forschungsinstitut bleiben, jedoch mit stärkerer Betonung der praktischen Betätigung; es sei von größter Wichtigkeit, die Resultate der wissenschaftlichen Forschung mit der praktischen Ausübung der Wissenschaft in nahe Beziehung zu bringen. Hinsichtlich der ressortmässigen

Unterstellung der Geologischen Reichsanstalt müsse hervorgehoben werden, daß es notwendig sei, soweit als möglich alle Forschungsinstitute, Unterrichtsanstalten sowie überhaupt alle Anstalten, die der Volksbildung dienen können, im Staatsamte für Unterricht zu vereinigen, das ein Amt für Volkserziehung und Volksbildung sein solle. Unterstaatssekretär Glöckel übergibt sodann den Vorsitz an Sektionschef von Kelle.

Referent Ministerialrat Ritter von Hoertingen gibt einen Ueberblick über den Gang der bisherigen Verhandlungen und hebt insbesondere hervor, daß alle beteiligten Faktoren über den Charakter der Anstalt als selbstständiges Forschungsinstitut sowie darüber einer Meinung seien, daß bei der Landesaufnahme zunächst die wirtschaftlich bedeutungsvollen Gebiete zu berücksichtigen seien und daß eine Reduzierung des Personales nicht am Platze, vielmehr eine Vergrößerung und Ausgestaltung des Betriebes anzustreben sei. Ferner werde übereinstimmend anerkannt, daß die praktische Betätigung der Anstalt in erhöhtem Maße zum Ausdruck kommen müsse. Das in der Enquête vom 27. Februar l.J. eingesetzte Komitee habe einen Entwurf der Satzungen festgestellt und hiebei auch den Wünschen der Anstaltsmitglieder Rechnung getragen, indem diesen ein Einfluss auf die Ausgestaltung der Anstalt und überhaupt alle wichtigeren Fragen eingeräumt werde.

Professor Dr. Diener verliest § 1 des Entwurfes und bemerkt zunächst, es sei der Titel „Staatsanstalt“ gewählt worden, weil die Titel „Reichsanstalt“ und „Landesanstalt“ den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entsprechen würden. Hinsichtlich der ressortmässigen Unterstellung habe sich das Komitee zu einem bestimmten Antrage nicht für berechtigt gehalten.

In der folgenden Diskussion tritt Professor Rosiwal für die Beibehaltung des Titels „Geologische Reichsanstalt“, unter dem die Anstalt auf der ganzen Welt bekannt sei, Geologe Dr. Wagen für die Einführung des Titels „Deutschösterreichische Geologische Reichsanstalt“ ein. Ueber Anregung des Vorsitzenden Sektionschef von Kelle wird hierüber beschlossen, die Entscheidung der Titelfrage dem Herrn Unterstaatssekretär und der Staatskanzlei zu überlassen.

Auf Antrag des Hofrates Dr. Tietze werden die Worte „und deren“ gestrichen. Im übrigen wird der § 1 angenommen; die Frage der Unterstellung wird jedoch der späteren Beratung vorbehalten.

Professor Dr. Diener bringt den § 2 zum Vortrage.

Ueber Anregung des Hofrates Dr. Tietze und über Antrag des Professors Dr. Diener wird der Ausdruck „Abhandlungen“ in „Veröffentlichungen“ abgeändert.

Professor Dr. Abel schlägt vor, zwischen die Wort[e] „wirtschaftlich“ und „wichtigen“ einzufügen „und wissenschaftlich“; dieser Antrag wird nach der Feststellung des Professors Dr. Diener und Hofrates Rotky, daß nach dem Entwurf kein Hindernis für die Herausgabe von Karten über wissenschaftlich wichtige Gebiete vorliege, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Professor Graf zu Leiningen hebt hervor, es müsse die Möglichkeit geboten werden, zu agrogeologischen Zwecken in die Originalaufnahmen Einsicht nehmen zu können; dagegen beantragt Professor Dr. Abel folgenden Zusatz: „Karten, die sich in Aufnahme befinden, sind der Einsichtnahme durch Privatpersonen nur mit Bewilligung des Autors zugänglich“, zieht

jedoch den Antrag zurück, nachdem Hofrat Dr. Doelter und Professor Dr. Diener konstatieren, daß es sich um eine rein interne Angelegenheit handle.

Hofrat Dr. Tietze macht darauf aufmerksam, daß einzelne kostspielige Aufnahmen noch nicht vollendet seien und einzelne Nationalstaaten auf diese Arbeiten Anspruch erheben könnten. Sektionschef von Kelle hält dafür, daß diese Angelegenheit einer gesonderten Verhandlung vorbehalten bleiben müsse.

Ueber den Antrag des Regierungsrates Geyer, einen Hinweis auf das chemische Laboratorium der Anstalt aufzunehmen, wird nach einer Diskussion, an der sich Ministerialrat Ritter von Hoertingen, Professor Dr. Diener und Ministerialrat Rotky beteiligen, folgender von Sektionschef von Kelle formulierter Schlussabsatz beigefügt: „An der Geologischen Staatsanstalt bestehen die für ihre Arbeiten nötigen Sammlungen, Laboratorien und sonstigen Einrichtungen“. Im übrigen wird der § 2 angenommen.

Professor Diener verliert den § 3.

Der von Ministerialrat Rotky und Professor Dr. Diener unterstützte Antrag des Hofrates Dr. Doelter, nach „Bergbehörden“ einzufügen „und andere zuständige Stellen“ wird zum Beschluss erhoben.

Ueber Anregung des Hofrates Dr. Doelter wird nach einer Diskussion, an der sich Ministerialrat Rotky und Professor Rosiwal beteiligen, folgender Zusatz angenommen: „sowie die planmäßige Durchführung von Untersuchungen über nutzbare Mineralien.“ Im übrigen wird der § 3 angenommen.

Bei § 4, der hierauf von Professor Dr. Diener vorgetragen wird, entspinnt sich eine längere Debatte über den Ausdruck „Belegstücke“. Hofrat Dr. Tietze weist auf die Paläontologischen Sammlungen, Hofrat Ritter von Wettstein auf die Sammlung von Joachimsthal hin, die nicht zu den Belegstücken gezählt werden könnte. Ueber Vorschlag des Vorsitzenden Sektionschefs von Kelle werden hierauf die Worte „Sammlung und“ ersetzt durch die Worte „Verwaltung ihrer Sammlungen sowie die“.

Hofrat Ritter von Wettstein schlägt folgenden Zusatz vor: „Keine Gesteinsanalyse darf gemacht werden, bevor nicht ein petrographisch untersuchtes Handstück samt Dünnschliff vorgelegt wird; diese sind als Beleg für die Analyse aufzubewahren und zugänglich zu machen“.

Gegen einen von Ministerialrat Rotky beantragten Zusatz des Inhaltes, die Anstalt habe die Aufgabe, die Sammlungen, etwa durch Veranstaltungen von Ausstellungen nutzbar zu machen, sprechen sich Hofrat Dr. Tietze und Hofrat Dr. Doelter, letzterer mit dem Hinweis aus, daß dies nicht Aufgabe der Anstalt sei.

Die Aufnahme der Ergänzung, für welche Sektionschef von Kelle die Fassung „Die Sammlungen der Geologischen Staatsanstalt können der öffentlichen Besichtigung zugänglich gemacht werden“ vorschlägt, wird über Antrag des Hofrates Dr. Doelter abgelehnt. Im übrigen wird der § 4 zum Beschluss erhoben.

Bei § 5, der hierauf von Professor Dr. Diener verlesen wird, entspinnt sich eine längere Debatte über die Frage, ob die Gutachten der Anstaltsmitglieder als Gutachten der Anstalt aufzufassen und wie die Gebühren zu behandeln seien. Nach Schluss der Debatte, an welcher sich Ministerialrat Rotky, Professor Rosiwal, Hofrat Dr. Tietze, Finanzrat Dr. Moser, Hofrat Dr. Doelter, Ministerialrat Ritter von Hoertingen, Geologe Dr. Waagen und Professor Dr. Diener beteiligen, wird der § 5 in folgender von Sektionschef von Kelle vorgeschlagenen Fassung angenommen: „Die Geologische Staatsanstalt ist verpflichtet, für die obersten Staatsbehörden fachmännische Gutachten zu erstatten und Untersuchungen durchzuführen, deren Ausarbeitung von der Direktion der Anstalt ihren Mitgliedern übertragen wird. Für öffentliche Körperschaften können derartige Gutachten und Untersuchungen gegen Erlag bestimmter Gebühren durchgeführt werden, deren Höhe und Verwendung vom Staatsamte für Inneres und Unterricht geregelt wird. Privatgutachten können von Anstaltsmitgliedern nur mit der Zustimmung des Direktors unbeschadet der Bestimmung des § 33 des Gesetzes vom 25. Jänner 1914, R.G.Bl. Nr. 15, (Dienstpragmatik) übernommen werden. Das Entgelt unterliegt in diesem Falle der freien Vereinbarung.“

Der Antrag des Finanzrates Dr. Moser, vor „zu erstatten“ das Wort „kostenlos“ einzufügen, wird abgelehnt.

Professor Dr. Diener trägt sodann den § 6 vor, der mit folgenden Abänderungen angenommen wird:

Ueber Antrag des Hofrates Dr. Doelter werden die Worte „entsprechende Vorbildung“ durch den Ausdruck „vom Staatsamte für Inneres und Unterricht festgestellten Anstellungsbedingungen“ ersetzt.

Da Geologe Dr. Hammer die Abschaffung der Praktikanten als Hauptwunsch der Beamtenschaft bezeichnet und Professor Dr. Rosiwal auch die Beseitigung des Titels „Assistent“ befürwortet, wird die Bestimmung des 2. Absatzes folgendermaßen formuliert: „... Staatsgeologen II. Klasse und Staatsgeologen III. Klasse. An der Anstalt.....“

Finanzrat Dr. Moser behält den 2. Absatz der Schlussfassung des Staatsamtes der Finanzen vor.

Der § 7, der hierauf von Professor Dr. Diener verlesen wird, erhält über Antrag des Geologen Dr. Hammer den Zusatz „Die Protokolle sind dem vorgesetzten Staatsamte zur Einsicht vorzulegen“. Die weitergehenden Wünsche der Beamtenschaft, insbesondere nach Einräumung eines Vorschlagsrechtes für den Direktorposten, können, wie Sektionschef von Kelle konstatiert, nicht in Erwägung gezogen werden.

Schließlich wird in die Beratung der Frage, welchem Staatsamte die Geologische Staatsanstalt zu unterstellen sei, eingegangen. Da hierüber keine Einigung erzielt werden kann, wird über Anregung des Vorsitzenden Sektionschef von Kelle beschlossen, die von Ministerialrat Rotky und Ministerialrat Ritter von Hoertingen zu verfassenden schriftlichen Vorschläge in einer neuerlichen Enquête zu beraten und das Ergebnis seinerzeit dem Kabinettsrate zur Schlußfassung vorzulegen.

Anlage zu Beilage H

Entwurf der Satzungen der Geologischen Staatsanstalt in Wien [Entwurf Diener]

§ 1

Die Geologische Staatsanstalt ist eine selbstständige Forschungsanstalt, die berufen ist, die geologische Untersuchung des Staatsgebietes auszuführen und deren wissenschaftliche Ergebnisse zu veröffentlichen und der Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Sie untersteht dem Staatsamte für Inneres und Unterricht.

§ 2

Die Hauptaufgabe der Geologischen Staatsanstalt ist die geologische Landesaufnahme. Es obliegt der Anstalt die Ausführung und Veröffentlichung einer geologischen Spezialkarte des Staatsgebietes im Maßstabe 1:75.000 auf Grund dieser Aufnahme, nebst den erläuternden Texten. Bei dem Aufnahmeplan ist den wirtschaftlich wertvollen Teilen des Staatsgebietes der Vorrang einzuräumen. Ausserdem sind von wirtschaftlich wichtigen Gebieten, Karten in größerem Maßstabe zu veröffentlichen. Im Zusammenhange mit der Landesaufnahme steht die Herausgabe von Abhandlungen in den Druckschriften der Anstalt.

§ 3

Der Geologischen Staatsanstalt obliegt ferner, in gemeinsamer Arbeit mit den Bergbehörden, die Anlage eines Katasters der Bodenschätze des Staatsgebietes.

§ 4

Es obliegt ihr ferner die Sammlung und Aufbewahrung aller Belegstücke zu den Kartenwerken und sonstigen Arbeiten, die Feststellung der beim Bergbau, Bahnbau und anderen Gelegenheiten gemachten wichtigen geologischen Aufschlüsse. Diese Sammlung soll ein möglichst vollständiges Bild des geologischen Aufbaues, des Mineralreichtums und der auf diesem beruhenden bergbaulichen und gewerblichen Tätigkeit gewähren.

§ 5

Die Mitglieder der Geologischen Staatsanstalt sind verpflichtet, ihren fachmännischen Rat den staatlichen Behörden über Verlangen zu erteilen. Oeffentliche Körperschaften können den Rat und die Untersuchung[2]gen von Seite der Geologischen Staatsanstalt gegen Erlag bestimmter Gebühren in Anspruch nehmen. Privatgutachten können von Anstaltsmitgliedern nur mit Zustimmung des Direktors unbeschadet der Bestimmung des § 33 der geltenden

Dienstpragmatik übernommen werden. Das Entgelt unterliegt in diesem Falle der freien Vereinbarung.

§ 6

Der Personalstand der Geologischen Reichsanstalt setzt sich zusammen aus wissenschaftlichen Mitgliedern, welche die entsprechende Vorbildung nachzuweisen haben, ferner aus den nötigen Hilfs- und Dienerpersonale.

Die Aufnahmsgeologen führen je nach ihrer Rangklasse die Dienstbezeichnung Oberbergräte, Bergräte, Staatsgeologen I. Klasse, Staatsgeologen II. Klasse, Assistenten und Praktikanten. An der Anstalt können auch Assistenten nach den für die Hochschulassistenten geltenden Vorschriften angestellt werden.

Nach Bedarf und nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mitglieder können auch ausserhalb der Anstalt stehende Fachmänner zur wissenschaftlichen Mitarbeit herangezogen werden.

Die Geologische Staatsanstalt hat das Recht zur Bestellung korrespondierender Mitglieder.

§ 7

Die Leitung der Anstalt obliegt einem Direktor, dem ein Vizedirektor in der Geschäftsführung unterstützt.

Dem Direktor steht ein aus sämtlichen wissenschaftlichen Kräften der Anstalt gebildeter Beirat mit beratender Stimme zur Seite.

Die Mitglieder des Beirates sind berufen, über alle wichtigeren, in den Wirkungskreis der Anstalt fallenden Angelegenheiten ihre fachmännische Meinung zu äussern.

Der Beirat wird vom Direktor der Anstalt fallweise zu einer Beratung einberufen.

Zu seiner Einberufung ist der Direktor verpflichtet, wenn ein Drittel seiner Mitglieder dies schriftlich beantragt. Ueber Antrag muß ein Protokoll geführt werden und unbeschadet der nur beratenden Geltung des Votums eine Abstimmung erfolgen.